

# 2014

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN

# DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN 2014

		01.01. – 31.12.2014	01.01. – 31.12.2013
<b>Gewinn- und Verlustrechnung<sup>1</sup></b>			
Gesamterträge	Mio €	3.870	3.804
Verwaltungsaufwand	Mio €	-2.754	-3.177
Ergebnis vor Steuern	Mio €	457	318
Konzerngewinn	Mio €	278	330
Cost Income Ratio gesamt	%	83,0	83,8
<b>Eigenkapital-Rendite</b>			
vor Steuern	%	7,2	5,5
nach Steuern	%	4,4	5,7
Ergebnis je Aktie <sup>2</sup>	€	1,27	1,51

		31.12.2014	31.12.2013
<b>Bilanz</b>			
Bilanzsumme <sup>3</sup>	Mio €	155.447	161.497
Kundeneinlagen	Mio €	103.007	103.698
Kundenkredite	Mio €	94.908	97.965
Risikovorsorge	Mio €	1.361	1.478
Eigenkapital <sup>3</sup>	Mio €	6.601	6.147
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	11,0 <sup>4</sup>	9,6 <sup>5</sup>
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	10,5 <sup>4</sup>	8,8 <sup>5</sup>
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	14,77	18,22
<b>Langfrustrating</b>			
Moody's <sup>6</sup>		- / -	A2/Ausblick negativ
Fitch		A+/Ausblick negativ	A+/Ausblick stabil

		31.12.2014	31.12.2013
<b>Informationen zur Aktie</b>			
Aktienkurs zum Stichtag	€	35,14	38,75
Aktienkurs (01.01. – 31.12.)	Hoch €	38,50	38,75
	Tief €	34,20	30,53
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	7.688	8.479
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

<sup>1</sup>Inklusive aufgegebenen Geschäftsbereichs

<sup>2</sup>Basierend auf 218,8 Millionen Aktien

<sup>3</sup>Angaben angepasst (siehe Note 6)

<sup>4</sup>Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 vorbehaltlich der Billigung

<sup>5</sup>Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2013 in der gebilligten Fassung

<sup>6</sup>Das Moody's-Rating wurde zum 31. Dezember 2013 beendet.







Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden, knapp 15.000 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von 155 Mrd € einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Den Schwerpunkt unserer Aktivitäten bildet das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Geld- und Kapitalmarktaktivitäten ergänzen das Profil der Bank.

Was uns erfolgreich macht, ist insbesondere unsere marktweit einzigartige Kundennähe. Wir sind für unsere Kunden da, wann und wo immer sie es wünschen. Privat und geschäftlich. Digital und persönlich.

Das macht die Postbank zu einer Bank fürs Leben.





# 14 Millionen Kunden

Millionen Menschen vertrauen auf die Postbank. Junge und Junggebliebene, Quirlige wie Gelassene, Planer wie Träumer – jeder Lebensweg ein Unikat. Was sie aber verbindet, ist der Wunsch nach einem dauerhaft zuverlässigen Begleiter in allen Finanzbelangen. Das ist die Postbank. Für Viele ein Leben lang.



# INHALT

<b>AN UNSERE STAKEHOLDER</b>	BRIEF DES VORSTANDS	6	
<b>01</b>	VORSTAND	8	
	INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS	10	
	ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	14	
	BERICHT DES AUFSICHTSRATS	18	
<b>UNSERE VERANTWORTUNG</b>	CORPORATE GOVERNANCE BERICHT		
<b>02</b>	INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	30	
	NACHHALTIGKEIT	42	
<b>KONZERNLAGEBERICHT</b>	GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	46	
<b>03</b>	ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT	48	
	VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG	50	
	MITARBEITER	54	
	WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2014	54	
	WIRTSCHAFTSBERICHT	54	
	GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2014	54	
	GESCHÄFTSVERLAUF	57	
	ERTRAGSLAGE	58	
	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	59	
	VERMÖGENS- UND FINANZLAGE	61	
	NACHTRAGSBERICHT	62	
	CHANCENBERICHT	62	
	RISIKOBERICHT	63	
	PROGNOSEBERICHT	97	
<b>KONZERNABSCHLUSS</b>	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	104	
<b>04</b>	BILANZ	106	
	EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	107	
	KAPITALFLUSSRECHNUNG	108	
	ANHANG – NOTES	112	
	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 40)	147	
	BESTÄTIGUNGSVERMERK	193	
<b>WEITERE INFORMATIONEN</b>	REGULATORISCHE ANGABEN	196	
<b>05</b>	KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN	212	
	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	212	
	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	214	
	BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	215	
	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	216	
	ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	218	
	GREMIEN	220	
	GLOSSAR	222	
	ADRESSEN	230	
	FINANZKALENDER 2015		



# 13,2 Millionen Sparkonten

Für die kleinen Wünsche gibt es Taschengeld – für die großen das Sparen mit der Postbank. Und zwar genau so, wie unsere Kunden möchten. Nach festem Plan oder ganz flexibel. Klassisch „mit Brief und Siegel“ oder online mit orts- und zeitunabhängigem Zugriff aufs Konto, sicher und komfortabel. So lässt sich die Vorfreude aufs Wünsche-Erfüllen entspannt genießen.



# AN UNSERE STAKEHOLDER

BRIEF DES VORSTANDS	6
VORSTAND	8
INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS	10
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	14
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	18

01

## Schätzte Damen und Herren,

auch im Geschäftsjahr 2014 hat sich die Deutsche Postbank AG erfolgreich weiterentwickelt und ist trotz eines anhaltend extrem schwierigen Marktumfelds profitabel gewachsen. Wir haben zudem bei der Umsetzung unserer Strategie, der Postbank Agenda, einen großen Schritt nach vorn gemacht und den Wandel in unserer Organisation vorangetrieben. Diese Fortschritte zeigen sich deutlich in unserem Zahlenwerk. Das Ergebnis vor Steuern stieg signifikant um 44 % auf 457 Mio € nach 318 Mio € im Vorjahr. Betrachtet man das um Sonderfaktoren bereinigte operative Geschäft, so konnten wir mit 949 Mio € vor Steuern – trotz des nachhaltig niedrigen Zinsumfelds – nahezu das Vorjahresergebnis (991 Mio €) erreichen. Gleichzeitig konnte die Postbank die Risiken weiter abbauen und die Bank dadurch sicherer machen. Die Bilanzsumme ging dementsprechend auf 155,4 Mrd € zurück und lag damit um 3,8 % unter dem Vorjahreswert von 161,5 Mrd €. Die harte Kernkapitalquote verbesserte sich erfreulich von 8,8 % im Vorjahr auf ca. 10,5 %.

Auch im Jahr 2014 hatten wir einige Sonderbelastungen zu verarbeiten, insbesondere im vierten Quartal. So fielen z. B. alleine 129 Mio € für die Rückerstattung von Bearbeitungsgebühren bei Privatkrediten aufgrund entsprechender BGH-Rechtsprechung an. Ebenfalls belastend wirkten Aufwendungen für die Integration in den Deutsche Bank Konzern (147 Mio €) sowie Kulanzregelungen aus dem Wertpapiergeschäft in Höhe von 86 Mio €. Positiv wirkten hingegen die Entkonsolidierungseffekte aus der Bündelung der sogenannten Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank (Plattform-Holding) im ersten Halbjahr in Höhe von 362 Mio €. Unter dem Strich haben sich die positiven und die negativen Sondereffekte im Wesentlichen ausgeglichen.

Der Konzerngewinn reduzierte sich – insbesondere durch eine Nachzahlung von Steuern für Vorjahre sowie eine steuerliche Belastung im Zuge der Entkonsolidierung der sogenannten Plattform-Holding-Gesellschaften – auf 278 Mio € (Vorjahr: 330 Mio €).

Der Megatrend der Digitalisierung wird die Ansprüche unserer Kunden an ihre Bank und somit die Denkweise der gesamten Finanzbranche nachhaltig verändern. Die Postbank hat diese Entwicklung schon sehr frühzeitig als Chance für sich verstanden. Die Nutzung der fortschreitenden Digitalisierung zum Wohle unserer Kunden steht im Mittelpunkt unserer Strategie. Unter dem Schlagwort „digital und persönlich“ wollen wir unsere Kunden überall dort abholen und ihnen unsere Services anbieten, wo sie sich Gedanken um ihre persönlichen Finanzgeschäfte machen. Nicht ohne Stolz dürfen wir von uns behaupten, unsere Position als größte und sicherste deutsche Online-Bank Jahr um Jahr weiter auszubauen. Erfreulich entwickelte sich 2014 auch der Anteil des über den Vertriebskanal Online erzielten Neugeschäfts bei den Ratenkrediten: Rund 46 % entfielen auf diesen Vertriebsweg. Auch bei den rund 430.000 neu abgeschlossenen Girokonten hatte Online als Vertriebskanal mit rund 15 % einen signifikanten Anteil. Neben numerisch messbaren Erfolgen haben wir auch auf der Innovationsseite einige Fortschritte erzielt. Genannt seien hier exemplarisch das Autorisierungsverfahren per Fingerabdruck im Mobile Banking (Fingerprint) sowie die eMail-Überweisung. Die positive Resonanz auf Services und Funktionalitäten spornt uns weiter an, unser Angebot fortwährend zu verbessern.



Neben dem Geschäft in der digitalen Welt fokussieren wir uns in gleichem Maß auf die Betreuung unserer Kunden in den rund 1.100 Postbank Filialen. Wir wissen um die Bedeutung des persönlichen Kontakts und werden in den kommenden Jahren kontinuierlich signifikante Beträge in die Verbesserung des Serviceerlebnisses in den Filialen investieren. Die Deutsche Post DHL ist dabei unser starker Vertriebspartner. Zudem werden wir in einem kontinuierlichen Prozess 50 Standorte zu Postbank Centern ausbauen, in denen wir unseren Kunden das gesamte Spektrum unserer Dienstleistungen im direkten persönlichen Kontakt anbieten können. Die beiden Standorte Essen und Nürnberg wurden im zurückliegenden Jahr bereits erfolgreich etabliert.

Bei aller Konzentration auf unser Kundengeschäft dürfen wir jedoch nicht unsere Pflichten aus den Augen verlieren. Daher haben wir auch 2014 unsere Bilanzsumme spürbar reduziert und die Postbank noch sicherer gemacht. In den vergangenen fünf Jahren betrug die Verringerung insgesamt rund 60 Mrd €. Das bedeutet, dass die Postbank heute ein besseres Ergebnis mit deutlich weniger Ressourcen erwirtschaftet – und das bei gleichzeitiger Integration in die Deutsche Bank. Wir arbeiten also effizient und bewältigen die Dreifach-Herausforderung, bestehend aus Wachstum, Integration und Risikoabbau, erfolgreich.

All dies macht mich zuversichtlich, dass wir mit dem richtigen Geschäftsmodell und der richtigen Strategie unterwegs sind und uns auch in Zukunft in einem hart umkämpften und vielen Widrigkeiten ausgesetzten Marktumfeld behaupten können. Ohne eine veränderungsbereite Belegschaft ist die notwendige Weiterentwicklung unserer Bank nicht möglich. Genau diese Veränderungsbereitschaft zeigen uns unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich. Dafür gilt ihnen – auch im Namen des gesamten Vorstands – mein besonderer Dank.

Bonn, 26. März 2015



Frank Strauß  
Vorsitzender des Vorstands

## DER VORSTAND DER DEUTSCHEN POSTBANK AG



Frank Strauß (CEO)



Marc Heß (CFO)



Dr. Ralph Müller (COO)







Susanne Klöß-Braekler (Produkt)



Ralf Stemmer (Ressourcen, CAO)



Hans-Peter Schmid (Filialvertrieb)



Hanns-Peter Storr (CRO)

# „IMMER UND ÜBERALL DAS BESTE FÜR DEN KUNDEN GEBEN“

INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS FRANK STRAUSS

*Herr Strauß, wie ist aus Ihrer Sicht das Geschäftsjahr 2014 gelaufen?*

2014 war ein erfolgreiches Jahr, in dem die Postbank ihre Stärke und Verlässlichkeit erneut unter Beweis gestellt hat. Wir haben unser gutes Vorjahresergebnis vor Steuern bestätigt. Das ist angesichts des weiterhin äußerst schwierigen Umfelds mit Niedrigzinsen und steigenden regulatorischen Anforderungen eine sehr gute Leistung. Es ist uns gelungen, auch unter diesen Rahmenbedingungen profitabel zu wirtschaften, denn wir verfügen über ein stabiles und starkes operatives Geschäft. Vor allem haben wir die Dreifach-Herausforderung, bestehend aus Wachstum, Integration und Risikoabbau, gemeistert. Das ist der gemeinsame Erfolg aller Postbankerinnen und Postbanker. Insofern bin ich mit dem Geschäftsjahr zufrieden.

*Können Sie diese Dreifach-Herausforderung näher beschreiben?*

Die Postbank hat ihre Bilanz in den vergangenen fünf Jahren um rund 60 Mrd € reduziert. Wir haben dadurch unsere Risikopositionen deutlich verringert, was sich auch an der 2014 erneut gesteigerten Kernkapitalquote ablesen lässt. Unser Return-on-Equity-Wert liegt trotz höherer Kapitalbasis mittlerweile bei über 7%. Damit können wir uns im Branchenvergleich sehr gut sehen lassen. Gleichzeitig haben wir ein sehr gutes Ergebnis erzielt und wachsen im Kundengeschäft. Das heißt, die Postbank erwirtschaftet bei deutlich geringerem Ressourceneinsatz ein konstantes Ergebnis – und das bei gleichzeitiger Integration in die Deutsche Bank Gruppe. Darauf sind wir stolz.

*Das Ergebnis weist einige Sondereffekte auf ...*

Im vergangenen Jahr haben wir eine ganze Reihe von Sondereffekten verzeichnet – positive wie negative, wobei die negativen in Summe überwogen. Substanziell belastet wurde das Ergebnis insbesondere im vierten Quartal, z. B. durch die unvorhersehbaren Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherkrediten als Folge der Urteile des Bundesgerichtshofs. Allerdings sind Schwankungen grundsätzlich nichts Ungewöhnliches – wichtig ist, wie stabil das unterliegende operative Ergebnis ist. Und diesbezüglich ist die Postbank kerngesund. Unser Ergebnis vor Steuern lag mit 457 Mio € um 44 % über dem Vorjahreswert. Die Postbank ist ein ertragsstarker Teil der Deutsche Bank Gruppe und leistet einen hohen Ergebnisbeitrag.

*Sie sprechen von Wachstum im Kundengeschäft – in welchen Bereichen?*

Unser Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in Deutschland entwickelt sich nachhaltig positiv. Basis hierfür ist unser einzigartiges Geschäftsmodell, das sich selbst unter den aktuell widrigen Bedingungen als belastbar erweist. Erfreuliche Zuwächse von 12 % gegenüber dem Vorjahr haben wir etwa im Ratenkreditgeschäft erzielt. Zudem kommen aus dem Online- und Direktgeschäft fortwährend Wachstumsimpulse.



*Sie haben 2014 eine zweite Phase Ihrer strategischen Agenda ausgerufen. Wohin steuert die Postbank?*

Wir wollen immer und überall das Beste für unsere Kunden geben. Unsere Vision ist hierauf ausgerichtet und beschreibt unseren Weg dorthin. Seit Mitte 2014 befinden wir uns in der zweiten Phase unserer Postbank Agenda. Wir fokussieren uns darauf, unsere Stärken in der persönlichen Betreuung vor Ort sowie in der digitalen Welt noch stärker zu verzahnen.

*Wie sieht diese stärkere Verzahnung genau aus?*

Als schon traditionell führende Online-Bank in Deutschland bauen wir unser Digitalgeschäft weiter aus. Wir wollen es konsequent für die Kunden erlebbar machen. Das klappt auch schon sehr gut, denn von den Ratenkrediten etwa wird fast jeder zweite bereits über einen Direktkanal abgeschlossen. Ende des Jahres haben wir unser neues Direktbank-Center in Bonn eröffnet – übrigens bewusst außerhalb unserer Zentrale, um den nötigen Freiraum zu geben. Hier wollen wir die Stärken von Postbank und norisbank bündeln und den weiteren Weg in die digitale Welt gemeinsam noch besser beschreiten. Dort entsteht eine Innovationskultur, die uns von vielen Banken in Deutschland unterscheidet.

Gleichzeitig investieren wir in das Filialgeschäft und unseren persönlichen Service vor Ort. Mit dem Aufbau unserer neuen Postbank Center bündeln wir das gesamte Leistungsspektrum der Postbank unter einem Dach und machen dies für unsere Kunden erlebbar. Mit zwei Pilotprojekten sind wir in Essen und Nürnberg bereits gestartet, insgesamt sollen 50 Postbank Center entstehen.



*„Die Postbank erwirtschaftet bei deutlich geringerem Ressourceneinsatz ein konstantes Ergebnis – und das bei gleichzeitiger Integration in die Deutsche Bank Gruppe.“*

Frank Strauß



*„Wir fokussieren uns darauf, unsere Stärken in der persönlichen Betreuung vor Ort sowie in der digitalen Welt noch stärker zu verzahnen.“*

Frank Strauß

*Das heißt, dass Sie nicht Filialen abbauen, sondern sogar in sie investieren?*

Ja. Unser Geschäftsmodell ist durch die langfristige Kooperation mit der Deutschen Post hier differenziert zum Wettbewerb zu sehen. Aufgrund der Erträge aus dem Postgeschäft können wir unser dichtes Filialnetz zu günstigeren Kosten finanzieren, als wenn wir nur als Bank unser Angebot machen würden. Gleichwohl müssen wir sehr konsequent an unserer Effizienz arbeiten. Aus Kundensicht betrachtet ist es wichtig, dass wir weiterhin in unsere Filialen investieren, vor allem im Bereich der Selbstbedienung, die für unsere Kunden einen echten Mehrwert bietet. Dies dient auch dazu, die Wartezeiten in den Filialen zu verkürzen. So können wir unseren Kunden auch in Zukunft eine einzigartige Kombination aus Finanz- und Postdienstleistungen bieten.

*Und was haben die Kunden konkret von „digital und vor Ort“?*

Wir verbessern ihr Serviceerlebnis und erleichtern ihnen damit einen wichtigen Teil ihres Lebens, ihre Finanzgeschäfte. Im Digitalbereich bieten wir mit innovativen Lösungen wie der Finanzassistent-App ein benutzerfreundliches und sicheres Mobile Banking an und haben Überweisungsvorgänge durch die Einführung des Fingerprint-Verfahrens oder der eMail-Überweisung wesentlich vereinfacht. Vor Ort entzerren wir mit dem Ausbau der Selbstbedienungsbereiche die Abläufe in den Filialen, das schafft Freiräume für die Beratung und verbessert den Kundenservice. Was auch immer wir tun: Es geht darum, das Erlebnis für unsere Kunden noch besser zu machen.



*Wie spiegelt sich diese Herangehensweise im Außenauftritt der Postbank?*

Uns ist wichtig, dass bestehende und potenzielle Kunden wissen, was ihnen die Postbank bieten kann. Unsere neue im letzten Herbst gestartete Kampagne zeigt, wofür die Postbank steht und was unsere Kunden von uns erwarten können. Wir haben unseren strategischen Ansatz in der neuen Marketingkampagne verständlich und einfach zusammengefasst: als „Eine Bank fürs Leben“. Die Postbank will so sein, wie unsere Kunden sich uns wünschen: digital und persönlich.

*Der Kunde soll also im gesamten Leistungsspektrum der Postbank klar im Mittelpunkt stehen. Aber hat die Postbank auch aus Fehlern der Vergangenheit gelernt?*

Ja. Durch die klare Ausrichtung unserer Agenda auf die Bedürfnisse unserer Kunden haben wir das deutlich gemacht. Wir sind dabei auch schwierige Themen aktiv angegangen und haben unser Geschäftsmodell an einigen Stellen radikal umgebaut. Um konkrete Beispiele zu nennen: Wir haben den Vertrieb von Produkten wie geschlossenen Fonds eingestellt. Wir haben einen Ombudsmann etabliert und die Qualität unserer Beratung deutlich verbessert. Sicher sind wir noch nicht am Ende angekommen, und wir befassen uns weiter intensiv auch mit Kritikpunkten. Nochmal: Die Kundenzufriedenheit steht bei uns an erster Stelle.

*Und wie steht es um die Zufriedenheit der Mitarbeiter?*

Zufriedene und motivierte Mitarbeiter sind eine große Stärke der Postbank. Es freut mich sehr, dass die Zufriedenheitswerte in der Mitarbeiterbefragung

2014 erneut angestiegen sind. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und die Mitarbeiter in unserem Veränderungsprozess mitnehmen. Eine offene, wertschätzende und partnerschaftliche Dialogkultur, in der Schwächen angesprochen, Stärken vorangetrieben und Innovationen gefördert werden, ist meinen Vorstandskollegen und mir sehr wichtig. Denn wir sind davon überzeugt, dass eine starke Unternehmenskultur und geschäftlicher Erfolg Hand in Hand gehen. Entscheidend ist dabei, dass sich die Interessen des Unternehmens und der Belegschaft in Einklang befinden. Dies gilt insbesondere für Zeiten mit einem fordernden Marktumfeld, wie wir sie im Augenblick erleben. 2013 haben wir uns mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf ein gemeinsames Leitbild verständigt und dieses in die Umsetzung gebracht. 2014 haben wir unseren Führungskräften außerdem klare Führungsgrundsätze an die Hand gegeben, die jetzt in Workshops konkretisiert und eingeführt werden. Gute Führung ist von größter Wichtigkeit, damit wir die zukünftigen Herausforderungen in einem immer komplexeren Umfeld meistern können.

*Wie sieht Ihr Ausblick für die nähere Zukunft aus?*

Wir werden weiter hart für unsere Kunden arbeiten und innovative Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen. Zudem werden wir den internen kulturellen Wandel weiter vorantreiben. Die Postbank ist auf einem sehr guten Weg. Wir sind ein hervorragend aufgestelltes Unternehmen mit tollen Kolleginnen und Kollegen, in dem es Spaß macht zu arbeiten. Wir werden die Postbank gemeinsam noch besser machen und auch 2015 in einem schwierigen Umfeld erfolgreich sein. Darauf freue ich mich.

# ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN

## PRIVATKUNDENNEUGESCHÄFT BLEIBT AUF KURS

Mit attraktiven Konditionen und einem flexiblen Produktangebot konnte die Postbank 2014 ihr Ratenkreditgeschäft kräftig ausbauen. Auch im Girogeschäft wurde die kontinuierliche Steigerung von Bestand und Qualität erfolgreich fortgesetzt. Die Entwicklung im Spargeschäft hingegen wurde durch das sehr niedrige Zinsniveau gedämpft.

### **Girokontenbestand und Sichteinlagen mit neuen Höchstständen**

Mit 5,3 Millionen privaten Girokonten zum Jahresende 2014 hat die Postbank ihren Bestand erneut ausgebaut und ihre Position als größter Anbieter im deutschen Markt behauptet. Im Gesamtjahr wurden 433.000 neue Konten abgesetzt. Hierzu trugen die Kundenvorteile aus den neuen Kooperationen mit Zalando und Microsoft wesentlich bei.

Der Anteil der Online-Abschlüsse wird dabei immer wichtiger. Im Jahr 2014 entfielen rund 15 % der Kontoeröffnungen auf diesen Vertriebsweg. Das Volumen der auf Konten von Privat- und Geschäftskunden gehaltenen Sichteinlagen stieg um 3,1 Mrd € bzw. 12 % auf einen Rekordwert von 28,3 Mrd €.

### **Spargeschäft mit leichtem Rückgang**

Das Volumen der Spar- und Tagesgelder lag zum Jahresende 2014 bei 49,9 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um ca. 4 % gegenüber dem Vorjahreswert. Das Einwerben neuer Volumen wurde im Berichtsjahr durch die anhaltende Niedrigzinsphase erschwert. Gleichwohl konnte ein Brutto-Neugeschäftsvolumen von 6,8 Mrd € erreicht werden.

Deutliche Impulse erhielt das Neugeschäft durch eine Extra-Spargeld-Aktion zur Jahresmitte mit dem neuen Fokusprodukt SparCard Rendite plus. Insgesamt konnten rund 2,3 Mrd € neue Gelder eingesammelt werden. Seit Juni 2014 steht dieses neue Sparprodukt im Fokus des Vertriebs; zusätzlich wird seit September auch die Direktvariante SparCard Rendite plus *direkt* mit Abschlussmöglichkeit über die Direktvertriebswege angeboten. Beide Produkte sind transparente, leicht verständliche Sparprodukte mit dreimonatiger Kündigungsfrist und einer guthabenabhängigen Verzinsung. Das Produktkonzept unterstreicht die Positionierung der Postbank als sparerorientierte Bank und als Anbieter transparenter und attraktiver Produkte.

Die Sparstrategie ist vorrangig auf eine profitable Bestandsentwicklung ausgerichtet. Durch die Implementierung von Zinscaps mit einer niedrigeren Verzinsung für großvolumige Einlagen wird zudem das nachhaltigere kleinteilige Spargeschäft gestützt. Von den Zinscaps betroffene Sparkunden werden dabei gezielt auf den Abschluss von anderen Anlagemöglichkeiten, wie z. B. Wertpapieren oder Bausparen, angesprochen.

### **Ratenkreditneugeschäft setzt Wachstum fort**

Das Ratenkreditneugeschäft erreichte 2014 ein neues Rekordhoch. Das Neugeschäftsvolumen der beiden Marken Postbank und DSL konnte gegenüber dem Vorjahr um ca. 10 % auf 2,3 Mrd € gesteigert werden. Dabei verzeichnete die Marke DSL eine Steigerung um rund 29 % auf 0,7 Mrd €. Besondere Bedeutung für das Neugeschäft bewies erneut der Vertriebskanal Internet, auf den mit etwa 46 % der größte Anteil am Umsatz der Marke Postbank entfiel.

Auch im Neugeschäft des Postbank Ratenschutzes wurde 2014 ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Gegenüber dem Vorjahr konnte das Gesamtvolumen der Versicherungsbeiträge um 21 % auf knapp 92 Mio € gesteigert werden.



Die Bestandsentwicklung profitierte vom starken Neugeschäft. Gegenüber 2013 stieg der Kreditbestand um 653 Mio € auf 5,7 Mrd € an. Dies entspricht einem Wachstum von ca. 14 % bei vergleichbarer Portfolioqualität.

Wie schon in den Vorjahren erzielte die Postbank auch 2014 wieder hervorragende Platzierungen in unabhängigen Vergleichstests. So zeichneten n-tv und DISQ (Deutsches Institut für Service-Qualität) die Postbank als besten „Anbieter Ratenkredit (überregionale Filialbanken)“ aus, und FOCUS-MONEY und das DFSI (Deutsches Finanz-Service Institut) urteilten: „Bester Ratenkredit mit Restschuldversicherung“.

#### **Schwacher Markt dämpft Entwicklung des Bausparneugeschäfts**

Im Bauspargeschäft, das wir unter der Marke BHW betreiben, wurden 2014 erfolgreich vier neue Produkte eingeführt, die die Kundenbedürfnisse noch individueller berücksichtigen und gleichzeitig an die Herausforderungen des Niedrigzinsniveaus angepasst wurden. Allerdings konnten wir uns den Entwicklungen im deutschen Bausparmarkt, der einen Rückgang des beantragten Geschäfts um 8,3 % verzeichnete, nicht entziehen. Die beantragte Bausparsumme ging gegenüber dem Vorjahreswert um 9,6 % auf ca. 10,3 Mrd € (Vorjahr: 11,4 Mrd €) zurück. Beim eingelösten Bauspargeschäft konnten wir den Marktanteil hingegen von 9,7 % auf 9,9 % ausbauen.

Das Neugeschäft entwickelte sich in den drei Hauptvertriebswegen unterschiedlich. Während das in den Postbank Filialen generierte Neugeschäftsvolumen mit fast 2,2 Mrd € das Niveau des Vorjahres mit einem Zuwachs um 14 % spürbar übertraf und die Kooperationspartner mit rund 1,6 Mrd € (-4 %) nahezu das Vorjahresniveau erreichten, konnte die Postbank Finanzberatung mit rund 6,2 Mrd € (-17 %) nicht an das Vorjahr anknüpfen. Die Bauspereinlagen wuchsen zum Jahresende 2014 um 1,6 % auf rund 18,7 Mrd €.

#### **Baufinanzierung nahezu auf Vorjahresniveau**

Inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen nahmen unsere Kunden bis Ende 2014 Finanzierungsmittel für private Bauvorhaben im Volumen von ca. 9,0 Mrd € auf, rund 3,2 % oder 0,3 Mrd € weniger als im Vorjahr. Der leichte Rückgang ist insbesondere das Ergebnis verschärfter Bonitätsregelungen im Sinne der Sicherstellung einer verantwortungsvollen Kreditvergabe.

Dabei konnte im Vermittlergeschäft, in dem wir mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert sind, das über Internetplattformen und Vertriebspartner generierte Neugeschäftsvolumen auf dem hohen Niveau von 4,8 Mrd € stabil gehalten werden. Das unter der Marke BHW akquirierte Neugeschäft lag mit einem Volumen von rund 2,9 Mrd € um rund 6,5 % unter dem Vorjahreswert.

Der Bestand an Baufinanzierungen – inklusive erworbener Fremdportfolios – lag am 31. Dezember 2014 bei 71,9 Mrd € und damit leicht unter dem Wert zum Jahresende 2013 von 73,1 Mrd €, was insbesondere auf das Auslaufen angekaufter Fremdportfolios zurückzuführen ist. Folglich sank auch der Marktanteil bei steigenden Margen mit rund 8,4 % geringfügig unter den entsprechenden Vorjahreswert.

### **Verhaltenes Wertpapier- und Vorsorgegeschäft**

Das Wertpapierneugeschäft entwickelte sich in einem weiterhin schwierigen Umfeld leicht positiv. Das Neugeschäftsvolumen betrug im Geschäftsjahr 2014 rund 1,5 Mrd € und lag damit um 4 % über dem Vorjahresniveau. Der Wert des verwalteten Wertpapiervolumens konnte gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % auf 13,3 Mrd € gesteigert werden.

Das Vorsorgegeschäft erreichte in einem schwierigen Marktumfeld in etwa das Vorjahresniveau. Unbefriedigend hingegen verlief, wie auch im Markttrend, das Neugeschäft im Bereich der geförderten Altersvorsorge. Währenddessen entwickelte sich das Einmalbeitragsgeschäft mit einem Zuwachs in Höhe von fast 40 % gegenüber dem Vorjahr sehr positiv. Ebenso erfreulich zeigte sich nach seiner Einführung im Juli 2014 das Geschäft mit der Berufsunfähigkeitsversicherung.

### **Fokussierung des Firmenkundengeschäfts auf den Mittelstand**

Die langfristige strategische Ausrichtung des Firmenkundengeschäfts ist weiterhin auf den deutschen Mittelstand gerichtet. In diesem Segment will sich die Postbank als Kernbank für den täglichen Grundbedarf etablieren und neue Marktanteile gewinnen.

Im Zuge dieser Strategie wird im Kreditgeschäft der Fokus auf mittelständische Firmenkunden gelegt, wobei die bisher zugrunde gelegte risikobewusste Kreditpolitik in Verbindung mit einem optimalen Kapitaleinsatz beibehalten wird. Der Bestand an Firmenkundenkrediten konnte trotz des weiteren Rückzugs aus dem Engagement mit Großmandaten nahezu konstant gehalten werden und lag zum Jahresende 2014 bei 6,9 Mrd €.

Das Geschäftsfeld Factoring hat die im Vorjahr begonnene Rentabilisierung fortgeführt und konnte durch eine weitere Verfeinerung des Portfolios die Erträge bei vergleichbarem Volumen steigern.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung konzentrieren wir uns im Neugeschäft nach erfolgreicher Portfoliokonsolidierung – unter Beibehaltung unserer risikobewussten Vergabepolitik – auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Im Wesentlichen getrieben durch die weitere Profitabilisierung und die konservative Ausrichtung unseres Portfolios, lag der entsprechende Kreditbestand am 31. Dezember 2014 für Commercial Mortgages mit 6,7 Mrd € um 1,6 Mrd € unter dem Vorjahreswert.

Die Zahl der abgewickelten Transaktionen im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr sank geringfügig von 797 Millionen auf 791 Millionen. Ursächlich war hier der bewusste Rückzug aus Großmandaten. In unserer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand konnte die Menge der abgewickelten Transaktionen gegenüber dem Vorjahr jedoch weiter gesteigert werden.

Als Folge des herausfordernden Niedrigzinsumfelds wurde das Anlagevolumen unserer Firmenkunden bewusst zurückgefahren; Ende Dezember 2014 lag es mit 5,0 Mrd € deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von 7,0 Mrd €.

**Financial Markets weiter verschlankt**

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern und die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern. Dabei unterstützt der Bereich die Bemühungen zum De-Risking und zum weiteren Abbau der Bilanzvolumen zur Verbesserung von künftig relevanten Kennzahlen (z. B. Leverage Ratio). So ging der Bestand an Finanzanlagen Ende 2014 gegenüber Ende 2013 noch einmal leicht um 0,5 Mrd € auf 33,5 Mrd € zurück; das Bilanzvolumen sank um 3,8 % auf 155,4 Mrd €.

**Non Core Operating Unit mit weiterem Volumenabbau**

Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) umfasst die Portfolios und Aktivitäten, die gemäß der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Sie wurden aus den ursprünglichen Segmenten herausgelöst, um sie zielgerichteter steuern zu können. Dazu gehören u. a. ausgewählte Finanzanlagebestände, ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten, nicht mehr im Vertrieb befindliche Produkte im Kundengeschäft sowie besicherte und unbesicherte Emissionen.

Die Bestände in der Non Core Operating Unit wurden bis zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahresende weiter reduziert. Dies erfolgte insbesondere durch Fälligkeiten im verbliebenen Portfolio, den Verkauf von restlichen Beständen unserer ehemaligen Niederlassung in London und den Rückkauf von Passiva (Unsecured Issuances). Insgesamt reduzierten sich 2014 die Aktiva um 2,3 Mrd € auf 11,1 Mrd € und die Passiva um 3,3 Mrd € auf 22,1 Mrd €.



# BERICHT DES AUFSICHTSRATS

## Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch Postbank) hat sich im Geschäftsjahr 2014 trotz der schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin gut im Wettbewerb behaupten können. Insgesamt konnte sich die Konjunktur in Europa stabilisieren, von einer schnellen, gesamthaften Erholung kann jedoch auch in naher Zukunft nicht ausgegangen werden. Wie die Vorjahre war auch das Jahr 2014 von einem anhaltenden Zins- und Margendruck geprägt. Die europäische Zentralbank geht auch für die kommenden Jahre von einem weitestgehend konstant niedrigen Zinsniveau aus. Ein historisch niedriges Renditeniveau, geringe Margen, weiter zunehmende regulatorische Anforderungen sowie Kosten für die Rückerstattung von Kreditbearbeitungsgebühren haben die Geschäftsentwicklung in der deutschen Banken- und Finanzdienstleistungsbranche 2014 belastet. Nach der Umsetzung der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) sind bereits weitere regulatorische Vorgaben in Vorbereitung. Neben dem niedrigen Renditeniveau sowie dem anhaltend hohen Margendruck werden weiter steigende Verbraucherschutzanforderungen und die Implementierung neuer regulatorischer Vorgaben die deutsche Finanzdienstleistungsindustrie 2015 erneut vor große Herausforderungen stellen.

Das Geschäftsmodell der Postbank hat sich auch in diesem schwierigen Umfeld weiterhin gut bewährt. Der Start der nächsten Phase der Postbank Management Agenda lieferte einen wesentlichen Beitrag zu einem zufriedenstellenden Ergebnis in diesem schwierigen Marktumfeld.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten bei der Integration in den Deutsche Bank Konzern weitere Fortschritte erzielt werden. Neben der vollzogenen Bündelung der Servicegesellschaften von Postbank und Deutscher Bank in einer gemeinsamen Plattform-Holding stellt die Zusammenführung der Direktbank-Aktivitäten von Postbank und norisbank an einem gemeinsamen Standort einen wichtigen Schritt für die Zukunft dar. Des Weiteren hat die Postbank die Kooperation mit der Deutschen Post vertieft, das Firmenkundengeschäft gestärkt und die Aktivitäten im Bauspargeschäft des Deutsche Bank Konzerns unter der Marke BHW gebündelt.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2014 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Strategie, der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben und Beschlüsse gefasst. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Risikoausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.



### **Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat**

Im Geschäftsjahr 2014 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sechs ordentlichen Sitzungen und zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengefunden. In den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement und neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen unterrichtet. In einer ganztägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anpassung des Vorstandsvergütungssystems. Ferner haben wir über die voranschreitende Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern und dabei insbesondere über die Gründung der gemeinsamen GmbH zur Abwicklung von Bankdienstleistungen mit dem Vorstand ausführlich diskutiert. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2014 haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats bis auf Herrn Lawrence A. Rosen mindestens an der Hälfte der abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 6. Februar 2014 haben wir über die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 beschlossen und die Ziele für den Vorstand für das Geschäftsjahr 2014 intensiv diskutiert. Ferner haben wir uns mit den neuen Anforderungen an die Gestaltung von Vergütungssystemen auf Basis des CRD-IV-Umsetzungsgesetzes und der entsprechenden Änderungen des Kreditwesengesetzes eingehend befasst. Der Vorstand hat uns über den Stand der Jahresabschlussarbeiten informiert. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Personalplanung beschlossen. Die Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats haben im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten einen Beschluss zur Mitbestimmung in Tochtergesellschaften der Postbank gefasst. Weiterhin haben wir uns in der Sitzung über den aktuellen Sachstand des Prüfberichts „Auslagerung“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht berichten lassen und den Verkauf einer Immobilie beschlossen.

In der Bilanzsitzung am 24. März 2014 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2013 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer

über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2013 berichten lassen. Daneben haben wir dem Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung gemäß § 171 Abs. 2 AktG und § 314 Abs. 2 AktG und der Erklärung zur Unternehmensführung inklusive Corporate Governance Bericht zugestimmt. Ferner haben wir die Ziele 2014 des Vorstands auf Basis der aktualisierten Mittelfristplanung beschlossen. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) für Vorstand und Aufsichtsrat der BHW Holding AG, der Betriebs-Center für Banken AG und der Postbank Filialvertrieb AG. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, der Personal- und Sozialbericht und die Änderung der Geschäftsordnung des Risikoausschusses. Ferner haben Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert. Außerdem haben wir auf dieser Sitzung die Tagesordnung für die Hauptversammlung am 9. Juli 2014 diskutiert und die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten im Wege der schriftlichen Stimmabgabe verabschiedet. Ferner hat der Aufsichtsrat eine erste Aktualisierung der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex sowie die Wahlvorschläge für die Wahl der Anteilseigner in diesem schriftlichen Verfahren beschlossen.

Im Zusammenhang mit der Hauptversammlung 2014 hat der Aufsichtsrat am 8. und am 9. Juli zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen abgehalten. In der Sitzung am 8. Juli haben wir uns über den organisatorischen Ablauf der Hauptversammlung berichten lassen. Wir wurden vom Vorstand über die Ergebnisse des ersten Quartals 2014 informiert und haben diese mit ihm diskutiert. Neben der regelmäßigen Berichterstattung aus den Ausschüssen und der Risikoberichterstattung haben wir die Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinsichtlich der bei der Festlegung der Vorstandsvergütung zu berücksichtigenden Kriterien (vertikaler Vergütungsvergleich) sowie den die virtuellen Aktien betreffenden Verwässerungsschutz erörtert. Soweit erforderlich haben wir Beschlüsse gefasst. Des Weiteren haben wir gemeinsam mit dem Vorstand den aktuellen Status wesentlicher Projekte diskutiert.

Die Aufsichtsratssitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 9. Juli hatte die Neu- bzw. Wiederbesetzung von Ausschüssen aufgrund der Veränderung im Aufsichtsrat zum Inhalt. Ferner hat der Aufsichtsrat eine zweite Aktualisierung der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex beschlossen.

In unserer außerordentlichen Sitzung am 2. Oktober 2014 haben wir, auf Empfehlung des Nominierungs-, Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses und nach Beratung, Frau Susanne Klöß-Braekler mit Verantwortung für das Ressort „Produkt“ und Herrn Dr. Ralph Müller mit Verantwortung für das Ressort „Chief Operating Office“ mit Wirkung ab dem 1. November 2014 zu Vorstandsmitgliedern bestellt und Vorstandsverträge bis Oktober 2017 beschlossen.

In der Sitzung am 4. November hat der Vorstand im Rahmen der Regelberichterstattung über die Geschäftsentwicklung und die Risikosituation der Postbank informiert und den Personal- und Sozialbericht vorgestellt. Ferner haben Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert.



In der letzten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 17. Dezember 2014 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2015, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank, die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG) sowie das Vorstandsvergütungssystem im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Vorstand hat uns über die aktuelle wirtschaftliche Lage des Unternehmens informiert. Gemeinsam mit dem Vorstand haben wir die Geschäftsplanung 2015 sowie die Geschäfts- und Risikostrategie 2015 der Postbank erörtert. Nach umfangreicher Beratung haben wir dem vorgelegten Geschäftsplan 2015 zugestimmt. Weiterhin haben wir in der Sitzung zu den Gesetzesänderungen im Zuge des CRD-IV-Umsetzungsgesetzes und der Neuerungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beraten und, soweit erforderlich, Beschlüsse hierzu gefasst. In diesem Zusammenhang haben wir u. a. die Bestellungs- und Auswahlkriterien für Personen in der oberen Leitungsebene geprüft. Hinsichtlich der Vorstandsvergütung haben wir Beschlüsse über den Vergütungsvergleich gefasst und das Vorstandsvergütungssystem angepasst.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden nur einmal im Wege der schriftlichen Stimmabgabe Beschlüsse gefasst.

#### **Interessenkonflikt**

Neben den in der Entsprechenserklärung dargestellten und vorsorglich erklärten Interessenkonflikten wurden im Geschäftsjahr 2014 keine weiteren Konflikte von den Mitgliedern des Aufsichtsrats angezeigt und sind solche dem Aufsichtsrat auch nicht bekannt.

#### **Arbeit der Ausschüsse**

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2014 sieben Ausschüsse gebildet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

## Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse

Aufsichtsrat			
Rainer Neske (Vors.)	Stefanie Heberling	Dr. Christian Ricken	Eric Stadler
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Timo Heider	Karl von Rohr	Werner Steinmüller
Rolf Bauermeister	Dr. Tessen von Heydebreck	Bernd Rose	Gerd Tausendfreund
Susanne Bleidt	Hans-Jürgen Kummetat	Lawrence A. Rosen	Renate Treis
Prof. Dr. Edgar Ernst	Prof. Dr. Katja Langenbucher	Christian Sewing	Wolfgang Zimny

Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Rainer Neske (stv. Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Susanne Bleidt	Renate Treis

Risikoausschuss (§ 11 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Bernd Rose
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Renate Treis
Stefanie Heberling	Wolfgang Zimny

Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Frank Bsirske
Dr. Tessen von Heydebreck (stv. Vors.)	Eric Stadler

Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)	
Dr. Christian Ricken (Vors.)	Karl von Rohr
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Bernd Rose
Timo Heider	Gerd Tausendfreund

Vergütungskontrollausschuss (§ 15 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Vermittlungsausschuss (§ 16 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich die Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Corporate Governance, die Prüfung der Einhaltung der Entsprechenserklärung sowie besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr sechs Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Personalplanung im Vorstand einschließlich der Ausgestaltung der Vorstandsverträge und deren Anpassung aufgrund des CRD-IV-Umsetzungsgesetzes sowie die Kreditvergabe an Organmitglieder der Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der

Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Der Risikoausschuss ist für die Überwachung und Beratung von Risikobereitschaft, -profil und -strategie einschließlich grundsätzlicher Fragen des Vergütungssystems und der Gestaltung der Konditionen im Kundengeschäft zuständig. Ferner befasst sich der Ausschuss mit der Gewährung von Organkrediten, wesentlichen Kreditentscheidungen, speziellen Investitionsentscheidungen sowie grundsätzlichen Fragen der Kreditgewährung. Der Risikoausschuss tagte 2014 fünf Mal, davon wurde eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss abgehalten. Der Vorstand hat den Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen der Finanz- und der Risikokennzahlen informiert. Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen auftragsgemäß über das aktuelle Marktumfeld und die jeweilige Risikosituation beraten und über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen entschieden. Darüber hinaus hat der Risikoausschuss die Risikostrategie sowie Portfoliostrategien und -strukturen mit dem Vorstand erörtert und Maßnahmen zur Steuerung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. In diesem Zusammenhang wurden die Berücksichtigung der Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur bei den durch das Vergütungssystem gesetzten Anreizen überprüft sowie die Angemessenheit der Konditionsgestaltung im Kundengeschäft erörtert. Um bei übergreifenden Themen den Aufsichtsrat und den Vorstand effizient beraten zu können, haben der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt sieben Mal. Mit dem Risikoausschuss wurde eine gemeinsame Ausschusssitzung zum Thema Auslagerung abgehalten. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2013, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalergebnisse 2014 wurden im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschlussprüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des DCGK. In seinen Sitzungen hat er sich umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen aus solchen Prüfungen eng begleitet. Der Vorstand informierte den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld, deren Folgen für die Postbank und über den Umsetzungsstand der in diesem Zusammenhang gestarteten Projekte. Soweit dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.



Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2014 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in den Personalausschusssitzungen waren die Personalstrategie und die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns. Dabei wurden u. a. auch die Themenbereiche Vielfalt (Diversity), Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG einschließlich Demographie, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte einschließlich des Talentmanagements sowie Informationen zur Personalkosten- und Personalmengensteuerung behandelt.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Aufgrund von Gesetzesänderungen im Rahmen der CRD IV wurde die Zuständigkeit mit Beschluss vom 17. Dezember 2013 erweitert. Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat, neben seinen bisherigen Aufgaben, bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung im Vorstand sowie der Personen der oberen Leitungsebene und der Einhaltung der zugrunde gelegten Grundsätze. Er erarbeitet die Ziele hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats und achtet auf deren Erreichung. Ferner überprüft der Nominierungsausschuss regelmäßig Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und bewertet die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr fünf Mal getagt. Schwerpunkte waren die Vorbereitung der Wahlvorschläge an die Hauptversammlung für die Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat sowie die Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats und des Vorstands einschließlich der Vorschläge für die Bestellung zweier neuer Vorstandsmitglieder. Im Rahmen der Effizienzprüfung und Evaluation hat der Ausschuss sich mit der Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder und des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit intensiv befasst. Des Weiteren wurden die Grundsätze für die Auswahlkriterien für die zweite Führungsebene erörtert.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Der mit Wirkung zum 1. Januar 2014 neu eingerichtete Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung einer angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter und insbesondere der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion. Weiterhin bereitet er Beschlussvorschläge über die Vergütung von Geschäftsleitern unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement der Postbank vor und achtet darauf, dass die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche in die Ausgestaltung der Vergütungssysteme mit einbezogen werden. Der Vergütungskontrollausschuss tagte im Geschäftsjahr sechs Mal. Gegenstand der Beratungen waren die neuen Anforderungen an die Gestaltung von Vergütungssystemen des Vorstands und der Mitarbeiter aufgrund regulatorischer und gesetzlicher Änderungen im Zusammenhang mit

dem CRD-IV-Umsetzungsgesetz sowie mit europarechtlichen Regelungen. Ferner hat der Ausschuss die Bestellung eines Vergütungsbeauftragten und dessen Bericht umfassend erörtert. Neben der Zielerreichung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 und den Zielen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 hat der Vergütungskontrollausschuss die Vergütung der zwei neu bestellten Vorstandsmitglieder sowie die Maßgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex zum Vergütungsvergleich intensiv beraten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsratsplenum regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

#### **Jahres- und Konzernabschlussprüfung**

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2014 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zu Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt. Vielmehr wurde der Jahresüberschuss des Einzelabschlusses auf HGB-Basis gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bereits an die DB Finanz-Holding GmbH abgeführt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsrats-sitzung am 23. März 2015 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsrats-sitzung am 23. März 2015 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss am 12. März 2015 berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss, der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt.

#### **Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat**

Frau Susanne Klöß-Braekler und Herr Dr. Ralph Müller wurden mit Wirkung vom 1. November 2014 zu Mitgliedern des Vorstands der Postbank berufen. Frau Klöß-Braekler leitet das Ressort „Produkt“, und Herr Dr. Müller ist verantwortlich für das Ressort „Chief Operating Office“.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Änderungen ergeben:

Frau Prof. Dr. Katja Langenbacher und Herr Karl von Rohr wurden durch die Hauptversammlung am 9. Juli 2014 in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Wilfried Boysen und Herr Dr. Peter Hoch sind am 9. Juli 2014 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Die Hauptversammlung hat am 9. Juli 2014 Herrn Dr. Tessen von Heydebreck und Herrn Werner Steinmüller als Mitglieder des Aufsichtsrats wiedergewählt.

Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Wilfried Boysen und Herrn Dr. Peter Hoch für ihr großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.



### Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben sich auch im Berichtsjahr mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex beschäftigt. Am 22. Mai 2014 sowie am 9. Juli 2014 erfolgten Aktualisierungen der letzten jährlichen Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2013, die auf der Website des Unternehmens dauerhaft zur Verfügung stehen. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 17. Dezember 2014 ihre jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären der Postbank dauerhaft auf der Website des Unternehmens zugänglich gemacht. Abgesehen von den jeweils erklärten Abweichungen, ist die Postbank sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zunächst in der Fassung vom 13. Mai 2013 und zuletzt in der Fassung vom 24. Juni 2014 gefolgt und wird dies mit Ausnahme der erklärten Abweichungen auch künftig tun.



Eine ausführliche Erläuterung zur Corporate Governance und zur Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2014 können Sie dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 30 entnehmen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 23. März 2015

Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Rainer Neske'.

Rainer Neske  
Vorsitzender



# 6,2 Millionen Online-Banking-Konten

Beim Online Banking ist die Postbank die Nummer eins im Markt, sowohl nach der Kundenzahl als auch nach dem Urteil von Fachmagazinen wie CHIP und FOCUS-MONEY. Dafür sorgt unser Vorsprung in puncto Sicherheit und Komfort – mit sprachgesteuertem Banking, Überweisungsfreigabe per Fingerabdruck und vielen weiteren mobilen Features. Ob beruflich oder privat, zuhause oder im Park: Wir sind da, wo unsere Kunden sind.





# UNSERE VERANTWORTUNG

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
<u>INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG</u>	<u>30</u>
<u>NACHHALTIGKEIT</u>	<u>42</u>

02

# CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

## INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung bzw. gemäß § 161 AktG und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance im Unternehmen. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken nebst Hinweis, wo diese öffentlich zugänglich sind, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand, Aufsichtsrat und der jeweiligen Ausschüsse sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen. Es wird auch zu Kodexanregungen Stellung genommen.

### Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Organe der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des DCGK.

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben sich mit der Erfüllung der Vorgaben und im Besonderen mit den Änderungen des DCGK in der Fassung vom 24. Juni 2014 befasst. Nach eingehender Beratung haben Sie am 17. Dezember 2014 eine gemeinsame Entsprechenserklärung abgegeben. Diese Erklärung sowie die Entsprechenserklärungen der Vorjahre sind auf den Internetseiten der Postbank ([https://www.postbank.de/postbank/wu\\_corporate\\_governance.html](https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance.html)) veröffentlicht.



### Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben am 17. Dezember 2014 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben:

„I. Die letzte jährliche Entsprechenserklärung erfolgte am 17. Dezember 2013. Eine Aktualisierung dieser Entsprechenserklärung erfolgte am 22. Mai 2014 und am 9. Juli 2014. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2013 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der am 10. Juni 2013 im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung vom 13. Mai 2013 sowie der am 30. September 2014 im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung vom 24. Juni 2014 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

1. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank-Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG. Seit dem 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske, Vorstand Deutsche Bank AG, Head of Private & Business Clients, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.



Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

2. Nach Ziffer 4.2.2. Abs. 2 Satz 3 DCGK soll der Aufsichtsrat bei der Festlegung der Vorstandsvergütung das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt auch in der zeitlichen Entwicklung berücksichtigen, wobei der Aufsichtsrat für den Vergleich festlegt, wie der obere Führungskreis und die relevante Belegschaft abzugrenzen sind. Für diesen sog. vertikalen Vergütungsvergleich hat der Aufsichtsrat in der Vergangenheit die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt. Eine weitere Differenzierung erfolgte bislang nicht, da der Aufsichtsrat bislang die gewählte Vergleichsgruppe als hinreichend relevant angesehen hatte. Im Jahr 2014 hat der Aufsichtsrat, die Durchführung eines Vergütungsvergleichs entsprechend den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex beschlossen und vornehmen lassen. Es ist beabsichtigt, diesen Vergütungsvergleich auf regelmäßiger Basis durchzuführen. Dadurch entfiel die unter Ziffer 1.2 genannte Abweichung; Ziffer 4.2.2. Abs. 2 Satz 3 DCGK wurde in der Folge vollumfänglich entsprochen.
3. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK soll die Vergütung insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen.

Die Anstellungsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder sehen in Bezug auf Vergütungsteile Höchstgrenzen vor, die jedoch nicht vollumfänglich der neuen Kodex-Empfehlung entsprechen. Es ist jedoch beabsichtigt, die Anpassung der laufenden Verträge an die Anforderungen des Kodex bei der nächsten anstehenden Änderung der Vergütungssystematik aufzugreifen.

Es wird in diesem Kontext auch die Auffassung vertreten, dass die Höchstgrenzen sich nicht ausschließlich auf die Gewährung und Zuteilung der Vergütungskomponenten, sondern auch auf den späteren Zufluss derselben beziehen müssen. Obwohl die Deutsche Postbank AG diese Ansicht für nicht überzeugend erachtet, erklären wir dennoch rein vorsorglich, dass eine betragsmäßige Höchstgrenze für den Zufluss der zeitlich hinausgeschobenen aktienbasierten Vergütungsbestandteile nicht festgelegt worden ist und deshalb die Deutsche Postbank AG der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 in dieser Ausprägung nicht entsprochen hat.

4. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 3 DCGK soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Für die überwiegende Zahl der Vorstandsmitglieder gilt ein beitragsorientierter Plan, der strukturbedingt nicht auf ein bestimmtes Versorgungsniveau zielt bzw. sich ein solches nicht ableiten lässt. Der Aufsichtsrat stellt daher hinsichtlich dieser Versorgungszusagen nicht auf ein angestrebtes Versorgungsniveau ab. Eine Änderung dieser üblichen Zusagestruktur

ist nicht angestrebt. Für die entgeltabhängigen Versorgungszusagen ist ein maximaler Versorgungsgrad in Relation zum versorgungsfähigen Grundgehalt festgelegt. Der Aufsichtsrat erachtet die diesbezüglich mit dem maximalen Versorgungsgrad getroffene Festlegung als ausreichend.

5. Nach Ziffer 5.3.3 soll der Nominierungsausschuss ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt sein. Gemäß § 25d Absatz 11 Kreditwesengesetz geändert durch das CRD IV Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats weitere Aufgaben zu übernehmen, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat vorbereitet werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss der Postbank auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.
6. Nach Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK erhalten Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vergütung, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Lage der Gesellschaft steht. Wird den Aufsichtsratsmitgliedern eine erfolgsorientierte Vergütung zugesagt, soll sie auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein. Die in der Satzung der Deutsche Postbank AG festgeschriebene Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält neben einer jährlich festen Komponente und einer erfolgsorientierten Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung auch eine erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr orientiert. Mit Blick auf die letztgenannte Vergütungskomponente, die nach Ansicht des Vorstands und Aufsichtsrats isoliert betrachtet nicht den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK entsprechend auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist, haben sich Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

Seit der ersten Aktualisierung der Entsprechenserklärung am 22. Mai 2014 hat die Deutsche Postbank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 sowie in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit den unter Ziffern I.1 bis I.5 genannten Ausnahmen entsprochen. Durch Hauptversammlungsbeschluss vom 9. Juli 2014 wurde rückwirkend zum 1. Januar 2014 das Vergütungssystem des Aufsichtsrats auf eine reine Festvergütung mit Sitzungsgeld ohne erfolgsorientierte Vergütungsbestandteile geändert. Dadurch entfiel die unter Ziffer I.6 genannte Abweichung; Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK wurde in der Folge vollumfänglich entsprochen.

Seit der zweiten Aktualisierung der Entsprechenserklärung am 9. Juli 2014 hat die Deutsche Postbank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 sowie in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit den unter Ziffern I.1 bis I.5 genannten Ausnahmen sowie mit folgender zusätzlicher Ausnahme entsprochen:

7. Nach Ziffer 5.3.2 Satz 3 soll der Vorsitzende des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats unabhängig sein. Am 9. Juli 2014 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Christian Ricken als neuen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Herr Dr. Ricken ist Mitglied im

Group Executive Committee der Deutsche Bank AG und Chief Operating Officer im Unternehmensbereich Private & Business Clients („COO PBC“). Die Deutsche Bank AG hält derzeit unmittelbar und mittelbar ca. 94,1% der Anteile der Deutsche Postbank AG und ist somit kontrollierender Aktionär im Sinne der Ziffer 5.4.2. Satz 2 DCGK. Aufgrund seiner Tätigkeit im Group Executive Committee der Deutsche Bank AG steht Herr Dr. Ricken zum kontrollierenden Aktionär der Deutsche Postbank AG in einer geschäftlichen Beziehung, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen könnte und ist daher nicht unabhängig im Sinne der Ziffer 5.4.2 Satz 2 DCGK. Ungeachtet seiner leitenden Position bei der Deutsche Bank AG hält der Aufsichtsrat Herrn Dr. Ricken für den geeigneten Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Herr Dr. Ricken hat aufgrund seiner Tätigkeit im Group Executive Committee der Deutsche Bank AG, als COO PBC und seiner übrigen beruflichen Laufbahn umfangreiche Erfahrung im Bereich Finance/Commercial Banking. Er verfügt insbesondere über den erforderlichen Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie über die notwendigen Erfahrungen in der Leitung von Gremien. Herr Dr. Ricken ist nach der Erwartung des Aufsichtsrates in der Lage, der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Vorsitzender des Prüfungsausschusses ausreichend Zeit zu widmen und kann diese Tätigkeit unter Wahrung der Interessen der beteiligten Parteien wahrnehmen. Er kann überdies auch langfristig die Kontinuität in dieser zentralen Position gewährleisten.

- II. Ferner erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG, dass die Absicht besteht, künftig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der geltenden Fassung vom 24. Juni 2014 mit Ausnahme der nachfolgend benannten Empfehlungen zu entsprechen:
  1. a. Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK mit der unter I.1 genannten Begründung
    - b. Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK: Ab dem 01. Januar 2015 ist – neben Herrn Rainer Neske ein zweites Vorstandsmitglied der Deutsche Bank AG Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Seit dem 09. Mai 2012 ist Herr Christian Sewing, Global Head of Group Audit der Deutsche Bank, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Durch Beschluss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG wurde Herr Sewing mit Wirkung zum 01. Januar 2015 zum Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG bestellt. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind. Aus den unter I.1 dargelegten Gründen erklären Vorstand und Aufsichtsrat eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK rein vorsorglich.
  2. Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK mit der unter I.3 genannten Begründung
  3. Ziffer 4.2.3 Abs. 3 DCGK mit der unter I.4 genannten Begründung
  4. Ziffer 5.3.2 Satz 3 DCGK mit der unter I.7 genannten Begründung
  5. Ziffer 5.3.3 DCGK mit der unter I.5 genannten Begründung“

Die Anregungen des DCGK werden ebenfalls umgesetzt mit den Ausnahmen, dass die Hauptversammlung nicht im Internet übertragen wird (Ziffer 2.3.3 DCGK) und die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft für die Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, aus technischen Gründen bis zum Vorabend der Hauptversammlung erreichbar sind, nicht jedoch während der Hauptversammlung (Ziffer 2.3.2 DCGK). Für Aktionäre oder Aktionärsvertreter, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zur Abstimmung erreichbar.

### Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte und Prinzipien der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe ausrichten soll, sind im „Postbank Leitbild“ dokumentiert. Das Leitbild konkretisiert mit Vision und Mission die strategische Ausrichtung der Postbank. Sechs Werte definieren den Weg dahin. Wort und Geist dieser Werte und Prinzipien finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Sie reflektieren die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln. Das Leitbild ist für alle leitenden Angestellten der Postbank Gruppe verbindlich und spiegelt sich in den Zielvereinbarungen der Bank wider. Der Stand der Implementierung wird im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung überprüft.

Die folgenden Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Kundenorientierung
- Nachhaltige Leistung
- Partnerschaft
- Integrität
- Innovation
- Disziplin

Der „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“ gilt für alle Mitarbeiter des Postbank Konzerns. Der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank gilt für den Chief Financial Officer der Postbank, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen der Postbank sowie den Chief Financial Officer der Postbank Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG.

Darüber hinaus hat für die Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. 2014 hat sie die Policy „Grundsätze unternehmerischer Verantwortung – Postbank Gruppe“ implementiert. Darin sind die Ziele, Rollen, Anforderungen und Verantwortlichkeiten nachhaltiger Unternehmensführung definiert. Diese Grundsätze sind auch für die leitenden Angestellten der Postbank verbindlich.



Für die Postbank ist Nachhaltigkeit der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit aktiv in der täglichen Zusammenarbeit gelebt. Lieferanten der Bank werden zur Einhaltung dieser Werte mit dem „Supplier Code of Conduct“ verpflichtet.

Es ist unser Selbstverständnis, einen aktiven Beitrag für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde sowie zu unserem gesellschaftlichen Umfeld zu leisten. Dadurch wollen wir langfristig unseren Unternehmenserfolg sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen. Wir verpflichten uns, für unsere Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen. Wir sind als Unternehmen ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der wir agieren. So haben wir das Ziel, einen Mehrwert für unsere Stakeholder zu generieren.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich im Einklang mit Ziffer 4.1.1 DCGK insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage. (Weitere Informationen erhalten Sie über die Internetseite [www.postbank.de/nachhaltigkeit](http://www.postbank.de/nachhaltigkeit).)



Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) wird auf Vielfalt (Diversity) geachtet. Eine angemessene Berücksichtigung von Frauen steht dabei im Vordergrund. Der Vorstand hat zur deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Managementfunktionen verbindliche Zielwerte für Frauenanteile in Führungspositionen sowie bei anteilseignerseitigen Aufsichtsratsmandaten in Tochtergesellschaften bis 2018 beschlossen. Seitdem wurden entsprechende Maßnahmen zur Identifikation und Förderung weiblicher Potenzialträgerinnen implementiert, welche laufend evaluiert werden.

Unter Beteiligung des Vorstands werden hierbei konzernweit die Weichen für ein erfolgreiches Diversity Management gestellt und die im Rahmen des Projekts zu erreichenden Zielwerte, die zu ergreifenden Maßnahmen sowie mögliche Veränderungen von Prozessen bestimmt.

#### **Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat**

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

#### **Vorstand**

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG und vertritt diese nach außen. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitserfordernisse, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand aus seiner Mitte heraus Ausschüsse mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating-Komitees liegen das Kosten-, Ressourcen- und Infrastrukturmanagement. Weiterhin gehören die Steuerung von Investitions- und Projektvorhaben sowie die Überwachung und Steuerung von Auslagerungssachverhalten zu seinem Verantwortungsbereich.

Das Implementierungskomitee hat die Steuerung ausgewählter Projekte und insbesondere der Projekte im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern zum Gegenstand.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung und Planung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen. Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktpreisrisikokomitee, das Komitee für operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell-

und Validierungskomitee und das Kreditrisikokomitee unterstützt. In enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee erfolgt die Arbeit des Non-Core-Operating-Unit-Komitees und des Data-Quality-Komitees.

Der Kundenbankausschuss hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank und das Global Executive Committee im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank Gruppe. Er arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt eine regelmäßige Überwachung der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Für die Erleichterung der Amtseinführung sowie für Fortbildungen werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

#### **Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder erfüllen die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und widmen ihren Aufgaben ausreichend Zeit. Zur Amtseinführung sowie zur Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäße bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften.

Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Risiko-, Vergütungskontroll-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Mit Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses zum 1. Januar 2014 ist der Aufsichtsrat den Anforderungen des CRD-IV-Umsetzungsgesetzes nachgekommen (§ 25d Abs. 12 KWG).



Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung und Arbeitsweise, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe Seite 18).

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen für eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Corporate Governance Kodex mindestens elf unabhängige Mitglieder angehören. Es wird davon ausgegangen, dass der Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses die Unabhängigkeit

der Arbeitnehmervertreter an sich nicht infrage stellt. Mitglieder des Aufsichtsrats sollen insbesondere keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats ist ferner auf das Vorliegen von internationaler Erfahrung zu achten.

Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 20 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören vier Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 20 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diesen Anteil mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig, mindestens ein Mal jährlich im Rahmen einer Effizienzprüfung überprüft. 2014 wurden erstmals zudem Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder beider Gremien sowie der Organe in ihrer Gesamtheit bewertet. Die aktuelle Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden positiv bewertet. Diskutiert wurde indessen über eine klarere Abgrenzung der Aufgabenbereiche einzelner Aufsichtsratsausschüsse, den Umfang der Behandlung einzelner Themen, die Zusammenarbeit mit der zweiten Führungsebene sowie die Geschäftsverteilung des Vorstands. Die Mitglieder beider Gremien verfügen über die wesentlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten für eine effektive Geschäftsführungs- und Aufsichtstätigkeit in der Postbank. Im Falle von Nachbesetzungen werden die im Rahmen der Effizienzprüfung gewonnenen Erkenntnisse zu den Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen zu berücksichtigen sein.

#### **Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat**

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.



Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

#### **Hauptversammlung und Aktionäre**

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die wesentlichen Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Vor der Hauptversammlung können die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigt werden. Für Aktionäre oder Aktionärsvertreter, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Die Hauptversammlung der Postbank hat der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt. Diese Verfahrensweise ist seitdem in § 3 der Satzung der Postbank festgeschrieben.

#### **Weitere Corporate Governance**

##### **Transparenz**

Die Postbank ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Postbank veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Halbjahresberichte und Zwischenmitteilungen. Sie kommuniziert über Pressekonferenzen, Presse- bzw. Investor-



Relations-Meldungen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG (directors' dealings), Unternehmensberichte sowie die unternehmenseigene Internetseite (www.postbank.de). Auf dieser sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und in englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf Seite 185, Note 57.

### Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Jahresfinanzberichte werden binnen 90 Tagen erstellt, vom Vorstand aufgestellt, geprüft und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Die Halbjahresfinanzberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert wurden, veröffentlicht. Die Zwischenmitteilungen der Geschäftsführung werden innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen offengelegt. Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf Seite 189, Note 58.



### Compliance

In der Finanzbranche hat das Vertrauen der Marktteilnehmer allergrößtes Gewicht. Geschäfte und Dienstleistungen im Finanzdienstleistungsbereich müssen daher geprägt sein von Fairness gegenüber anderen Marktteilnehmern und insbesondere gegenüber unseren Kunden. Unser geschäftlicher Erfolg hängt nicht zuletzt von einem soliden, vertrauensvollen Verhältnis zwischen unseren Kunden, der Postbank und unseren Mitarbeitern ab. Verhaltensweisen, die den Kunden schädigen, den Kapitalmarkt in unfaier Weise beeinflussen oder dem Ansehen unserer Bank abträglich sind, müssen vermieden werden. In diesem Sinne entwickelt unser Haus das einheitliche Compliance-Verständnis und das bestehende Interne Kontrollsystem fortlaufend weiter. „Compliance“ bedeutet sinngemäß das „Handeln in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen, regulatorischen Vorschriften und internen Regelwerken“. Innerhalb der Deutschen Postbank AG wird darunter einerseits ein von Fairness, Integrität und Vertrauen getragenes Miteinander von Kunden, Bank und Mitarbeitern verstanden, das auf der Beachtung geltender Gesetze und anderer Regelwerke zum Schutz der Kunden und zur Vermeidung von Interessenkonflikten basiert. Darüber hinaus dient die Sicherstellung einer angemessenen Compliance auch dazu, Risiken für die Bank, die sich aus der Nichteinhaltung von Regelungen ergeben können, zu reduzieren.

Durch die Beratung und Unterstützung der Geschäftsbereiche und durch andere Vorkehrungen und Maßnahmen, insbesondere regelmäßige Risikoanalysen sowie Kontroll- und Überwachungstätigkeiten, trägt die Compliance-Funktion zu einer Unternehmensorganisation bei, die auf die Einhaltung gesetzlicher und anderer Rechtspflichten ausgerichtet ist und dem Risiko von Verstößen präventiv entgegenwirkt. Hierdurch werden Compliance-Risiken, also Risiken von gesetzlichen oder regulatorischen Sanktionen, finanziellen Verlusten oder Reputationsverlusten, die dadurch eintreten können, dass die Bank nicht im Einklang mit geltendem Recht, bestehenden Regularien, Verhaltensregeln oder anerkannten Standards handelt, reduziert. Um das regulatorische Risikomanagement weiterzuentwickeln und den gestiegenen Anforderungen an die Compliance der Institute Rechnung zu tragen, wurde im Jahr 2014 der neue Bereich „Regulatory Compliance“ eingerichtet. Dieser umfasst neben der Compliance-Funktion auch die Abteilungen für Geldwäschebekämpfung, Embargoüberwachung und Unternehmenssicherheit/Kontinuitätsmanagement. Ziel des Bereichs ist es, die bankweite Compliance-Kultur weiter zu stärken und damit Risiken nachhaltig zu vermeiden.

#### **Risikomanagement**

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die für sie wesentlichen Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Neben diesen Grundsätzen werden über die Strategien ebenfalls Leitlinien, Risikobereitschaft und Limite zu den unterschiedlichen Risikoarten festgelegt und mit dem Risikoausschuss und dem Aufsichtsrat erörtert.

Die wesentlichen Risiken werden innerhalb der Postbank sowohl auf Einzel- als auch auf Portfolioebene gesteuert – dies schließt auch die Steuerung von Konzentrationsrisiken mit ein. Dabei werden die jeweiligen Risiken entlang der Risikostrategie, der Risikobereitschaft und der Risikotragfähigkeit limitiert und überwacht. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

In das Risikomanagement werden alle Ebenen der Bank zur Risikosteuerung und -überwachung einbezogen: Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Vorstand, Risikokomitees und operative Einheiten, welche gemäß den Vorgaben der MaRisk alle relevanten Berichte zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe erfolgt über die gemeinsame Vernetzung der Gremien sowie die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von zentralen Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen werden gemeinsam analysiert und gemeinsam berichtet. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision und dem Prüfungsausschuss überwacht.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf Seite 63 entnehmen.

# NACHHALTIGKEIT

## ALS UNTERNEHMEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Nachhaltigkeit bedeutet für die Postbank den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit in der täglichen Zusammenarbeit bewusst gelebt und durch ein aktives Nachhaltigkeitsmanagement kontinuierlich weiterentwickelt. In ihrem Corporate-Responsibility-Programm formuliert die Bank Jahr für Jahr konkrete Ziele und Maßnahmen und überwacht deren Einhaltung.

### Soziale Nachhaltigkeit

Die Postbank übernimmt Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden und die Gesellschaft. In ihrem gesellschaftlichen Engagement konzentriert sie sich auf die Unterstützung von Kindern in Deutschland. Alle Projekte werden unter dem Motto „Wir für Kinder“ gebündelt. Neben dem gemeinsam mit der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ realisierten Bildungsprojekt an deutschen Grundschulen wurde 2014 eine weitere Initiative gestartet: Durch die „Wir für Kinder – Aktionstage“ ermöglicht die Postbank ihren Mitarbeitern, eigene Projekte für Kinder gemeinsam mit Kollegen im Team umzusetzen. Aktiv fördert die Postbank dadurch das soziale Engagement ihrer Mitarbeiter. Darüber hinaus spendeten die Mitarbeiter der Bank im Rahmen der traditionellen Weihnachtsbaumaktion für „Save the Children“. Die Spenden kommen Kindern in Westafrika zugute, deren Familien vom Ebola-Virus betroffen sind.

Ihren Mitarbeitern schafft die Postbank Freiräume für ein ausgewogenes Privat- und Arbeitsleben und macht ihnen zahlreiche Angebote zur Förderung ihrer Gesundheit. 2014 hat die Bank beispielsweise ein weiteres Eltern-Kind-Büro am Standort Bonn eingerichtet. Es bietet eine Lösung für Eltern, deren reguläre Kinderbetreuung kurzfristig ausfällt. Im Rahmen der Personalagenda wurden 2014 an über zehn Standorten „Ansprechpartner für Gesundheit“ etabliert. Sie machen Trainingsangebote zur Verbesserung der Fitness, führen aber beispielsweise auch Screenings zur Ermittlung persönlicher Gesundheitsrisiken durch.

### Ökologische Nachhaltigkeit

Die Postbank setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Sie reduziert negative Umwelteinwirkungen aus ihrer Geschäftstätigkeit und unterstützt ihre Kunden und Mitarbeiter durch umweltfreundliche Angebote. Bereits 2008 hat sie ein Umweltmanagementsystem implementiert, um ihre Anstrengungen für den Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben. Sie erfüllt damit den Standard der Umweltmanagementnorm ISO 14001. Ihr Umweltmanagementsystem lässt die Postbank jährlich durch eine unabhängige Prüforganisation untersuchen. Die Wirksamkeit wurde vom TÜV Rheinland im April 2014 im Rahmen eines turnusmäßigen Überwachungsaudits erneut bestätigt. Ihre Nettoemissionen an Treibhausgasen hat die Postbank in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Dazu haben Energiesparmaßnahmen im Immobilienmanagement ebenso beigetragen wie die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen und die Verringerung der Dienstreisetätigkeit, z. B. mithilfe der Videokonferenz-Technologie. Bei Geschäftsreisen mit der Deutschen Bahn nutzt die Postbank im Fernverkehr generell einen CO<sub>2</sub>-neutralen Tarif.



### Ökonomische Nachhaltigkeit

Für ihre Kunden, Mitarbeiter und Anteilseigner will die Postbank nachhaltigen Wert schaffen und ein verlässlicher Partner sein. Dies macht der Slogan „Eine Bank fürs Leben“ deutlich, der seit August 2014 den Markenauftritt der Bank kennzeichnet. Er steht für ein geschäftliches Handeln, das an den Wünschen und Belangen der Stakeholder ausgerichtet ist. Von besonderem Wert ist dafür die konstruktive Kritik des Kundenbeirats der Postbank. Seit 2006 beobachtet er den Service und die Produkte der Bank und wird aktiv in die Weiterentwicklung des Leistungsangebots einbezogen. So nehmen die Beiräte beispielsweise an Online-Befragungen, Service- und Produkttests oder auch Workshops teil. Der Kundenbeirat setzt sich aus dem rund 3.000 Mitglieder umfassenden erweiterten Beirat und einem bis zu 30-köpfigen Kerngremium zusammen. Die Mitglieder des Kernkundenbeirats werden zweimal jährlich zu einer Präsenztagung mit Mitarbeitern und Führungskräften der Postbank eingeladen. Dort werden zahlreiche Anregungen für Verbesserungen diskutiert und anschließend umgesetzt. Auch innovative Ideen ihrer Mitarbeiter fördert die Postbank gezielt. Im Rahmen des Ideenmanagements haben Mitarbeiter aller Unternehmensbereiche die Möglichkeit, mit eigenen Ideen und Vorschlägen die Prozesse und Produkte der Bank zu verbessern. Gute Ideen werden prämiert.

### Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Postbank berichtet transparent über ihre Aktivitäten und Entwicklungen im Bereich der Nachhaltigkeit. Ihr jährlich erscheinender Nachhaltigkeitsbericht erfüllt die Anforderungen der Global Reporting Initiative, Anwendungsebene A. Im Internet bietet die Postbank einen Überblick unter [www.postbank.de/csr\\_nachhaltigkeit.html](http://www.postbank.de/csr_nachhaltigkeit.html).





## 2,7 Millionen Bausparkunden

Bei allem technologischen und gesellschaftlichen Wandel gibt es doch Werte, die sich als „unverwüstlich“ erweisen – die die Enkel genauso begeistern wie die Großeltern. Dazu gehört der Wunsch nach den eigenen vier Wänden. Und mit ihm auch das Bausparen als Anstoß für die spätere Finanzierung. Der Komfort ist gewachsen, mit vielen Web-Services und jederzeitigem Online-Zugang zum Vertrag. Das Ergebnis aber bleibt gleich: Auf dem Weg zum Eigenheim macht man mit Bausparen das Spiel.

# KONZERNLAGEBERICHT

DER DEUTSCHEN POSTBANK AG

<u>GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN</u>	<u>46</u>
<u>ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT</u>	<u>48</u>
<u>VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG</u>	<u>50</u>
<u>MITARBEITER</u>	<u>54</u>
<u>WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2014</u>	<u>54</u>
<u>WIRTSCHAFTSBERICHT</u>	<u>54</u>
<u>GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2014</u>	<u>54</u>
<u>GESCHÄFTSVERLAUF</u>	<u>57</u>
<u>ERTRAGSLAGE</u>	<u>58</u>
<u>SEGMENTBERICHTERSTATTUNG</u>	<u>59</u>
<u>VERMÖGENS- UND FINANZLAGE</u>	<u>61</u>
<u>NACHTRAGSBERICHT</u>	<u>62</u>
<u>CHANCENBERICHT</u>	<u>62</u>
<u>RISIKOBERICHT</u>	<u>63</u>
<u>PROGNOSEBERICHT</u>	<u>97</u>

03



## KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

### GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

#### Grundlagen des Konzerns

##### Geschäftsmodell des Konzerns

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit liegen im Privatkundengeschäft (Retail Banking) und im Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen). Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, die unmittelbar und mittelbar 94,1% der Aktien der Deutschen Postbank AG hält.

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat am 5. Juni 2012 einem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), und Deutscher Postbank AG zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam. Mit Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 wurde der Vertrag bestandskräftig.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundenbasis ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT-Einheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Financial Markets und den Bereich Non Core Operating Unit (NCOU) gegliedert. Ab dem dritten Quartal 2014 wird das Segment Transaction Banking nicht mehr separat berichtet.

- Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Investmentfonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Kundenstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.

- Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Geldanlageprodukte sowie Angebote aus dem Zins- und Währungsmanagement komplettieren die Produktpalette.

- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen die Sicherung der Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank.

- Das Segment Non Core Operating Unit (im Folgenden auch NCOU) beinhaltet von der Postbank identifizierte Portfolios und Aktivitäten, die nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur zielgerichteten Steuerung wurden sie aus ihren ursprünglichen Segmenten herausgelöst und in das neue Segment Non Core Operating Unit mit eigener Management-Verantwortlichkeit überführt. Details sind der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

#### Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2014 – 1.076 Filialen in Deutschland sowie eine Niederlassung in Luxemburg, die mit Wirkung zum 1. Juli 2014 das Kundengeschäft der PB International S.A. übernommen hat.

Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

#### Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

## Unternehmenssteuerung bei der Postbank

### Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nicht-finanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren waren 2014 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Commitment, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus und Professionalität einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgang – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Konkret wird die Mitarbeiterzufriedenheit aus dem Ergebnis zur Dimension Commitment abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen Fragen zur Ermittlung der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews anhand eines weitgehend gleichbleibenden strukturierten Fragebogens erhoben. Die zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit den zentralen Leistungsfaktoren der Bank (Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen, Reklamationsmanagement usw.) erfragt. Die Zufriedenheit wird dabei mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) erhoben. Die Durchführung der Studie erfolgt durch ein renommiertes externes Marktforschungsinstitut unter Beachtung hoher Qualitätsstandards.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mitarbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

### Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Die Größe berechnet sich aus dem Quotienten aus dem Ergebnis vor bzw. nach Steuern und

dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR), des Quotienten aus Verwaltungsaufwendungen zuzüglich sonstiger Aufwendungen und Gesamterträgen einschließlich sonstiger Erträge vor Risikovorsorge, als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung gemessen.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größen zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss und den Provisionsüberschuss als zentrale Ertragsgrößen im Kundengeschäft der Postbank.

### Steuerungsprozess

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt. Hintergrund sind die Ende 2012 geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen, ermittelt die Postbank Renditekennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets, RoA) als auch auf das eingesetzte Risikokapital. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital bzw. den Kapitalbedarf berechnet (insbesondere Return on Regulatory Capital, RoReC bzw. Return on Total Capital Demand, RoTCD), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem werden Informationen zur Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals (Return on Risk-adjusted Capital, RoRaC) auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios bereitgestellt. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.



Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht in Note 55 (Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen).

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

## ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

### Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2014 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

### Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

### Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt unmittelbar und mittelbar im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, am 31. Dezember 2014 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank. Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

### Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

### Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Postbank AG halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

**Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung**  
Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf

Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 25c Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der

Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

#### **Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien**

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer durch den Vorstand bestimmten Bank oder einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer durch den Vorstand bestimmten Bank oder einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalen I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 bis zum 8. Juli 2019 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder an die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 8. Juli 2019 auszugebenden Wandelgenussscheine bzw. Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des

Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Die Gesellschaft wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden und gilt bis zum 28. April 2015. Der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) darf den arithmetischen Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Postbank Aktie im XETRA-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Außerdem wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Sie gilt bis zum 28. April 2015.

Der Erwerb kann über die Börse oder mittels eines öffentlichen Angebots erfolgen. Die Ermächtigung enthält Vorgaben hinsichtlich des Erwerbspreises und des Vorgehens bei Zeichnung eines öffentlichen Kaufangebots.

Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgend genannten Ziele, ausgeübt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt grundsätzlich zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall zur Anpassung der Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung ermächtigt.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als durch einen Verkauf über die Börse oder ein Angebot an alle Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wie folgt zu verwenden: (i) Veräußerung gegen Sachleistung, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige einlagefähige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen, oder (ii) Veräußerung gegen Barzahlung, soweit diese zu einem Preis erfolgt, der den Börsenwert von Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet (vereinfachter Bezugsrechtsausschluss nach §§ 186 Abs. 3 Satz 4, 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 AktG). Diese Ermächtigung beschränkt sich unter Einbeziehung von anderen Aktien, die seit Beschlussfassung über diese Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind, auf insgesamt höchstens 10 % des derzeitigen oder – falls dieser Wert geringer ist – 10 % des bei Ausübung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft oder (iii) Erfüllung von Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandlungs- und Optionsrechten bzw. Wandlungspflichten aus von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen begebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die ein Wandlungs- oder Optionsrecht gewähren oder eine Wandlungspflicht bestimmen. Die Ermächtigungen unter (i) bis (iii) können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

**Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen**  
Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

**Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechseln**  
Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

#### **§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung**

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter [https://www.postbank.de/postbank/wu\\_corporate\\_governance\\_unternehmensfuehrung.html](https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html) abrufbar.



## **VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG**

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

### **Zuständigkeit**

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wurde das Plenum bis einschließlich 2013 vor allem durch den Präsidialausschuss. Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat durch den neuen Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der wesentliche, bisher vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben in Bezug auf das Vergütungssystem des Vorstands und die Festlegung der einzelnen Vergütungen übernimmt. Bereits im Dezember 2013 hat der Aufsichtsrat die Einrichtung des Vergütungskontrollausschusses, der nach den Vorgaben des § 25d Abs. 12 i. V. m. Abs. 7 KWG bei der Postbank einzurichten ist, beschlossen. Dieser hat seine Arbeit noch Ende 2013 aufgenommen. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

### **Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014**

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue regulatorische Vorgaben.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten vertikalen sowie horizontalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe bestätigt.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die Unternehmensziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Nach § 25a Abs. 5 Satz 2 KWG darf die variable Vergütung der Geschäftsleiter von Kreditinstituten grundsätzlich 100 % der fixen Vergütung nicht übersteigen. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können. § 25a Abs. 5 Satz 5 KWG sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, als sie ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 billigen können. Der Aufsichtsrat hat für die Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Antrag vor dem Hintergrund des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Steuerungsmöglichkeit über die variable Vergütung gestellt. Die Hauptversammlung hat im Juli 2014 dem Antrag entsprochen und einem Verhältnis von 1:2 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat hat der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung beschlossen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart. Die wesentlichen Grundzüge sind im Weiteren ausführlich dargestellt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen – geldwerte Vorteile aus Sachbezügen – bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Konzernziele in der Gewichtung den überwiegenden Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Die Gewährung der festgestellten variablen Vergütung wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung weiterhin dem bislang gültigen Vergütungsmodell.

#### **Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014**

Nach der neuen Vergütungsstruktur wird die variable Vergütung unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich hat der Aufsichtsrat die Anwendung der im Deutsche Bank Konzern etablierten Zurückbehaltungsmatrix beschlossen, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist danach für das Jahr 2014 auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Dieser nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Unverfallbarkeits- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab.

#### **Equity Upfront Award**

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine Haltefrist von sechs Monaten. Während der sechsmonatigen Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

#### **Restricted Equity Award**

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben und in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar.

Für Mitglieder des Vorstands, die zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet sind (dies betrifft Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), finden Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Unverfallbarkeitsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden („Cliff Vesting“).

An die genannten Fristen zur Unverfallbarkeit schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine halbjährige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Unverfallbarkeitsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Dies bedeutet, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet sind, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und



Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

#### **Restricted Incentive Award**

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award (RIA)) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Unverfallbarkeitsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2014 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2018 ausbezahlt.

Da die genannten Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Zinsaufschlag bzw. ein sogenanntes Dividendenäquivalent gewährt.

- **Equity Upfront Award:**

Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist

- **Restricted Equity Award:**

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent

- **Restricted Incentive Award:**

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe

Die Anzahl der Aktien-Awards, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

#### **Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen**

Die aufgeschoben gewährten bzw. über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (EUA, RIA, REA) unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Unverfallbarkeits- bzw. Haltefristen. Diese bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Sämtliche für 2014 aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn das Ergebnis vor Steuern der Postbank und/oder des Konzerns negativ ist. Für Vorstandsmitglieder, die den Sonderregelungen der Senior Management Group unterliegen,

verfallen, wenn Verfallbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums erfüllt sind, bis zu 20 % des REA.

#### **Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013**

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 sind noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden bzw. werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2014 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2012 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnittskurs der Aktie, ermittelt wie beschrieben (32,22 €), multipliziert. Im Jahr 2015 steht nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Auszahlung der Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 an.

Die Langfristkomponente (LK) wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch



zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2014 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (zweite Tranche) sowie 2011 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2013 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs der Aktie (ermittelt wie beschrieben, 32,22 €) multipliziert. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 22. März 2014 (32,22 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2015 an.

Für die im Jahr 2014 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht. Darüber hinaus wurde die Anzahl der gesperrten Phantom Shares nach erfolgtem Abschluss der angekündigten Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG unter Anwendung einer anerkannten Methode zur Berechnung des Verwässerungsschutzes erhöht. Der wirtschaftliche Effekt der (Kapital-)Verwässerung errechnete sich danach auf Grundlage einer Anpassungsmetrik, in welcher der Referenzkurs (28,575 €), der Bezugspreis (22,50 €) und die Anzahl der für den Kauf einer Aktie erforderlichen Bezugsrechte (18:5) berücksichtigt wurden. Die gesperrten Phantom Shares wurden nach dieser Anpassungsmetrik um 4,85 Prozentanteile erhöht.

#### Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

#### Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für

die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Note 55.



## MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2014, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 14.774 Mitarbeiter, das waren 3.449 weniger als am 31. Dezember 2013 (18.223). Der Bestandsrückgang ist insbesondere dadurch begründet, dass zum 1. April 2014 die Servicegesellschaften (BCB AG, BHW Kreditservice GmbH, PB Service GmbH, VÖB-ZVD Processing GmbH und PB Direkt GmbH) entkonsolidiert wurden. Die bei diesen Gesellschaften tätigen Beamten verbleiben in der Postbank.

Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 4.972 Personen bei ca. 34 %. Etwa 24 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2014 belief sich auf rund 7,4 %. Grund der erhöhten Fluktuation gegenüber dem Vorjahr (6,8 %) ist die Entkonsolidierung der Servicegesellschaften. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

## WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2014

1. April 2014: Die Gremien der Postbank hatten zum Jahresende 2013 unter bestimmten Bedingungen einer Bündelung von Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns zugestimmt. Auf Seiten der Postbank betrifft dieser Schritt die Gesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH. Die Postbank ist an dieser Holding mit 50 % minus einer Stimme maßgeblich beteiligt. Die Umsetzung der Maßnahme wurde zum 1. April 2014 vollzogen, was zu deutlich positiven Sondereffekten aus der Übertragung führte, die primär im Finanzanlagenergebnis anfielen.

1. Juli 2014: Die Niederlassung der Postbank in Luxemburg übernimmt das Kundengeschäft der PB International S.A.

9. Juli 2014: Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen fast einstimmig zu.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2014

#### Volkswirtschaftliches Umfeld

##### Weltwirtschaft wächst erneut schwach

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im Jahr 2014 verhalten. Dabei hat sich jedoch die konjunkturelle Lage in den Industrieländern verbessert. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verstärkte sich dort im Durchschnitt um rund einen halben Prozentpunkt. Dagegen blieb das Wachstum in den aufstrebenden Märkten hinter den Werten des Vorjahres zurück. Ursächlich hierfür waren nicht zuletzt konjunkturelle Einbrüche in einigen großen Schwellenländern, die wiederum vor allem Folge internationaler Konflikte oder rückläufiger Rohstoffpreise waren. Insgesamt ist die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 – wie im Vorjahr – um 3,3 % gewachsen. Die vom IWF zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsbeschleunigung auf 3,6 % ist damit ausgeblieben.

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat sich im Jahr 2014 gefestigt. Zwar fiel der Jahresauftakt witterungsbedingt sehr schwach aus, nachfolgend nahm die Konjunktur jedoch deutlich an Fahrt auf. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Zugleich steigerten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben stetig. Die Exporte und Importe wurden in vergleichbarem Umfang ausgeweitet, sodass der Außenhandel die Konjunktur weder belastete noch deutliche Impulse lieferte. Der Staatsverbrauch ging nur noch leicht zurück, nachdem er das Wachstum in den Vorjahren im Zuge des fiskalischen Konsolidierungskurses noch spürbar beeinträchtigt hatte. Die Zahl der Beschäftigten stieg kräftig an, und die Arbeitslosenquote ging deutlich zurück. Trotz des schwachen Jahresauftakts beschleunigte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2014 auf 2,4 %, blieb damit aber deutlich hinter dem von uns zu Jahresbeginn erwarteten Wert von 3,5 % zurück.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Das BIP stieg insgesamt um 6,5 % und damit nur geringfügig schwächer als im Vorjahr. In China ließ die Exportdynamik im Vergleich zum Vorjahr nach. In der Folge gab das BIP-Wachstum auf 7,4 % nach und fiel damit auf den niedrigsten Wert seit den frühen 90er Jahren. Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft war im Jahr 2014 durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Grund war die kräftige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum zweiten Quartal. Insgesamt hat diese den privaten Verbrauch belastet. Dagegen stiegen die Exporte deutlich an. Positive Impulse lieferten auch die Bruttoanlageinvestitionen. In der Summe stagnierte das BIP im Jahr 2014, während wir ein Plus von 0,7 % erwartet hatten.

Im Euroraum stieg die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr kontinuierlich an. Bei Quartalswachstumsraten zwischen 0,1 % und 0,3 % verlief die konjunkturelle Erholung jedoch schleppend. Diese erfolgte aber immerhin auf einer breiten Basis. Der private Verbrauch wurde um 0,9 % gesteigert. In vergleichbarem Umfang wurde auch der Staatskonsum ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um schätzungsweise 0,7 %. Insgesamt kletterte die Binnennachfrage um 0,9 %. Auch im Außenhandel war eine Belebung zu verzeichnen, die sich in nahezu gleichem Ausmaß auf

Exporte und Importe erstreckte. In der Summe führte dies im Jahr 2014 zu einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 0,8 %, nach einem Rückgang um 0,4 % im Vorjahr. Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern des Euroraums verliefen dabei aber weiterhin sehr differenziert. Während sich die konjunkturelle Lage in einigen Mitgliedsstaaten spürbar verbesserte, verharrten andere in der Rezession. Die verhaltene wirtschaftliche Erholung führte auch zu einer leichten Verbesserung am Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag aber am Jahresende mit 11,4 % immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Die Wirtschaftsentwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, wobei der Anstieg des BIP etwas geringer ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn mit einem Wert von 1,0 % erwartet.

#### **Konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf in Deutschland**

Die deutsche Wirtschaft startete unterstützt durch einen extrem milden Winter sehr stark ins Jahr 2014. Nachfolgend geriet die Konjunktur jedoch, nicht zuletzt infolge der Verunsicherung durch internationale Konflikte, ins Stocken. Im zweiten und dritten Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung weitgehend, bevor sie im Schlussquartal kräftig zulegte. Vor allem aufgrund der guten Ausgangsbasis zu Jahresbeginn hat sich das BIP-Wachstum dennoch deutlich von 0,1 % im Vorjahr auf 1,6 % beschleunigt. Hierzu trug auch der Außenhandel bei. Trotz Exporteinbrüchen in einzelnen Ländern stiegen die Ausfuhren um 3,7 % und damit etwas stärker als die Importe, was nicht zuletzt der konjunkturellen Stabilisierung im Euroraum zu verdanken war. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden im Jahresdurchschnitt um 3,1 % ausgeweitet. Dabei zogen die Ausrüstungsinvestitionen zwar überdurchschnittlich stark um 3,7 % an, jedoch lagen sie infolge der Verunsicherung der Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte unter dem Niveau des ersten Halbjahres. Die Bauinvestitionen stiegen um 3,4 %, wobei der Wohnungsbau überproportional zulegte. Gestützt wurde das Wachstum durch den privaten Verbrauch, der um 1,1 % und damit etwas stärker als im Vorjahr stieg. Er profitierte von einem etwas kräftigeren Anstieg der verfügbaren Einkommen bei gleichzeitigem Rückgang der Inflationsrate von 1,5 % auf 0,9 %. Dies ermöglichte zugleich eine leichte Erhöhung der Sparquote. Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv. Im Jahresdurchschnitt fiel die Zahl der Arbeitslosen um 52.000 auf 2,90 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,9 % auf 6,7 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 371.000 auf 42,65 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2014 weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts.

#### **Entwicklung an den Märkten**

Die globalen Finanzmärkte wurden im Jahr 2014 durch eine Reihe von Ereignissen und Tendenzen geprägt, die immer wieder zu spürbaren Verunsicherungen führten. Zu Jahresbeginn waren dies schwache Konjunkturdaten aus China sowie die Erwartung einer weniger expansiven Geldpolitik in den USA. Ab dem Frühjahr spitzte sich dann die Russland/Ukraine-Krise zu, die sich als Belastung für die Weltwirtschaft insgesamt und für den Euroraum im Besonderen erwies. Begleitet wurde die schwächer als erwartete konjunkturelle Entwicklung ab der Jahresmitte durch einen massiven und sich im weiteren Jahresverlauf beschleunigenden Verfall des

Ölpreises. Der dadurch verursachte deutliche Rückgang der Inflationsrate wiederum veranlasste im Zusammenspiel mit der schwachen Konjunktur die EZB, ihre Geldpolitik nochmals expansiver zu gestalten.

Nach einer von starken Schwankungen geprägten Seitwärtsbewegung in den ersten Monaten zogen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt zur Jahresmitte hin spürbar an. Treibende Kräfte des Kursaufschwungs waren in dieser Phase die deutliche Beschleunigung der US-Konjunktur sowie die Leitzinssenkung der EZB im Juni. Nachfolgend gaben die Notierungen bei nochmals zunehmender Volatilität aber deutlich nach. Für Verunsicherung sorgten vor allem schwache Konjunkturdaten aus dem Euroraum und China sowie Befürchtungen, dass die US-Notenbank ihren Leitzins früher anheben könnte, als bis dahin erwartet. Ihren Tiefpunkt erreichten die Aktienmärkte im Oktober, die dann aber im weiteren Jahresverlauf nicht zuletzt infolge der zunehmenden Erwartung auf weitere expansive geldpolitische Maßnahmen der EZB wieder deutlich zulegen konnten. Per Saldo legte der DAX im Jahresverlauf aber lediglich um 2,7 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte ein Plus von 1,2 %. Deutlich besser entwickelten sich unter dem Eindruck des sich dort beschleunigenden Konjunkturaufschwungs die Aktiennotierungen in den USA. Der S&P 500 kletterte um 11,4 %. Die Verunsicherung der Investoren schlug sich auch an den Märkten für Unternehmensanleihen nieder. Die Risikoaufschläge für Anleihen mit schwachen Ratings stiegen in der zweiten Jahreshälfte 2014 deutlich. Dagegen bewegten sich die Aufschläge bei Anleihen hoher Bonität das gesamte Jahr über auf konstant niedrigem Niveau.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten bildeten sich 2014 weiter zurück. Die Renditen langfristiger Staatsanleihen Irlands, Spaniens, Italiens und Portugals fielen auf historische Tiefstände. Zugleich bildeten sich die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen weiter zurück, wobei zwischenzeitliche Rückschläge infolge einer allgemeinen Verunsicherung der Investoren sowohl hinsichtlich ihres Ausmaßes als auch ihrer zeitlichen Dauer eng begrenzt blieben. Zu der Einengung der Renditeaufschläge trug insbesondere die nochmals expansivere Geldpolitik der EZB bei. Zudem gelang zunächst Irland und anschließend Portugal die erfolgreiche Rückkehr an die Kapitalmärkte, sodass beide Länder die EU-Anpassungsprogramme verlassen konnten. Eine Ausnahme bildete Griechenland. Nachdem die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen in der ersten Jahreshälfte noch deutlich gesunken waren, legten sie in den letzten Monaten des Jahres wieder kräftiger zu. Ursächlich war eine gestiegene politische Unsicherheit. Da es nicht gelang, einen neuen Staatspräsidenten zu wählen, musste eine vorzeitige Neuwahl des Parlaments ausgeschrieben werden. Dies schürte die Furcht, dass eine neue Regierung das mit EU und IWF ausgehandelte Anpassungsprogramm aufkündigen könnte.

Aufgrund der deutlich fallenden Inflationsrate, eines sehr verhaltenen Inflationsausblicks und der weiterhin schwachen Kreditvergabe ergriff die EZB im Verlauf des Jahres 2014 zusätzlich expansive geldpolitische Maßnahmen. Im Juni reduzierte sie ihren Hauptrefinanzierungssatz von 0,25 % auf 0,15 %. Zugleich senkte sie den Einlagensatz um 0,1 Prozentpunkte auf -0,1 %, womit dieser erstmals negativ wurde, und den Spitzenrefinanzierungssatz um 0,35 Prozentpunkte auf 0,4 %. Zudem beschloss sie eine Serie zweckgebundener Langfristender (TLTRO), in deren

Rahmen sich die Banken des Euroraums zu sehr günstigen Konditionen Liquidität mit einer Laufzeit bis September 2018 beschaffen können. Die Inanspruchnahme der beiden ersten TLTROs, die im September und im Dezember 2014 durchgeführt wurden, fiel allerdings mäßig aus und blieb hinter den Erwartungen zurück. Im September senkte die EZB ihre Leitzinsen um weitere 0,1 Prozentpunkte, wodurch der Hauptrefinanzierungssatz auf das bisherige Rekordtief von 0,05 % fiel und der Einlagensatz auf –0,2 %. Zudem beschloss sie den Ankauf von Asset-Backed Securities (ABS) und gedeckten Schuldverschreibungen. Als Ziel all dieser vorgenannten Maßnahmen nannte die EZB eine Ausweitung ihrer Bilanzsumme auf das Niveau von Anfang 2012. Infolge der expansiveren Geldpolitik gaben die Geldmarktzinsen deutlich nach. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2014 mit 0,08 % um 0,21 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresresultimo.

Die US-Notenbank Fed hielt ihren Leitzins konstant in der Spanne von 0 % bis 0,25 %. Das Volumen von Anleihen, das die Fed im Rahmen des sogenannten „Quantitative Easing“ monatlich ankauft, reduzierte sie von 85 Mrd US \$ im Jahr 2013 mit Wirkung zum Januar 2014 erstmals auf 75 Mrd US \$. Auf seinen nachfolgenden Sitzungen beschloss das Offenermarktkomitee FOMC dann jeweils weitere Absenkungen. Im Oktober wurde das Ankaufprogramm beendet.

Die expansiven Maßnahmen der EZB und die deutlich sinkenden Inflationserwartungen führten 2014 zu einem sehr kontinuierlichen und in der Summe massiven Rückgang der Kapitalmarktzinsen im Euroraum. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen fiel bis zum Jahresende auf das Rekordtief von 0,54 % (Vorjahr: 1,93 %). Bis in den Restlaufzeitenbereich von vier Jahren wurde die laufende Rendite von Bundesanleihen sogar negativ. Bei einem deutlich geringeren Rückgang der Geldmarktzinsen ist die Zinskurve in Deutschland dadurch im Verlauf des Jahres 2014 viel flacher geworden.

Die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen gab trotz der anziehenden Konjunktur ebenfalls deutlich nach. Die allmähliche Rückführung der Anleihekäufe durch die Fed hatte nicht den befürchteten Rückgang der Nachfrage zur Folge. Zudem profitierte der US-Anleihemarkt ebenfalls von einer sinkenden Inflationsrate. Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger US-Treasuries mit 2,17 % um 0,86 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei kaum veränderten Geldmarktsätzen ist dadurch auch die US-Zinskurve deutlich flacher geworden.

Die unterschiedlichen geldpolitischen Kurse der EZB und der Fed hatten deutliche Auswirkungen auf das Austauschverhältnis zwischen Euro und Dollar. Nachdem sich der Euro in der ersten Jahreshälfte noch in einer Bandbreite von 1,35 US \$ bis gut 1,39 US \$ bewegt hatte, geriet er ab der Jahresmitte und verstärkt dann ab September unter Abwertungsdruck. Bis zum Jahresende fiel er auf rund 1,21 US \$. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 12,2 % abgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach in wesentlichen Teilen nicht unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2014 von einer leichten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Bei den Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Hinsichtlich der Zinskurve hatten wir damit eine leichte Versteilerung erwartet. Eine weitere

Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes der EZB hatten wir zwar nicht erwartet, aber bei einer nochmals sinkenden Inflationsrate nicht ausgeschlossen.

#### **Branchensituation**

Die Übernahme der direkten sowie indirekten Bankenaufsicht durch die EZB und das sich weiter verschärfende Niedrigzinsumfeld waren die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor im Jahr 2014.

Im April 2014 verabschiedete das Europaparlament die EU-Richtlinie zur Harmonisierung nationaler Einlagensicherungssysteme. Guthaben von Sparern bis zu einem Betrag von 100.000 € bleiben nun bei einer Restrukturierung oder Abwicklung einer Bank unangetastet.

Im Vorfeld der Übernahme der Bankenaufsicht unterzog die EZB die wichtigsten europäischen Institute einem Asset Quality Review (AQR) und einem Stresstest. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen wurden am 26. Oktober 2014 veröffentlicht. Von den 130 europaweit geprüften Instituten wiesen 13 Banken Kapitallücken nach AQR sowie Stresstest auf. Alle 24 getesteten deutschen Banken haben die Prüfungen dagegen mit ihren Kernkapitalausstattungen zum genannten Veröffentlichungstermin bestanden.

Zum 4. November 2014 hat die EZB die direkte Kontrolle über die 123 wichtigsten und relevantesten Kreditinstitute des Euroraums übernommen. Hierzu zählen 21 deutsche Institute. Die übrigen Banken des Euroraums werden im Auftrag der EZB von den jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden, in Deutschland sind dies BaFin und Deutsche Bundesbank, beaufsichtigt.

Das EU-Parlament hat im Dezember 2014 die Modalitäten der Bankenabgabe beschlossen. Mit ihr soll der Single Resolution Fund (SRF) bis 2024 auf ein Volumen von rund 55 Mrd € befüllt werden. Die Mittel des SRF sollen zur Abwicklung bzw. Sanierung von notleidenden Banken der Eurozone eingesetzt werden. Die Bankenabgabe wird ab 2016 von den Kreditinstituten der Eurozone abgeführt.

Global systemrelevante Banken sollen künftig Verlustabsorptionskapital (Total Loss Absorbency Capacity – TLAC) in Höhe von 16 % bis 20 % ihrer Risikoaktiva vorhalten. Dies soll gewährleisten, dass global systemrelevante Institute im Bedarfsfall über ausreichend haftendes Kapital verfügen, um eine geordnete Abwicklung ohne Rückgriff auf staatliche Mittel bzw. eine Gefährdung des Finanzsystems zu ermöglichen. Das TLAC soll neben dem Eigenkapital aus nachrangigen Verbindlichkeiten bestehen, die bei Bedarf in Eigenkapital umgewandelt werden können. Der Finanzstabilitätsrat rechnet mit der Festlegung der endgültigen Höhe des TLAC Anfang 2015 und dem Inkrafttreten zum 1. Januar 2019.

Die Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) regelt für ihre europäischen Mitgliedsländer die Mindestanforderungen an Eigenkapital und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, die Banken gemäß der Kennziffer Minimum Requirement for Eligible Liabilities (MREL) vorhalten müssen. Wie mit TLAC soll auch durch MREL sichergestellt werden, dass Kreditinstitute ausreichend Kapital vorhalten, das im Bedarfsfall für ihre Abwicklung bzw. Sanierung eingesetzt werden kann. Quoten wurden bisher noch nicht definiert. Aktuell wird eine Harmonisierung mit den TLAC-Quoten erörtert.



Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet den deutschen Bankenmarkt weiterhin. Im Jahr 2014 waren keine nennenswerten Verschiebungen zwischen bzw. innerhalb der einzelnen Säulen zu beobachten.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde im Jahre 2014 um 1,3 % auf 2.385 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum, bereinigt um Veränderungen in der statistischen Zuordnung, gegenüber dem Vorjahr leicht beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 1,0 % auf 902 Mrd €, nachdem es im Vorjahr, ebenfalls bereinigt um Veränderungen in der statistischen Zuordnung, leicht gefallen war. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 0,5 % auf 390 Mrd €, nachdem es im Vorjahr zu einem marginalen Rückgang gekommen war. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich 2014 um 1,8 % auf 1.079 Mrd €. Der Zuwachs lag damit über der Steigerung im Jahr 2013. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 2,3 % auf 856 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war 2014 eine Steigerung um 2,7 % zu verzeichnen. In der insgesamt moderaten Belebung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wider.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und November des Jahres 2014 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert kräftig um 5,6 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 8,5 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren registrierte positive Trend setzte sich damit fort. Die konjunkturelle Verbesserung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,7 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu ähnlich kräftigen Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich erneut positiv ausgewirkt haben.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Deutsche Postbank AG berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2014 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Drei der vier Banken steigerten sogar ihren Überschuss vor und nach Steuern im Vergleich zur Vorjahresperiode. Mehrheitlich sahen sich die Kreditinstitute mit einem rückläufigen Provisionsergebnis konfrontiert. Jeweils die Hälfte von ihnen wies einen Anstieg des Zinsergebnisses, eine Verbesserung des Handelsergebnisses bzw. eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands im genannten Zeitraum aus. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnten zwei Kreditinstitute verbessern, und die Eigenkapitalrendite nach Steuern, die nur von drei Banken veröffentlicht wurde, erhöhte sich bei zwei Instituten.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2014 eine Performance von 2,7 %. Die Dividendenpapiere der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verzeichneten dagegen im genannten Zeitraum Kursrückgänge.

## GESCHÄFTSVERLAUF

### Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2014 trotz der schwierigen Marktbedingungen einen Konzerngewinn vor Steuern einschließlich aufgegebener Geschäftsbereich von 457 Mio € nach 318 Mio € im Vorjahr. Das Ergebnis nach Steuern lag bei 278 Mio € (Vorjahr: 330 Mio €). Ohne Berücksichtigung der jeweiligen Sondereffekte lag das Ergebnis vor Steuern 2014 operativ mit 507 Mio € um 7,9 % über dem Vorjahreswert. Gleichzeitig konnte die Postbank die Risiken weiter abbauen und die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) von 8,8 %<sup>1</sup> auf 10,5 %<sup>2</sup> verbessern.

Der Konzerngewinn reduzierte sich insbesondere durch eine Steuernachzahlung für vorhergehende Geschäftsjahre. Substanzuelle Belastungen in Höhe von 129 Mio € entstanden aus erwarteten bzw. bereits erfolgten Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen als Folge der einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs im Mai und Oktober 2014 sowie 86 Mio € Belastungen aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil davon bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Der Vertrieb dieser Fonds wurde 2012 eingestellt. Die integrationsbedingten Aufwendungen lagen 2014 bei 147 Mio € und damit um 35 Mio € unter dem Vorjahr. Die Entkonsolidierung der Servicegesellschaften führte zu einem positiven Entkonsolidierungseffekt von 349 Mio € sowie dem Abgang von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 12 Mio €. In Summe hoben sich damit die wesentlichen positiven und negativen Sondereffekte im Jahr 2014 auf.

Die gute operative Entwicklung ist primär auf unser nachhaltig stabiles Geschäft mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Wie im letztjährigen Prognosebericht erwartet, bewegte sich der Zinsüberschuss mit 2,5 Mrd € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (2,5 Mrd €). Der Provisionsüberschuss ging entgegen unserer Prognose einer weitgehenden Konstanz um 14,9 % auf 929 Mio € zurück. Wesentliche Ursachen waren die Übertragung der Servicegesellschaften und der damit verbundene Wegfall von Provisionserträgen mit Dritten sowie die anhaltend schwierigen Marktbedingungen im Anlage- und Vorsorgegeschäft.

Das kombinierte Handels- und Finanzanlageergebnis verringerte sich nur leicht von 221 Mio € im Vorjahr auf 210 Mio €. In den fortgeführten Geschäftsbereichen entstanden positive Effekte aus der Übertragung der Servicegesellschaften in Höhe von 162 Mio €. Im Vorjahreswert war der Verkauf der US-Tochtergesellschaften an die Deutsche Bank in Höhe von 262 Mio € enthalten.

Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Erträge haben wir dem Kostenmanagement hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Die steigenden Belastungen zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen konnten wir durch ein striktes Kostenmanagement und die Realisierung von Synergien kompensieren. Unter Berücksichtigung der jeweiligen integrationsbedingten Aufwendungen und des erwarteten Wegfalls einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 180 Mio € im Vorjahr verzeichneten wir einen deutlich über unseren Erwartungen liegenden

<sup>1</sup>Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2013 in der gebilligten Fassung

<sup>2</sup>Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 vorbehaltlich der Billigung



Rückgang der Verwaltungsaufwendungen um rund 14 %. Der deutlichere Rückgang resultiert insbesondere aus der geringeren Mitarbeiterzahl im Konzern nach Bündelung der Servicegesellschaften sowie der gleichzeitigen Abrechnung von Leistungen dieser Gesellschaften für die Postbank, die in den sonstigen Aufwendungen ausgewiesen werden.

Die Risikoversorge entwickelte sich besser als erwartet und war gegenüber dem schon sehr niedrigen Niveau des Vorjahres weiter rückläufig. Unser Portfolio besteht größtenteils aus hoch besicherten deutschen Baufinanzierungen und profitiert sowohl von der guten Verfassung des deutschen Immobilienmarktes als auch der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland.

Seit dem dritten Quartal 2014 wird das Segment Transaction Banking nicht mehr separat berichtet. Die Ergebnisse aus dem Abgang des aufgegebenen Geschäftsbereichs werden separat dargestellt (siehe Note 15). Das anteilige Ergebnis nach Steuern betrug 38 Mio € im Jahr 2013 und 147 Mio € 2014. Der deutliche Ergebnisanstieg nach sowie vor Steuern (von 44 Mio € auf 219 Mio €) und der Anstieg der anteiligen Ertragsteuern (von 6 Mio € auf 72 Mio €) sind auf das auf diese Gesellschaften entfallende positive Entkonsolidierungsergebnis von 199 Mio € sowie einen einmaligen Steuer-effekt aus dem Abgang von 65 Mio € zurückzuführen.

Die oben genannten Belastungen aus den Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren sowie Klagen und Beschwerden aus der Anlageberatung sind ebenfalls den fortgeführten Geschäftsbereichen zuzuordnen. Das Ergebnis aus den fortgeführten Geschäftsbereichen vor Steuern betrug 2014 238 Mio € nach 274 Mio € im Vorjahr.

Während die positiven Vorsteuerergebnisse aus der Entkonsolidierung überwiegend im „aufgegebenen Geschäftsbereich“ anfielen, wurden die „fortgeführten Geschäftsbereiche“ u. a. aus der Nachzahlung von Steuern für Vorjahre stärker belastet. Für 2015 sind keine zusätzlichen Belastungen zu erwarten. Als Folge hieraus lag das Ergebnis aus den fortgeführten Geschäftsbereichen bei 132 Mio € nach 293 Mio € im Vorjahr.

## ERTRAGSLAGE

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen der Gewinn- und Verlustrechnung beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich der Ergebnisse in den fortgeführten Geschäftsbereichen mit den Gesamtzahlen des Geschäftsjahres 2013, die in Note (40) in der Spalte „Gesamt“ als Summe für die fortgeführten und den aufgegebenen Geschäftsbereich wiedergegeben werden.

### Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss lag – wie von uns erwartet – mit 2.508 Mio € leicht über dem Vorjahreswert von 2.463 Mio €. Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellt für alle einlagenstarken Banken eine Herausforderung dar, wirkte sich jedoch auch positiv auf die Entwicklung der Zinsaufwendungen aus, die im Jahresvergleich – u. a. auch durch die Fälligkeit einer größeren Emission im Jahr 2014 – um 469 Mio € bzw. 17,4 % zurückgingen. Eine positive Entwicklung konnten wir vor allem bei unseren Kreditprodukten im Segment Retail Banking verzeichnen.

### Handelsergebnis

Das Handelsergebnis stieg erwartungsgemäß von –53 Mio € im Vorjahr auf –6 Mio €. Die Verbesserung um 47 Mio € resultierte primär aus weggefallenen Belastungen aufgrund einer veränderten Bewertung von Derivatepositionen im Vorjahr.

### Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verminderte sich von 274 Mio € im Jahr 2013 auf 216 Mio € im Berichtsjahr. Aufgrund der entfallenden Sondereffekte aus der Veräußerung unserer US-Tochtergesellschaften in Höhe von 262 Mio € im Jahr 2013 waren wir für 2014 grundsätzlich von einem Rückgang ausgegangen. Der gegenüber unseren Erwartungen weniger deutliche Rückgang ist auf die positiven Entkonsolidierungseffekte aus der Bündelung unserer Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank in Höhe von 162 Mio € zurückzuführen. Zusätzlich war das Ergebnis 2013 noch mit 29 Mio € aus unserem strukturierten Kreditportfolio belastet.

### Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss ging entgegen unserer Prognose einer weitgehenden Konstanz von 1.120 Mio € auf 929 Mio € zurück. Wesentliche Ursachen waren die Übertragung der Servicegesellschaften und der damit verbundene Fortfall von Provisionserträgen mit Dritten sowie spürbare Rückgänge im Giro-, Kredit- und Avalgeschäft. Zusätzlich blieben die Marktbedingungen im Wertpapier- und Vorsorgegeschäft anhaltend schwierig. Allerdings konnten wir im vierten Quartal 2014 ein verbessertes Momentum bei unseren Investmentprodukten verzeichnen.

### Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank verminderten sich von 3.804 Mio € im Jahr 2013 um 4,1 % auf 3.647 Mio €. Wesentlicher Grund waren die Entwicklung des Provisionsüberschusses und insbesondere der Wegfall von Provisionserträgen für Abwicklungsdienstleistungen im Zahlungsverkehr mit Dritten.

### Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft reduzierte sich trotz des historisch niedrigen Niveaus von 319 Mio € im Vorjahr um 17 % auf 265 Mio €. Erwartungsgemäß wurde als Folge des anhaltenden De-Risking vor allem in der NCOU ein deutlicher Rückgang um 61 Mio € verzeichnet. Im Kerngeschäft erhöhte sich die Risikoversorge weniger stark als von uns erwartet, sodass die gesamte Risikoversorge – auch unterstützt durch aktive Maßnahmen der Risikosteuerung – entgegen unserer Prognose einer stabilen Entwicklung zurückging.

Die gegenüber unserer Erwartung positivere Entwicklung im Kundengeschäft resultierte insbesondere aus dem Geschäftsfeld private Baufinanzierung. Die Nettozuführungsquote im Kundenkreditgeschäft lag bei 28 Basispunkten nach 32 Basispunkten im Jahr 2013. Hier profitieren wir nach wie vor von einer vergleichsweise hohen Stabilität des Kreditportfolios im Privatkundengeschäft mit einem signifikanten Anteil hoch besicherter deutscher Immobilienfinanzierungen. Dies wurde vor allem gestützt durch die nach wie vor stabile Situation am deutschen Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Unsere Portfolios im Privatkundengeschäft und auch die Portfolios des Kerngeschäfts im Firmenkundenbereich zeigten eine äußerst positive Entwicklung. Diesen erfreulichen Trend können wir

127

147

ebenfalls für unser inländisches gewerbliches Immobiliengeschäft feststellen.

Die dem Segment NCOU zugeordneten Portfolios haben im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr geringere Risikokosten verursacht, was auf die verringerte Notwendigkeit von Einzelwertberichtigungen bei einzelnen Engagements im Firmenkundengeschäft sowie im Bereich der hier zugeordneten internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen zurückzuführen ist.

#### Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand sank im Jahr 2014 deutlicher, als von uns erwartet, um 14 % von 3.177 Mio € auf 2.729 Mio €. Aufgrund des erwarteten Wegfalls einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 180 Mio € im Vorjahr und erwarteter höherer integrationsbedingter Aufwendungen in Verbindung mit eintretenden Synergieeffekten waren wir von einem Rückgang der Verwaltungsaufwendungen von rund 5 % ausgegangen. Der deutlichere Rückgang resultiert insbesondere aus der geringeren Mitarbeiterzahl im Konzern nach Bündelung der Servicegesellschaften sowie der Umgliederung von Leistungen dieser Gesellschaften für die Postbank in die sonstigen Aufwendungen. Die gestiegenen Belastungen zur Erfüllung erhöhter regulatorischer Anforderungen konnten wir durch ein striktes Kostenmanagement und die Realisierung von Synergieeffekten kompensieren. Zusätzlich gingen entgegen unserer Prognose die integrationsbedingten Aufwendungen von 182 Mio € im Jahr 2013 auf 147 Mio € im Jahr 2014 zurück.

#### Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei -415 Mio € nach 10 Mio € im Vorjahr. Ursächlich für den deutlich erhöhten Saldo ist wiederum die Bündelung der Servicegesellschaften, für die der entstehende Aufwand in den sonstigen Aufwendungen gebucht wird. Weitere Belastungen ergaben sich u. a. aus dem vorfristigen Rückkauf von Passivpositionen sowie aus Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen in Höhe von 129 Mio €. Nach Sichtung der eingegangenen Rückforderungen erwarten wir für 2015 keine weiteren nennenswerten Belastungen. Aufwendungen in Höhe von 79 Mio € resultierten aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil davon bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Der Vertrieb dieser Fonds wurde 2012 eingestellt. Hierdurch ist insbesondere das im Segment NCOU angefallene negative Ergebnis 2014 höher ausgefallen als prognostiziert.

#### Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Das Ergebnis vor Steuern betrug 457 Mio € nach 318 Mio € im Vorjahr. Wesentlicher Treiber waren die positiven Entkonsolidierungseffekte bei der Übertragung der Servicegesellschaften, die zu einer Steigerung des Vorsteuerergebnisses in dieser Größenordnung geführt haben. Auf den aufgegebenen Geschäftsbereich entfielen 219 Mio € gegenüber 44 Mio € im Vorjahr.

#### Ertragsteueraufwand

Im Jahr 2014 lag der Ertragsteueraufwand einschließlich des aufgegebenen Geschäftsbereichs bei 178 Mio €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 39 % ergab. Der Steuerertrag wurde im Wesentlichen durch Steuern auf das ökonomische Entkonsolidierungsergebnis wegen der Veräuße-

rung bzw. Einbringung der Servicegesellschaften sowie durch Steuern für Vorjahre beeinflusst.

Nach Berücksichtigung des Anteils Konzernfremder von 1 Mio € lag der Konzerngewinn im Jahr 2014 bei 278 Mio € (Vorjahr: 330 Mio €).

Das Gesamtergebnis der Postbank einschließlich Veränderungen der Bewertungsrücklagen stieg auf 479 Mio € im Jahr 2014 gegenüber 381 Mio € im Vorjahr. Wesentlicher Treiber war eine Erhöhung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 318 Mio € gegenüber einer Verminderung der Neubewertungsrücklage um 47 Mio € im Jahr 2013.

#### Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 1,27 € (Vorjahr: 1,51 €). Auf den aufgegebenen Geschäftsbereich entfielen 0,67 € (Vorjahr: 0,17 €). Die Eigenkapitalrendite vor Steuern belief sich auf 7,2 % nach 5,5 % im Vorjahr, die Cost Income Ratio lag bei 83,0 % (Vorjahr: 83,8 %).

## SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Im Jahr 2014 hat die Postbank die Segmentberichterstattung hinsichtlich der Darstellung von Kostenbestandteilen sowie der Segmentzuordnung geändert. Mit Wirkung zum 1. April 2014 wurden fünf Servicegesellschaften an die Gesellschaft PBC Banking Services GmbH übertragen. Im Gegenzug hat die Postbank 49,9975 % der Geschäftsanteile der PBC Banking Services GmbH erhalten, was 50 % minus einer Stimme entspricht (Näheres zu der Übertragung beinhaltet die Note 2 „Konsolidierungskreis“). Seit dem dritten Quartal 2014 wird das Segment Transaction Banking nicht mehr separat berichtet. Die bis dahin angefallenen Ergebnisse der Gesellschaften Betriebs-Center für Banken AG und VÖB-ZVD Processing GmbH, aus denen das Segment bestand, werden unter Cost Center/Konsolidierung ausgewiesen und über die Verrechnungen auf die operativen Segmente allokiert. Die Ergebnisse aus dem aufgegebenen Geschäftsbereich werden in der Überleitung auf die Konzernzahlen separat ausgewiesen. Die Postbank Direkt GmbH haben wir im Rahmen dieser Anpassung nicht mehr dem Retail Banking, sondern ebenfalls dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet. Damit sind die fünf Servicegesellschaften bis zu ihrer Übertragung im Segment Cost Center/Konsolidierung enthalten.

#### Retail Banking

Im Segment Retail Banking ging das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2014 um 176 Mio € bzw. 25 % auf 528 Mio € zurück. Wesentliche Ursachen hierfür waren die Erstattung von Bearbeitungsgebühren einerseits sowie ein Anstieg der internen Kostenverrechnungen andererseits. In unserer Prognose hatten wir einen Ergebnisrückgang um etwa 100 Mio € aufgrund erhöhter interner Verrechnungen unterstellt.

Der Zinsüberschuss stieg anders als erwartet um 4,1 % auf 2.588 Mio €. Wir waren von einem leichten Rückgang ausgegangen. Durch das gute Ertragsmomentum des Kreditneugeschäfts im Bereich der privaten Baufinanzierung und im Ratenkreditgeschäft konnten die negativen Effekte aus dem Einlagengeschäft aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus überkompensiert werden.

Das Handelsergebnis lag bei -10 Mio € und damit um 27 Mio € erwartungsgemäß unter dem Wert des Vorjahres.

Die Entwicklung resultiert einerseits aus Bewertungseffekten der zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Baufinanzierungsbeständen bei der BHW Bausparkasse genutzten Fair-Value-Option und andererseits aus dem Hedging von Spareinlagen mit Optionskomponenten (Dax-Sparen und Gold-Sparen).

Der um 3,1 % auf 879 Mio € gesunkene Provisionsüberschuss spiegelt die Rückgänge im Girogeschäft sowie die anhaltend verhaltene Nachfrage nach Anlage- und Vorsorgeprodukten wider, weshalb unsere Erwartung eines moderaten Anstiegs nicht eintrat. Allerdings konnten wir im vierten Quartal 2014 ein verbessertes Momentum bei unseren Investmentprodukten verzeichnen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg entgegen unserer Erwartung eines deutlichen Anstiegs und trotz des historisch sehr niedrigen Niveaus im Vorjahr nur moderat um 11 Mio € bzw. 5,2 % auf 221 Mio €. Dies ist auf die weiterhin gute Entwicklung in unserem großen Bestand an hoch besicherten privaten Baufinanzierungen, aber auch auf die gute Entwicklung im Ratenkreditbestand zurückzuführen. Hier profitieren wir auch von der anhaltend stabilen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt und der Immobilienpreisentwicklung.

Der Verwaltungsaufwand inklusive der konzerninternen Leistungsverrechnung blieb anders als erwartet trotz erhöhter Verrechnungen mit 2.490 Mio € praktisch konstant, da die integrationsbedingten Aufwendungen unter unseren Erwartungen lagen.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei –218 Mio € nach 0 Mio € im Vorjahr. Diese Entwicklung resultiert aus Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen in Höhe von 129 Mio €. Nach Sichtung der eingegangenen Rückforderungen erwarten wir für 2015 keine weiteren nennenswerten Belastungen.

Die Cost Income Ratio des Segments erhöhte sich von 75,1 % auf 79,8 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 19,5 % nach 28,3 % im Vorjahr.

#### **Firmenkunden**

Im Segment Firmenkunden sank das Ergebnis vor Steuern um 23 Mio € bzw. 13,1 % auf 151 Mio € erwartungsgemäß deutlich. Die Geschäftsentwicklung war, unseren Erwartungen entsprechend, vom Auslaufen sehr margenstarker Engagements aus der Zeit nach der Finanzkrise geprägt. Deshalb ging insbesondere der Zinsüberschuss erwartet deutlich um 25 Mio € bzw. 8,2 % auf 277 Mio € zurück.

Aufgrund der vorteilhaften Immobilienpreisentwicklung und der robusten Entwicklung in der deutschen Wirtschaft blieb die Risikovorsorge erwartungsgemäß stabil auf einem historisch niedrigen Niveau. Der Verwaltungsaufwand einschließlich interner Verrechnungen ging entgegen unserer Prognose einer stabilen Entwicklung mit 178 Mio € gegenüber 187 Mio € im Vorjahr leicht zurück.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern des Segments lag bei 24,7 % gegenüber 27,1 % im Vorjahr. Die Cost Income Ratio veränderte sich von 49,8 % 2013 auf 51,2 % im Jahr 2014.

#### **Financial Markets**

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Financial Markets lag

mit –5 Mio € deutlich über unseren Erwartungen eines Verlustes im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Der Zinsüberschuss ging zwar erwartungsgemäß um 68 Mio € bzw. 59 % auf 47 Mio € deutlich zurück, lag jedoch ebenso signifikant über unseren Erwartungen wie das Finanzanlageergebnis. Grund für diese Abweichungen waren geplante, jedoch nicht in vollem Umfang umgesetzte Planungen zur beschleunigten Bilanzreduktion, da im Laufe des Jahres Alternativen identifiziert und umgesetzt werden konnten, die zu geringeren Ergebnisbelastungen führten.

Das Handelsergebnis stieg um 55 Mio € auf 3 Mio €. Die Belastungen im Vorjahr resultierten aus einer Umstellung in der Methodik der Derivatebewertung sowie aus Maßnahmen im Bilanzstrukturmanagement.

Das Finanzanlageergebnis verbesserte sich um 28 Mio € auf 50 Mio €. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen höhere Ergebnisse aus Realisierungen in Höhe von 32 Mio € im Jahr 2014.

In der Risikovorsorge entstand nach einem Aufwand von 2 Mio € im Vorjahr im Jahr 2014 ein Ertrag von 1 Mio €. Der Verwaltungsaufwand einschließlich interner Verrechnungen verminderte sich entgegen unseren Erwartungen aufgrund unter den Erwartungen liegender integrationsbedingter Aufwendungen um 6 Mio € bzw. 6,3 % auf 89 Mio €.

Die Eigenkapitalrendite des Segments war wie im Vorjahr leicht negativ. Die Cost Income Ratio lag bei 107,3 % gegenüber 107,5 % im Vorjahr.

#### **Non Core Operating Unit (NCOU)**

Das Ergebnis vor Steuern des Segments verbesserte sich, und zwar auf –578 Mio € nach –653 Mio € im Vorjahr. Die Ergebnisverbesserung war aufgrund von Belastungen aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung in Höhe von 86 Mio € weniger deutlich, als von uns erwartet. Ein Großteil davon bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Der Vertrieb dieser Fonds wurde 2012 eingestellt.

Der Zinsüberschuss verbesserte sich um 12 Mio € auf –404 Mio €. Der von uns erwartete deutlichere Anstieg trat nicht ein, u. a. weil das anhaltende Niedrigzinsumfeld eine Erhöhung baupartechnischer Rückstellungen erforderlich machte.

Das Handelsergebnis verbesserte sich, wie von uns erwartet, um 15 Mio € auf 0 Mio €. Im Vorjahreszeitraum hatte die Bewertung eingebetteter Derivate im strukturierten Kreditportfolio (SCP) zu einer Ergebnisbelastung von 13 Mio € geführt.

Das Finanzanlageergebnis stieg erwartungsgemäß deutlich um 50 Mio € auf –10 Mio €. Im Vorjahr hatten negative Teileffekte der Entkonsolidierung aus dem Verkauf der Tochtergesellschaften in den USA das Ergebnis belastet.

Der Verwaltungsaufwand des Segments einschließlich konzerninterner Leistungsverrechnung ging um 15 Mio € bzw. 18,1 % auf 65 Mio € zurück.

Die Risikovorsorge lag mit 8 Mio € nach 69 Mio € 2013 erwartungsgemäß deutlich unter dem Vorjahr, was auf die verringerte Notwendigkeit von Einzelwertberichtigungen

bei einzelnen Engagements im Firmenkundengeschäft sowie im Bereich der hier zugeordneten internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen zurückzuführen ist.

#### Cost Center/Konsolidierung

Das Ergebnis vor Steuern des Segments stieg entgegen unserer ursprünglichen Prognose um 261 Mio € auf 362 Mio €. Im Ausblick des letztjährigen Konzernlageberichts waren wir von einer deutlich negativen Ergebnisentwicklung ausgegangen. Dies ist insbesondere auf zeitliche Unsicherheit über die Durchführung der Bündelung der Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank zurückzuführen, deren positive Entkonsolidierungseffekte von 361 Mio € noch nicht in der Prognose enthalten waren.

## VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

#### Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2014 mit 155,4 Mrd € um 3,7 % unter dem Vorjahreswert von 161,5 Mrd €. Auf der Aktivseite der Bilanz haben wir den Abbau der Finanzanlagen weiter vorangetrieben. Darüber hinaus gingen die Kundenforderungen zurück. Die Struktur der Passivseite wurde entsprechend angepasst. Neben den verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich auch die Kundeneinlagen.

#### Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die auch verbrieft Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, reduzierten sich gegenüber dem Jahresende 2013 um 3,3 Mrd € auf 98,0 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der gewerblichen Kredite um 2,8 Mrd € zurückzuführen.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung lagen in Summe unter dem Vorjahresendwert und betragen 69,2 Mrd € (Vorjahr: 70,5 Mrd €), was primär auf den Ablauf von 1 Mrd € in Portfolios mit angekauften Baufinanzierungen zurückgeführt werden kann, der nicht vollständig durch Neugeschäft kompensiert werden konnte. Das Ratenkreditgeschäft wuchs deutlich um 0,7 Mrd € bzw. 11,8 % auf 6,1 Mrd €.

#### Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, verminderten sich im Berichtsjahr um 2,1 Mrd € auf 53,8 Mrd €.

Unserer De-Risking-Strategie folgend, reduzierten wir unseren Bestand an Finanzanlagen 2014 erneut um 0,5 Mrd € auf 33,5 Mrd €.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen aufgrund einer weiteren Reduzierung der Wertpapierpensionsgeschäfte um 0,5 Mrd € auf 19,7 Mrd € zurück.

Die Handelsaktiva gingen um 1,1 Mrd € auf 0,7 Mrd € zurück.

#### Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu 2013 um 1,1 Mrd € auf 119,3 Mrd €. Dabei entwickelten sich die Spareinlagen mit 44,5 Mrd € gegenüber 46,4 Mrd € im Vorjahr um 4,1 % rückläufig, während die Bauspareinlagen sich leicht um 0,3 Mrd € auf 18,9 Mrd € erhöhten. Die Ent-

wicklung bei den Spareinlagen ist überwiegend auf das historisch niedrige Zinsniveau und die damit einhergehende niedrige Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft zurückzuführen. Die anderen Verbindlichkeiten erhöhten sich vor allem aufgrund höherer Sichteinlagen von 55,4 Mrd € auf 55,9 Mrd €.

#### Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2014 um 16,1 % bzw. 4,4 Mrd € auf 22,9 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 0,7 Mrd € auf 17,6 Mrd €. Dieser Rückgang ist primär auf ein vermindertes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Unsere gute Liquiditätssituation, verbunden mit einer geringen Erfordernis von Neuemissionen und der Fälligkeit von Beständen – u. a. eines öffentlichen Jumbo-Pfandbriefs mit einem Volumen von 1,5 Mrd € –, führte zu einer Verringerung der verbrieften Verbindlichkeiten um weitere 2,8 Mrd € auf 4,6 Mrd € am Ende des Berichtsjahres.

Weitgehend analog zu den Handelsaktiva reduzierten sich die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 0,9 Mrd € auf 0,8 Mrd €.

#### Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber den angepassten Vorjahreszahlen zum Jahresende 2013 um 454 Mio € auf 6.601 Mio €. Dies ist überwiegend auf den Konzerngewinn in Höhe von 278 Mio € und eine Erhöhung der Neubewertungsrücklage von 23 Mio € Ende 2013 auf 337 Mio € zum Jahresende 2014 zurückzuführen. Gegenläufig entwickelten sich die Neubewertungsgewinne und -verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen im Jahresverlauf von –36 Mio € auf –121 Mio €.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2013 von 9,6 %<sup>1</sup> auf 11,0 %<sup>2</sup>. Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2013 von 8,8 %<sup>1</sup> auf 10,5 %<sup>2</sup>. Damit konnten wir unsere Kernkapitalquote durch Kapitalaufbau erneut deutlich steigern.

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

#### Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2014

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Regulatorisch“, „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“, „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Integration“ gegliedert.

2014 bildeten insbesondere regulatorisch bedingte Investitionen den Schwerpunkt. Darunter fallen die Sicherstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen, z. B.

<sup>1</sup>Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2013 in der gebilligten Fassung

<sup>2</sup>Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 vorbehaltlich der Billigung

aus Basel III, Liquiditätsanforderungen und der Novellierung des Pfandbriefgesetzes.

Die Investitionen in den „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“ des Jahres 2014 betrafen in erster Linie bauliche Maßnahmen sowie Maßnahmen in Verbindung mit der Kooperation mit der Deutschen Post. 2014 konzentrierten sich die Investitionen im „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ vor allem auf Projekte im Bereich Digitalisierung und der Schließung des Bargeldkreislaufs in einem Teil der Filialen.

Entgegen unserer Prognose gingen die integrationsbedingten Aufwendungen von 182 Mio € 2013 auf 147 Mio € im Jahr 2014 zurück.

#### **Gesamtaussage Geschäftslage 2014**

Die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Postbank ist trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen sowie der Fokussierung des Geschäfts stabil. Dies ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden sowie Sondereffekte zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft entwickelte sich stabil. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurden der Bestand an Finanzanlagen und verbrieften Verbindlichkeiten weiter reduziert und die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auch ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) von 8,8 %<sup>1</sup> auf 10,5 %<sup>2</sup> deutlich gestärkt.

#### **Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren**

Das RoE vor Steuern inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs beträgt 7,2 % (Vorjahr: 5,5 %). Die Cost Income Ratio lag bei 83,0 % nach 83,8 % im Vorjahr.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Das Ergebnis der im Jahr 2014 durchgeführten Mitarbeiterbefragung zur Dimension Commitment hat sich gegenüber dem entsprechenden Ergebnis aus dem Jahr 2013 positiv entwickelt. Der Zustimmungswert hat sich deutlich erhöht, sodass sich die Mitarbeiterzufriedenheit nachhaltig verbessert hat. Diese Entwicklung führen wir insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbildes und der Werte der Postbank sowie der Postbank Agenda im Jahr 2014 zurück.

Die Auswertung der Befragung zur Kundenzufriedenheit für das Jahr 2014 führte zu einer leichten Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Hierzu haben u. a. Maßnahmen zu Performanceverbesserungen beim Telefon-Banking (z. B. neues Voice Portal/ neue Telefonie-Steuerung) und Online-Banking (Funktionalität/Usability/Verbesserungen bei den Interaktionsangeboten, z. B. E-Mail-Service) sowie Maßnahmen zur Verbesserung von kundenwirksamen Back-up-Prozessen beigetragen.

## **NACHTRAGSBERICHT**

Vom 31. Dezember 2014 bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses durch den Vorstand am 25. Februar 2015 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge an.

## **CHANCENBERICHT**

#### **Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage**

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon 2014 durch ein anhaltend reges Neugeschäft bei Konsumentenkrediten (2,3 Mrd €) und bei Wohnungsbaukrediten (9,0 Mrd €) weiter profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit –4,3 % weiter rückläufig.

#### **Kaufkraft in Deutschland kann weiter steigen**

Eine Reihe von Faktoren könnten die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung weiter steigern und damit das Privatkundengeschäft der Postbank begünstigen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und erwartete höhere Tarifabschlüsse in Verbindung mit niedrigen Energiepreisen können auf kurze Sicht zu einem spürbaren Anstieg der Realeinkommen und damit zu einem erhöhten Konsumentenvertrauen in Deutschland führen. Auf mittlere bis lange Sicht könnten sich diese Faktoren allerdings auch hemmend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken.

#### **Richtungswechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich**

Eine kurzfristige Wendung der Europäischen Zentralbank hin zu einer restriktiveren Zinspolitik ist nach dem am 22. Januar 2015 gefassten Beschlüssen nicht zu erwarten. Vielmehr wurde auf Sicht eine deutlich expansivere Geldpolitik initiiert. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer dramatisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen für und in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon ein Anstieg der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, zu erwarten. Aufkommende Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung würden sich wahrscheinlich in Form von erhöhten Langfristzinsen, von Prämien für das enthaltene Zinsrisiko und damit positiv auf die Margen im Kundengeschäft auswirken.

Zusätzlich würde ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten werden.



## RISIKOBERICHT

### Umsetzung von Veröffentlichungsanforderungen

Der nachstehende Risikobericht enthält neben den Angaben gemäß § 315 HGB und des Deutschen Rechnungslegungs Standards 20 (DRS 20) zur Risikoberichterstattung die Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken gemäß International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) „Financial Instruments: Disclosures“.

Mit Blick auf die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen wird auf Teil 05 des Geschäftsberichts „Weitere Informationen“, Berichtsteil „Regulatorische Angaben“, verwiesen.

### Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat- und Firmenkunden. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der positiven Entwicklung zahlreicher Credit Spreads lag der Fokus im Risikomanagement der Postbank 2014 primär auf dem Umgang mit Geschäftsrisiken und Operationellen Risiken, während im Vorjahr noch Markt- und Kreditrisiken im Vordergrund gestanden hatten. Das Risikoprofil der Postbank in Bezug auf die Operationellen Risiken ist maßgeblich bestimmt durch ihre strategische Positionierung als Multikanalbank mit einem flächendeckenden Filial- und Servicenetz sowie einer marktführenden Stellung im Electronic Banking in Deutschland. Hierdurch ist die Postbank einer erhöhten latenten Bedrohung durch betrügerische Angriffe von außen ausgesetzt.

Die aus dem Anlagebuch der Bank resultierenden Marktrisiken lagen zum Jahresresultimo 2014 – bei unverändert geringen Zins- und Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten – leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Die Handelsbuchaktivitäten wurden im Berichtsjahr vollständig eingestellt. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde von einem gegenüber den Vorjahren besseren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, das vor allem gestützt wurde durch die nach wie vor gute Situation am Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

### Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniszielsetzung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2014 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

### Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag im Berichtsjahr aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Für das Jahr 2015 erwarten wir eine stabile Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem weiterhin positiven makroökonomischen Umfeld.

### Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung an den europäischen Anleihemärkten beeinflusst. Der Geld- und Kapitalmarkt war im Berichtsjahr von tendenziell sinkenden Renditen und vergleichsweise geringeren Zins- und Spread-Volatilitäten geprägt. In diesem Umfeld lagen die Marktrisikokennzahlen des Anlagebuchs zum Jahresende 2014 nur leicht unter dem Niveau des Vorjahresresultimos.

Im Berichtsjahr hat die Bank wieder selektiv in neue Finanzanlagen investiert und plant, dies auch im kommenden Jahr fortzusetzen. Ausblickend rechnet die Postbank daher – bei unveränderten Marktvolatilitäten – mit einer im Vergleich zum aktuellen Niveau leicht höheren Marktrisikoauslastung.

### Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Im Jahr 2014 wurden erste Steuerungsmaßnahmen zur Reduktion der hohen Überschussliquidität vorgenommen. Die Liquiditätssituation war insgesamt stets solide und wird weiterhin als sehr stabil erwartet, auch wenn für das Jahr 2015 eine weitere Reduktion der Überschussliquidität geplant ist.

### Operationelle Risiken

Das OpRisk-Schadenprofil der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten „High-frequency/low-impact-Schäden“, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

Daneben war eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil von diesen bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt. Ursächlich für den Anstieg der Schadenfälle zum Ende 2014 waren insbesondere die beiden einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs zur Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken in den nächsten Jahren aus.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

### Entwicklungen im Risikomanagement

Die Weiterentwicklung der bankaufsichtlichen Regelungen im Jahr 2014 umfasst die Umsetzung von Basel III im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR), der dazugehörigen Durchführungsverordnungen und Technischen Standards sowie der auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Anforderungen. Diesbezüglich wurden neben dem Kreditwesengesetz (KWG) auch die nationalen Verordnungen (Großkredit- und Millionenkreditverordnung – GroMiKV, Solvabilitätsverordnung – SolvV, Liquiditätsverordnung – LiqV sowie Institutsvergütungsverordnung) angepasst.

Im Berichtszeitraum hat die Postbank die notwendigen Projektaktivitäten für die Umsetzung der bankaufsichtlichen Anforderungen vorangetrieben. Dies betraf insbesondere die erweiterten Anforderungen zur Ermittlung der aufsichtlichen Eigenmittel und der risikogewichteten Aktiva für Adressenausfallrisiken sowie damit verbundener Meldepflichten (Common Reporting – COREP). Ebenso hat die Postbank die Anforderungen zum Financial Reporting (FINREP) sowie weiterer neuer Meldungen (u. a. zu Forbearance and Non-Performing Exposures und Asset Encumbrance) umgesetzt. Die erste FINREP-Meldung an die Aufsicht erfolgte planmäßig per Stichtag 30. September 2014.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden Inland, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Für 2015 wird eine Ausweitung der Anwendung des A-IRBA auf PK-Dispo angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement befindet sich die Postbank seit 2011 fortlaufend in Projekten zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen. Neben der Erstellung der neuen geforderten Liquiditätsmeldungen zur Liquidity Coverage Ratio (LCR) und zur Net Stable Funding Ratio (NSFR) wurden hierfür die erforderliche Datenbasis geschaffen, neue Prozesse etabliert, Linienstrukturen angepasst und die laufende Meldeerstellung in die Linie übergeben. Aufgrund weiterer aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie zur weiteren Verbesserung der Datenbasis werden die Projektaktivitäten im Liquiditätsumfeld auch im Jahr 2015 fortgesetzt.

Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Mit Inkrafttreten der SSM-Verordnung (SSM – Single Supervisory Mechanism) wurde im Berichtsjahr als erste Säule der Bankenunion eine einheitliche Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB etabliert. Als Teil der Deutschen Bank ist die Postbank diesbezüglich bei Anfragen der

Bankenaufsicht an die Deutsche Bank betroffen. Dies bezieht sich insbesondere auch auf das im Berichtsjahr durchgeführte Comprehensive Assessment.

Auch über das Jahr 2014 hinaus ist die Postbank mit umfangreichen regulatorischen Neuerungen konfrontiert. Hierzu gehören u. a. der Supervisory Review and Examination Process (SREP), die Grundsätze für die effektive Verarbeitung von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS, Konsultationspapier 239) sowie das „Analytical Credit Dataset“-Projekt (AnaCredit-Projekt) der EZB.

### Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Im Integrationsprozess wurden die Vorbereitungen für die Etablierung gemeinsamer A-IRBA-Ratingmodelle weiter vorangebracht, sodass zukünftig – beginnend mit der Duldung des LC/FI-Modells der Deutschen Bank – eine konzernweit einheitliche Ratingmethode angewendet wird.

Zur Vorbereitung der einheitlichen Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB hat die Aufsicht im Berichtszeitraum eine umfassende Prüfung der relevanten Banken, das Comprehensive Assessment, durchgeführt. Dazu zählen sowohl der Asset Quality Review, durch den die Aktiva der Bilanzen geprüft werden, als auch der gemeinsame Stresstest der European Banking Authority (EBA) und der EZB zur Prüfung der Eigenmittelausstattung. Im Rahmen des Comprehensive Assessment wird die Postbank als Teil der Deutsche Bank Gruppe betrachtet. In Ergänzung zum Single Supervisory Mechanism (SSM) wurde als einheitlicher Abwicklungsmechanismus der Single Resolution Mechanism (SRM) vereinbart, der bis Anfang 2016 in allen Elementen wirksam werden soll. Diesbezüglich ist die Postbank in das Gruppenrisikomanagement der Deutsche Bank Gruppe eingebunden.

### Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 49 des Konzernanhangs.

Die Postbank hat mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Risikozuordnungen und Risikodefinitionen auch vor dem Hintergrund der Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank vorgenommen. Unter anderem werden Kollektivrisiken und Reputationsrisiken nun den Geschäftsrisiken zugeordnet. Marktrisiken aus Pensionsverpflichtungen, Immobilienrisiken und Beteiligungsrisiken sind Bestandteil der Marktrisiken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

#### • Marktrisiken

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Anlagebuch sowie aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Verbliebene Positionen des Handelsbuchs wurden im Jahresverlauf abgebaut. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank (Immobilienrisiken).
- b) Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden (Beteiligungsrisiken).

#### • Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.
- c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökono-

mischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

#### • Liquiditätsrisiken

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung: das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko:

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

#### • Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Sonstige Risiken, insbesondere Reputationsrisiken und strategische Risiken, fallen nicht unter den Begriff Operationelle Risiken.

#### • Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bauspar-kollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.

- d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierten Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden alle Marktrisiken mit Ausnahme der Credit-Spread-Risiken der Non Core Operating Unit (NCOU) in das Segment Financial Markets übertragen. Die mit Marktrisiken belegten Wertpapierbestände der NCOU sind zum Abbau vorgesehen.

#### Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

#### Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Die Risikostrategie gilt konzernweit: Die in einzelnen Konzerneinheiten (z. B. BHW) beschlossenen Risikostrategien sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements ist die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei wird die Risiko-Governance kontinuierlich weiterentwickelt, um eine einheitliche Risikokultur im Konzern zu etablieren.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Da für 2015 ein moderater Anstieg der Risikovorsorge erwartet wird, bleiben zur Risikovermeidung die Geschäftsfelder hinsichtlich ihres Risikoappetits beschränkt, zudem werden Mindestvorgaben für die Kreditqualität der Portfolios und Limite festgelegt sowie Maßnahmen zur Risiko-Mitigation aufgesetzt.

#### Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:



Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	monatlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditätsrisikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisiko-komitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationsrisikokomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet. Als weiteres Gremium ist das Non-Core-Operating-Unit-Komitee zur Steuerung und Planung der Non-Core-Portfolios der Postbank eingerichtet, das seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllt. Dies erfolgt ebenfalls für die Arbeit des Data Quality Komitees.

**Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung**

**Risikocontrolling-Funktion**

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche Risikosteuerung und Kreditrisikocontrolling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse und Kreditservice Workout & Collections bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebs-einheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Im Jahr 2014 wurde der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Produkte eingerichteten Bereich Steuerung Deckungsgeschäft zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
<b>Chief Operating Office</b>	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Kreditbearbeitung Sicherheitenmanagement Qualitätssicherung
<b>Risiko-steuerung</b>	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
<b>Kreditrisiko-controlling</b>	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikoversorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
<b>Kreditanalyse</b>	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
<b>Kreditservice Workout &amp; Collections</b>	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
<b>Operations Financial Markets</b>	Abwicklung Handelsgeschäfte Collateral Management
<b>Pfandbrief-management</b>	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

#### Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionnahme ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Treasury/ALM (Asset Liability Management), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts sowie die Non Core Operating Unit

(NCOU). Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, PB International S.A. (Luxemburg, bis zur Überführung in die Niederlassung Luxemburg) und PB Factoring GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits.

Die operative Steuerung der Marktrisiken im Konzern erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Treasury/ALM bzw. für das Non-Core-Geschäft im Ressort Chief Operating Office der Deutschen Postbank AG. Darüber hinaus steuert Treasury/ALM operativ das Liquiditätsrisiko im Konzern mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Markt- und Liquiditätsrisiken werden zentral von den Abteilungen Marktrisiko- bzw. Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

#### Übergreifendes Risikomanagement

##### Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird neben der Eigenmittelausstattung nach CRR sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

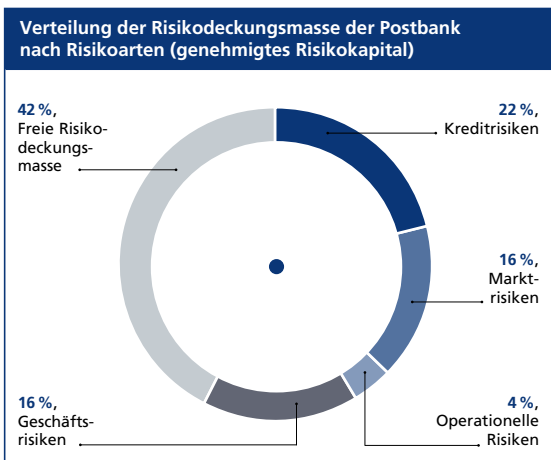
Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital (seit 2014 gemäß Basel III) und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

**Risikokapital und Limitierung**

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee (BRK) überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

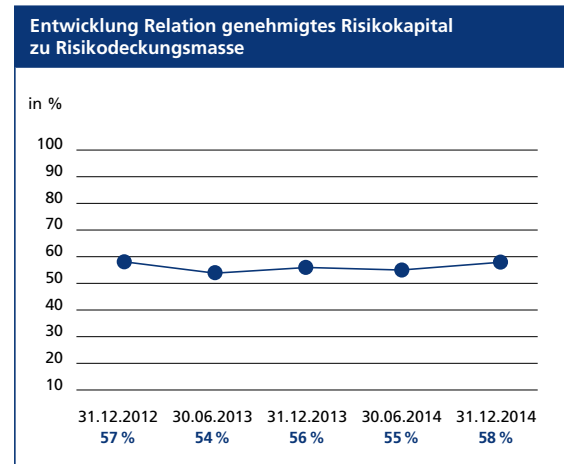
Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2014 (Berechnung per 31. Dezember 2014) stellt sich wie folgt dar:



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2014 und Vorjahr) werden in Note 49 des Konzernanhangs dargestellt.

164

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 58 %. Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktives Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, wodurch generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist. Im ersten Halbjahr 2014 kam es lediglich zu einer Erhöhung des allokierten Kapitals für Immobilien- und Beteiligungsrisiken. Im zweiten Halbjahr wurden das Kapital für Kreditrisiken reduziert und das Kapital für Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken erhöht. Insgesamt stieg das allokierte Kapital dadurch im Jahresverlauf um 2,5 % an. Die Risikodeckungsmasse blieb hingegen nahezu unverändert. Die Auslastung erhöhte sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2014 leicht.

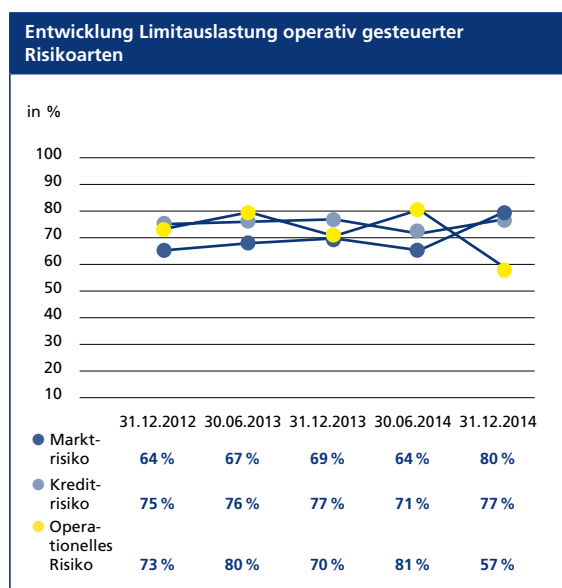
Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse (freies Kernkapital) gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Im zweiten Halbjahr 2014 wurde für Marktrisiken ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) eingeführt, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des

Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Zum Stichtag 31. Dezember 2014 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risikokapitals 80 % (31. Dezember 2013: 69 %). Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Auslastung erklärt sich vor allem durch die erstmalige Anwendung des Stressed VaR zur Ermittlung des Marktrisikopotenzials im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Das für Kreditrisiken genehmigte Risikokapital wurde in der zweiten Jahreshälfte 2014 von 3.000 Mio € auf 2.800 Mio € reduziert. Die Limitauslastung lag bei reduziertem Risikokapital zum 31. Dezember 2014 im Jahresvergleich unverändert bei 77 % (31. Dezember 2013: 77 %). Der Rückgang des Kreditrisikos resultiert insbesondere aus dem Abbau risikoreicher Bestände im Portfolio Commercial Mortgages sowie aus Ratingverbesserungen. Die Reduzierung der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 70 % zum 31. Dezember 2013 auf 57 % zum Jahresultimo 2014 erklärt sich zum einen durch die Erhöhung des Limits für Operationelle Risiken auf 700 Mio € (31. Dezember 2013: 600 Mio €) und zum anderen durch eine genehmigte Modelländerung.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

#### Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risiko-

arten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

In den Segmenten Financial Markets und Non Core Operating Unit hat die Postbank weitere Maßnahmen zur Reduktion von Konzentrationsrisiken ergriffen.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposures erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

#### Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch

MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomes- sung und -überwachung der Postbank eingebunden.

**Konzernweites Risikoreporting**

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risiko- tragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und

spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten diffe- renziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten- übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt- risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markt- risiken, Limit- auslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- risikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kredit- risiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolge- einheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditäts- risiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markt- risikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität, Liquidity Coverage Ratio (LCR)	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- risikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäfts- risiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- risikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalations- pflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.



## Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

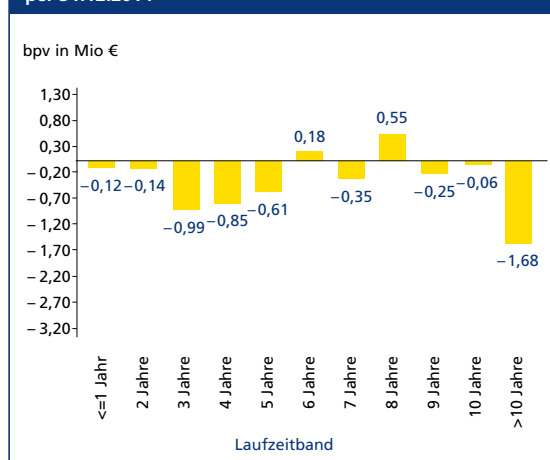
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

### Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden laufend auf ihre Angemessenheit überprüft. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2014 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 31. Dezember 2014 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2014



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Wesentlichen auf den mittleren Laufzeitbereich zwischen 3 und 5 Jahren sowie die langen Laufzeiten von über 10 Jahren konzentrieren, während im Bereich der Laufzeit von 8 Jahren passive Zinsrisikoüberhänge dominieren. In Summe wurde analog zum Vorjahr im Berichtszeitraum eine aktivische Zinspositionierung eingenommen. Die strategische Zinsposition wurde im Berichtsjahr auch durch Neuinvestments in Finanzanlagen ausgeweitet: Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2014 bei –4,3 Mio € nach –1,5 Mio € am 31. Dezember 2013. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

### Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2014 wurden keine wesentlichen Anpassungen am Marktrisikomodell vorgenommen.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die aktuelle Positionierung, eine extreme Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sub-Limiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzern- und Portfolioebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2014 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit nur einem „Ausreißer“ ein innerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegendes Resultat. Als Ergebnis der Backtesting-Analysen kann somit die Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens unverändert bestätigt werden.

**Stresstesting**

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regel-

mäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im Berichtsjahr 2014 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertige Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

**Marktgerechte Bedingungen**

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

**Risikokennzahlen**

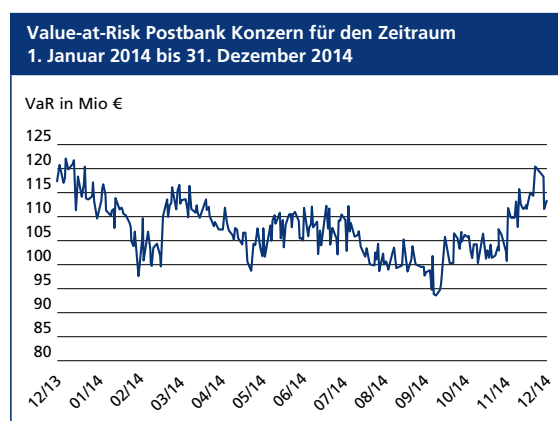
Für das Berichtsjahr 2014 (sowie für das Vergleichsjahr 2013) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern								
Konzern VaR (10 Tage, 99%)	Stand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
Zinsrisiken	43,5	47,3	49,6	98,1	18,2	30,1	35,3	61,9
Aktien-/Aktienindexrisiken	3,5	3,5	4,0	6,0	2,4	1,7	3,2	2,5
Währungsrisiken	0,6	3,7	8,3	25,2	0,6	1,3	1,9	6,3
Sonstige Marktrisiken (Spread)	97,0	120,3	122,6	360,5	89,4	119,2	104,0	217,5
Diversifikationseffekte	-31,6	-57,9	-58,9	-124,8	-20,2	-25,3	-37,4	-89,6
<b>Gesamt</b>	<b>113,0</b>	<b>116,9</b>	<b>121,0</b>	<b>353,2</b>	<b>94,3</b>	<b>115,7</b>	<b>107,0</b>	<b>198,6</b>

Zum 31. Dezember 2014 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 113 Mio € (zum Vergleich: 117 Mio € per 31. Dezember 2013).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Handels- und des Anlagebuchs inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der Niederlassungen in Luxemburg und London. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisiko-messung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Aufgrund geringerer Zins- und Spread-Risiken infolge sinkender Volatilitäten ging der VaR im Laufe des ersten Halbjahres zurück. Im zweiten Halbjahr kam es dagegen durch eine strategische Erhöhung der Nettozinsposition zu einem sukzessiven Anstieg des VaR, der am Ende des Berichtsjahres nur leicht unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag.

Das Handelsbuch weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Neugeschäft in Handelsbuchgeschäften findet derzeit nicht statt. Zum Vorjahresresultimo betrug der VaR des Handelsbuchs (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) 0,3 Mio €, was im Wesentlichen auf das Währungsrisiko zurückzuführen war. Der maximale VaR im Jahr 2014 betrug 0,5 Mio €.

#### Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

#### Risikosteuerung von Beteiligungsrissen

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 hielt die Deutsche Postbank AG 36 (per Vorjahresresultimo: 43) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hielt per 31. Dezember 2014 eine nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligung in Höhe von 433 Mio € (vgl. Note 24).

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

#### Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

#### Steuerung der Einzelrisiken

##### Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses und des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR – Capital Requirements Regulation) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

##### Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch 2014 neben den laufenden Integrationsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

### *Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen*

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

### *Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken*

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positions-führenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingte sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten

unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e.V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Risikokonzentrationen bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwach die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.



#### *Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren*

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsengagement (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird anlassbezogen, mindestens jedoch vierteljährlich von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

#### *Überfällige und notleidende Engagements*

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug – d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat –, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls des Kunden bzw. der Fazilität. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfas-

sender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfalldetektion anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarktstiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgt die Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Auf Basis der im ABIT-System erfassten Risikoengagements wird eine monatliche Überwachungsliste (Watch-List) generiert. Die methodische Verantwortung für die Parametrisierung des Systems liegt im Bereich Kreditrisikocontrolling, der auch für die kontinuierliche Weiterentwicklung zuständig ist.

#### *Kreditrisikovorsorge*

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der

pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfoliobene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

**Forbearance bzw. Forborne und Non-Performing Exposure**  
Unter dem Begriff „Forbearance“ bzw. „Forborne“ werden sämtliche Geschäfte einer Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden. Dies können Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke sein.

Als „Non-Performing“ werden alle Geschäfte betrachtet, bei denen ein wesentlicher Teil mit mehr als 90 Tagen in Verzug ist oder bei denen – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass eine vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann. Dies beinhaltet alle notleidenden (regulatorisch ausgefallenen) Engagements sowie einzelwertberichtigten bzw. pauschalierten einzelwertberichtigten Engagements. Bei der Non-Performing-Bestimmung ist außer Betracht zu lassen, dass das Institut auf kreditsichernde Maßnahmen wie die Verwertung von Sicherheiten zurückgreifen könnte. Die EBA-Definition für Non-Performing lehnt sich stark an die Ausfalldefinition der CRR und die Vorgaben zu Impairments gemäß IFRS an, ist aber bezüglich Forborne Exposures nicht vollständig deckungsgleich. Unterschieden wird zudem zwischen dem Ausfall einer Forderung und dem Ausfall des Schuldners, der dazu führt, dass alle Forderungen dieses Schuldners als Non-Performing (durch Pulling) zu deklarieren sind.

### Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt Portfoliostruktur angegebene Erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den

einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

**Portfoliostruktur**

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Jahresende 2013 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

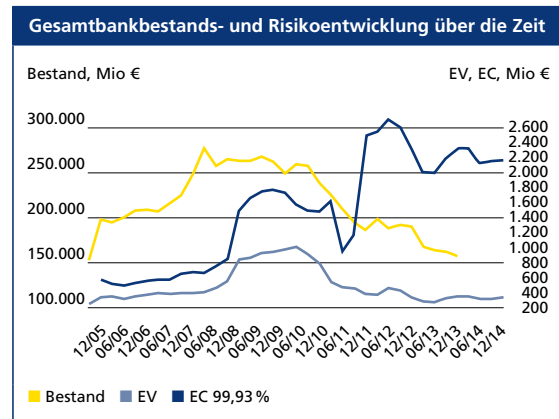
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) <sup>1</sup>	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
Retail	76.361	75.999	297	274	794	781
Firmenkunden	13.928	16.541	47	66	307	465
Financial Markets	50.008	51.406	5	6	368	343
Non Core Operating Unit	11.194	13.481	11	19	668	709
Pensionsfonds	k. A.	k. A.	0	0	7	5
<b>Gesamt</b>	<b>151.491</b>	<b>157.427</b>	<b>360</b>	<b>364</b>	<b>2.145</b>	<b>2.302</b>

<sup>1</sup>Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

Der überwiegende Teil der Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust (EV) und das EC ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Im Segment Firmenkunden erfolgte ein Abbau risikobehafteter Assets im Portfolio Commercial Mortgages, der sich in einem deutlichen Rückgang beim EV und beim EC widerspiegelt. Des Weiteren waren im Jahresverlauf Ratingverbesserungen bei Corporates zu beobachten. Der Anstieg von EV und EC im Segment Retail ist auf einen Ausbau des Geschäfts und zu einem kleineren Teil auf Modellrekalibrierungen zurückzuführen. Der im Non-Core-Portfolio verzeichnete Risikorückgang resultiert aus Fälligkeiten und Anleiheverkäufen.

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, EC und EV im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 war die Folge der Einführung eines neuen Kreditportfoliomodells. Die Entwicklung im Jahr 2014 ist auf die im vorangehenden Absatz genannten Ursachen zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2014 fand insbesondere ein De-Risking bei Commercial Mortgages statt. In der zweiten Jahreshälfte veränderte sich die Risikosituation nur geringfügig.



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ stellt das maximale Kreditrisiko zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum 31. Dezember 2013 dar. Die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderrieflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist. Ergänzend zu den in den folgenden Tabellen ausgewiesenen Positionen, hielt die Postbank per 31. Dezember 2014 eine nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligung in Höhe von 433 Mio € (vgl. Note 24).

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Sicherheiten <sup>1</sup>		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Kreditrisikominderung <sup>1</sup>	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio	31.12.2013 Mio €
<b>Handelsaktiva</b>	<b>697</b>	<b>1.824</b>	<b>134</b>	<b>142</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>563</b>	<b>1.682</b>
Held for Trading	697	1.824	134	142	-	-	563	1.682
<b>Hedging-Derivate</b>	<b>119</b>	<b>113</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>119</b>	<b>113</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>19.659</b>	<b>20.153</b>	<b>16.357</b>	<b>15.077</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3.302</b>	<b>5.076</b>
Loans and Receivables	19.659	20.153	16.357	15.077	-	-	3.302	5.076
Wertpapierpensionsgeschäfte	16.373	15.101	16.357	15.077	-	-	16	24
Tagesgelder	891	1.826	-	-	-	-	891	1.826
Darlehen	384	808	-	-	-	-	384	808
Namenschuldverschreibungen	228	324	-	-	-	-	228	324
Termingelder	1.101	1.248	-	-	-	-	1.101	1.248
Sonstige Forderungen	682	846	-	-	-	-	682	846
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>97.972</b>	<b>101.313</b>	<b>74.263</b>	<b>76.740</b>	<b>630</b>	<b>704</b>	<b>23.079</b>	<b>23.869</b>
Loans and Receivables	93.040	95.483	69.516	71.198	630	704	22.894	23.581
Private Baufinanzierungen	64.317	64.633	62.060	62.430	-	-	2.257	2.203
Bauspardarlehen	3.564	3.690	3.425	3.503	-	-	139	187
Gewerbliche Kredite	13.775	16.603	4.031	5.265	630	704	9.114	10.634
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.789	3.815	-	-	-	-	3.789	3.815
Ratenkredite	6.098	5.454	-	-	-	-	6.098	5.454
Sonstige Forderungen	1.497	1.288	-	-	-	-	1.497	1.288
Fair-Value-Option	4.932	5.830	4.747	5.542	-	-	185	288
Private Baufinanzierungen	4.932	5.830	4.747	5.542	-	-	185	288
<b>Finanzanlagen</b>	<b>33.044</b>	<b>34.024</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>33.044</b>	<b>34.024</b>
Loans and Receivables	20.642	23.786	-	-	-	-	20.642	23.786
Available for Sale	12.402	10.238	-	-	-	-	12.402	10.238
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.195	10.084	-	-	-	-	12.195	10.084
Investmentfondsanteile	179	123	-	-	-	-	179	123
Beteiligungen	22	25	-	-	-	-	22	25
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	6	6	-	-	-	-	6	6
<b>Zwischensumme</b>	<b>151.491</b>	<b>157.427</b>	<b>90.754</b>	<b>91.959</b>	<b>630</b>	<b>704</b>	<b>60.107</b>	<b>64.764</b>
<b>Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien</b>	<b>394</b>	<b>359</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>394</b>	<b>359</b>
<b>Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen</b>	<b>19.054</b>	<b>19.532</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>19.054</b>	<b>19.532</b>
<b>Gesamt</b>	<b>170.939</b>	<b>177.318</b>	<b>90.754</b>	<b>91.959</b>	<b>630</b>	<b>704</b>	<b>79.555</b>	<b>84.655</b>

Den Bestand an Finanzanlagen reduziert die Postbank im Rahmen des Programms zum Abbau von finanzmarktbezogenen Beständen und Risiken seit dem dritten Quartal 2008. Im Jahr 2014 erfolgte eine weitere Reduktion im Volumen von 1 Mrd €.

In der Tabelle sind zum Ende des Berichtsjahres Netting-Effekte in Höhe von 9,5 Mrd € (31. Dezember 2013: 5,5 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, sowie in Höhe von 2,4 Mrd € (31. Dezember 2013: 2,4 Mrd €) bei den Wertpapierpensionsgeschäften im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten berücksichtigt.

Bei dem Ausweis zum Jahresultimo 2014 in der Position „Finanzanlagen“ und zu einem geringen Teil auch in der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ handelt es sich in Höhe von 6,7 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2013: 4,0 Mrd €). Daneben sind die ebenso in der Position „Finanzanlagen“ enthaltenen Investorverbrie- fungen zum 31. Dezember 2014 in Höhe von 0,1 Mrd € (31. Dezember 2013: 0,2 Mrd €) als vollbesichert anzusehen.



*Branchenstruktur des Kreditportfolios*

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen

nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekatgorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Staaten		Gewerb-liche Real-kredite		Dienst-leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
<b>Handelsaktiva</b>	139	150	281	1.368	-	-	104	140	46	63	25	28	102	75	697	1.824
Held for Trading	139	150	281	1.368	-	-	104	140	46	63	25	28	102	75	697	1.824
<b>Hedging-Derivate</b>	-	-	119	113	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	119	113
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	-	-	19.659	20.148	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	19.659	20.153
Loans and Receivables	-	-	19.659	20.148	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	19.659	20.153
Wertpapier-pensionsgeschäfte	-	-	16.373	15.101	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16.373	15.101
Tagesgelder	-	-	891	1.826	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	891	1.826
Darlehen	-	-	384	804	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	384	808
Namensschul-verschreibungen	-	-	228	324	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	228	324
Termingelder	-	-	1.101	1.248	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.101	1.248
Sonstige Forderungen	-	-	682	845	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	682	846
<b>Forderungen an Kunden</b>	80.869	82.499	339	432	3.696	3.649	6.660	8.524	3.574	3.377	1.953	1.918	881	914	97.972	101.313
Loans and Receivables	75.937	76.669	339	432	3.696	3.649	6.660	8.524	3.574	3.377	1.953	1.918	881	914	93.040	95.483
Private Baufinan-zierungen	64.141	64.454	1	1	1	-	-	-	27	26	-	-	147	152	64.317	64.633
Bauspardarlehen	3.564	3.690	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.564	3.690
Gewerbliche Kredite	680	1.830	314	405	-	-	6.660	8.513	3.544	3.347	1.953	1.918	624	590	13.775	16.603
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	3.695	3.649	-	-	2	2	-	-	92	164	3.789	3.815
Ratenkredite	6.098	5.454	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.098	5.454
Sonstige Forderungen	1.454	1.241	24	26	-	-	-	11	1	2	-	-	18	8	1.497	1.288
Fair-Value-Option	4.932	5.830	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.932	5.830
Private Baufinan-zierungen	4.932	5.830	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.932	5.830
<b>Finanzanlagen</b>	-	-	14.551	16.774	16.078	15.020	-	-	1.199	993	622	647	594	590	33.044	34.024
Loans and Receivables	-	-	9.746	12.565	9.757	10.021	-	-	484	540	344	362	311	298	20.642	23.786
Available for Sale	-	-	4.805	4.209	6.321	4.999	-	-	715	453	278	285	283	292	12.402	10.238
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.619	4.063	6.321	4.999	-	-	715	453	278	285	262	284	12.195	10.084
Investmentfonds-anteile	-	-	179	123	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	179	123
Beteiligungen	-	-	1	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21	8	22
Anteile an nicht kon-solidierten Tochter-unternehmen	-	-	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	6
<b>Zwischensumme</b>	81.008	82.649	34.949	38.835	19.774	18.669	6.764	8.664	4.819	4.433	2.600	2.593	1.577	1.584	151.491	157.427
<b>Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien</b>	13	19	13	18	-	-	11	13	209	205	83	71	65	33	394	359
<b>Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen</b>	16.521	16.671	53	33	1	1	123	155	1.355	1.681	705	768	296	223	19.054	19.532
<b>Gesamt</b>	97.542	99.339	35.015	38.886	19.775	18.670	6.898	8.832	6.383	6.319	3.388	3.432	1.938	1.840	170.939	177.318

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostrategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

#### *Regionale Aufteilung des Kreditportfolios*

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Handelsaktiva</b>	<b>478</b>	<b>1.098</b>	<b>219</b>	<b>706</b>	<b>–</b>	<b>20</b>	<b>697</b>	<b>1.824</b>
Held for Trading	478	1.098	219	706	–	20	697	1.824
<b>Hedging-Derivate</b>	<b>54</b>	<b>71</b>	<b>43</b>	<b>40</b>	<b>22</b>	<b>2</b>	<b>119</b>	<b>113</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>11.160</b>	<b>16.364</b>	<b>8.486</b>	<b>3.752</b>	<b>13</b>	<b>37</b>	<b>19.659</b>	<b>20.153</b>
Loans and Receivables	11.160	16.364	8.486	3.752	13	37	19.659	20.153
Wertpapierpensionsgeschäfte	8.729	12.821	7.644	2.280	–	–	16.373	15.101
Tagesgelder	303	1.264	576	527	12	35	891	1.826
Darlehen	176	313	208	495	–	–	384	808
Namenschuldverschreibungen	228	324	–	–	–	–	228	324
Termingelder	1.101	1.188	–	60	–	–	1.101	1.248
Sonstige Forderungen	623	454	58	390	1	2	682	846
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>89.911</b>	<b>91.757</b>	<b>7.389</b>	<b>8.456</b>	<b>672</b>	<b>1.100</b>	<b>97.972</b>	<b>101.313</b>
Loans and Receivables	84.994	85.946	7.376	8.441	670	1.096	93.040	95.483
Private Baufinanzierungen	60.435	60.542	3.828	4.037	54	54	64.317	64.633
Bauspardarlehen	3.542	3.668	20	20	2	2	3.564	3.690
Gewerbliche Kredite	9.713	11.343	3.454	4.225	608	1.035	13.775	16.603
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.747	3.701	42	114	–	–	3.789	3.815
Ratenkredite	6.077	5.436	17	15	4	3	6.098	5.454
Sonstige Forderungen	1.480	1.256	15	30	2	2	1.497	1.288
Fair-Value-Option	4.917	5.811	13	15	2	4	4.932	5.830
Private Baufinanzierungen	4.917	5.811	13	15	2	4	4.932	5.830
<b>Finanzanlagen</b>	<b>12.794</b>	<b>12.924</b>	<b>19.365</b>	<b>20.100</b>	<b>885</b>	<b>1.000</b>	<b>33.044</b>	<b>34.024</b>
Loans and Receivables	8.176	8.928	11.965	14.024	501	834	20.642	23.786
Available for Sale	4.618	3.996	7.400	6.076	384	166	12.402	10.238
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.416	3.859	7.395	6.059	384	166	12.195	10.084
Investmentfondsanteile	179	121	–	2	–	–	179	123
Beteiligungen	22	15	–	10	–	–	22	25
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	1	5	5	–	–	6	6
<b>Zwischensumme</b>	<b>114.397</b>	<b>122.214</b>	<b>35.502</b>	<b>33.054</b>	<b>1.592</b>	<b>2.159</b>	<b>151.491</b>	<b>157.427</b>
<b>Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien</b>	<b>351</b>	<b>306</b>	<b>43</b>	<b>53</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>394</b>	<b>359</b>
<b>Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen</b>	<b>18.855</b>	<b>19.287</b>	<b>186</b>	<b>232</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>19.054</b>	<b>19.532</b>
<b>Gesamt</b>	<b>133.603</b>	<b>141.807</b>	<b>35.731</b>	<b>33.339</b>	<b>1.605</b>	<b>2.172</b>	<b>170.939</b>	<b>177.318</b>

Die nachstehende Tabelle „Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder“ beinhaltet die Positionen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien). Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter Länder <sup>1</sup>												
Land	Staaten		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Retail		Unternehmen <sup>2</sup>		Sonstige <sup>3</sup>		Gesamt	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	2,0	4,8	3,0	0,0	0,0	5,8	5,0
Irland	372,0	361,2	211,5	242,4	2,9	4,9	37,2	26,6	74,3	52,6	697,9	687,7
Italien	3.404,8	3.433,7	814,6	1.115,7	2.461,3	2.664,5	383,7	292,1	0,0	0,0	7.064,4	7.506,0
Portugal	61,3	62,7	220,6	288,8	3,0	6,0	3,6	1,6	0,0	0,0	288,5	359,1
Spanien	431,7	608,0	1.317,9	2.432,1	27,2	34,6	81,6	126,9	0,0	26,0	1.858,4	3.227,6
<b>Gesamt</b>	<b>4.269,8</b>	<b>4.465,6</b>	<b>2.564,6</b>	<b>4.079,0</b>	<b>2.495,4</b>	<b>2.712,0</b>	<b>510,9</b>	<b>450,2</b>	<b>74,3</b>	<b>78,6</b>	<b>9.915,0</b>	<b>11.785,4</b>

<sup>1</sup>Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

<sup>2</sup>Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

<sup>3</sup>Beinhaltet Investorverbriefungen

Über den Ausweis in der obigen Tabelle hinausgehend, hatte die Postbank zum 31. Dezember 2014 Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften von den Deutsche Bank Niederlassungen in Spanien und in Italien im Gesamtvolumen von 7,64 Mrd € als Sicherheiten hereingenommen.

Wie bereits zum Vorjahresresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

**Bonitätsstruktur des Kreditportfolios**

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2014 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 94 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
Handelsaktiva	1	37	45	231	238	554	88	645	89	91	97	116	558	1.674
Held for Trading	1	37	45	231	238	554	88	645	89	91	97	116	558	1.674
Hedging-Derivate	-	-	-	-	118	112	1	1	-	-	-	-	119	113
Held for Trading	-	-	-	-	118	112	1	1	-	-	-	-	119	113
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>102</b>	<b>1.276</b>	<b>216</b>	<b>1.693</b>	<b>18.963</b>	<b>16.586</b>	<b>274</b>	<b>400</b>	<b>36</b>	<b>152</b>	<b>68</b>	<b>44</b>	<b>19.659</b>	<b>20.151</b>
Loans and Receivables	102	1.276	216	1.693	18.963	16.586	274	400	36	152	68	44	19.659	20.151
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	-	1.500	16.373	13.601	-	-	-	-	-	-	16.373	15.101
Tagesgelder	3	1.000	167	111	688	672	33	43	-	-	-	-	891	1.826
Darlehen	96	229	-	-	194	334	-	56	31	152	63	35	384	806
Namenschuldverschreibungen	-	-	-	-	63	143	165	181	-	-	-	-	228	324
Termingelder	-	44	-	60	1.101	1.101	-	43	-	-	-	-	1.101	1.248
Sonstige Forderungen	3	3	49	22	544	735	76	77	5	-	5	9	682	846
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>3.273</b>	<b>1.778</b>	<b>2.612</b>	<b>4.025</b>	<b>1.820</b>	<b>1.387</b>	<b>4.363</b>	<b>4.302</b>	<b>3.633</b>	<b>5.146</b>	<b>838</b>	<b>1.206</b>	<b>16.539</b>	<b>17.844</b>
Loans and Receivables	3.273	1.778	2.612	4.025	1.820	1.387	4.363	4.302	3.633	5.146	838	1.206	16.539	17.844
Private Baufinanzierungen	16	6	10	12	25	20	33	35	40	45	22	23	146	141
Gewerbliche Kredite	1.450	1.659	932	913	1.795	1.367	4.329	4.266	3.560	4.987	497	651	12.563	13.843
Forderungen an öffentliche Haushalte	1.807	113	1.669	3.100	-	-	-	-	33	103	280	499	3.789	3.815
Sonstige Forderungen	-	-	1	-	-	-	1	1	-	11	39	33	41	45
<b>Finanzanlagen</b>	<b>12.832</b>	<b>10.151</b>	<b>8.594</b>	<b>5.997</b>	<b>8.841</b>	<b>13.357</b>	<b>2.191</b>	<b>3.193</b>	<b>554</b>	<b>960</b>	<b>18</b>	<b>358</b>	<b>33.030</b>	<b>34.016</b>
Loans and Receivables	6.235	4.345	5.320	4.409	7.215	11.840	1.373	2.279	481	835	4	78	20.628	23.786
Available for Sale	6.597	5.806	3.274	1.588	1.626	1.517	818	914	73	125	14	280	12.402	10.230
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.597	5.806	3.268	1.578	1.447	1.517	818	914	65	118	-	143	12.195	10.076
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	179	-	-	-	-	-	-	123	179	123
Beteiligungen	-	-	-	9	-	-	-	-	8	7	14	9	22	25
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	6	1	-	-	-	-	-	-	-	5	6	6
<b>Gesamt</b>	<b>16.208</b>	<b>13.242</b>	<b>11.467</b>	<b>11.946</b>	<b>29.980</b>	<b>31.996</b>	<b>6.917</b>	<b>8.541</b>	<b>4.312</b>	<b>6.349</b>	<b>1.021</b>	<b>1.724</b>	<b>69.905</b>	<b>73.798</b>



Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2014 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
Handelsaktiva	–	–	2	4	14	17	70	56	53	57	–	16	139	150
Held for Trading	–	–	2	4	14	17	70	56	53	57	–	16	139	150
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>5</b>	<b>35</b>	<b>739</b>	<b>804</b>	<b>5.568</b>	<b>5.355</b>	<b>30.897</b>	<b>25.546</b>	<b>38.684</b>	<b>33.588</b>	<b>2.693</b>	<b>14.940</b>	<b>78.586</b>	<b>80.268</b>
Loans and Receivables	5	31	711	695	5.142	4.782	28.310	23.688	36.843	31.973	2.677	13.312	73.688	74.481
Private Baufinanzierungen	3	14	401	466	4.313	4.081	25.711	22.250	30.566	27.200	1.895	9.303	62.889	63.314
Bauspardarlehen	–	17	98	215	736	604	1.750	821	720	447	111	1.458	3.415	3.562
Gewerbliche Kredite	2	–	206	–	19	–	85	3	47	33	317	1.789	676	1.825
Ratenkredite	–	–	1	12	31	84	502	560	4.791	4.137	190	147	5.515	4.940
Sonstige Forderungen	–	–	5	2	43	13	262	54	719	156	164	615	1.193	840
Fair-Value-Option	–	4	28	109	426	573	2.587	1.858	1.841	1.615	16	1.628	4.898	5.787
Private Baufinanzierungen	–	4	28	109	426	573	2.587	1.858	1.841	1.615	16	1.628	4.898	5.787
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>35</b>	<b>741</b>	<b>808</b>	<b>5.582</b>	<b>5.372</b>	<b>30.967</b>	<b>25.602</b>	<b>38.737</b>	<b>33.645</b>	<b>2.693</b>	<b>14.956</b>	<b>78.725</b>	<b>80.418</b>

### Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2014 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>239</b>	<b>282</b>	<b>22</b>	<b>64</b>	<b>49</b>	<b>158</b>	<b>202</b>	<b>217</b>	<b>512</b>	<b>721</b>	<b>433</b>	<b>571</b>
Loans and Receivables	238	281	21	63	44	151	195	205	498	700	422	553
Private Baufinanzierungen	217	253	12	37	40	64	182	162	451	516	389	410
Bauspardarlehen	4	4	2	3	4	5	11	12	21	24	20	22
Gewerbliche Kredite	6	4	4	22	–	82	1	30	11	138	4	113
Ratenkredite	2	6	–	–	–	–	–	–	2	6	–	–
Sonstige Forderungen	9	14	3	1	–	–	1	1	13	16	9	8
Fair-Value-Option	1	1	1	1	5	7	7	12	14	21	11	18
Private Baufinanzierungen	1	1	1	1	5	7	7	12	14	21	11	18
<b>Gesamt</b>	<b>239</b>	<b>282</b>	<b>22</b>	<b>64</b>	<b>49</b>	<b>158</b>	<b>202</b>	<b>217</b>	<b>512</b>	<b>721</b>	<b>433</b>	<b>571</b>

### Wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung <sup>1</sup>		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	–	2	–	2	–	–	–	–
Loans and Receivables	–	2	–	2	–	–	–	–
Darlehen	–	2	–	2	–	–	–	–
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>2.335</b>	<b>2.480</b>	<b>1.208</b>	<b>1.314</b>	<b>1.127</b>	<b>1.166</b>	<b>1.061</b>	<b>1.169</b>
Loans and Receivables	2.315	2.458	1.208	1.313	1.107	1.145	1.040	1.149
Private Baufinanzierungen	831	712	320	369	511	343	787	578
Bauspardarlehen	128	154	4	3	124	151	118	135
Gewerbliche Kredite	525	797	262	333	263	464	135	436
Ratenkredite	581	508	377	324	204	184	–	–
Sonstige Forderungen	250	287	245	284	5	3	–	–
Fair-Value-Option	20	22	–	1	20	21	21	20
Private Baufinanzierungen	20	22	–	1	20	21	21	20
<b>Finanzanlagen</b>	<b>71</b>	<b>51</b>	<b>57</b>	<b>43</b>	<b>14</b>	<b>8</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Loans and Receivables	71	42	57	42	14	–	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71	42	57	42	14	–	–	–
Available for Sale	–	9	–	1	–	8	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	9	–	1	–	8	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>2.406</b>	<b>2.533</b>	<b>1.265</b>	<b>1.359</b>	<b>1.141</b>	<b>1.174</b>	<b>1.061</b>	<b>1.169</b>

<sup>1</sup>Keine Betrachtung von Portfoliowertberichtigungen

Insgesamt ist der Rückgang der wertgeminderten Finanzinstrumente im Berichtsjahr mit einer Reduktion insbesondere bei den gewerblichen Krediten zu begründen.

### Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden			
Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Forborne	Non-Forborne	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
<b>Performing Loans</b>	<b>298</b>	<b>94.428</b>	<b>94.726</b>
nicht wertberichtigt	298	94.428	94.726
<b>Non-Performing Loans</b>	<b>348</b>	<b>2.898</b>	<b>3.246</b>
wertberichtigt	305	2.030	2.335
nicht wertberichtigt	43	868	911
<b>Gesamt</b>	<b>646</b>	<b>97.326</b>	<b>97.972</b>

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ beträgt das Forborne Exposure insgesamt 646 Mio € und das Non-Performing Exposure 3.246 Mio €.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnet die Postbank ein Non-Performing Exposure in Höhe von 5 Mio € Handelsaktiva und 15 Mio € Finanzanlagen. Außerhalb der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ beinhaltet die Bilanzposition „Forderungen an Kreditinstitute“ ein Forborne Exposure in Höhe von 3 Mio €.

### Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um die aufsichtsrechtlichen Bemessungsgrundlagen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1	847 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-2	827 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	497 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde und die mit Wirkung zum 6. Oktober 2014 gekündigt wurde. Die Originator-Verbriefungstransaktion Provide Blue 2005-1

war im Januar 2010 gekündigt worden. Diese Transaktion befindet sich in der Deferred Redemption, und es liegt ein Restbestand (Principal Amount after Distribution) von 16,9 Mio € vor.

Im Rahmen von konzerninternen bzw. eigenen Emissionen hat die Postbank in strukturierte Kreditprodukte (Structured Credit Products – SCP) investiert. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Das Portfolio besteht seit Ende 2013 unverändert aus zurückgenommene Eigenverbriefungen (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS) und wertberichtigten Beständen und hatte per 31. Dezember 2014 einen – bedingt durch Währungsschwankungen leicht gestiegenen – Nominalwert in Höhe von 127 Mio € (Stand per 31. Dezember 2013: 123 Mio €). Nähere Angaben zur Bewertung enthält Note 4h des Konzernanhangs zum Konzernabschluss 2014.

117

### Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

### Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Chief Operating Office der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG sowie die Niederlassung in Luxemburg steuern ihre Risiken eigenständig, sind jedoch Teil der konzernweiten Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion des „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Postbank Konzernebene besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichs-

weise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Nach wie vor sind keine nennenswerten Refinanzierungsmaßnahmen am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekendarlehen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch

unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

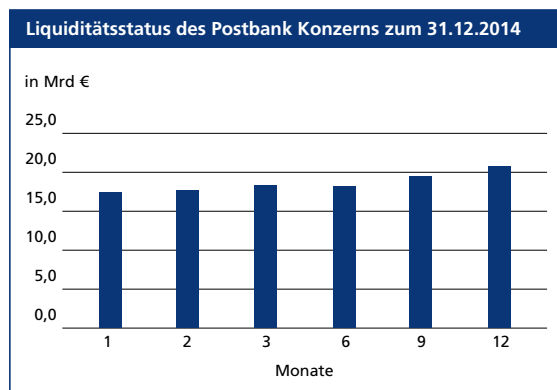
Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2014 sowie zum 31. Dezember 2013, differenziert nach Restlaufzeiten.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
<b>Nicht derivative Verbindlichkeiten</b>	<b>57.634</b>	<b>56.936</b>	<b>53.433</b>	<b>58.083</b>	<b>21.265</b>	<b>23.279</b>	<b>11.410</b>	<b>18.364</b>	<b>17.587</b>	<b>20.744</b>	<b>161.329</b>	<b>177.406</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	94	193	7.552	7.627	622	744	3.482	5.845	6.039	4.884	17.789	19.293
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.067	36.852	45.315	47.968	19.424	20.284	5.825	7.603	7.150	10.715	115.781	123.422
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	0	40	1.114	1.015	1.896	298	2.518	2.858	2.436	4.211	7.964
Nachrangkapital	–	–	0	541	204	355	1.805	2.398	1.540	2.709	3.549	6.003
Sonstige Passiva	–	–	526	833	–	–	–	–	–	–	526	833
Eventual- und andere Verpflichtungen	19.473	19.891	–	–	–	–	–	–	–	–	19.473	19.891
<b>Derivative Verbindlichkeiten</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>136</b>	<b>192</b>	<b>115</b>	<b>444</b>	<b>378</b>	<b>1.192</b>	<b>436</b>	<b>559</b>	<b>1.065</b>	<b>2.387</b>
Hedging-Derivate	–	–	53	60	12	85	155	260	78	207	298	612
Handelspassiva	–	–	83	132	103	359	223	932	358	352	767	1.775
<b>Gesamt</b>	<b>57.634</b>	<b>56.936</b>	<b>53.569</b>	<b>58.275</b>	<b>21.380</b>	<b>23.723</b>	<b>11.788</b>	<b>19.556</b>	<b>18.023</b>	<b>21.303</b>	<b>162.394</b>	<b>179.793</b>



Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2014 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Berichtsjahr 2014 unterstreichen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

#### Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA).

Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA).

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum Jahresultimo bei 700 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling im CRO-Ressort wahrgenommen.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Jahr 2014 mit 192 Mio € im Vergleich zum Vorjahr (2013: 105 Mio €) signifikant gestiegen. Diese Entwicklung resultiert zum einen aus einer Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil von diesen bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt. Zum anderen ist der Anstieg eine Folge der einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs vom Mai und vom Oktober 2014 zur Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen.

Die Abwehr von Betrugshandlungen bildet einen weiteren Schwerpunkt im Management Operationeller Risiken. Im

Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Verschiedene technische und organisatorische Maßnahmen haben 2014, verglichen mit dem Vorjahr, zu einem Rückgang der Schäden geführt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken und nimmt an einem jährlichen Programm im Deutsche Bank Konzern zur Bewertung von Rechtsrisiken (Annual Legal Risk Assessment Program) teil. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldenebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Retail Banking	269	243
Firmenkunden	38	35
Transaction Banking	-	71
Financial Markets	94	70
<b>Postbank Gesamt</b>	<b>401</b>	<b>419</b>

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privat- und Geschäftskundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 269 Mio € (per 31. Dezember 2013: 243 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Retail Banking zuzuordnen sind, entfallen 108 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Konzernfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIA) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit dieser Notfallpläne nachgewiesen.

**Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken**

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

**Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken**

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablauktionen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

**Risikosteuerung der Kollektivrisiken**

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 1 Abs. 4 Bausparkassengesetzverordnung (BSpkV) wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bausparteknische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, die entsprechende Reporting- und Überwachungsfunktion nimmt das Risikocontrolling der BHW Bausparkasse wahr, das funktional in den Bereich Risikosteuerung der Postbank integriert ist.

#### Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisiko-relevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationsrisikokomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationssschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

#### Risikosteuerung residueller Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residuellen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Deutschen Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

#### Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

#### Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

#### Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a

Abs. 1 HGB, die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, Interner Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

#### Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer

Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

#### **Interne Revision**

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften in der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochter-

gesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – im Einklang mit der Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

#### **Vergütungssysteme**

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 6. Oktober 2010 wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Neufassung ersetzt, die zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Die strukturellen Anforderungen in Bezug auf die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses (Ausschuss des Aufsichtsrats) sowie der Funktion eines Vergütungsbeauftragten sind bereits Ende 2013 von den zuständigen Gremien beschlossen worden. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV wurden von der Postbank zeitgerecht umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoportfolio hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen insbesondere in Bezug auf die Höhe der zu verschiebenden Anteile der variablen Vergütung und die Zurückbehaltungsräume im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.



## PROGNOSEBERICHT

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

#### Volkswirtschaftliches Umfeld

##### Weltwirtschaft

Die Aussichten für eine leichte Beschleunigung des globalen Wachstums im Jahr 2015 sind günstig. Insbesondere in den Industrieländern ist eine Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs zu erwarten. Positive Impulse auf die Binnennachfrage dürften dort von dem gesunkenen Ölpreis ausgehen. Zudem hat sich der fiskalische Konsolidierungsdruck in vielen Ländern verringert, sodass die von dieser Seite ausgehenden Bremseffekte weiter nachlassen sollten. Die Geldpolitik in der Eurozone wird auf Sicht sehr expansiv bleiben und das Wachstum damit weiter stützen. Sehr differenziert dürfte sich die Wirtschaft in den aufstrebenden Volkswirtschaften entwickeln. Belastungsfaktoren, die das Wachstum in einigen Ländern bereits 2014 gebremst haben, dürften nachwirken oder sich sogar noch verstärken. Problematisch könnte 2015 vor allem für auf Rohstoffexporte und hier insbesondere Öl angewiesene Länder werden. Schwellenländer, die Rohstoffe überwiegend importieren, dürften dagegen von dem Preisrückgang profitieren. Ländern mit einem starken Exportsektor sollte zudem die anziehende Nachfrage in den Industrieländern zugutekommen. Risiken für das globale Wachstum könnten vor allem von einer möglichen Verschärfung geopolitischer Konflikte ausgehen. Auch ist nicht auszuschließen, dass die Staatsschuldenkrise im Euroraum infolge politischer Interessenkonflikte wieder aufflammt. Der IWF rechnet für 2015 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,5 % nach einem Plus von 3,3 % im Jahr 2014.

Der Konjunkturaufschwung in den USA steht zum Jahresbeginn auf einer ungewöhnlich breiten Basis, sodass sich das Wachstum im Jahr 2015 spürbar beschleunigen sollte. Der private Verbrauch dürfte von einer weiter deutlich steigenden Beschäftigung und der erheblichen Entlastung der Verbraucher durch die gesunkenen Energiepreise profitieren. Kräftige Impulse sind auch von Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Insgesamt dürfte das BIP aber deutlich stärker zulegen als im Vorjahr. Wir rechnen für 2015 mit einem BIP-Wachstum von 3,7 %.

Die japanische Wirtschaft sollte sich von dem im Vorjahr erlittenen konjunkturellen Rückschlag erholen. Ein kräftiger Aufschwung zeichnet sich bei einem leicht steigenden privaten Verbrauch und abgeschwächtem Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen allerdings nicht ab. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum mit 1,3 % moderat ausfallen.

Im Euroraum dürfte sich die allmähliche Erholung der Konjunktur fortsetzen. Dabei könnte sich die Zunahme des privaten Verbrauchs beschleunigen, da dieser von dem kräftigen Rückgang des Ölpreises zusätzliche Impulse erhalten sollte. Auch die immer noch sehr niedrigen Bruttoanlageinvestitionen dürften ausgeweitet werden. Dagegen sollten die Staatsausgaben im Zuge des anhaltenden Konsolidierungskurses nur ganz leicht steigen. Im Zuge der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur und des deutlich schwächeren Euro sollte das Exportwachstum anziehen. Da auch die Importe infolge der etwas stärkeren Binnen- nachfrage zulegen dürften, sollte vom Außenhandel kein nennenswerter Wachstumsimpuls ausgehen. Insgesamt

dürfte sich das BIP-Wachstum 2015 nur leicht auf 1,3 % erhöhen.

##### Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel in einer soliden Verfassung. Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex deuten zudem auf eine anhaltende Belebung hin. Die sich verstärkende globale Nachfrage sollte im Zusammenspiel mit dem schwächeren Euro zu einem kräftigeren Wachstum der Exporte führen. Infolge des sich verbessernden globalen Umfelds sollte auch die Verunsicherung der Unternehmen weiter nachlassen, sodass diese ihre Investitionen allmählich wieder ausweiten. Konjunkturelle Impulse sind zudem aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus von den Bauinvestitionen zu erwarten. Zum wichtigsten Wachstumsträger könnte sich der private Verbrauch entwickeln, der von soliden Einkommenszuwächsen bei gleichzeitig sehr niedriger Inflation profitieren sollte. In der Summe dürfte sich der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 2015 fortsetzen, sodass wir mit einem BIP-Wachstum von 1,4 % rechnen. Hiervon sollte auch der Arbeitsmarkt profitieren. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte weiter sinken, während gleichzeitig die Erwerbstätigkeit erneut steigt.

##### Märkte

Angesichts des im Januar 2015 von der EZB beschlossenen umfangreichen Ankaufprogramms, das Anleihen der Zentralregierungen der EWU-Mitgliedsstaaten, von Emittenten mit Förderauftrag und Europäischen Institutionen umfasst und mit einem monatlichen Volumen von 60 Mrd € ausgestattet ist, rechnen wir für den weiteren Jahresverlauf nicht mit weiteren maßgeblichen geldpolitischen Veränderungen. Die EZB dürfte das Ankaufprogramm wie angekündigt umsetzen. Die Leitzinsen dürften das gesamte Jahr über auf dem erreichten Niveau bleiben. Die US-Notenbank (Fed) dürfte dagegen den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik weiter zurückfahren. Mit der ersten Leitzinserhöhung rechnen wir zur Jahresmitte 2015. Bis zum Jahresende sollte der Leitzins auf 1,0 % steigen. Das Risiko, dass die Fed die Leitzinsanhebungen aufgrund einer sehr niedrigen Inflationsrate aufschiebt, erachten wir dabei als größer, als dass sie die Zinsen früher und stärker anhebt.

Infolge der nochmals expansiveren EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der Eurozone sehr niedrig bleiben, obwohl im Jahresverlauf einige Faktoren für einen Renditeanstieg sprechen. Hierzu gehört die sich leicht verbessernde konjunkturelle Lage im Euroraum. Auch sollte der Ölpreis nicht weiter sinken, was zu einer Stabilisierung der Inflationserwartungen führen sollte. Zudem dürften infolge der etwas strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Die sich daraus ergebenden Aufwärtssimpulse für das Renditeniveau dürften jedoch durch die Anleiheankäufe der EZB kompensiert werden. Wir rechnen deshalb damit, dass die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen Ende 2015 in etwa auf dem gleichem Niveau liegen wird wie zum Jahresbeginn. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit vergleichsweise flach bleiben.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen sind gespalten. Einerseits sollte sich die Ausweitung der EZB-Anleiheankäufe auch positiv auf Unternehmensanleihen auswirken. Andererseits sorgt der Ölpreisverfall derzeit für ein erhöhtes Ausfallrisiko, vor allem bei Anleihen von US-Unternehmen

mit geringer Bonität, da viele dieser Emittenten im Energiesektor angesiedelt sind. Auch wenn dies in Europa nicht der Fall ist, dürfte das entsprechende Marktsegment von den Bewegungen in den USA betroffen werden. Dies könnte zu steigenden Risikoaufschlägen führen. Zumindest spricht dies für eine erhöhte Volatilität. Europäische Anleihen im Bereich guter Bonitäten dürften derweil von den EZB-Maßnahmen weiter stabilisiert werden.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, sehen wir vor dem Hintergrund der Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB sowie der prognostizierten moderaten Konjunkturerholung noch ein gewisses Verringerungspotenzial. Die Spielräume für eine weitere Reduzierung der Risikoprämien sind aufgrund des inzwischen erreichten Niveaus aber begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen anfällig für Rückschläge bleiben, wobei diese eher durch politische als durch ökonomische Entwicklungen ausgelöst werden könnten.

Von besonderer Relevanz ist derzeit die Frage, wie der Konflikt zwischen der neuen griechischen Regierung und den öffentlichen Gläubigern des Landes über die Fortführung des laufenden Hilfsprogramms, einen eventuellen Schuldenschnitt bzw. eine Schuldenrestrukturierung sowie die Verpflichtung Griechenlands zur Fortführung der Strukturreformen gelöst wird. Sollte es zu keiner Einigung über eine Verlängerung des Hilfsprogramms kommen, droht dem griechischen Staat die Zahlungsunfähigkeit. In diesem Fall wäre auch ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht auszuschließen. Dies könnte dann zu einer erheblichen Ausweitung der Risikoaufschläge führen, falls in der Folge von den Marktteilnehmern die grundsätzliche Stabilität des Euroraums infrage gestellt würde. Würden die Regierungen der anderen Eurostaaten Griechenland aber zu weit entgegenkommen, könnte dies Begehrlichkeiten bei anderen Schuldnerstaaten wecken oder auch das Erstarken populistischer Strömungen begünstigen. Dies könnte den Prozess notwendiger struktureller Reformen empfindlich stören und ebenfalls zu einem Anstieg der Risikoaufschläge führen. Zwar halten wir eine Lösung des Konflikts durch einen Kompromiss, der zu einem neuen, veränderten Hilfsprogramm führt, für die wahrscheinlichste Variante. Jedoch erscheint uns die weitere Entwicklung derzeit als schlecht vorhersehbar.

#### **Branchensituation**

Eine deutliche und nachhaltige Verbesserung des operativen Geschäfts in einem Umfeld niedriger Zinsen sowie die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen dürften für deutsche Banken bis Ende 2015 die zentralen Themen sein. Ab Oktober dieses Jahres soll beispielsweise die Liquidity Coverage Ratio schrittweise eingeführt werden. Sie soll sicherstellen, dass jede Bank in der Lage ist, ein schweres Liquiditätsstressszenario über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen selbstständig zu überstehen.

Bis Ende 2015 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg, sodass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwer fallen dürfte, vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment ein harter Wettbewerb herrscht, der Zins- und Provisionsergebnis belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher

nur schwer erreichbar sein. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2015 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, die die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten allerdings zusätzlich die GuV, was die Möglichkeiten von Kosteneinsparungen begrenzt.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarkts mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2015 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten überwiegend innerhalb der jeweiligen Institutsgruppen erfolgen. Die Umsetzung eines deutschen Trennbankengesetzes würde zu Veränderungen der Marktstellung bzw. der Wettbewerbssituation einzelner Institute führen.

Verbraucherschutz, manifestiert in Rechtsprechung und Gesetzgebung, kann sich auch 2015 auf die Reputation und die Geschäftsergebnisse der Bankenbranche auswirken. Diese allgemeine Entwicklung (z. B. im Hinblick auf Bankentgelte oder Widerrufsbelehrungen bei Verbraucherkrediten) ist auch für die Postbank relevant.

## Ausblick für den Postbank Konzern

### Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch 2015 wird ein Schwerpunkt in der Einhaltung neuer und geänderter regulatorischer Anforderungen liegen. Hierzu gehören u. a. der Supervisory Review and Evaluation Process (SREP), die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS, Konsultationspapier 239) sowie die Umsetzung der neuen Technischen Standards zur CRR. In etwa gleich großem Umfang wie im Vorjahr sollen Investitionen in den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit erfolgen. Gegenüber 2014 wird eine leichte Reduktion der Aufwendungen im Feld „Integration“ geplant. Der „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ inklusive weiterer Initiativen zur Digitalisierung des Kundengeschäfts und der Automatisierung des Bargeldkreislaufs wird sich leicht über dem Niveau von 2014 bewegen.

### Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Es ist zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit und zur Kundenzufriedenheit im Jahr 2015 zumindest das Niveau aus dem Jahr 2014 erreichen bzw. sich moderat verbessern werden. Diese Prognose unterstellt keine grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Postbank.

### Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2015 basiert auf den in diesem Konzernlagebericht skizzierten Erwartungen über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Unter anderem könnten sich eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten negativ auf den erwarteten Verlauf auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere, unerwartete und deutliche Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde. Unsere Erwartungen beruhen auf einer vor den jüngsten EZB-Beschlüssen getroffenen Zinsprognose, die über dem aktuellen Marktzinsniveau liegt. Sollte sich diese Entwicklung verstärken, würde dies die Ergebnisentwicklung 2015 belasten.

Der Konzern Deutsche Bank prüft aktuell ergebnisoffen seine Zukunftsstrategie. Dies könnte auch den laufenden Integrationsprozess der Postbank beeinflussen. Da die Kommunikation möglicher Veränderungen der Konzernstrategie erst für das zweite Quartal 2015 avisiert wurde und keine gegenteiligen Informationen vorliegen, gehen wir nachfolgend von einer planmäßigen Fortführung der laufenden Integrationsschritte aus.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der weiter fortschreitenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen. Die derzeit erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus der Integration sowie die Sonderbelastungen sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

Im Einzelnen erwarten wir, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2015 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus insgesamt leicht über dem Niveau des Jahres 2014 bewegen wird. Das Zinsergebnis der NCOU dürfte sich dabei insbesondere aufgrund auslaufender hochverzinslicher Fälligkeiten auf der Passivseite verbessern. Im operativen Kerngeschäft erwarten wir ebenfalls eine stabile Entwicklung, wobei steigende Erträge im Kreditgeschäft die rückläufigen Erträge aus dem Einlagengeschäft kompensieren sollten. Diese Erwartungen beruhen auf unserer vor den jüngsten EZB-Beschlüssen getroffenen Zinsprognose, die über dem aktuellen Marktzinsniveau liegt.

Der Provisionsüberschuss wird im Jahr 2015 spürbar zurückgehen. Wesentliche Ursache hierfür sind die seit Jahresbeginn geltenden Vertragsbedingungen für die Zusammenarbeit mit der Deutschen Post, die geringere Provisionserträge, jedoch auch verminderte Verwaltungsaufwendungen vorsehen. Der Rückgang der Provisionserträge wird wahrscheinlich nur teilweise aus Ertragszuwächsen im Wertpapier- und Girogeschäft ausgeglichen werden können.

Aufgrund der wegfallenden positiven Sondereffekte aus der Bündelung der Servicegesellschaften von per Saldo 162 Mio € im Finanzanlageergebnis des Jahres 2014 rechnen wir für 2015 mit einem deutlichen Rückgang in dieser Position. Insgesamt erwarten wir für 2015 ein leicht positives Finanzanlageergebnis.

Im Handelsergebnis gehen wir für das Jahr 2015 u. a. aufgrund besserer Hedge-Ergebnisse für unsere optionalen Sparbücher von einem leicht positiven Ergebnisbeitrag aus und erwarten damit eine moderate Verbesserung im Vergleich zum Jahr 2014.

Die Risikovorsorge sehen wir für 2015 etwas über dem historisch niedrigen Vorjahresniveau. Im Kerngeschäft erwarten wir eine Erhöhung der Risikovorsorge, die vorrangig auf das geplante Geschäftswachstum zurückzuführen ist.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2015 von einem erneuten leichten Rückgang aus. Wesentlicher Grund hierfür ist der Wegfall von 2014 noch anteilig enthaltenen Aufwendungen für die Servicegesellschaften. Zusätzlich erwarten wir einen weiteren spürbaren Rückgang der integrationsbedingten Aufwendungen.

Auf der Grundlage der bereits initiierten Maßnahmen erwarten wir für 2015 einen leichten Anstieg der Mitarbeiterzahl, umgerechnet auf Vollzeitkräfte, um rund 200. Diese Entwicklung wird maßgeblich von den steigenden regulatorischen Anforderungen getrieben.

Nach substantziellen positiven und negativen Einmaleffekten im Jahr 2014 erwarten wir im Jahr 2015 trotz anhaltender Belastungen aus integrationsbedingten Aufwendungen eine leichte Verbesserung unserer zentralen Steuerungsgröße Cost Income Ratio und einen Rückgang des Return on Equity vor Steuern in der Größenordnung von 1 bis 2 Prozentpunkten.

Aufgrund der einmaligen positiven Sondereffekte im Jahr 2014 erwarten wir für 2015 einen Rückgang des Vorsteuerergebnisses in der Größenordnung eines höheren zweistelligen Millionen-Euro-Betrags. Da im Jahr 2015 auch substantzielle Belastungen aus Steuerzahlungen entfallen werden, erwarten wir einen Anstieg des Nachsteuerergebnisses um einen kleineren bis mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Betrag.

#### **Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen**

##### **Retail Banking**

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für das Jahr 2015 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Es handelt sich hier um einen wenig volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt.

Für das Jahr 2015 rechnen wir bei einem gleichbleibenden Zinsumfeld mit einem leicht steigenden Zinsüberschuss, einem deutlich rückläufigen Provisionsüberschuss sowie einer gegenüber der außergewöhnlich guten Entwicklung im Jahr 2014 moderat ansteigenden Risikovorsorge auf einem historisch gesehen weiterhin sehr niedrigen Niveau. Der Rückgang im Provisionsergebnis resultiert primär aus der veränderten Vertragsgestaltung mit der Deutschen Post, die zu einer Verminderung von Provisionserträgen, aber gleichzeitig auch zu verringerten Verwaltungsaufwendungen mit einem per Saldo negativen Effekt führt. Der Verwaltungsaufwand inklusive der konzerninternen Leistungsverrechnungen dürfte sich zusätzlich aufgrund sinkender integrationsbedingter Aufwendungen etwas vermindern. Aufgrund der deutlich reduzierten Belastungen aus der Erstattung von Bearbeitungsgebühren im sonstigen Aufwand erwarten wir in diesem Segment für 2015 ein um einen niedrigeren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag über dem Niveau des Jahres 2014 liegendes Vorsteuerergebnis.

##### **Firmenkunden**

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird im Jahr 2015 nach unseren Erwartungen leicht über dem Niveau von 2014 liegen. Ein moderater Anstieg der Risikovorsorge sollte durch ein aufgrund des geplanten Geschäftswachstums verbessertes Zinsergebnis sowie etwas verringerte Aufwendungen überkompensiert werden.

##### **Financial Markets**

Für das Segment Financial Markets, das u. a. die Ergebnisse aus dem Management unseres Bankbuchs beinhaltet, gehen wir für 2015 von einem negativen Zinsergebnis sowie deutlich geringeren Gewinnrealisierungen im Finanzanlageergebnis aus, sodass sich das Ergebnis des Segments gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich verschlechtern sollte. Wir erwarten deshalb für das Geschäftsjahr 2015 einen Segmentverlust im unteren dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

##### **Non Core Operating Unit**

Im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) erwarten wir für 2015 eine weitere, spürbare Verbesserung des allerdings anhaltend deutlich negativen Ergebnisses auf einen Wert im mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Im Jahresverlauf sind keine substantziellen Fälligkeiten zu erwarten. Das negative Zinsergebnis der NCOU sollte sich aufgrund der u. a. durch Fälligkeiten im Jahr 2014 reduzierten Volumina dennoch spürbar verbessern, die anderen Ergebniskomponenten sollten nach unseren Erwartungen stabil bleiben. Bei entsprechenden Gelegenheiten werden wir die Möglichkeit eines außerplanmäßigen Positionsabbaus prüfen, was zu positiven oder negativen nicht in der Prognose enthaltenen Ertrags- und Ergebniseffekten führen könnte.

##### **Cost Center/Konsolidierung**

Für dieses Segment erwarten wir für 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis. Dies resultiert insbesondere aus dem beschriebenen Wegfall der im Jahr 2014 angefallenen positiven Sondereffekte aus der Entkonsolidierung der Servicegesellschaften im Finanzanlageergebnis, die im Segment Cost Center/Konsolidierung erfasst wurden.

**Versicherung des Vorstands**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 25. Februar 2015

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr





# 3.610 Geldautomaten

Das Leben ist voller Überraschungen und Möglichkeiten. Und es hält so manches Geschenk für uns bereit. Was anderes ist ein Ausflug mit Freunden an einem sonnigen Tag? Zusammen lachen, die Welt entdecken, Träume teilen – und gemeinsam erfüllen. Um dafür jederzeit und allerorts „flüssig zu sein“, weist der Postbank Bargeldfinder per GPS den schnellsten Weg. Und mit insgesamt 9.000 Geldautomaten in der Cash-Group ist die nächste Bargeldquelle überall schon fast in Sichtweite.

# KONZERNABSCHLUSS

NACH INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS ZUM 31. DEZEMBER 2014

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	104
BILANZ	106
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	107
KAPITALFLUSSRECHNUNG	108
ANHANG – NOTES	112
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 40)	147
BESTÄTIGUNGSVERMERK	193

04

## GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2014

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2014 Mio €	2013 Mio €
Zinserträge	(7)	4.734	5.158
Zinsaufwendungen	(7)	-2.226	-2.695
Zinsüberschuss	(7)	2.508	2.463
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-265	-319
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.243	2.144
Provisionserträge	(9)	1.187	1.270
Provisionsaufwendungen	(9)	-258	-259
Provisionsüberschuss	(9)	929	1.011
Handelsergebnis	(10)	-6	-53
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	216	274
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.729	-3.206
Sonstige Erträge	(13)	387	223
Sonstige Aufwendungen	(14)	-802	-119
Ergebnis vor Steuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich	(15)	219	44
Ergebnis vor Steuern gesamt		457	318
Ertragsteuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	(16)	-106	19
Ertragsteuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich	(15)	-72	-6
Ertragsteuern gesamt		-178	13
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen		132	293
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich	(15)	147	38
Ergebnis nach Steuern		279	331
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
<b>Konzerngewinn</b>		<b>278</b>	<b>330</b>
Ergebnis je Aktie in €			
aus fortgeführten Geschäftsbereichen		0,60	1,34
aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0,67	0,17
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €			
aus fortgeführten Geschäftsbereichen		0,60	1,34
aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0,67	0,17

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis nach Steuern	279	331
<b>Sonstiges Ergebnis nach Steuern</b>	<b>201</b>	<b>51</b>
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-121	-36
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-121	-36
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	8	-2
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	318	91
Veränderung der Neubewertungsrücklage	318	-47
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	311	-25
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	7	-22
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	0	138
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	0	138
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	-4	-2
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>479</b>	<b>381</b>

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn (separat für fortgeführte Geschäftsbereiche und aufgegebenen Geschäftsbereich) durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2014 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

## BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €	01.01.2013 <sup>1</sup> Mio €
Barreserve	(17)	1.230	1.739	2.054
Forderungen an Kreditinstitute	(18)	19.659	20.153	27.646
Forderungen an Kunden	(19)	97.972	101.313	106.266
Risikovorsorge	(21)	-1.361	-1.478	-1.745
Handelsaktiva	(22)	697	1.824	5.135
Hedging-Derivate	(23)	119	113	565
Finanzanlagen	(24)	33.477	34.015	37.021
Immaterielle Vermögenswerte	(25)	1.952	2.028	2.248
Sachanlagen	(26)	683	698	768
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	148	115	113
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	48	92	127
Sonstige Aktiva	(28)	823	728	719
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		-	157	7.039
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>155.447</b>	<b>161.497</b>	<b>187.956</b>

Passiva	Erläuterungen	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €	01.01.2013 <sup>1</sup> Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	17.583	18.282	17.334
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	119.295	120.398	131.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	4.571	7.342	9.436
Handelspassiva	(32)	767	1.681	5.953
Hedging-Derivate	(33)	298	460	1.002
Rückstellungen		1.952	1.664	3.033
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	155	93	1.530
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	1.797	1.571	1.503
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	104	80	115
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	51	84	137
Sonstige Passiva	(37)	526	833	721
Nachrangkapital	(38)	3.699	4.358	3.196
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten		-	168	9.382
Eigenkapital	(39)	6.601	6.147	5.915
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		3.761	3.255	3.067
d) Konzerngewinn		278	330	287
Anteile in Fremdbesitz		5	5	4
<b>Summe der Passiva</b>		<b>155.447</b>	<b>161.497</b>	<b>187.956</b>



**EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG**

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rück- lagen	Wäh- rungs- umrech- nungs- rücklage	Neu- bewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
<b>Stand 31.12.2012</b>	<b>547</b>	<b>2.010</b>	<b>3.198</b>	<b>-138</b>	<b>72</b>	<b>287</b>	<b>5.976</b>	<b>4</b>	<b>5.980</b>
Restatement			-65				-65		-65
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>547</b>	<b>2.010</b>	<b>3.133</b>	<b>-138</b>	<b>72</b>	<b>287</b>	<b>5.911</b>	<b>4</b>	<b>5.915</b>
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			287			-287	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2013			-38	138	-49	330	381	1	382
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-150				-150	-	-150
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>547</b>	<b>2.010</b>	<b>3.232</b>	<b>-</b>	<b>23</b>	<b>330</b>	<b>6.142</b>	<b>5</b>	<b>6.147</b>
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			330			-330	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2014			-113		314	278	479	1	480
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-25				-25	-1	-26
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>547</b>	<b>2.010</b>	<b>3.424</b>	<b>-</b>	<b>337</b>	<b>278</b>	<b>6.596</b>	<b>5</b>	<b>6.601</b>

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale, die in der Neubewertungsrücklage erfasst werden, sowie Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen, die in den Gewinnrücklagen erfasst werden, enthalten.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2014 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

## KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Konzerngewinn</b>		<b>278</b>	<b>330</b>
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		424	408
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	168	-64
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-396	249
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-466	-274
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.275	-2.398
<b>Zwischensumme</b>		<b>-2.267</b>	<b>-1.749</b>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		251	7.076
Forderungen an Kunden		3.399	2.829
Handelsaktiva		1.144	3.392
Hedging-Derivate positive Marktwerte		270	387
Sonstige Aktiva		-85	-28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-681	930
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-1.645	-11.027
Verbriefte Verbindlichkeiten		-2.825	-1.908
Handelspassiva		-877	-4.263
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-97	-535
Sonstige Passiva		-307	188
Zinseinzahlungen		4.604	5.230
Zinsauszahlungen		-2.543	-2.945
Sonstige Zahlungszuflüsse		12	7
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	0
Ertragsteuerzahlungen		-157	-57
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>		<b>-1.804</b>	<b>-2.473</b>

	Erläuterungen	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Einzahlungen aus der Veräußerung von</b>			
Finanzanlagen		3.672	2.720
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	66	670
Sachanlagen		2	7
Immateriellen Vermögenswerten		2	-2
<b>Auszahlungen für den Erwerb von</b>			
Finanzanlagen		-1.626	-1.194
Anteilen an Tochterunternehmen		-1	-11
Sachanlagen		-51	-41
Immateriellen Vermögenswerten		-36	-41
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>		<b>2.028</b>	<b>2.108</b>
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-733	50
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>-733</b>	<b>50</b>
<b>Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres</b>			
	(17)	<b>1.739</b>	<b>2.054</b>
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1.804	-2.473
Cashflow aus Investitionstätigkeit		2.028	2.108
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-733	50
Effekte aus Wechselkursänderungen		0	0
<b>Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres</b>		<b>1.230</b>	<b>1.739</b>
	(17)		

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

## INHALTSVERZEICHNIS

### ANHANG – NOTES

#### ALLGEMEINE ANGABEN

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	112
(2) Konsolidierungskreis	112
(3) Konsolidierungsgrundsätze	114
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	114
(a) Fair Value und aktiver Markt	114
(b) Forderungen	114
(c) Leasinggeschäfte	115
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	115
(e) Handelsaktiva	116
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	116
(g) Hedging-Derivate	116
(h) Finanzanlagen	117
(i) Immaterielle Vermögenswerte	118
(j) Sachanlagen	119
(k) Sonstige Aktiva	119
(l) Verbindlichkeiten	119
(m) Handelspassiva	119
(n) Rückstellungen	119
(o) Währungsumrechnung	121
(p) Ertragsteuern	121
(q) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	121
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	121
(6) Anpassung von Vorjahreszahlen	123

#### ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(7) Zinsüberschuss	123
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	124
(9) Provisionsüberschuss	124
(10) Handelsergebnis	125
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	125
(12) Verwaltungsaufwand	126
(13) Sonstige Erträge	126
(14) Sonstige Aufwendungen	126
(15) Aufgebener Geschäftsbereich	127
(16) Ertragsteuern	127

## ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(17) Barreserve	128
(18) Forderungen an Kreditinstitute	128
(19) Forderungen an Kunden	129
(20) Kreditvolumen	130
(21) Risikovorsorge	130
(22) Handelsaktiva	131
(23) Hedging-Derivate	131
(24) Finanzanlagen	131
(25) Immaterielle Vermögenswerte	133
(26) Sachanlagen	136
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	137
(28) Sonstige Aktiva	138
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	138
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	138
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	139
(32) Handelspassiva	139
(33) Hedging-Derivate	139
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	139
(35) Sonstige Rückstellungen	142
(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerpflichtungen	143
(37) Sonstige Passiva	144
(38) Nachrangkapital	144
(39) Eigenkapital	145

## SONSTIGE ANGABEN

(40) Segmentberichterstattung	147
(41) Eventual- und andere Verpflichtungen	150
(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	150
(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	156
(44) Derivative Finanzinstrumente	157
(45) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	161
(46) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	163
(47) Fremdwährungsvolumen	163
(48) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	163
(49) Risikokapital	164
(50) Restlaufzeitgliederung	165
(51) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	166
(52) Treuhandgeschäfte	167
(53) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	167
(54) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	167
(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	169
(56) Andere Angaben	185
(57) Namen und Mandate der Organmitglieder	185
(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	189
(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	189
(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	190
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	191



## ANHANG – NOTES

### ALLGEMEINE ANGABEN

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen.

#### (1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Geschäftsbericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 37v WpHG.

218

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2014) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

150

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Form von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Markt-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

#### (2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 22 Tochterunternehmen (31. Dezember 2013: 28) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

72

74

90

63

**Konsolidierte Unternehmen**

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0

Die Postbank hat im vierten Quartal des Geschäftsjahres ein neues Teilgesellschaftsvermögen (PB 26) mit einem Nominalvolumen von 300 Mio € gegründet, das neben sieben weiteren Teilgesellschaftsvermögen in den Konsolidierungskreis einbezogen wurde. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Die BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH (BHW GfW) ist am 31. Dezember 2014 aus der BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG (Immo KG) ausgetreten. Durch den Austritt der BHW GfW als alleinige Komplementärin ohne Kapitalanteil erlischt die Immo KG ohne Liquidation. Das gesamte Vermögen der Immo KG geht zum 31. Dezember 2014 im Wege der Anwachsung mit allen Vermögenswerten und Schulden auf die BHW Bausparkasse AG als letzte verbleibende Gesellschafterin der Immo KG über.



Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 60 dargestellt.

Im Rahmen der Bündelung von Servicegesellschaften im Deutsche Bank Konzern hat die Postbank ihre Anteile an fünf Servicegesellschaften an die PBC Banking Services GmbH mit Wirkung zum 1. April 2014 übertragen und im Konzernabschluss entsprechend entkonsolidiert.

Das als Zahlungsmittel erhaltene Entgelt für die Anteile an der BHW Kreditservice GmbH ist in der Kapitalflussrechnung im Posten „Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilen an Tochterunternehmen“ enthalten.

Die Anteile an den Gesellschaften Postbank Service GmbH, Postbank Direkt GmbH, Betriebs-Center für Banken AG sowie an der VÖB-ZVD Processing GmbH mit ihren Beteiligungen wurden als Sacheinlage in die PBC Banking Services GmbH eingebracht. Im Gegenzug hat die Postbank 49,9975 % der Geschäftsanteile der PBC Banking Services GmbH erhalten, dies entspricht 50 % minus ein Anteil bzw. ein Stimmrecht.

Aus der Übertragung der Servicegesellschaften resultiert ein ökonomisches Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von 349,6 Mio €. Aus dem Abgang der Pensionsverpflichtungen der Gesellschaften ergibt sich ein zusätzlicher Ergebniseffekt von 12,0 Mio €.

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte der fünf Servicegesellschaften betragen zum Abgangszeitpunkt 107 Mio €, die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 163 Mio €. Im Wesentlichen handelte es sich um Barreserve (42 Mio €) und Sonstige Aktiva (32 Mio €) sowie Rückstellungen (68 Mio €) und Sonstige Passiva (71 Mio €).

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

#### Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligung

Name und Sitz des Unternehmens	Zweck des Unternehmens	Anteil (%)
PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main	Erwerb und Halten von Beteiligungen an den Servicegesellschaften des Deutsche Bank Konzerns	49,9975

Über eine gesonderte Gesellschaftervereinbarung zwischen der Postbank und der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG (Muttergesellschaft der PBC Banking Services GmbH) verfügt die Postbank über einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft PBC Banking Services GmbH, die daher ein assoziiertes Unternehmen gemäß IAS 28 darstellt. Demzufolge hat die Bank die erhaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH zu Anschaffungskosten in Höhe von 411,1 Mio € in der Konzernbilanz mit Wirkung zum 1. April 2014 angesetzt und unter dem Posten „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe Note 24 „Finanzanlagen“).

131

#### (3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzten Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Das den Anteilen in Fremdbesitz zurechenbare Konzernergebnis wird in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

#### (4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

#### (a) Fair Value und aktiver Markt

Der Fair Value ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswertes oder bei Übertragung der Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten bzw. gezahlt würde. Wenn verfügbar, werden für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente auf dem aktiven Markt notierte Preise verwendet, dazu wird der jeweilige Hauptmarkt bzw. der vorteilhafteste Markt bestimmt (IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34).

Der aktive Markt ist insbesondere durch ein hohes Handelsvolumen bzw. Liquidität gekennzeichnet. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Bei der Bestimmung des Hauptmarktes berücksichtigt die Postbank die folgenden kumulativen Kriterien:

- Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität,
- gewöhnliche Nutzung durch die Bank,
- die Bank hat Marktzugang zu dem definierten Hauptmarkt.

Als Hauptmarkt werden dabei in Abhängigkeit von der Produktart der Interbankenmarkt, der Brokermarkt, die Börsenplätze oder die Terminbörsen herangezogen.

Sofern die Bank zu dem Hauptmarkt keinen Zugang hat, wird für die Bestimmung des Fair Value der vorteilhafteste Markt betrachtet.

#### (b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B12 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 42. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden

150

im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 4,9 Mrd € (Vorjahr: 5,8 Mrd €), dieses wird in Höhe von 0,3 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes, soweit dies auf Änderungen beim Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte zurückzuführen ist, beträgt für das Berichtsjahr 3,5 Mio € (Vorjahr: 32 Mio €); die kumulierten Änderungen belaufen sich auf 3,5 Mio € (Vorjahr: 32 Mio €).

Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IFRS bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über die Laufzeit der Forderungen nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden oder die vertraglichen Rechte an den Cashflows auslaufen oder übertragen wurden bzw. wenn diese durchgeleitet werden. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von am Markt beobachtbaren Parametern (aktuelle Swaprenditekurve plus Credit Spread). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

150

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht – differenziert nach den einzelnen Klassen – angegeben.

63

**(c) Leasinggeschäfte**

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing aktiviert die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen.

Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (erfolgswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht. Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleasten Objekte im Verwaltungsaufwand erfasst.

**(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung**

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalisierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis der Parameter erwartete Verlustquote, Ausfallwahrscheinlichkeit und LIP-Faktor ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten anzusetzen sind, entweder

über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert;
- unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

#### (e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B5 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 42. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die trennungspflichtigen eingebetteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Weitere Informationen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

#### (f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte

ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht. Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabepflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

#### (g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen umzuwandeln. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die

150

117

150



Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets erfolgswirksam bewertet und in den Bilanzposten „Handelsaktiva/-passiva“ als Derivate des Bankbuchs zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps, deren Bewertungs- und Zinsergebnisse nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen werden.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig anhand eines retrospektiven Effektivitätstests überprüft.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Die Bank steuert durch private Baufinanzierungen hervorgerufene Zinsänderungsrisiken mit Derivaten (Plain Vanilla Swaps). Die Sicherungsinstrumente werden unter Berücksichtigung der Bilanzierungsgrundsätze des IAS 39.83 im Rechnungswesen im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet. Grundgeschäfte sind dabei einzelne Darlehen, welche als gleichwertige Vermögenswerte in Gruppen, sogenannten Darlehensklassen, zusammengefasst und bilanziert werden.

#### (h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit dem Fair Value zum Handelstag.

Die Loans-and-Receivables (LaR)-Bestände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn

der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die Bewertungskategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugeordnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei Eigenkapitalinstrumenten werden bei signifikantem oder länger anhaltendem Rückgang des Fair Value Abschreibungen vorgenommen.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 ermittelt.

Die Postbank ist im Rahmen von Investments in Eigenverbriefungen in geringem Umfang in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um synthetische Residential Mortgage Backed Securities (RMBS), die der Kategorie AFS zugeordnet werden.

Bei Schuldtiteln erfolgt eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Liegen objektive Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Bei AFS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Bei Wegfall der Gründe für ein Impairment wird für die Schuldtitel eine erfolgswirksame Wertaufholung vorgenommen. Der gegebenenfalls über die Anschaffungskosten hinausgehende Betrag wird erfolgsneutral erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt eine Erfassung der Wertaufholung in voller Höhe erfolgsneutral.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden.

150

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

131

Hinsichtlich der Bilanzierung und Bewertung der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen verweisen wir auf Note 24.

### (i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich aller kumulierten Amortisationen und Wertminderungsaufwendungen bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte sowie erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21–23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft.

Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist das der Fall, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2014 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsreife immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft. Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich um Markenwerte und erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die sonstigen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung

geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte den entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 zugeordnet. Als Zahlungsmittel generierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Bei dem Impairment-Test der Markenwerte erfolgt die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1% (sogenannte ewige Rente) angesetzt. Für die Ermittlung der Nutzungswerte der Zahlungsmittel generierenden Einheit Retail Banking wurde ein Abzinsungssatz von 8,03% berücksichtigt, für die Zahlungsmittel generierende Einheit Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz auf 8,67%. Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko-prämie ableitet.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikovorsorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2015 bis 2017 mit einer überdurchschnittlichen und für die darauffolgenden Jahre bis 2019 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gerechnet; zugleich wird davon ausgegangen, dass sich die Arbeitslosigkeit bis 2016 leicht reduziert und danach auf einem sehr niedrigen Niveau verharrt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg leicht überdurchschnittlich steigen. Ausgehend von einer moderaten Inflation von 1,5% im Jahr 2015, wird in den folgenden Jahren mit einem leichten Anstieg in Richtung 2% gerechnet.

Der private Konsum sollte 2015 relativ stark und ab 2016 mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei die Sparquote geringfügig sinkt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Trotz einer etwas gestiegenen Unsicherheit im Zuge des Regierungswechsels in Griechenland ist die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2015 wegen der von Politik und EZB beschlossenen Maßnahmen eher gering.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

#### (j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Komponenten des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungskosten von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

#### (k) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

#### (l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

#### (m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die trennungspflichtigen eingebetteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

#### (n) Rückstellungen

##### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der Deutschen Postbank AG und ihren Tochtergesellschaften bestehen Zusagen auf betriebliche Versorgungsleistungen. Die Zusagen werden in Abhängigkeit der grundlegenden Leistungsbedingungen und -voraussetzungen des jeweiligen Planes entweder als beitragsorientierte oder als leistungsorientierte Pläne klassifiziert.

Für die beitragsorientierten Pläne wird ein jährlich bereitstellender Beitrag versicherungsmathematisch in eine Leistung umgewandelt und einem Versorgungskonto gutgeschrieben.

Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne enthalten im Wesentlichen Zahlungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (Postbeamtenversorgungskasse, vormals: Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.) in Höhe von 97 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) und sind genauso wie der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 47 Mio € (Vorjahr: 51 Mio €) im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die bestehenden leistungsorientierten Versorgungszusagen sehen nach Berechtigungsgruppen unterschiedliche Leistungen vor. Bei dem überwiegenden Teil der Leistungen handelt es sich um unmittelbare Versorgungszusagen. Seit der Übernahme der BHW Gruppe bestehen darüber hinaus auch mittelbare Versorgungszusagen über die Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG.

Unmittelbare Versorgungszusagen: Die unmittelbaren Versorgungszusagen sehen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vor, zumeist in Form von lebenslangen Rentenzahlungen. Im Einzelnen existieren, auch bedingt durch die Übernahmen von Versorgungsplänen im Zusammenhang mit Unternehmenstransaktionen, unterschiedliche Ausgestaltungen in Form von

- Rentenbausteinplänen, bei denen sich die spätere Rente jährlich in Abhängigkeit des bezogenen Gehalts erhöht;

- endgehaltsabhängigen Zusagen, bei denen sich die spätere Rente in Abhängigkeit von der verbrachten Dienstzeit und den vor Eintritt des Leistungsfalls bezogenen Gehältern ergibt;
- (dynamischen) Festrenten, bei denen die spätere Rentenhöhe festgesetzt wird, teils aber jährlich um einen festen Prozentsatz dynamisiert wird.

Die Zusagen der in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Postbank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer finanziert die Postbank im Durchführungsweg der Direktzusage.

Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG: Die Pensionskasse ist ein rechtlich selbstständiger Träger der betrieblichen Altersversorgung in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Versorgungsleistungen. Sie unterliegt als regulierte Pensionskasse der uneingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt im Wege der Kapitaldeckung – hierzu leisten die Trägerunternehmen regelmäßig Beiträge an die Pensionskasse. Die Solvabilität der Pensionskasse war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit sichergestellt. In der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer und Rentner haben in der Regel auch unmittelbare Versorgungszusagen, die durch Anrechnungslösungen mit den Pensionskassenversicherungen verbunden sind.

Zur Finanzierung der unmittelbaren Verpflichtungen, die nicht über die Pensionskasse gedeckt sind und die nicht bereits ausfinanziert waren, hat die Postbank im Jahr 2013 ein CTA (Contractual Trust Arrangement) eingerichtet. Das darin vorgehaltene Vermögen ist qualifiziert als Planvermögen unter IAS 19. Die Dotierungen an den CTA unterliegen keinen gesetzlichen Mindestbeitragsanforderungen, sondern können von der Postbank frei, unter Berücksichtigung interner Vorgaben, bestimmt werden.

Die Höhe des Verpflichtungsumfangs wird jährlich von unabhängigen Versicherungsmathematikern unter Verwendung der von IAS 19 vorgeschriebenen Projected Unit Credit Method ermittelt. Der für die Diskontierung der Pensionsverpflichtung anzuwendende Rechnungszins wird zum Bilanzstichtag auf Basis der Renditen hochwertiger langfristiger Unternehmensanleihen ermittelt. Die Annahmen zum Gehaltstrend spiegeln die Erwartungen der Postbank über die langfristige Entwicklung wider. Die nominale Rate der erwarteten Gehaltssteigerungen bestimmt sich dabei über die Inflation zuzüglich des langfristig erwarteten realen Gehaltstrends („Building Block Approach“). Als Referenz für die langfristige Inflationsentwicklung wird die implizite Inflation von in Euro notierten Inflationsswaps am Bilanzstichtag herangezogen.

Die zukünftigen Rentenanpassungen orientieren sich an der Inflation bzw. an der Gehaltsentwicklung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, sofern keine garantierte Anpassung von 1% p. a. zugesagt ist.

Die für die Berechnungen angewendeten Parameter sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	2014	2013
Abzinsungssatz	2,0 %	3,6 %
Gehaltsdynamik	2,0 %	2,4 %
Inflationsrate	1,5 %	1,9 %
Sterblichkeit	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

#### Sonstige Rückstellungen

Verpflichtungen aus anderen kurzfristigen oder langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer werden unter Anwendung der Vorschriften des IAS 19 überwiegend unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Dies gilt insbesondere für Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen. Die auf diese Verpflichtungen entfallende Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2014 217 Mio € (Vorjahr: 271 Mio €).

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für die Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Da sich die Laufzeit von Bausparverträgen typischerweise über einen sehr langen Zeitraum (von teilweise mehr als 20 Jahren) erstreckt, bestehen Unsicherheiten über den zeitlichen Anfall und die konkrete Höhe der Aufwendungen. Im Rahmen der Kollektivsimulation werden daher bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellungen Annahmen und Schätzungen bezüglich des Kundenverhaltens und zukünftiger Umfeldbedingungen getroffen.

Rückstellungen für gerichtliche und außergerichtliche Rechtsstreitigkeiten werden gebildet, wenn ein Mittelabfluss aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten wahrscheinlich ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich ermittelt werden kann. Bei der Bestimmung, ob der Mittelabfluss mehr als wahrscheinlich ist, und bei der Schätzung der Höhe der möglichen Verpflichtung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen u. a. die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Da die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Höhe der Verpflichtung aus Rechtsstreitigkeiten mit Unsicherheiten verbunden ist, könnte die tatsächliche Verpflichtung am Ende des Gerichtsverfahrens die Höhe der gebildeten Rückstellung eventuell übersteigen.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungs-dotierungen für die Rückerstattung von Abschlussgebühren und andere Rückstellungszuführungen zum überwiegenden Teil den sonstigen Aufwand belasten.

#### **(o) Währungsumrechnung**

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich zum Stichtagskurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

#### **(p) Ertragsteuern**

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der ab dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht mehr ausgewiesen, da diese nunmehr vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden. Eine Ausnahme stellt die nach §16 KStG weiterhin von der Postbank geschuldete Steuer auf die Ausgleichszahlung an außenstehende Aktionäre dar.

Bei der Beurteilung der Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten müssen teilweise Einschätzungen getroffen werden. Eine abweichende steuerliche Beurteilung der Finanzbehörden kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der damit verbundenen Unsicherheit wird dadurch Rechnung getragen, dass ungewisse Steuerforderungen und -verpflichtungen dann angesetzt werden, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit aus Sicht der Postbank höher als 50 % ist. Eine Änderung der Einschätzung, z. B. aufgrund von finalen Steuerbescheiden, wirkt sich auf die laufenden und latenten Steuerpositionen aus. Für bilanzierte unsichere Ertragsteuerpositionen wird als beste Schätzung die voraussichtlich erwartete Steuerzahlung zugrunde gelegt.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Der Ansatz von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge erfolgt aufgrund von zukünftig zu versteuerndem Einkommen im

Rahmen eines Planungszeitraums von grundsätzlich fünf Geschäftsjahren.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie Available for Sale.

#### **(q) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte**

Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchst wahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem niedrigeren Wert von bisherigem Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen.

### **(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS**

#### **Neuerungen für das Geschäftsjahr 2014**

In der Berichtsperiode wurden erstmals folgende Standards angewandt:

##### **IAS 32**

Die Änderung des IAS 32 bezüglich Saldierung von Vermögenswerten stellt klar, unter welchen Voraussetzungen eine Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten zu erfolgen hat. Aus der Änderung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

##### **IAS 36**

Die Änderungen des IAS 36 betreffen die Angabevorschriften hinsichtlich des erzielbaren Betrags für wertgeminderte Vermögenswerte, der auf Basis des Fair Value abzüglich Veräußerungskosten ermittelt wurde. Aus den Änderungen sind keine zusätzlichen Angabepflichten für das Geschäftsjahr 2014 für die Postbank entstanden.



### IAS 39

Die Änderungen des IAS 39 betreffen eine Erleichterungsregel zu „Novation zu Derivativen“, die dazu führt, dass bei der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften in Fällen des Wechsels zu einem zentralen Kontrahenten infolge rechtlicher oder regulatorischer Anforderungen keine Beendigung des Hedge Accounting vorgenommen wird. Aus der Änderung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

### IFRIC 21

Bei IFRIC 21 handelt es sich um eine Interpretation zur Bilanzierung von Verpflichtungen zur Zahlung öffentlicher Abgaben, die keine Ertragsteuern darstellen. Die darin enthaltenen Regelungen zielen darauf ab klarzustellen,

wann derartige Verpflichtungen in der Bilanz anzusetzen sind. Zum Jahresende 2014 ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

### Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Als Erstanwendungszeitpunkt betrachtet die Postbank den vom IASB in den jeweiligen Standards genannten Erstanwendungszeitpunkt, sofern eine frühzeitige Anwendung seitens der EU erlaubt ist.

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 19 „Employee Benefits“	01.07.2014 EU-Verordnung 2015/29 vom 17.12.2014	IAS 19 beinhaltet eine Anpassung zu „Defined Benefit Plans: Employee Contributions“, die dazu führt, dass die Arbeitnehmerbeiträge oder Beiträge von dritten Parteien, die mit der Arbeitsleistung verknüpft sind, als negative Leistung auf die Erdienungszeiträume erfasst werden.
IFRS 9 „Financial Instruments“	01.01. 2018 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ beinhaltet Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zum Impairment sowie zum General Hedge Accounting (ohne Makro Hedge Accounting). Die Kategorisierung von Finanzinstrumenten erfolgt in Abhängigkeit der beiden Kriterien „Business Model“ und „Contractual Cash Flow Characteristics“. Je nach Ausgestaltung dieser beiden Kriterien erfolgt eine Folgebilanzierung entweder zu „Amortised Cost“ oder zum „Fair Value“ (entweder erfolgswirksam oder -neutral). Beim Impairment wird das bisherige Incurred-Loss-Modell durch ein Expected-Loss-Modell abgelöst, mit dem erwartete Ausfallrisiken zeitnäher in der Rechnungslegung abgebildet werden können. Die neuen Regelungen zum General Hedge Accounting folgen nun weitgehend der internen Risikosteuerung mit weniger restriktiven quantitativen Anforderungen an die Effektivitätsmessung. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 10 (am. 2014) und IAS 28 (am. 2014) „Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture“	01.01.2016 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Bei den Änderungen handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Erfassung nicht realisierter Erfolge aus Transaktionen zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“	01.01.2017 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Beim IFRS 15 handelt es sich um einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung, der die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenführt und die einheitliche Grundprinzipien festsetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Nach IFRS 15 ist der Betrag als Umsatzerlös zu erfassen, der für die Übertragung von Gütern oder Dienstleistungen an Kunden als Gegenleistung erwartet wird. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und Änderungen für den Konzernabschluss.
Annual Improvements 2010–2012	01.07.2014 EU-Verordnung 2015/28 vom 17.12.2014	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2010-2012 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
Annual Improvements 2011–2013	01.07.2014 EU-Verordnung 1361/2014 vom 18.12.2014	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2011-2013 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
Annual Improvements 2012–2014	01.01.2016 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2012-2014 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

**(6) Anpassung von Vorjahreszahlen**

In der Berichtsperiode hat die Bank festgestellt, dass die Erfassung einer Rückstellung in Verbindung mit einer eingegangenen Abnahmeverpflichtung bereits im Jahr 2012 erforderlich war.

Aus der retrospektiven Anpassung resultierte eine Erhöhung der Rückstellungen zum 1. Januar 2013 um 59 Mio € bzw. zum 31. Dezember 2013 um 56 Mio € und eine Reduzierung der Finanzanlagen zum 1. Januar 2013 um 6 Mio € bzw. zum 31. Dezember 2013 um 9 Mio €.

Aus der retrospektiven Anpassung ergab sich in der Vergleichsperiode 2013 eine erfolgsneutrale Verminderung der Gewinnrücklagen von 65 Mio €. Siehe dazu auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

107

**ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG****(7) Zinsüberschuss**

	2014 Mio €	2013 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.078	4.410
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	641	738
Handelsgeschäften	0	1
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	3	2
	<b>4.722</b>	<b>5.151</b>
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	1
Beteiligungen	12	6
	<b>12</b>	<b>7</b>
	<b>4.734</b>	<b>5.158</b>
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	1.669	1.938
Verbrieften Verbindlichkeiten	183	245
Nachrangkapital	201	219
Swaps	173	293
Handelsgeschäften	–	–
	<b>2.226</b>	<b>2.695</b>
<b>Gesamt</b>	<b>2.508</b>	<b>2.463</b>

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 24 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Bedingt durch die anhaltende Niedrigzinsphase, kann es zu einer atypischen Verzinsung (negative Zinsen) kommen. Innerhalb des Postbank Konzerns sind hiervon vereinzelte Geldmarktgeschäfte und Pensionsgeschäfte betroffen. Der Postbank Konzern weist negative Zinsen aus Forderungen atypisch als Zinsertrag und negative Zinsen aus Verbindlichkeiten atypisch als Zinsaufwand aus. Aufgrund der unwesentlichen Beträge wird auf eine detaillierte Angabe verzichtet.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von –27 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 200 Mio € (Vorjahr: 243 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-247	109
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	250	-107
<b>Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>2</b>

#### (8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2014 Mio €	2013 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	425	485
Portfoliowertberichtigungen	0	34
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	16	27
Direkte Forderungsabschreibung	56	101
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	174	281
Portfoliowertberichtigungen	9	8
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	24	16
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	25	23
<b>Gesamt</b>	<b>265</b>	<b>319</b>

Im Risikovorsorgeaufwand sind Zuführungen von 0 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) und Auflösungen von 1 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten, die Forderungen an Kreditinstitute betreffen.

In Höhe von 274 Mio € (Vorjahr: 306 Mio €) entfällt der Risikovorsorgeaufwand auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables, und in Höhe von 8 Mio € ergibt sich ein Risikovorsorgeertrag auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen (Vorjahr: Risikovorsorgeaufwand 11 Mio €).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	149	183
Bauspardarlehen	2	2
Gewerbliche Kredite	113	158
Ratenkredite	109	80
Sonstige Forderungen	52	60
Portfoliowertberichtigungen	0	34
<b>Gesamt</b>	<b>425</b>	<b>517</b>

	2014 Mio €	2013 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	88	143
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	68	127
Sonstige Forderungen	16	10
Portfoliowertberichtigungen	9	8
<b>Gesamt</b>	<b>182</b>	<b>289</b>

#### (9) Provisionsüberschuss

	2014 Mio €	2013 Mio €
Girogeschäft	360	401
Wertpapiergeschäft	46	47
Kredit- und Avalgeschäft	29	81
Filialgeschäft	388	393
Sonstiges Provisionsgeschäft	106	89
<b>Gesamt</b>	<b>929</b>	<b>1.011</b>

In den Provisionserträgen waren 552 Mio € (Vorjahr: 645 Mio €) und in den Provisionsaufwendungen 176 Mio € (Vorjahr: 169 Mio €) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 5 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

**(10) Handelsergebnis**

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	0	-1
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	-1
Darlehen (Held for Trading)	-4	-5
	-4	-6
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	2.865	3.099
Aufwand aus Derivaten	-2.880	-3.157
	-15	-58
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	17	-262
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	-10	268
	7	6
Devisenergebnis	7	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-1	-1
<b>Gesamt</b>	<b>-6</b>	<b>-53</b>

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 73 Mio € (Vorjahr: 71 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Derivateergebnis sind keine Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten enthalten (Vorjahr: -13 Mio €).

	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	-4	-7
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	-15	-58
Ergebnis aus Fair-Value-Option	7	6
Devisenergebnis	7	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-1	-1
<b>Gesamt</b>	<b>-6</b>	<b>-53</b>

**(11) Ergebnis aus Finanzanlagen**

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	23	11
davon Verkaufsergebnis	32	11
Verkaufsgewinne	38	87
Verkaufsverluste	6	76
davon Wertaufholungs-/ Wertminderungsergebnis	-9	0
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	23	41
davon Verkaufsergebnis	24	41
Verkaufsgewinne	24	54
Verkaufsverluste	0	13
davon Wertminderungsergebnis	-1	0
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	0	0
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	170	222
davon Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen	22	-
<b>Gesamt</b>	<b>216</b>	<b>274</b>

	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	56	52
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	170	222
Impairment	-10	0
<b>Gesamt</b>	<b>216</b>	<b>274</b>

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 10 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: 2 Mio €). Im Ergebnis aus Beteiligungen sind Effekte im Zusammenhang mit der Entkonsolidierung enthalten (siehe Note 2). Außerdem enthält das Ergebnis aus Beteiligungen die Wertberichtigung in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €) auf geschlossene Fonds.

112

### (12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	879	1.000
Soziale Abgaben	95	104
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	157	177
	<b>1.131</b>	<b>1.281</b>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.470	1.616
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	64	246
Abschreibungen auf Sachanlagen	64	63
<b>Gesamt</b>	<b>2.729</b>	<b>3.206</b>

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 102 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 33 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 393 Mio € (Vorjahr: 358 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 158 Mio € (Vorjahr: 152 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 140 Mio € (Vorjahr: 149 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 95 Mio € (Vorjahr: 85 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 80 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 18 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 130 Mio € (Vorjahr: 129 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 6 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) vorgenommen.

### (13) Sonstige Erträge

	2014 Mio €	2013 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	32	63
Erstattungen aus Sozialbereichen	12	20
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	5	5
Übrige	338	135
<b>Gesamt</b>	<b>387</b>	<b>223</b>

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 31 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 62 Mio €).

In der Position „Übrige“ sind u. a. Erträge aus Operating-Leasing-Verhältnissen enthalten. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 30 Mio € und ist in voller Höhe im ersten Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

Der Anstieg der übrigen sonstigen Erträge ist insbesondere auf Verrechnungen für erbrachte bzw. erhaltene Dienstleistungen mit den zum 1. April 2014 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschiedenen Servicegesellschaften zurückzuführen.

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

### (14) Sonstige Aufwendungen

	2014 Mio €	2013 Mio €
Aufwendungen aus Prozessen und Regressen	214	40
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	29	31
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	9	6
Aufwendungen für sonstige Steuern	7	7
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	2	1
Übrige	541	34
<b>Gesamt</b>	<b>802</b>	<b>119</b>



Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

Der Anstieg der übrigen sonstigen Aufwendungen ist insbesondere auf Verrechnungen für erbrachte bzw. erhaltene Dienstleistungen mit den zum 1. April 2014 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschiedenen Servicegesellschaften zurückzuführen.

Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

#### (15) Aufgegebener Geschäftsbereich

Die Bank hat ab dem dritten Quartal das Segment Transaction Banking aufgegeben. Die Vermögenswerte und Schulden der zum Segment gehörenden Gesellschaften waren im Rahmen der Bündelung von Servicegesellschaften im Deutsche Bank Konzern bereits in der Berichtsperiode abgegangen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Cashflows aus dem aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit des aufgegebenen Geschäftsbereichs	-1	27
Cashflow aus Investitionstätigkeit des aufgegebenen Geschäftsbereichs	0	-2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit des aufgegebenen Geschäftsbereichs	3	-14

Das Ergebnis aus dem aufgegebenen Geschäftsbereich setzt sich wie folgt zusammen:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Zinsüberschuss	0	0
Provisionserträge	81	294
Provisionsaufwendungen	-1	-6
Provisionsüberschuss	80	288
Ergebnis aus Finanzanlagen	198	0
Verwaltungsaufwand	-62	-253
Sonstige Erträge	3	9
Ergebnis vor Steuern	219	44
Ertragsteuern	-72	-6
<b>Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich</b>	<b>147</b>	<b>38</b>

Das Ergebnis aus Finanzanlagen stellt das Entkonsolidierungsergebnis der dem aufgegebenen Geschäftsbereich zugehörigen Gesellschaften dar.

Der in Verbindung mit der Entkonsolidierung entstandene Steuereffekt in Höhe von 64,5 Mio € ist in der Position „Ertragsteuern“ beinhaltet.

#### (16) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	28	14
Gewerbeertragsteuer	16	6
	<b>44</b>	<b>20</b>
Ertragsteuern Vorjahr	107	-14
	<b>151</b>	<b>6</b>
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	-40	-83
Steuerliche Verlustvorräte	-5	58
	<b>-45</b>	<b>-25</b>
<b>Gesamt</b>	<b>106</b>	<b>-19</b>

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Ergebnis nach Steuern	132	293
Ertragsteuern	106	-19
Ergebnis vor Steuern	238	274
Anzuwendender Steuersatz	32,37 %	31,36 %
Rechnerische Ertragsteuer	77	86
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	-3
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	-2	11
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	41	71
aus steuerfreien Erträgen	-97	-18
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	5	1
aus Organschaft	-35	-205
aus Veränderung der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	10	-1
für Steuern aus Vorjahren	107	37
Sonstige	0	2
	29	-105
<b>Ertragsteueraufwand</b>	<b>106</b>	<b>-19</b>

Aufgrund der formaljuristischen Betrachtungsweise wird beim anzuwendenden Steuersatz der gewichtete durchschnittliche Steuersatz verwendet.

## ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

### (17) Barreserve

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Kassenbestand	960	899
Guthaben bei Zentralnotenbanken	270	840
<b>Gesamt</b>	<b>1.230</b>	<b>1.739</b>

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 266 Mio € (Vorjahr: 513 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2014 beträgt 848 Mio € (Vorjahr: 865 Mio €).

### (18) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.055	984
Andere Forderungen	13.152	12.316
	14.207	13.300
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	460	1.399
Andere Forderungen	4.992	5.454
	5.452	6.853
<b>Gesamt</b>	<b>19.659</b>	<b>20.153</b>

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 3.853 Mio € (Vorjahr: 4.182 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	19.659	19.856
davon Fair Value Hedge	105	201
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	0	297
<b>Gesamt</b>	<b>19.659</b>	<b>20.153</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	16.373	15.101
Tagesgelder	891	1.826
Darlehen	384	808
Namenschuldverschreibungen	228	324
Termingelder	1.101	1.248
Sonstige Forderungen	682	846
<b>Gesamt</b>	<b>19.659</b>	<b>20.153</b>

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	15.833	13.300	1.392	2.070
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>15.833</b>	<b>13.300</b>	<b>1.392</b>	<b>2.070</b>

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 16.373 Mio € (Vorjahr: 15.101 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 18,2 Mrd € (Vorjahr: 18,9 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 1,5 Mrd € (Vorjahr: 1,3 Mrd €).

#### (19) Forderungen an Kunden

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Private Baufinanzierungen	69.249	70.463
Bauspardarlehen	3.564	3.690
Gewerbliche Kredite	13.775	16.603
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.789	3.815
Ratenkredite	6.098	5.454
Sonstige Forderungen	1.497	1.288
<b>Gesamt</b>	<b>97.972</b>	<b>101.313</b>
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	44.247	47.407
Kommunalkredite	3.114	3.487
Inländische Kunden	90.613	91.863
Ausländische Kunden	7.359	9.450
<b>Gesamt</b>	<b>97.972</b>	<b>101.313</b>

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,4 % (Vorjahr: 1,5 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 75.016 Mio € (Vorjahr: 75.387 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 56,9 Mrd € (Vorjahr: 87,5 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 41,1 Mrd € (Vorjahr: 13,8 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Loans and Receivables	93.040	95.483
davon Fair Value Hedge	1.556	1.797
Fair-Value-Option	4.932	5.830
<b>Gesamt</b>	<b>97.972</b>	<b>101.313</b>

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 227 Mio € (Vorjahr: 217 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	59	56
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	50	47
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	77	37
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	23	63
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	13	10
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	5	4
<b>Gesamt</b>	<b>227</b>	<b>217</b>

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	227	217
Nicht garantierte Restwerte	4	4
<b>Bruttogesamtinvestition</b>	<b>231</b>	<b>221</b>
Nicht realisierter Finanzertrag	18	22
<b>Nettoinvestition</b>	<b>213</b>	<b>199</b>
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	3
<b>Barwert der Mindestleasingzahlungen</b>	<b>210</b>	<b>196</b>

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

## (20) Kreditvolumen

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	19.659	20.153
Forderungen an Kunden	97.972	101.313
Bürgschaften und Garantien	394	359
<b>Gesamt</b>	<b>118.025</b>	<b>121.825</b>

## (21) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	0	2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.361	1.476
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.361	1.478
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43	52
<b>Gesamt</b>	<b>1.404</b>	<b>1.530</b>

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
Stand 1. Januar	1.316	1.614	162	131	1.478	1.745
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	425	485	-	34	425	519
Umbuchung	-	-7	-	7	-	-
Abgänge						
Inanspruchnahme	336	464	-	2	336	466
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	174	281	9	8	183	289
Unwinding	24	27	-	-	24	27
Währungsumrechnungsdifferenzen	1	-4	-	-	1	-4
Stand 31. Dezember	1.208	1.316	153	162	1.361	1.478

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen		320
Bauspardarlehen		4
Gewerbliche Kredite		262
Ratenkredite		377
Sonstige Forderungen		245
Portfoliowertberichtigungen		153
<b>Gesamt</b>	<b>1.361</b>	<b>1.476</b>

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.046 Mio € (Vorjahr: 1.180 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 2.335 Mio € (Vorjahr: 2.480 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 51 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 56 Mio € (Vorjahr: 101 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 25 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €).

**(22) Handelsaktiva**

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen grundsätzlich den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Im Geschäftsjahr 2014 bestanden die Handelsaktiva im Wesentlichen aus Derivaten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	139	150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	93	1.361
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	465	298
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	0	15
<b>Gesamt</b>	<b>697</b>	<b>1.824</b>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 494 Mio € (Vorjahr: 1.519 Mio €) fällig.

**(23) Hedging-Derivate**

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Aktivposten</b>		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	12	4
	12	4
<b>Passivposten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	10
Verbriefte Verbindlichkeiten	8	30
Nachrangkapital	82	66
	107	109
<b>Gesamt</b>	<b>119</b>	<b>113</b>

Bestände in Höhe von 107 Mio € (Vorjahr: 85 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

**(24) Finanzanlagen**

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	16.721	15.699
von anderen Emittenten	16.116	18.171
	32.837	33.870
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Investmentfondsanteile	179	114
	179	114
Beteiligungen	22	25
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	6	6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen	433	–
davon Beteiligung	344	–
davon Anspruch Ausgleichszahlung	89	–
<b>Gesamt</b>	<b>33.477</b>	<b>34.015</b>

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 29.301 Mio € (Vorjahr: 30.649 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 30,0 Mrd € mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 2,8 Mrd € mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 127 Mio € (Vorjahr: 123 Mio €).

Im Posten „Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen“ ist ausschließlich der Buchwert der Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH beinhaltet.

Aufgrund eines zwischen der PBC Banking Services GmbH und ihrer Mehrheitsgesellschafterin Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG existierenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags garantiert die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG der Postbank während der Laufzeit des Vertrags eine jährliche Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG. Der Periodenanspruch auf die Ausgleichszahlung wird bei der Folgebewertung der Beteiligung entsprechend berücksichtigt. Der Barwert des mindestens bis zum Jahr 2018 festgelegten Anspruchs aus der Ausgleichszahlung

<sup>1</sup>Angaben angepasst (siehe Note 6)



in Höhe von 22,3 Mio € p. a. ist in den Anschaffungskosten der Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH enthalten. Der Buchwertanteil der Beteiligung, die auf den Barwert des Anspruchs aus der Ausgleichszahlung entfällt, wird in der Position „davon Anspruch Ausgleichszahlung“ ausgewiesen.

112

Weitere Angaben beinhaltet die Note 2 „Konsolidierungskreis“.

Zusammengefasste Finanzinformationen der PBC Banking Services GmbH:

	2014 Mio €
Erträge	81
Aufwendungen	-39
Ergebnis vor Steuern	42
Steuern	-11
Ergebnis nach Steuern <sup>1</sup>	31
Nettovermögen	317
Gesamtvermögen	741
Gesamtsschulden	424

<sup>1</sup>Bei dem Betrag handelt es sich um das Ergebnis nach Steuern und vor der Abführung an die Muttergesellschaft.

Überleitungsrechnung vom Nettovermögen der PBC Banking Services GmbH zum Buchwert:

	2014 Mio €
Nettovermögen	317
Anteil der Bank am Kapital	49,9975 %
Anteil der Bank am Nettovermögen	159
Periodenanspruch der Bank aus der Ausgleichszahlung	22
Weitere Effekte <sup>1</sup>	252
Buchwert	433

<sup>1</sup>Die Bank hat im Rahmen einer Bündelung der Servicegesellschaften im Deutsche Bank Konzern die Anteile an der PBC Banking Services AG erhalten. Die Transaktion erfolgte unter gemeinsamer Beherrschung und fiel damit nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 3. Vielmehr wurden die Buchwerte der Vermögenswerte und Schulden fortgeführt. Der Betrag im Posten „Weitere Effekte“ spiegelt im Wesentlichen die Unterschiede zwischen dem Wert der erhaltenen Anteile und dem anhand von Buchwerten ermittelten Reinvermögen wider.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	20.642	23.786
davon Fair Value Hedge	4.116	6.354
Available for Sale	12.195	10.084
davon Fair Value Hedge	4.551	3.304
	<b>32.837</b>	<b>33.870</b>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	179	114
	<b>179</b>	<b>114</b>
Beteiligungen (Available for Sale)	22	25
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	6	6
<b>Gesamt</b>	<b>33.044</b>	<b>34.015</b>

<sup>1</sup>Angaben angepasst (siehe Note 6)

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.815	33.840
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Beteiligungen	7	6

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbindlichkeiten	13.579	14.345
Eventualverbindlichkeiten	0	6
<b>Gesamt</b>	<b>13.579</b>	<b>14.351</b>

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit 254 Mio € (Vorjahr: -2 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von

Impairments wurden in der Berichtsperiode 27 Mio € (Vorjahr: –46 Mio €) der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Wertminderungen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2014 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 10,0 Mrd € sowie einen Buchwert von 9,7 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2014 um weitere 312 Mio € (Vorjahr: –224 Mio € Belastung) entlastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2014 ergaben sich auf sämtliche umgegliederten Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 10 Mio € (Vorjahr: –6 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 229 Mio € (Vorjahr: 324 Mio €) angefallen.

## (25) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.622
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	277	295
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	63	48
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	31	63
<b>Gesamt</b>	<b>1.952</b>	<b>2.028</b>

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.568 Mio € (Vorjahr: 1.568 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 13 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) auf das Segment Firmenkunden und mit 0 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 139 Mio € enthalten. Die Marke BHW ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 62 Mio € (Vorjahr: 66 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 20 Mio € (Vorjahr: 26 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immate- rielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
<b>Anfangsbestand 01.01.2013</b>	<b>1.653</b>	<b>1.049</b>	<b>194</b>	<b>35</b>	<b>2.931</b>
Umgliederung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Umgliederungen wegen IFRS 5	–	–4	–	–	–4
Zugänge	–	7	1	33	41
Umbuchungen	–	1	4	–5	0
Abgänge	9	14	21	–	44
<b>Endbestand 31.12.2013</b>	<b>1.644</b>	<b>1.039</b>	<b>178</b>	<b>63</b>	<b>2.924</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	10	7	16	33
Umbuchungen	–	12	32	–44	0
Abgänge	41	11	–	4	56
<b>Endbestand 31.12.2014</b>	<b>1.603</b>	<b>1.050</b>	<b>217</b>	<b>31</b>	<b>2.901</b>

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immate- rielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
<b>Anfangsbestand 01.01.2013</b>	<b>22</b>	<b>532</b>	<b>129</b>	<b>0</b>	<b>683</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	226	22	-	248
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	14	21	-	35
<b>Endbestand 31.12.2013</b>	<b>22</b>	<b>744</b>	<b>130</b>	<b>0</b>	<b>896</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	41	24	-	65
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	12	-	-	12
<b>Endbestand 31.12.2014</b>	<b>22</b>	<b>773</b>	<b>154</b>	<b>0</b>	<b>949</b>
<b>Buchwert 31.12.2013</b>	<b>1.622</b>	<b>295</b>	<b>48</b>	<b>63</b>	<b>2.028</b>
<b>Buchwert 31.12.2014</b>	<b>1.581</b>	<b>277</b>	<b>63</b>	<b>31</b>	<b>1.952</b>

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2014
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.622	-	41	-	-	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	295	22	11	12	41	277
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	48	7	-	32	24	63
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	63	16	4	-44	-	31
<b>Gesamt</b>	<b>2.028</b>	<b>45</b>	<b>56</b>	<b>0</b>	<b>65</b>	<b>1.952</b>

Im Geschäftsjahr 2014 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,6 Mio € (Vorjahr: 0,4 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 1 %.

Zum 31. Dezember 2014 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 3 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 28 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €).

## (26) Sachanlagen

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Grundstücke und Gebäude	532	552
Betriebs- und Geschäftsausstattung	142	143
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9	3
<b>Gesamt</b>	<b>683</b>	<b>698</b>

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
<b>Anfangsbestand 01.01.2013</b>	<b>1.023</b>	<b>447</b>	<b>3</b>	<b>1.473</b>
Umgliederungen wegen IFRS 5	-41	-2	-	-43
Zugänge	-	38	3	41
Umbuchungen	1	2	-3	0
Abgänge	6	46	0	52
<b>Endbestand 31.12.2013</b>	<b>977</b>	<b>439</b>	<b>3</b>	<b>1.419</b>
Zugänge	-	43	7	50
Umbuchungen	-	1	-1	0
Abgänge	52	46	-	98
<b>Endbestand 31.12.2014</b>	<b>925</b>	<b>437</b>	<b>9</b>	<b>1.371</b>

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
<b>Anfangsbestand 01.01.2013</b>	<b>411</b>	<b>294</b>	<b>-</b>	<b>705</b>
Abschreibungen	19	46	-	65
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	5	44	-	49
<b>Endbestand 31.12.2013</b>	<b>425</b>	<b>296</b>	<b>-</b>	<b>721</b>
Abschreibungen	21	43	-	64
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	53	44	-	97
<b>Endbestand 31.12.2014</b>	<b>393</b>	<b>295</b>	<b>-</b>	<b>688</b>
<b>Buchwert 31.12.2013</b>	<b>552</b>	<b>143</b>	<b>3</b>	<b>698</b>
<b>Buchwert 31.12.2014</b>	<b>532</b>	<b>142</b>	<b>9</b>	<b>683</b>



Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2014
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	552	1	–	–	–	21	532
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143	43	2	1	–	43	142
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3	7	–	–1	–	–	9
<b>Gesamt</b>	<b>698</b>	<b>51</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>64</b>	<b>683</b>

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

#### (27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	148	115
Latente Ertragsteueransprüche		
Temporäre Differenzen	45	92
Steuerliche Verlustvorträge, davon	3	0
inländisch	0	0
ausländisch	3	0
	<b>48</b>	<b>92</b>
<b>Gesamt</b>	<b>196</b>	<b>207</b>

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Aktivposten</b>		
Forderungen	0	0
Risikovorsorge	1	9
Handelsaktiva	116	3
Finanzanlagen	0	3
Sachanlagen	7	8
Sonstige Aktiva	100	99
<b>Passivposten</b>		
Verbindlichkeiten	7	9
Handelsspassiva	302	306
Hedging-Derivate	64	80
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	69	54
Andere Rückstellungen	79	58
Sonstige Passiva	3	7
	<b>748</b>	<b>636</b>
Steuerliche Verlustvorträge	5	0
Saldierung mit passiven latenten Steuern	705	544
<b>Gesamt</b>	<b>48</b>	<b>92</b>

Im Berichtsjahr wurden latente Steueransprüche auf temporäre Differenzen in Höhe von 45 Mio € und auf zeitlich nicht befristete Verlustvorträge in Höhe von 8 Mio € nicht angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge entfallen im Wesentlichen auf eine ausländische Niederlassung der Deutschen Postbank AG.

## (28) Sonstige Aktiva

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	575	526
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119	119
Forderungen an Finanzbehörden	47	30
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	8	10
Übrige	73	43
<b>Gesamt</b>	<b>823</b>	<b>728</b>

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen im Wesentlichen 459 Mio € (Vorjahr: 433 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen für Baufinanzierungen.

Bestände in Höhe von 475 Mio € (Vorjahr: 433 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

## (29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	864	7.150
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.269	10.410
	<b>17.133</b>	<b>17.560</b>
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	125	656
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	325	66
	<b>450</b>	<b>722</b>
<b>Gesamt</b>	<b>17.583</b>	<b>18.282</b>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 668 Mio € (Vorjahr: 525 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.932 Mio € (Vorjahr: 9.488 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 16,5 Mrd € (Vorjahr: 16,6 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 1,1 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2014 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 6,8 Mrd € (Vorjahr: 7,1 Mrd €).

## (30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	44.370	46.295
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	123	134
	<b>44.493</b>	<b>46.429</b>
Bauspareinlagen	18.864	18.560
darunter: auf gekündigte Verträge	95	84
darunter: auf zugeteilte Verträge	4	4
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	39.746	37.295
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.192	18.114
	<b>55.938</b>	<b>55.409</b>
<b>Gesamt</b>	<b>119.295</b>	<b>120.398</b>
Inländische Kunden	116.920	117.689
Ausländische Kunden	2.375	2.709
<b>Gesamt</b>	<b>119.295</b>	<b>120.398</b>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 8.206 Mio € (Vorjahr: 6.899 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 25.512 Mio € (Vorjahr: 25.999 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 70 Mrd € (Vorjahr: 102,3 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 49,3 Mrd € (Vorjahr: 18,1 Mrd €).

**(31) Verbriefte Verbindlichkeiten**

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes) ausgewiesen.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	67	1.592
Hypothekendarlehen	3.536	4.456
Sonstige Schuldverschreibungen	968	1.294
<b>Gesamt</b>	<b>4.571</b>	<b>7.342</b>

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.406 Mio € (Vorjahr: 2.325 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.402 Mio € (Vorjahr: 4.407 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 4,3 Mrd € (Vorjahr: 6,9 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,3 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) direkt abgesetzt.

**(32) Handelspassiva**

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs ausgewiesen.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	109	1.098
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	552	395
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	106	188
<b>Gesamt</b>	<b>767</b>	<b>1.681</b>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 581 Mio € (Vorjahr: 1.383 Mio €) fällig.

**(33) Hedging-Derivate**

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Aktivposten</b>		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	5	11
	<b>5</b>	<b>11</b>
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	37	76
	<b>37</b>	<b>76</b>
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	224	315
	<b>224</b>	<b>315</b>
<b>Passivposten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	11
Nachrangkapital	32	47
	<b>32</b>	<b>58</b>
<b>Gesamt</b>	<b>298</b>	<b>460</b>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 233 Mio € (Vorjahr: 424 Mio €) fällig.

**(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungszusagen ermitteln sich wie folgt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.362	1.855
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	–2.207	–1.762
<b>Nettopensionsrückstellungen</b>	<b>155</b>	<b>93</b>

Die Entwicklung der Nettopensionsrückstellung stellt sich wie folgt dar:

	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Stand 1. Januar</b>	93	1.530
Pensionsaufwand der Periode	32	61
Vom Arbeitgeber direkt erbrachte Pensionsleistungen	0	-22
Arbeitgeberbeiträge	-98	-1.495
Arbeitnehmerbeiträge	0	5
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Beträge	128	45
Transfers und Unternehmens-transaktionen	0	-11
Umgliederung wegen IFRS 5	0	-20
<b>Stand 31. Dezember</b>	155	93

Die Entwicklung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens sind in den folgenden Tabellen dargestellt:

	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Barwert der Versorgungsverpflichtungen am 1. Januar</b>	1.855	2.054
<b>In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten</b>	96	109
Laufender Dienstzeitaufwand	30	35
Zinsaufwand	66	74
Nachzurechnender Dienstzeitaufwand und Gewinne (-)/Verluste (+) aus Planabgeltungen	0	0
<b>Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten</b>	486	-10
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	486	-10
aus der Änderung demografischer Annahmen	0	-1
aus der Änderung finanzieller Annahmen	488	1
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-2	-10
<b>Zahlungen und sonstige Änderungen</b>	-75	-298
Arbeitnehmerbeiträge	4	5
Erbrachte Pensionsleistungen	-79	-82
Zahlungen für Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmens-transaktionen	0	-26
Umgliederung wegen IFRS 5	0	-195
<b>Barwert der Versorgungsverpflichtungen am 31. Dezember</b>	2.362	1.855

	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar</b>	1.762	524
<b>In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten</b>	64	48
Zinsertrag	64	48
<b>Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten</b>	358	-55
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	358	-55
<b>Zahlungen und sonstige Änderungen</b>	23	1.245
Arbeitnehmerbeiträge	4	0
Arbeitgeberbeiträge	98	1.495
Zahlungen für Planabgeltung	0	0
Geleistete Pensionszahlungen	-79	-60
Transfers und Unternehmens-transaktionen	0	-15
Umgliederung wegen IFRS 5	0	-175
<b>Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember</b>	2.207	1.762

Für die Versorgungsverpflichtungen bestehen keine Erstattungsansprüche.

Von den Arbeitgeberbeiträgen des Jahres 2013 entfallen 1,45 Mrd € auf die Erstdotierung des CTA.

Für 2015 werden Beiträge in das Planvermögen (inklusive direkter Leistungszahlungen) in Höhe von 69 Mio € erwartet.

Die Aufteilung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen auf die verschiedenen Berechtigengruppen und die gewichtete Duration dieser Verpflichtungen zeigt die folgende Tabelle:

	2014 Mio €	2013 Mio €
Aktive Anwärter	802	550
Mit unverfallbarer Anwartschaft ausgeschiedene Anwärter	414	310
Rentner	1.146	995
<b>Barwert der Versorgungsverpflichtungen</b>	2.362	1.855
<b>Gewichtete Duration der Verpflichtungen in Jahren</b>	17,9	16,2

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens verteilt sich auf folgende Anlageklassen:

	2014 Mio €	2014 in %	2013 Mio €	2013 in %
<b>Planvermögen auf Basis von Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt</b>	<b>1.895</b>	<b>85,9</b>	<b>1.462</b>	<b>83,0</b>
Barmittel	102	4,6	9	0,5
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	1.708	77,4	1.421	80,7
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	26	1,2	26	1,5
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	0	0,0	6	0,3
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	59	2,7	0	0,0
Derivate	0	0,0	0	0,0
<b>Planvermögen, für das keine Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt bestehen</b>	<b>312</b>	<b>14,1</b>	<b>300</b>	<b>17,0</b>
Barmittel	0	0,0	0	0,0
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	21	1,0	20	1,1
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	169	7,7	166	9,5
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	13	0,6	13	0,7
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	54	2,4	101	5,7
Derivate	55	2,5	0	0,0
<b>Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember</b>	<b>2.207</b>	<b>100</b>	<b>1.762</b>	<b>100</b>

Im Planvermögen sind 69 Mio € eigene Finanzinstrumente der BHW Bausparkasse AG enthalten.

Die Anlage und das Risikomanagement der Vermögensmittel, mit Ausnahme derer des Pensionskassenvermögens der BHW Bausparkasse AG, orientieren sich am Anlageziel der Deutschen Bank.

Dieses ist vorrangig die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Versorgungsverpflichtungen und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarkt-bewegungen. Zur Erreichung wird eine Anlagestrategie verfolgt, welche im Wesentlichen das Risikoprofil der Versorgungsversprechen hinsichtlich Marktrisikofaktoren wie Zins-niveau, Kreditausfallrisiko und Inflation widerspiegelt.

Die Anlagestrategie für das Pensionskassenvermögen der BHW Bausparkasse AG wird vom Vorstand der Pensionskasse festgelegt. Dabei werden sämtliche aufsichtsrechtlichen Vorgaben (VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung AnIV) berücksichtigt. Die Anlagestrategie wird regelmäßig auf Angemessenheit überprüft.

Neben dem Anlagerisiko aus dem Pensionsplanvermögen ist die Postbank durch die Gewährung von Leistungszusagen und beitragsorientierten Leistungszusagen den diesen Ver-pflichtungen und deren Bewertung inhärenten Risiken aus-gesetzt. Dies sind u. a. biometrische Risiken wie das Langlebig-keitsrisiko, aber vor allem auch das Zinssatzänderungsrisiko.

Die nachstehende Sensitivitätsanalyse zeigt die Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtungen zum 31. Dezember bei der Änderung von jeweils einem der Bewertungsparameter, während die übrigen Parameter gegenüber der ursprüng-lichen Berechnung konstant gehalten werden. Auswirkungen aus der Korrelation der Parameter sind daher aus den Angaben nicht ableitbar.

	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Abzinsungssatz (-100 bp)</b>		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	456	303
Anstieg des Planvermögens	348	204
<b>Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert</b>	<b>108</b>	<b>99</b>
<b>Abzinsungssatz (+100 bp)</b>		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-381	-271
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	-348	-204
<b>Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert</b>	<b>-33</b>	<b>-67</b>
<b>Inflationsrate (-50 bp)</b>		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-89	-65
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	0	0
<b>Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert</b>	<b>-89</b>	<b>-65</b>
<b>Inflationsrate (+50 bp)</b>		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	98	73
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	0	0
<b>Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert</b>	<b>98</b>	<b>73</b>
<b>Gehaltsdynamik (-50 bp)</b>		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen = Rückgang des Nettobilanzbetrags	-13	-23
<b>Gehaltsdynamik (+50 bp)</b>		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	13	13
<b>Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten um 10 %</b>		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	82	60

Aufgrund der beschriebenen Anlagestrategie, des so-ge-nannten „Liability Driven Approach“, führt die Veränderung bestimmter marktbedingter Bewertungsparameter zu gegen-läufigen Auswirkungen in der Entwicklung des Planver-mögens, die ebenfalls in obiger Tabelle dargestellt sind.

Die erwarteten Pensionszahlungen der leistungsorientierten Pläne zeigt die folgende Tabelle. Die ausgewiesenen Zahlungen umfassen sowohl die aus dem Planvermögen als auch die direkt von der Postbank zu erbringenden Leistungszahlungen.

	Mio €
Erwartete Zahlungen 2015	79
Erwartete Zahlungen 2016	80
Erwartete Zahlungen 2017	82
Erwartete Zahlungen 2018	83
Erwartete Zahlungen 2019	84
Erwartete Zahlungen 2020–2024	433

### (35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2014 <sup>1</sup> Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2014 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	976	104	3	229	1.098
Personalbezogene Rückstellungen	271	68	35	49	217
Prozesse und Regresse	74	60	49	234	199
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	52	2	23	16	43
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten- krankenkasse	2	–	–	–	2
Übrige	196	67	11	120	238
<b>Gesamt</b>	<b>1.571</b>	<b>301</b>	<b>121</b>	<b>648</b>	<b>1.797</b>

In den Zuführungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind 1.304 Mio € (Vorjahr: 1.159 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Bei den Rückstellungen für Prozesse und Regresse handelt es sich im Wesentlichen um die Rückstellungen zum einen für Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen aufgrund der einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs im Mai und im Oktober 2014, zum anderen für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Der Großteil dieser Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, deren Vertrieb 2012 eingestellt wurde. In diesem Zusammenhang bestehen auch Eventualverbindlichkeiten (siehe Note 41). Außerdem beinhaltet der Betrag die Rückstellungen für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen. Da es sich bei den rechtlichen Verfahren um vergleichbare Verfahren handelt, werden diese jeweils zu einer Gruppe zusammengefasst. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten

Mittelabflüsse, soweit eine verlässliche Schätzung möglich ist, werden nicht einzeln ausgewiesen. Die Postbank geht davon aus, dass eine Offenlegung weiterer Detailinformationen zu den Rechtsstreitigkeiten den Verlauf der jeweiligen Verfahren ernsthaft beeinträchtigen könnte.

In den übrigen Sonstigen Rückstellungen ist der Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen in Höhe von 12,5 Mio € (Vorjahr: 11,4 Mio €) enthalten; die Postbank gewährt Vorstandsmitgliedern, Geschäftsleitern, die nicht Mitglieder des Postbank Vorstands sind, und Risk Taker anteilsbasierte Vergütungen mit Barausgleich; Art und Bedingungen der entsprechenden Vereinbarungen werden in Note 55 ausführlich beschrieben; die Ausführungen gelten für Geschäftsleiter von Instituten, die nicht Mitglieder des Postbank Vorstands sind, und Risk Taker, abgesehen von der Aufteilung der Gesamt- und der variablen Vergütung, analog. Im Jahr 2014 wurde ein Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen von 4 Mio € (Vorjahr: 3,9 Mio €) erfasst.

Der beizulegende Zeitwert der Schuld von 12,5 Mio € (Vorjahr: 11,4 Mio €) wurde unter Berücksichtigung von

150

169



Erwartungen über die künftige Zielerreichung, im Fall bereits gewährter virtueller Aktien unter Berücksichtigung der letzten gehandelten Xetra-Kurse zum Stichtag und erwarteter Kursschwankungen bis zum Ende der Sperrfrist bestimmt; in beiden Fällen wurde der Zeitwert des Geldes bis zum Zeitpunkt der erwarteten Auszahlung in die Berechnung einbezogen.

Die Anzahl der durch Umwandlung im März 2014 (Vorjahr: März 2013) gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 109 Tausend (Vorjahr: 73 Tausend) Stück der Deutschen Bank AG sowie 5 Tausend (Vorjahr: 7 Tausend) Stück der Deutschen Postbank AG, die letzten gehandelten Xetra-Kurse lagen bei 24,99 € (Vorjahr: 33,07 €) und 35,14 € (Vorjahr: 38,75 €). Für die 2014 ausgeschütteten Dividenden wurde ein Dividendenäquivalent

berechnet, und die Stückzahl der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien wurde entsprechend erhöht. Für die Rückwandlung und Auszahlung der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist im März 2015 (Vorjahr: März 2014) wurden 3,4 Mio € (Vorjahr: 2,8 Mio €) angesetzt.

Zurückgewandelt und ausgezahlt wurden im Jahr 2014 73 Tausend (Vorjahr: 58 Tausend) Aktien der Deutschen Bank AG zu einem Kurs von 32,22 € (Vorjahr: 33,85 €) und 7 Tausend (Vorjahr: 8 Tausend) Aktien der Deutschen Postbank AG zu einem Kurs von 36,46 € (Vorjahr: 32,71 €), die im Jahr 2013 gewährt worden waren.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2014 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2014 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	791	89	–	191	893
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	68	6	–	11	73
für Zinssatzwechsel	101	8	–	17	110
Übrige	16	1	3	10	22
<b>Gesamt</b>	<b>976</b>	<b>104</b>	<b>3</b>	<b>229</b>	<b>1.098</b>

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) sowie Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

### (36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2014 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2014 Mio €
Tatsächliche Steuern	80	18	13	55	104
Latente Steuern	84	–	35	2	51
<b>Gesamt</b>	<b>164</b>	<b>18</b>	<b>48</b>	<b>57</b>	<b>155</b>

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Aktivposten</b>		
Forderungen	251	255
Risikovorsorge	7	7
Handelsaktiva	259	147
Hedging-Derivate	4	1
Finanzanlagen	32	67
Sachanlagen	6	7
Sonstige Aktiva	68	68
<b>Passivposten</b>		
Verbindlichkeiten	16	24
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	107	46
Andere Rückstellungen	5	6
Sonstige Passiva	1	0
	<b>756</b>	<b>628</b>
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	705	544
<b>Gesamt</b>	<b>51</b>	<b>84</b>

### (37) Sonstige Passiva

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	117	198
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	84	168
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	83	91
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	35	34
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	42	45
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	40	37
Rechnungsabgrenzungsposten	7	13
Sonstige Verbindlichkeiten	118	247
<b>Gesamt</b>	<b>526</b>	<b>833</b>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 77 Mio €) fällig.

### (38) Nachrangkapital

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.586	3.140
Genussrechtskapital	1.091	1.196
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	22
<b>Gesamt</b>	<b>3.699</b>	<b>4.358</b>

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) insgesamt 2.677 Mio €<sup>1</sup> (Vorjahr: 2.998 Mio €<sup>2</sup>) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.412 Mio € (Vorjahr: 4.027 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 145 Mio € (Vorjahr: 160 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 43 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2014 beträgt insgesamt 54 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 39 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit insgesamt 1.881 Mio € (Vorjahr: 1.792 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert.

Das Nachrangkapital ist mit 2,5 Mrd € (Vorjahr: 2,7 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,2 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €) variabel verzinslich.

**(39) Eigenkapital**

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.424	3.232
Neubewertungsrücklage	337	23
<b>Andere Rücklagen</b>	<b>3.761</b>	<b>3.255</b>
Bilanzgewinn	278	330
Anteile in Fremdbesitz	5	5
<b>Gesamt</b>	<b>6.601</b>	<b>6.147</b>

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Plänen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 bis zum 8. Juli 2019 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder an die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 8. Juli 2019 auszugebenden Wandelgenussscheine bzw. Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen, auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Des Weiteren wurde die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5% des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10% des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10% des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen gelten bis zum 28. April 2015.

<sup>1</sup>Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale		
	2014 Mio €	2013 Mio €
Stand 1. Januar	23	72
<b>Bewertungsänderungen</b>	<b>311</b>	<b>-25</b>
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	57	-23
Available for Sale nicht gehedgt	254	-2
<b>Bestandsänderungen</b>	<b>7</b>	<b>-22</b>
Impairment	1	0
davon Available for Sale	1	0
davon Loans and Receivables	0	0
Verkauf/Hedge-Auflösung	-28	-46
davon Available for Sale	-24	-41
davon Loans and Receivables	-4	-5
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	34	24
davon Available for Sale	35	30
davon Loans and Receivables	-1	-6
<b>Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern</b>	<b>-4</b>	<b>-2</b>
Stand 31. Dezember	337	23

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr 27 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: 46 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 34 Mio € der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam zugeführt (Vorjahr: 24 Mio €). Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 311 Mio € (Vorjahr: Reduktion 25 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um -4 Mio € (Vorjahr: -2 Mio €) auf einen Endbestand von -2 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

**SONSTIGE ANGABEN****(40) Segmentberichterstattung****Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern**

	Retail Banking		Firmenkunden		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center/Konsolidierung		Gesamt		Finanzinformationen aufgebener Geschäftsbereich <sup>2</sup>		Summe aus fortgeführten Geschäftsbereichen	
	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €
Zinsüberschuss	2.588	2.485	277	302	47	115	-404	-416	0	-23	2.508	2.463	0	0	2.508	2.463
Handelsergebnis	-10	17	1	-2	3	-52	0	-15	0	-1	-6	-53	0	0	-6	-53
Finanzanlageergebnis	0	0	-10	0	50	22	-10	-60	385	312	415	274	199	0	216	274
Provisionsüberschuss	879	908	83	90	-15	-14	6	18	0	118	953	1.120	24	109	929	1.011
<b>Gesamterträge</b>	<b>3.457</b>	<b>3.410</b>	<b>351</b>	<b>390</b>	<b>85</b>	<b>71</b>	<b>-408</b>	<b>-473</b>	<b>385</b>	<b>406</b>	<b>3.870</b>	<b>3.804</b>	<b>223</b>	<b>109</b>	<b>3.647</b>	<b>3.695</b>
Verwaltungsaufwand	-1.707	-1.980	-79	-95	-51	-63	-25	-27	-892	-1.012	-2.754	-3.177	-25	29	-2.729	-3.206
Risikovorsorge	-221	-210	-37	-38	1	-2	-8	-69	0	0	-265	-319	0	0	-265	-319
Sonstige Erträge	4	31	16	9	1	19	3	1	340	69	364	129	-23	-94	387	223
Sonstige Aufwendungen	-222	-31	-1	0	-3	0	-100	-32	-432	-56	-758	-119	44	0	-802	-119
Verrechnungen	-783	-516	-99	-92	-38	-33	-40	-53	960	694	0	0	0	0	0	0
<b>Ergebnis</b>	<b>528</b>	<b>704</b>	<b>151</b>	<b>174</b>	<b>-5</b>	<b>-8</b>	<b>-578</b>	<b>-653</b>	<b>361</b>	<b>101</b>	<b>457</b>	<b>318</b>	<b>219</b>	<b>44</b>	<b>238</b>	<b>274</b>
Externe Erträge	3.452	3.405	348	386	85	71	-408	-473	393	415	3.870	3.804	223	109	3.647	3.695
Intersegmenterträge	5	5	3	4	0	0	0	0	-8	-9	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen	-37	-30	-1	-1	-1	-1	0	-1	-90	-280	-129	-313	-1	-4	-128	-309
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-36	-30	-1	-1	-1	-1	0	-1	-90	-95	-128	-128	-1	-4	-127	-124
<b>Cost Income Ratio (CIR)</b>	<b>79,8%</b>	<b>75,1%</b>	<b>51,2%</b>	<b>49,8%</b>	<b>107,3%</b>	<b>107,5%</b>	<b>-40,8%</b>	<b>-23,7%</b>	-	-	<b>83,0%</b>	<b>83,8%</b>	-	-	<b>87,5%</b>	<b>84,9%</b>
<b>Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)</b>	<b>19,5%</b>	<b>28,3%</b>	<b>24,7%</b>	<b>27,1%</b>	<b>-0,5%</b>	<b>-0,7%</b>	<b>-29,7%</b>	<b>-44,3%</b>	-	-	<b>7,2%</b>	<b>5,5%</b>	-	-	-	-

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Gegenüber dem Vorjahr wurden drei strukturelle Veränderungen durchgeführt.

- 1) Eine Neuallokation der Kosten auf die Segmente wurde vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Verrechnungsmethodik der Vollkosten auf die Segmente entsprechend angepasst.
- 2) Die Teilergebnisse aus den optionalen Sparbüchern wurden aus dem Segment Financial Markets ins Segment

Retail Banking verschoben und somit eine verursachungsgerechte Zuordnung vorgenommen.

- 3) Darüber hinaus wurden fünf Servicegesellschaften des Postbank Konzerns an die Gesellschaft PBC Banking Services GmbH mit Wirkung zum 1. April 2014 übertragen. Im Gegenzug hat die Postbank 49,9975 % der Geschäftsanteile der PBC Banking Services GmbH erhalten, was 50 % minus einen Anteil entspricht (Näheres zu der Übertragung beinhaltet die Note 2 „Konsolidierungskreis“). Aufgrund eines zwischen der PBC Banking Services GmbH und ihrer Mehrheitsgesellschafterin Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG existierenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags garantiert die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG der Postbank während der Laufzeit des Vertrags eine jährliche Ausgleichszah-

<sup>1</sup>Angaben angepasst

<sup>2</sup>Es handelt sich um Finanzinformationen des aufgegebenen Geschäftsbereichs inklusive der darauf entfallenden Konsolidierungseffekte.

lung gemäß § 304 AktG. Diese Gesellschaften waren mit ihren Ergebnissen per erstem Quartal 2014 zu folgenden Segmenten zugeordnet: Betriebs-Center für Banken AG und VÖB-ZVD Processing GmbH zu Transaction Banking, Postbank Direkt GmbH zu Retail Banking, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH zu Cost Center/Konsolidierung.

Seit dem dritten Quartal 2014 wird das Segment Transaction Banking nicht mehr separat berichtet. Die bis dahin angefallenen Ergebnisse der Gesellschaften Betriebs-Center für Banken AG und VÖB-ZVD Processing GmbH werden unter Cost Center/Konsolidierung ausgewiesen und über die Verrechnungen auf die operativen Segmente allokiert. Die Ergebnisse aus dem aufgegebenen Geschäftsbereich werden in der Überleitung auf die Konzernzahlen separat ausgewiesen. Die Postbank Direkt GmbH haben wir im Rahmen dieser Anpassung ebenfalls dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet und auf die operativen Segmente verrechnet. Damit sind die fünf Servicegesellschaften bis zu ihrer Übertragung nun in diesem Segment enthalten.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Post-, Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH, und der Postbank P.O.S. Transact GmbH zusammen. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Den dritten Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG und Teilen der Ergebnisse der Deutschen Postbank International S.A. und der Niederlassung Luxemburg, jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen der gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) sowie aus der Fondsverwaltung und dem Fondsmanagement sowohl für verschiedene Publikumsfonds der Postbank als auch für Spezialfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter Deutsche Postbank International S.A. und der Niederlassung Luxemburg (jeweils ohne Firmenkundengeschäft).

Das Segment NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen sowie das strukturierte Kreditportfolio an Nicht-Originator-Verbriefungen (SCP im Jahr 2013 vollständig abgebaut) zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Töchter Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. KG, Ergebnisse des ersten Quartals von Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und Postbank Direkt GmbH sowie den anteiligen Anspruch aus der Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG. Ferner ist die Überleitung zum Konzernergebnis Bestandteil des Segments. Darüber hinaus werden einzelne Sondereffekte diesem Segment zugerechnet. Im Jahr 2013 gehörten dazu insbesondere die außerplanmäßige Abschreibung der Marke BHW sowie das Ergebnis aus der Entkonsolidierung der PB (USA) Holdings, Inc. und weiterer US-Gesellschaften. Das Jahr 2014 war von der Entkonsolidierung der Servicegesellschaften geprägt, die an die PBC Banking Service GmbH übertragen wurden (siehe hierzu Note 2).

Die zum aufgegebenen Geschäftsbereich Transaction Banking gehörigen Gesellschaften waren im Rahmen der Bündelung von Servicegesellschaften im Deutsche Bank Konzern bereits in der Berichtsperiode abgegangen (siehe hierzu Note 15).

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmens-einheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

112

127



Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Im Rahmen der oben beschriebenen Änderungen der Geschäftsfeldrechnung (neue Kostenallokation, Verschiebung Teilergebnisse optionaler Sparbücher und Berichtsänderung Transaction Banking) wurden die Vorjahreswerte der Segmentberichterstattung entsprechend angepasst. Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen beschrieben.

Im Segment Retail Banking erhöhten sich die Erträge um 10 Mio €. Begründet ist dies ausschließlich durch die Verschiebung der Teilergebnisse der optionalen Sparbücher aus dem Segment Financial Markets. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich um 62 Mio €. Die Belastung aus Verrechnungen inklusive Vollkosten reduzierte sich um 103 Mio €. Insgesamt verbesserte sich das Segmentergebnis vor Steuern um 51 Mio €.

Im Segment Firmenkunden gingen die Verrechnungen um 11 Mio € zurück, sodass das Segmentergebnis vor Steuern sich um 11 Mio € verbesserte.

Das Segment Transaction Banking wird nicht mehr berichtet. Vor der Anpassung wurde hier ein Ergebnis von 34 Mio € ausgewiesen.

Im Segment Financial Markets führte die Verschiebung der optionalen Sparbücher zum Segment Retail Banking zu einer Verschlechterung der Erträge um 10 Mio €. Die Belastung aus den Verrechnungen inklusive Vollkosten betrug 12 Mio €. In Summe reduzierte sich das Ergebnis vor Steuern in diesem Segment um 22 Mio €.

Im Segment NCOU gab es keine Veränderungen.

Im Segment Cost Center/Konsolidierung erhöhte sich der Provisionsüberschuss um 288 Mio €. Der Verwaltungsaufwand stieg um 191 Mio €. Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Sonstigen Aufwendungen stieg um 9 Mio €. Die Verrechnungen haben sich um 112 Mio € vermindert. Das Ergebnis vor Steuern sank damit um 6 Mio €.

#### Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2014 Mio €	2013 Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	2.975	2.903
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	393	406
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	511	517
Transaction Banking Insourcing	22	94
Übriges	-31	-116
<b>Summe Erträge</b>	<b>3.870</b>	<b>3.804</b>

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Finanzmarktkrise. Die Erträge des Segments NCOU werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Niederlassung London (bis 31. Dezember 2013), die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A., Niederlassung Luxemburg, Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
Deutschland	3.791	3.663	507	324	2.619	2.707
Europa	79	141	-50	-6	17	19
<b>Gesamt</b>	<b>3.870</b>	<b>3.804</b>	<b>457</b>	<b>318</b>	<b>2.636</b>	<b>2.726</b>

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

#### (41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	394	359
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.076	7.179
davon bereitgestellte Baudarlehen	3.099	2.871
Sonstige Verpflichtungen	13.003	12.353
<b>Gesamt</b>	<b>19.473</b>	<b>19.891</b>

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Zusätzlich beinhaltet der Betrag eine Eventualverbindlichkeit für Beschwerden, die sich auf die Beratung und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds beziehen. Weitere Detailinformationen zu diesem Sachverhalt werden nicht gesondert dargestellt, da hieraus die Lage der Bank in den entsprechenden Verfahren ernsthaft beeinträchtigt werden kann.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei Kreditlinien, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

Kreditzusagen und Kreditlinien beinhalten in der Regel eine Rückzahlungsvereinbarung. Darüber hinaus ist eine Erstattung nur begrenzt möglich.

#### (42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

##### Fair-Value-Hierarchie

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt den entsprechenden Leveln zu:

##### Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Level 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

##### Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

##### Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum 31. Dezember 2014

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Klassen	Ausweis des Fair Value erfolgt in			
	31.12.2014 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	697	0	696	1
Hedging-Derivate	119	0	119	0
Forderungen an Kunden	4.933	0	4.933	0
davon private Baufinanzierungen <sup>1</sup>	4.933	0	4.933	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	12.402	10.229	2.099	74
<b>Gesamt</b>	<b>18.151</b>	<b>10.229</b>	<b>7.847</b>	<b>75</b>

<sup>1</sup>Bei der Bewertung der Kredite in der Fair Value Option haben 2014 die nicht am Markt beobachtbaren Parameter als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor als im Vorjahr erlangt. Im

Hinblick auf ihre erwartete geringe Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung in Level 2.

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2014 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	767	0	765	2
Hedging-Derivate	298	0	298	0
<b>Gesamt</b>	<b>1.065</b>	<b>0</b>	<b>1.063</b>	<b>2</b>

Zum 31. Dezember 2013

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2013 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	1.824	1	1.822	1
Hedging-Derivate	113	0	113	0
Forderungen an Kunden	5.830	0	5.830	0
davon private Baufinanzierungen	5.830	0	5.830	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen <sup>1</sup>	10.229	7.578	2.590	61
<b>Gesamt</b>	<b>17.996</b>	<b>7.579</b>	<b>10.355</b>	<b>62</b>

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2013 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	1.681	0	1.679	2
Hedging-Derivate	460	0	460	0
<b>Gesamt</b>	<b>2.141</b>	<b>0</b>	<b>2.139</b>	<b>2</b>

Im Level 2 greift die Postbank im Rahmen der Bewertung – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Der Anstieg der Level-1-Bestände im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem höheren Volumen an Finanzanlagen mit quotierten Preisen auf aktiven Märkten. Der Rückgang an Level-2-Beständen ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten und Verschiebungen von Level 2 nach Level 1 zurückzuführen.

<sup>1</sup>Angaben angepasst (siehe Note 6)

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind, Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt :

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2014						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Gesamt
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	61	0	62
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	15	0	15
in GuV	0	0	0	0	0	0
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	15	0	15
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-2	0	-2
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
<b>Endbestand</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>74</b>	<b>0</b>	<b>75</b>
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	15	0	15

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten sind die Marktwertveränderungen der Bestände (+15 Mio €) sowie Tilgungen in Höhe von 2 Mio €.

Zum 31. Dezember 2013 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2013						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Gesamt
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an Kreditinstitute Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	193	0	194
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-14	0	-14
in GuV	0	0	0	1	0	1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-15	0	-15
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0	-112	0	-112
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-6	0	-6
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
<b>Endbestand</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>61</b>	<b>0</b>	<b>62</b>
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-15	0	-15

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2014			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	2	0	2
Summe Verluste	0	0	0
in GuV	0	0	0
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
<b>Endbestand</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>2</b>
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2013			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	62	0	62
Summe Verluste	0	0	0
in GuV	0	0	0
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-60	0	-60
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
<b>Endbestand</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>2</b>
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0



Die Bewertung der Finanzinstrumente, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt entweder mittels Arranger/Dealer Quotes oder mittels eines internen Bewertungsmodells. Im internen Bewertungsmodell werden neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird.

Aufgrund des geringeren Bestands an Finanzinstrumenten des Levels 3 verzichtet die Postbank auf die explizite Darstellung von qualitativen sowie quantitativen Angaben.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

**Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden**

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2014					31.12.2013	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
<b>Aktiva</b>							
Barreserve	1.230	1.230	1.230	–	–	1.739	1.739
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	19.659	19.671	891	18.780	–	20.153	20.167
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	93.040	100.825	–	–	100.825	95.483	100.615
Risikovorsorge	–1.361	–1.361	–	–	–1.361	–1.478	–1.478
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	20.642	21.289	13.879	7.410	–	23.786	23.696
	<b>133.210</b>	<b>141.654</b>	<b>16.000</b>	<b>26.190</b>	<b>99.464</b>	<b>139.683</b>	<b>144.739</b>
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten (Liabilities at amortised cost)	17.583	18.308	765	6.760	10.783	18.282	18.675
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	119.295	121.855	–	–	121.855	120.398	122.752
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	8.270	8.807	76	–	8.731	11.700	12.191
	<b>145.148</b>	<b>148.970</b>	<b>841</b>	<b>6.760</b>	<b>141.369</b>	<b>150.380</b>	<b>153.618</b>

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

**(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39**

	Erläuterungen	2014 Mio €	2013 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen	(8)		
Loans and Receivables		4.527	4.966
Available for Sale		191	183
Liabilities at amortised cost		-2.054	-2.402
Nettogewinne und -verluste (11), (12)			
Held for Trading		-12	-58
Designated as at Fair Value		7	6
Loans and Receivables		23	11
Available for Sale		23	41

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €
<b>Aktiva</b>	<b>15.379</b>	<b>17.614</b>	<b>136.112</b>	<b>139.804</b>	<b>151.491</b>	<b>157.418</b>
Loans and Receivables	5.777	8.352	127.564	131.070	133.341	139.422
Forderungen an Kreditinstitute	105	201	19.554	19.952	19.659	20.153
Forderungen an Kunden	1.556	1.797	91.484	93.686	93.040	95.483
Finanzanlagen	4.116	6.354	16.526	17.432	20.642	23.786
Available for Sale	4.551	3.304	7.851	6.925	12.402	10.229
Finanzanlagen	4.551	3.304	7.851	6.925	12.402	10.229
Held for Trading	-	15	697	1.809	697	1.824
Handelsaktiva	-	15	697	1.809	697	1.824
Fair-Value-Option	4.932	5.830	-	-	4.932	5.830
Forderungen an Kunden	4.932	5.830	-	-	4.932	5.830
Hedging-Derivate	119	113	-	-	119	113
<b>Passiva</b>	<b>13.564</b>	<b>12.190</b>	<b>132.649</b>	<b>140.331</b>	<b>146.213</b>	<b>152.521</b>
Liabilities at amortised cost	13.160	11.541	131.988	138.839	145.148	150.380
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	668	525	16.915	17.757	17.583	18.282
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.205	6.899	111.090	113.499	119.295	120.398
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.406	2.325	2.165	5.017	4.571	7.342
Nachrangkapital	1.881	1.792	1.818	2.566	3.699	4.358
Held for Trading	106	189	661	1.492	767	1.681
Handelspassiva	106	189	661	1.492	767	1.681
Hedging-Derivate	298	460	-	-	298	460

**(44) Derivative Finanzinstrumente**

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indeoptionen abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Nettingmöglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Derivate des Handelsbestands	168.182	178.895	558	1.674	767	1.681
Hedging-Derivate	20.752	21.303	119	113	298	460
<b>Gesamt</b>	<b>188.934</b>	<b>200.198</b>	<b>677</b>	<b>1.787</b>	<b>1.065</b>	<b>2.141</b>

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Fair Value					
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	2.055	3.357	77	82	88	74
Devisenswaps	2.508	5.125	34	46	22	41
<b>Gesamtbestand Fremdwährungsderivate</b>	<b>4.563</b>	<b>8.482</b>	<b>111</b>	<b>128</b>	<b>110</b>	<b>115</b>
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	160.683	166.619	410	1.491	568	1.512
Cross Currency Swaps	1.436	1.634	32	46	82	42
Forward Rate Agreements	-	-	-	-	-	-
OTC-Zinsoptionen	136	470	0	3	1	2
Sonstige zinsgebundene Verträge	1.223	1.119	4	4	3	5
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamtbestand Zinsderivate</b>	<b>163.478</b>	<b>169.842</b>	<b>446</b>	<b>1.544</b>	<b>654</b>	<b>1.561</b>

	Nominalwerte		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	18	–	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	0	46	0	1	–	–
<b>Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate</b>	<b>18</b>	<b>46</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	123	525	1	1	3	5
<b>Gesamtbestand Kreditderivate</b>	<b>123</b>	<b>525</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>5</b>
<b>Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands</b>	<b>168.182</b>	<b>178.895</b>	<b>558</b>	<b>1.674</b>	<b>767</b>	<b>1.681</b>
davon Derivate des Bankbuchs	72.887	54.512	465	298	552	395
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	15.231	15.084	0	15	106	188
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	20.567	21.111	82	93	296	458
Cross Currency Swaps	185	192	37	20	2	2
Credit Default Swaps	–	–	–	–	–	–
<b>Gesamtbestand Hedging-Derivate</b>	<b>20.752</b>	<b>21.303</b>	<b>119</b>	<b>113</b>	<b>298</b>	<b>460</b>
<b>Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente</b>	<b>188.934</b>	<b>200.198</b>	<b>677</b>	<b>1.787</b>	<b>1.065</b>	<b>2.141</b>

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	12	27	53	19
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	1	12	17
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	0	0	52	51
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0	0	39	116
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0	42	49	30
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	3	2	15	49
mehr als 5 Jahre	104	41	78	178
	<b>119</b>	<b>113</b>	<b>298</b>	<b>460</b>

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	55	202	83	190
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	58	100	103	108
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	42	129	59	97
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	19	132	56	173
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	9	140	49	87
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	40	158	59	130
mehr als 5 Jahre	335	813	358	896
	<b>558</b>	<b>1.674</b>	<b>767</b>	<b>1.681</b>

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und die negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.



	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	385	1.451	966	2.080
Sonstige Kontrahenten in der OECD	292	336	99	61
Nicht OECD	–	–	–	–
	<b>677</b>	<b>1.787</b>	<b>1.065</b>	<b>2.141</b>

#### (45) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 31. Dezember 2014 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
<b>Aktiva</b>							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	22.270	–2.611	19.659	–	–	–16.357	3.302
Handelsaktiva	8.698	–8.001	697	–153	–39	–	505
Hedging-Derivate	1.624	–1.505	119	–48	–8	–	63
<b>Gesamt</b>	<b>32.592</b>	<b>–12.117</b>	<b>20.475</b>	<b>–201</b>	<b>–47</b>	<b>–16.357</b>	<b>3.870</b>

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.179	–2.419	6.760	–	–14	–6.370	376
Handelspassiva	9.766	–8.999	767	–153	–410	–	204
Hedging-Derivate	998	–699	299	–48	–160	–	91
<b>Gesamt</b>	<b>19.943</b>	<b>–12.117</b>	<b>7.826</b>	<b>–201</b>	<b>–584</b>	<b>–6.370</b>	<b>671</b>

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Bilanzpositionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelsspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bzw. „Forderungen an Kreditinstitute“ bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2013.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
<b>Aktiva</b>							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	23.117	-3.192	19.925	-	-	-15.077	4.848
Handelsaktiva	6.497	-4.673	1.824	-1.000	-122	-	702
Hedging-Derivate	929	-816	113	-68	-8	-	37
<b>Gesamt</b>	<b>30.543</b>	<b>-8.681</b>	<b>21.862</b>	<b>-1.068</b>	<b>-130</b>	<b>-15.077</b>	<b>5.587</b>

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.520	-2.390	7.130	-	-	-6.653	477
Handelsspassiva	7.518	-5.837	1.681	-1.000	-516	-	165
Hedging-Derivate	915	-455	460	-68	-141	-	251
<b>Gesamt</b>	<b>17.953</b>	<b>-8.682</b>	<b>9.271</b>	<b>-1.068</b>	<b>-657</b>	<b>-6.653</b>	<b>893</b>

**(46) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren**

	31.12.2014 Anzahl	31.12.2013 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	616	599
Zwangsverwaltungsverfahren	76	719
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	494	617

**(47) Fremdwährungsvolumen**

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Fremdwährungsaktiva	2.179	3.747
Fremdwährungspassiva	2.186	3.729

**(48) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote**

Am 1. Januar 2014 sind die europäischen Umsetzungsakte zur Einführung von Basel III in Form der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) unter Berücksichtigung verschiedener Übergangsregelungen in Kraft getreten. Damit wurden die umfangreichen aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Aktionsplans der G20-Staats- und Regierungschefs zur Stärkung des Finanzsystems umgesetzt. Diese wurden zunächst auf internationaler Ebene in Form des Basel-III-Rahmenwerks verabschiedet und nun mit dem CRR-/CRD-IV-Paket in EU-Recht transformiert. Die CRR ist als Verordnung unmittelbar geltendes Recht in den EU-Mitgliedsstaaten und ersetzt die bisher im KWG und in der Solvabilitätsverordnung geregelten nationalen aufsichtlichen Vorgaben. Die Anforderungen der Richtlinie CRD IV wurden durch Anpassung der entsprechenden Regelungen im KWG, in der Solvabilitätsverordnung sowie in den begleitenden Verordnungen in nationales Recht übernommen.

Kernbereiche des Reformpakets sind die Stärkung der Eigenmittelausstattung der Institute, die Einführung einer Höchstverschuldungsquote (Leverage Ratio) sowie die Einführung globaler Mindestliquiditätsstandards (LCR/NSFR). Bei der Berechnung der Eigenmittelquoten lag ein Schwerpunkt auf der Neudefinition von Struktur, Anrechnungsvoraussetzungen und Abzugspositionen bei den aufsichtlich anerkannten Kapitalbestandteilen. Darüber hinaus wurden die Kapitalanforderungen für Adressrisikopositionen zum Teil deutlich verschärft, u. a. durch die Einführung einer zusätzlichen Unterlegungspflicht für OTC-Derivate (Credit Valuation Adjustment), die Erhöhung der Kapitalunterlegung für Forderungen gegenüber großen und/oder stark vernetzten Finanzdienstleistern (Asset Value Correlation) sowie die Erhöhung der Kapitalanforderungen für Forderungen gegenüber zentralen Kontrahenten (Central Counterparties). Schließlich wurden die Mindestkapitalquoten erhöht und zusätzliche Puffer oberhalb der Mindestquoten definiert.

Die neuen Regelungen werden schrittweise eingeführt. Insbesondere die Vorgaben in Bezug auf die aufsichtsrechtlichen Prudential Filters und Kapitalabzüge sowie die Mindestkapitalquoten werden sukzessive umgesetzt. Daher wird bei der Darstellung der Ergebnisse angegeben, ob es sich um eine Berechnung unter der Annahme einer vollständigen Umsetzung handelt („fully phased-in“) oder ob bei der Ermittlung des Ergebnisses die Übergangsregelungen berücksichtigt wurden („regular phased-in“).

Die Ergebnisse zum Stichtag 31. Dezember 2014 wurden auf Basis des neuen Regelwerks ermittelt. Die ordnungsgemäße Ermittlung des Kernkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank (auch) auf Teilgruppenebene sicher.

Die ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014 <sup>1</sup> Mio €	31.12.2013 <sup>2</sup> Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	38.902	42.184
Marktrisikopositionen	93	200
Operationelle Risiken	4.656	4.588
Gesamt-Risikoaktiva	43.651	46.972
Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 Capital)	4.812	4.529
Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 Capital)	0	0
Kernkapital (Tier 1 Capital)	4.812	4.529
Ergänzungskapital (Tier 2 Capital)	2.573	2.866
Eigenmittel (own funds)	7.385	7.395
	%	%
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio)	11,0	9,6
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	11,0	9,6
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,9	15,7

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt 10,5 %<sup>1</sup> (31. Dezember 2013: 8,8 %<sup>2</sup>).

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotient aus den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und den eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genusrechtsverbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen.

<sup>1</sup>Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 vorbehaltlich der Billigung

<sup>2</sup>Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2013 in der gebilligten Fassung

#### (49) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2014 und 2013 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Kreditrisiken	2.800	3.000
Marktrisiken	2.150	2.095
Operationelle Risiken	700	600
Geschäftsrisiken	2.700	2.450
<b>Summe vor Diversifikation</b>	<b>8.350</b>	<b>8.145</b>
Diversifikationseffekte	1.490	1.380
<b>Summe nach Diversifikation</b>	<b>6.860</b>	<b>6.765</b>
Freie Risikodeckungsmasse	5.020	5.241
<b>Risikodeckungsmasse gesamt</b>	<b>11.880</b>	<b>12.006</b>



Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

**(50) Restlaufzeitgliederung**

Zum 31. Dezember 2014:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.515	6.603	7.688	1.432	342	1.257	503	319	19.659
Forderungen an Kunden	4.344	9.102	9.510	10.184	8.656	8.907	7.490	39.779	97.972
Handelsaktiva	–	58	145	89	19	9	41	336	697
Hedging-Derivate	–	12	–	–	–	–	3	104	119
Finanzanlagen	–	1.126	3.050	4.621	5.135	6.328	3.743	9.474	33.477
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	129	18	1	–	–	–	148
Latente Ertragsteueranspruche	–	–	8	5	–	1	7	27	48
Sonstige Aktiva	245	8	95	96	68	59	50	202	823
<b>Gesamt</b>	<b>6.104</b>	<b>16.909</b>	<b>20.625</b>	<b>16.445</b>	<b>14.221</b>	<b>16.561</b>	<b>11.837</b>	<b>50.241</b>	<b>152.943</b>
Verbindlichkeiten gegenuber Kreditinstituten	989	6.884	778	764	1.358	1.307	1.027	4.476	17.583
Verbindlichkeiten gegenuber Kunden	39.927	45.551	8.305	3.665	3.853	3.170	2.614	12.210	119.295
Verbriefte Verbindlichkeiten	111	41	1.017	77	60	10	123	3.132	4.571
Handelspassiva	–	83	103	59	56	49	59	358	767
Hedging-Derivate	–	53	12	52	39	49	15	78	298
Rückstellungen	1	79	422	427	280	175	127	441	1.952
Pensionsrückstellungen	–	2	7	9	9	10	9	109	155
Sonstige Rückstellungen	1	77	415	418	271	165	118	332	1.797
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	82	22	–	–	–	–	104
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	12	0	0	2	2	35	51
Sonstige Passiva	231	195	75	4	3	6	1	11	526
Nachrangkapital	79	4	204	706	86	403	134	2.083	3.699
<b>Gesamt</b>	<b>41.338</b>	<b>52.890</b>	<b>11.010</b>	<b>5.776</b>	<b>5.735</b>	<b>5.171</b>	<b>4.102</b>	<b>22.824</b>	<b>148.846</b>

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note 45 ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2013:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	2.383	8.628	4.960	1.369	668	314	1.413	418	20.153
Forderungen an Kunden	4.987	10.876	10.063	11.514	9.534	8.118	8.133	38.088	101.313
Handelsaktiva	–	204	101	225	182	140	158	814	1.824
Hedging-Derivate	–	27	1	0	0	42	2	41	113
Finanzanlagen <sup>1</sup>	–	1.185	2.181	4.897	5.039	5.353	6.223	9.137	34.015
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	78	35	1	1	–	–	115
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	76	–	3	–	–	13	92
Sonstige Aktiva	155	39	101	100	69	60	64	140	728
<b>Gesamt</b>	<b>7.525</b>	<b>20.959</b>	<b>17.561</b>	<b>18.140</b>	<b>15.496</b>	<b>14.028</b>	<b>15.993</b>	<b>48.651</b>	<b>158.353</b>
Verbindlichkeiten gegenuber Kreditinstituten	7.806	450	538	1.615	755	1.324	1.306	4.488	18.282
Verbindlichkeiten gegenuber Kunden	37.291	48.781	8.327	3.730	2.227	3.723	2.924	13.395	120.398
Verbriefte Verbindlichkeiten	169	1.504	1.262	105	101	61	769	3.371	7.342
Handelspassiva	–	190	108	97	173	87	130	896	1.681
Hedging-Derivate	–	19	17	51	116	30	49	178	460
Ruckstellungen	11	73	362	380	244	138	108	348	1.664
Pensionsruckstellungen	–	–	34	5	5	5	4	40	93
Sonstige Ruckstellungen <sup>1</sup>	11	73	328	375	239	133	104	308	1.571
Tatsachliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	40	40	–	–	–	–	80
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	–	2	6	8	25	43	84
Sonstige Passiva	374	338	44	17	14	13	22	11	833
Nachrangkapital	89	20	222	704	707	86	403	2.127	4.358
<b>Gesamt</b>	<b>45.740</b>	<b>51.375</b>	<b>10.920</b>	<b>6.741</b>	<b>4.343</b>	<b>5.470</b>	<b>5.736</b>	<b>24.857</b>	<b>155.182</b>

#### (51) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfahig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank International S.A. (heute: PB International S.A.), Luxemburg, ist ab dem 1. Juli 2014 gegenstandslos geworden und wurde daher zu diesem Stichtag hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt, nachdem die Deutsche Postbank AG, Zweig-

niederlassung Luxemburg, den Geschäftsbetrieb der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, insgesamt unter fast vollständiger Übernahme der Aktiva und Passiva der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, zum 1. Juli 2014 aufgenommen hat.

Aus der Abgabe der Patronatserklrungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung



deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes. Zudem besteht aus der Bankenabgabe ein Nacherhebungsbeitrag (gemäß § 3 Abs. 3 RStruktFV) in Höhe von 5,7 Mio €.

Außerdem ist die BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft Mitglied des Bausparkassen-Einlagensicherungsfonds e. V.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	53	63
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	43	49
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	33	38
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	22	30
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	14	19
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	40	40
<b>Gesamt</b>	<b>205</b>	<b>239</b>

#### (52) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	1	11
Forderungen an Kunden	507	619
	<b>508</b>	<b>630</b>
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	508	630
	<b>508</b>	<b>630</b>

#### (53) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums einschließlich des aufgegebenen Geschäftsbereichs:

	Gesamt 2014	Gesamt 2013
Vollzeitkräfte		
Beamte	4.781	5.131
Angestellte	9.596	11.417
	<b>14.377</b>	<b>16.548</b>
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.160	1.209
Angestellte	3.394	4.314
	<b>4.554</b>	<b>5.523</b>
	<b>18.931</b>	<b>22.071</b>

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

#### (54) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Gegenstand dieser Note sind Angaben zu Beziehungen mit strukturierten Unternehmen, die von der Postbank nicht beherrscht und somit nicht konsolidiert werden.

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Postbank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem – aufgrund der besonderen Ausgestaltung – die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Die Postbank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u. a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und Europa ist, und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (Kategorie „gewerbliche Immobilienfinanzierungen“). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Unternehmen fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Unternehmen (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Kategorie „Sonstige“) und Fondszertifikate/-anteile (Kategorie „Fonds“).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Unternehmen zusammenhängen. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Unternehmen wird mithilfe folgender Größen dargestellt:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen: Vermögenswerte des strukturierten Unternehmens;
- Fonds: Wert des Nettovermögens;
- Sonstige: Nominalwerte der ausgegebenen Notes.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
<b>Aktiva</b>				
Forderungen an Kunden	4.516	–	9	4.525
Finanzanlagen	3	179	–	182
Risikovorsorge	98	–	–	98
<b>Maximales Ausfallrisiko</b>	<b>4.458</b>	<b>123</b>	<b>630</b>	<b>4.646</b>
Forderungen an Kunden	4.516	–	9	4.525
Finanzanlagen	3	179	–	182
Risikovorsorge	98	–	–	98
Außerbilanzielle Verpflichtungen	37	–	–	37
<b>Umfang der strukturierten Unternehmen</b>	<b>5.663</b>	<b>4.856</b>	<b>500</b>	<b>11.019</b>

Die nachfolgende Tabelle enthält die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2013.

	Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €
<b>Aktiva</b>				
Forderungen an Kunden	6.987	–	9	6.996
Finanzanlagen	6	123	621	750
Risikovorsorge	129	–	–	129
<b>Maximales Ausfallrisiko</b>	<b>6.989</b>	<b>123</b>	<b>630</b>	<b>7.742</b>
Forderungen an Kunden	6.987	–	9	6.996
Finanzanlagen	6	123	621	750
Risikovorsorge	129	–	–	129
Außerbilanzielle Verpflichtungen	125	–	–	125
<b>Umfang der strukturierten Unternehmen</b>	<b>8.269</b>	<b>4.267</b>	<b>20.315</b>	<b>32.851</b>

Die außerbilanzielle Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Unternehmen zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die strukturierten Unternehmen weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

#### (55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, sowie einer geringeren Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

#### Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 60) verzeichnet.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 97 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) umfassen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (n) „Rückstellungen“.

Mit Wirkung zum 1. April 2014 hat die Postbank die Beteiligungen an fünf ehemals konsolidierten Tochtergesellschaften an die PBC Banking Services GmbH übertragen (weitere Informationen zu der Transaktion sind in der Note 2 „Konsolidierungskreis“ enthalten). Infolgedessen werden die zuvor konsolidierten Beziehungen des Postbank Konzerns mit diesen Gesellschaften erstmals ab dem 1. April 2014 als Beziehungen zu sonstigen nahestehenden Unternehmen im Anhang dargestellt.

#### Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Seit Anfang des Jahres 2012 besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

190

119

112

## Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.372	1.349
Sonstige nahestehende Unternehmen	7.646	6
	<b>9.018</b>	<b>1.355</b>
Forderungen an Kunden		
Tochtergesellschaften	0	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	100	51
	<b>100</b>	<b>55</b>

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	27	29
	<b>27</b>	<b>29</b>
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	39	63
	<b>39</b>	<b>63</b>

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	961	949
	<b>961</b>	<b>949</b>

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	18	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	36	5
	<b>54</b>	<b>14</b>

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften.

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um die Anleihen der Deutschen Bank AG.

## Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	7.462	7.239
	<b>7.462</b>	<b>7.239</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	10	12
Sonstige nahestehende Unternehmen	213	3
	<b>223</b>	<b>15</b>
Handelsspassiva		
Deutsche Bank AG	193	206
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	5
	<b>193</b>	<b>211</b>
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	36	25
	<b>36</b>	<b>25</b>
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	16	88
DB Finanz-Holding GmbH	15	151
Sonstige nahestehende Unternehmen	8	1
	<b>39</b>	<b>240</b>
Nachrangkapital		
Sonstige nahestehende Unternehmen	1.619	1.620
	<b>1.619</b>	<b>1.620</b>

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH handelt es sich um die Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die mit den Gewinnrücklagen verrechnet wurden.

Bei dem Nachrangkapital handelt es sich um die im Rahmen der Trust-Emissionen von der Deutschen Postbank AG ursprünglich begebenen Schuldverschreibungen. Die aus den Schuldverschreibungen entstandenen Zinsaufwendungen sind unter den Zinsaufwendungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen ausgewiesen (siehe dazu Tabelle „Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen“).

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 64 Mio € (31. Dezember 2013: 36 Mio €).

**Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen**

	2014 Mio €	2013 Mio €
<b>Zinserträge</b>		
Deutsche Bank AG	26	25
Sonstige nahestehende Unternehmen	8	8
	<b>34</b>	<b>33</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>		
Deutsche Bank AG	10	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	72	66
	<b>82</b>	<b>74</b>
<b>Provisionserträge</b>		
Deutsche Bank AG	9	39
Sonstige nahestehende Unternehmen	19	23
	<b>28</b>	<b>62</b>
<b>Provisionsaufwendungen</b>		
Deutsche Bank AG	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	2
	<b>4</b>	<b>4</b>
<b>Handelsergebnis</b>		
Deutsche Bank AG	-66	-12
	<b>-66</b>	<b>-12</b>
<b>Ergebnis aus Finanzanlagen</b>		
Sonstige nahestehende Unternehmen	22	-
	<b>22</b>	<b>-</b>
<b>Verwaltungsaufwand</b>		
Deutsche Bank AG	23	8
Tochtergesellschaften	16	15
Sonstige nahestehende Unternehmen	8	22
	<b>47</b>	<b>45</b>
<b>Sonstige Erträge</b>		
Deutsche Bank AG	40	15
Tochtergesellschaften	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	275	16
	<b>317</b>	<b>33</b>
<b>Sonstige Aufwendungen</b>		
Sonstige nahestehende Unternehmen	414	-
	<b>414</b>	<b>-</b>

Die Entwicklung des Handelsergebnisses basiert im Wesentlichen auf der negativen Kursentwicklung von den derivativen Finanzinstrumenten.

Bei dem Finanzanlageergebnis von sonstigen Unternehmen handelt es sich um das Ergebnis aus der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung.

Bei sonstigen Erträgen gegenüber sonstigen Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um die Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften des Deutsche Bank Konzerns.

Die sonstigen Aufwendungen gegenüber sonstigen Unternehmen beinhalten im Wesentlichen die Entgelte für die von Servicegesellschaften erbrachten Leistungen.

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 600 T€ (Vorjahr: 583 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 1.903 T€ (Vorjahr: 1.138 T€) von nahestehenden Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

**Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung**

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

**Zuständigkeit**

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wurde das Plenum bis einschließlich 2013 vor allem durch den Präsidialausschuss. Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat durch den neuen Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der wesentliche, bisher vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben in Bezug auf das Vergütungssystem des Vorstands und die Festlegung der einzelnen Vergütungen übernimmt. Bereits im Dezember 2013 hat der Aufsichtsrat die Einrichtung des Vergütungskontrollausschusses, der nach den Vorgaben des § 25d Abs. 12 i. V. m. Abs. 7 KWG bei der Postbank einzurichten ist, beschlossen. Dieser hat seine Arbeit noch Ende 2013 aufgenommen. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

#### Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue regulatorische Vorgaben.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten vertikalen sowie horizontalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe bestätigt.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die Unternehmensziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Nach § 25a Abs. 5 Satz 2 KWG darf die variable Vergütung der Geschäftsleiter von Kreditinstituten grundsätzlich 100 % der fixen Vergütung nicht übersteigen. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können. § 25a Abs. 5 Satz 5 KWG sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, als sie ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 billigen können. Der Aufsichtsrat hat für die Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Antrag vor dem Hintergrund des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Steuerungsmöglichkeit über die variable Vergütung gestellt. Die Hauptversammlung hat im Juli 2014 dem Antrag entsprochen und einem Verhältnis von 1:2 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat hat, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung beschlossen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart. Die wesentlichen Grundzüge sind im Weiteren ausführlich dargestellt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen – geldwerte Vorteile aus Sachbezügen – bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen

Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Konzernziele in der Gewichtung den überwiegenden Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Die Gewährung der festgestellten variablen Vergütung wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung weiterhin dem bislang gültigen Vergütungsmodell.

#### Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014

Nach der neuen Vergütungsstruktur wird die variable Vergütung unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60% der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich hat der Aufsichtsrat die Anwendung der im Deutsche Bank Konzern etablierten Zurückbehaltungsmatrix beschlossen, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist danach für das Jahr 2014 auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Dieser nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Unverfallbarkeits- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab.

#### Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine Haltefrist von sechs Monaten. Während der sechsmonatigen Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.



**Restricted Equity Award**

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben und in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar.

Für Mitglieder des Vorstands, die zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet sind (dies betrifft Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), finden Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine vier- einhalbjährige Unverfallbarkeitsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden („Cliff Vesting“).

An die genannten Fristen zur Unverfallbarkeit schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine halbjährige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Unverfallbarkeitsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Dies bedeutet, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet sind, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

**Restricted Incentive Award**

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award (RIA)) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Unverfallbarkeitsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2014 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2018 ausgezahlt.

Da die genannten Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Zinsaufschlag bzw. ein sogenanntes Dividendenäquivalent gewährt.

- **Equity Upfront Award:**  
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist
- **Restricted Equity Award:**  
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent
- **Restricted Incentive Award:**  
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe

Die Anzahl der Aktien-Awards, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

**Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen**

Die aufgeschoben gewährten bzw. über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (EUA, RIA, REA) unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Unverfallbarkeits- bzw. Haltefristen. Diese bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Sämtliche für 2014 aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn das Ergebnis vor Steuern der Postbank und/oder des Konzerns negativ ist. Für Vorstandsmitglieder, die den Sonderregelungen der Senior Management Group unterliegen, verfallen, wenn Verfallbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums erfüllt sind, bis zu 20 % des REA.

**Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013**

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 sind noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden bzw. werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2014 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2012 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnittskurs der Aktie, ermittelt wie beschrieben (32,22 €), multipliziert. Im Jahr 2015 steht nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Auszahlung der Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 an.

Die Langfristkomponente (LK) wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen

Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernernfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2014 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (zweite Tranche) sowie 2011 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2013 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs der Aktie (ermittelt wie beschrieben, 32,22 €) multipliziert. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes

(Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 22. März 2014 (32,22 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2015 an.

Für die im Jahr 2014 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht. Darüber hinaus wurde die Anzahl der gesperrten Phantom Shares nach erfolgreichem Abschluss der angekündigten Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG unter Anwendung einer anerkannten Methode zur Berechnung des Verwässerungsschutzes erhöht. Der wirtschaftliche Effekt der (Kapital-)Verwässerung errechnete sich danach auf Grundlage einer Anpassungsmetrik, in welcher der Referenzkurs (28,575 €), der Bezugspreis (22,50 €) und die Anzahl der für den Kauf einer Aktie erforderlichen Bezugsrechte (18:5) berücksichtigt wurden. Die gesperrten Phantom Shares wurden nach dieser Anpassungsmetrik um 4,85 Prozentanteile erhöht.

#### Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergütet und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

#### Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2015 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenium vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 festgelegt.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährte Vergütung für die sieben Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit beträgt insgesamt – ohne Berücksichtigung von Nebenleistungen und dem Versorgungsaufwand – 6.177,0 T€ (Vorjahr: 6.209,4 T€). Davon entfallen 3.301,3 T€ (Vorjahr: 3.138,0 T€) auf fixe, d. h. erfolgsunabhängige, und 2.875,7 T€ (Vorjahr: 3.071,4 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten. Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 1.101,6 T€ (hiervon jeweils 550,8 T€ bar bzw. aktienbasiert gewährt) auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr:

1.228,6 T€ (hiervon jeweils 614,3 T€ bar bzw. aktienbasiert gewährt) und 1.774,1 T€ (Vorjahr: 1.842,8 T€) auf aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten.

Die nachfolgend angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Postbank hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

**Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)**

In den nachfolgenden Tabellen sind für jedes einzelne Mitglied des Vorstands einerseits die für das Geschäftsjahr gewährten Zuwendungen, andererseits die Zuflüsse im bzw. für das Berichtsjahr und der Versorgungsaufwand im bzw. für das Berichtsjahr nach Maßgabe der Empfehlungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex individuell dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2014:

Gewährte Zuwendungen	Frank Strauß						Marc Heß <sup>6</sup>					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	528,0	528,0	528,0	528,0	528,0	528,0
Nebenleistungen	39,0	39,0	39,0	39,0	22,7	22,7	35,1	35,1	35,1	35,1	27,0	27,0
<b>Summe (fixe Vergütungsbestandteile)</b>	<b>789,0</b>	<b>789,0</b>	<b>789,0</b>	<b>789,0</b>	<b>772,7</b>	<b>772,7</b>	<b>563,1</b>	<b>563,1</b>	<b>563,1</b>	<b>563,1</b>	<b>555,0</b>	<b>555,0</b>
Einjährige variable Vergütung	225,0	225,0	0	225,0	300,0	260,0	184,8	184,8	0	225,0	212,0	184,8
davon unmittelbar ausgezahlt	112,5	112,5	0	112,5	150,0	130,0	92,4	92,4	0	112,5	106,0	92,4
davon Kurzfristkomponente II					150,0	130,0					106,0	92,4
davon Equity Upfront Awards	112,5	112,5	0	112,5			92,4	92,4	0	112,5		
Mehrfährige variable Vergütung <sup>1</sup>	429,3	425,0	0	750,0	450,0	390,0	280,0	277,2	0	468,0	318,0	277,2
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					225,0	195,0					159,0	138,6
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					225,0	195,0					159,0	138,6
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) <sup>2</sup>	216,8	212,5	0	375,0			141,4	138,6	0	234,0		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) <sup>3</sup> / bis 2020 für Senior Management Group	212,5	212,5	0	375,0			138,6	138,6	0	234,0		
<b>Summe (variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>654,3</b>	<b>650,0</b>	<b>0</b>	<b>975,0</b>	<b>750,0</b>	<b>650,0</b>	<b>464,8</b>	<b>462,0</b>	<b>0</b>	<b>693,0</b>	<b>530,0</b>	<b>462,0</b>
<b>Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>1.443,3</b>	<b>1.439,0</b>	<b>789,0</b>	<b>1.764,0</b>	<b>1.522,7</b>	<b>1.422,7</b>	<b>1.027,9</b>	<b>1.025,1</b>	<b>563,1</b>	<b>1.256,1</b>	<b>1.085,0</b>	<b>1.017,0</b>
Versorgungsaufwand <sup>4</sup>	379,4	379,4	379,4	379,4	290,8	290,8	352,4	352,4	352,4	352,4	347,4	347,4
<b>Gesamtvergütung (DCGK)</b>	<b>1.822,7</b>	<b>1.818,4</b>	<b>1.168,4</b>	<b>2.143,4</b>	<b>1.813,5</b>	<b>1.713,5</b>	<b>1.380,3</b>	<b>1.377,5</b>	<b>915,5</b>	<b>1.608,5</b>	<b>1.432,4</b>	<b>1.364,4</b>
Gesamtvergütung <sup>5</sup>	1.404,3	1.400,0	750,0	1.725,0	1.500,0	1.400,0	992,8	990,0	528,0	1.221,0	1.058,0	990,0

Gewährte Zuwendungen	Susanne Klöß-Braekler <sup>7</sup>						Dr. Ralph Müller <sup>8</sup>					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	80,0	80,0	80,0	80,0			83,3	83,3	83,3	83,3		
Nebenleistungen	2,8	2,8	2,8	2,8			2,1	2,1	2,1	2,1		
<b>Summe (fixe Vergütungsbestandteile)</b>	<b>82,8</b>	<b>82,8</b>	<b>82,8</b>	<b>82,8</b>			<b>85,4</b>	<b>85,4</b>	<b>85,4</b>	<b>85,4</b>		
Einjährige variable Vergütung	29,4	29,4	0	37,6			33,4	33,4	0	37,6		
davon unmittelbar ausgezahlt	14,7	14,7	0	18,8			16,7	16,7	0	18,8		
davon Kurzfristkomponente II												
davon Equity Upfront Awards	14,7	14,7	0	18,8			16,7	16,7	0	18,8		
Mehrjährige variable Vergütung <sup>1</sup>	44,4	44,0	0	72,6			51,8	50,0	0	87,6		
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)												
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)												
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) <sup>2</sup>	22,4	22,0	0	36,3			25,5	25,0	0	43,8		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) <sup>3/</sup> bis 2020 für Senior Management Group	22,0	22,0	0	36,3			26,3	25,0	0	43,8		
<b>Summe (variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>73,8</b>	<b>73,4</b>	<b>0</b>	<b>110,2</b>			<b>85,2</b>	<b>83,4</b>	<b>0</b>	<b>125,2</b>		
<b>Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>156,6</b>	<b>156,2</b>	<b>82,8</b>	<b>193,0</b>			<b>170,6</b>	<b>168,8</b>	<b>85,4</b>	<b>210,6</b>		
Versorgungsaufwand <sup>4</sup>	180,2	180,2	180,2	180,2			162,5	162,5	162,5	162,5		
<b>Gesamtvergütung (DCGK)</b>	<b>336,8</b>	<b>336,4</b>	<b>263,0</b>	<b>373,2</b>			<b>333,1</b>	<b>331,3</b>	<b>247,9</b>	<b>373,1</b>		
Gesamtvergütung <sup>5</sup>	153,8	153,4	80,0	190,2			168,5	166,7	83,3	208,5		

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

<sup>1</sup>Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

<sup>2</sup>Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %.

<sup>3</sup>Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

<sup>4</sup>Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zugestaltung des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

<sup>5</sup>Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

<sup>6</sup>Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

<sup>7</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

<sup>8</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014

Gewährte Zuwendungen	Hans-Peter Schmid						Ralf Stemmer					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0
Nebenleistungen	21,5	21,5	21,5	21,5	22,2	22,2	24,6	24,6	24,6	24,6	15,6	15,6
<b>Summe (fixe Vergütungsbestandteile)</b>	<b>621,5</b>	<b>621,5</b>	<b>621,5</b>	<b>621,5</b>	<b>622,2</b>	<b>622,2</b>	<b>684,6</b>	<b>684,6</b>	<b>684,6</b>	<b>684,6</b>	<b>675,6</b>	<b>675,6</b>
Einjährige variable Vergütung	199,6	210,0	0	225,0	220,6	210,0	219,4	225,0	0	225,0	254,0	231,0
davon unmittelbar ausgezahlt	99,8	105,0	0	112,5	110,3	105,0	109,7	112,5	0	112,5	127,0	115,5
davon Kurzfristkomponente II					110,3	105,0					127,0	115,5
davon Equity Upfront Awards	99,8	105,0	0	112,5			109,7	112,5	0	112,5		
Mehrfährige variable Vergütung <sup>1</sup>	309,7	315,0	0	562,6	330,8	315,0	340,7	352,6	0	641,2	381,0	346,6
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					165,4	157,5					190,5	173,3
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					165,4	157,5					190,5	173,3
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) <sup>2</sup>	152,6	157,5	0	281,3			167,9	176,3	0	320,6		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) <sup>3/</sup> bis 2020 für Senior Management Group	157,1	157,5	0	281,3			172,8	176,3	0	320,6		
<b>Summe (variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>509,3</b>	<b>525,0</b>	<b>0</b>	<b>787,6</b>	<b>551,4</b>	<b>525,0</b>	<b>560,1</b>	<b>577,6</b>	<b>0</b>	<b>866,2</b>	<b>635,0</b>	<b>577,6</b>
<b>Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>1.130,8</b>	<b>1.146,5</b>	<b>621,5</b>	<b>1.409,1</b>	<b>1.173,6</b>	<b>1.147,2</b>	<b>1.244,7</b>	<b>1.262,2</b>	<b>684,6</b>	<b>1.550,8</b>	<b>1.310,6</b>	<b>1.253,2</b>
Versorgungsaufwand <sup>4</sup>	341,5	341,5	341,5	341,5	349,6	349,6	125,4	125,4	125,4	125,4	126,7	126,7
<b>Gesamtvergütung (DCGK)</b>	<b>1.472,3</b>	<b>1.488,0</b>	<b>963,0</b>	<b>1.750,6</b>	<b>1.523,2</b>	<b>1.496,8</b>	<b>1.370,1</b>	<b>1.387,6</b>	<b>810,0</b>	<b>1.676,2</b>	<b>1.437,3</b>	<b>1.379,9</b>
Gesamtvergütung <sup>5</sup>	1.109,3	1.125,5	600,0	1.387,6	1.151,4	1.125,0	1.220,1	1.237,6	660,0	1.526,2	1.295,0	1.237,6



Gewährte Zuwendungen	Hanns-Peter Storr					
	2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	19,6	19,6	19,6	19,6	21,6	21,6
<b>Summe (fixe Vergütungsbestandteile)</b>	<b>619,6</b>	<b>619,6</b>	<b>619,6</b>	<b>619,6</b>	<b>621,6</b>	<b>621,6</b>
Einjährige variable Vergütung	210,0	210,0	0	225,0	242,0	210,0
davon unmittelbar ausgezahlt	105,0	105,0	0	112,5	121,0	105,0
davon Kurzfristkomponente II					121,0	105,0
davon Equity Upfront Awards	105,0	105,0	0	112,5		
Mehrjährige variable Vergütung <sup>1</sup>	318,2	315,0	0	562,6	363,0	315,0
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					181,5	157,5
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					181,5	157,5
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) <sup>2</sup>	160,7	157,5	0	281,3		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) <sup>3</sup> / bis 2020 für Senior Management Group	157,5	157,5	0	281,3		
<b>Summe (variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>528,2</b>	<b>525,0</b>	<b>0</b>	<b>787,6</b>	<b>605,0</b>	<b>525,0</b>
<b>Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>1.147,8</b>	<b>1.144,6</b>	<b>619,6</b>	<b>1.407,2</b>	<b>1.226,6</b>	<b>1.146,6</b>
Versorgungsaufwand <sup>4</sup>	241,5	241,5	241,5	241,5	239,9	239,9
<b>Gesamtvergütung (DCGK)</b>	<b>1.389,3</b>	<b>1.386,1</b>	<b>861,1</b>	<b>1.648,7</b>	<b>1.466,5</b>	<b>1.386,5</b>
Gesamtvergütung <sup>5</sup>	1.128,2	1.125,0	600,0	1.387,6	1.205,0	1.125,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

<sup>1</sup>Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

<sup>2</sup>Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %.

<sup>3</sup>Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

<sup>4</sup>Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zukunftsstruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

<sup>5</sup>Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2014:

Zufluss	Frank Strauß		Marc Heß <sup>5</sup>		Susanne Klöß-Braekler <sup>6</sup>		Dr. Ralph Müller <sup>7</sup>		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	528,0	528,0	80,0		83,3		600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	39,0	22,7	35,1	27,0	2,8		2,1		21,5	22,2	24,6	15,6	19,6	21,6
<b>Summe (fixe Vergütungsbestandteile)</b>	<b>789,0</b>	<b>772,7</b>	<b>563,1</b>	<b>555,0</b>	<b>82,8</b>		<b>85,4</b>		<b>621,5</b>	<b>622,2</b>	<b>684,6</b>	<b>675,6</b>	<b>619,6</b>	<b>621,6</b>
Einjährige variable Vergütung	233,4	209,4	194,3	227,0	14,7		16,7		197,5	216,7	217,2	239,0	207,9	214,4
davon unmittelbar ausgezahlt <sup>1</sup>	112,5	150,0	92,4	106,0	14,7		16,7		99,8	110,3	109,7	127,0	105,0	121,0
davon Kurzfristkomponente II <sup>2</sup>	120,9	59,4	101,9	121,0					97,7	106,4	107,5	112,0	102,9	93,4
Mehrfähige variable Vergütung <sup>3</sup>	114,2	26,5	297,5	207,0					282,5	200,5	292,5	203,0	135,1	41,7
davon Langfristkomponente I														
Langfristkomponente I für 2010 (bis 2014), (2013 2. und 2014 3. Tranche)			70,0	70,0					70,0	70,0	70,0	70,0		
Langfristkomponente I für 2011 (bis 2015), (2013 1. und 2014 2. Tranche)	26,5	26,5	54,0	54,0					47,5	47,5	50,0	50,0	41,7	41,7
Langfristkomponente I für 2012 (bis 2016), 1. Tranche	61,7		52,0						49,9		54,9		52,5	
davon Langfristkomponente II														
Langfristkomponente II für 2010 (bis 2015), (2013 1. und 2014 2. Tranche)			68,6	83,0					68,6	83,0	68,6	83,0		
Langfristkomponente II für 2011 (bis 2016), 1. Tranche	26,0		52,9						46,5		49,0		40,9	
<b>Summe (variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>347,6</b>	<b>235,9</b>	<b>491,8</b>	<b>434,0</b>	<b>14,7</b>		<b>16,7</b>		<b>480,0</b>	<b>417,2</b>	<b>509,7</b>	<b>442,0</b>	<b>343,0</b>	<b>256,1</b>
<b>Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)</b>	<b>1.136,5</b>	<b>1.008,6</b>	<b>1.054,9</b>	<b>989,0</b>	<b>97,5</b>		<b>102,1</b>		<b>1.101,5</b>	<b>1.039,4</b>	<b>1.194,3</b>	<b>1.117,6</b>	<b>962,6</b>	<b>877,7</b>
Versorgungsaufwand <sup>4</sup>	379,4	290,8	352,4	347,4	180,2		162,5		341,5	349,6	125,4	126,7	241,5	239,9
Gesamtvergütung (DCGK)	1.516,0	1.299,4	1.407,3	1.336,4	277,7	0,0	264,6	0,0	1.443,0	1.389,0	1.319,7	1.244,3	1.204,1	1.117,6

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich zugeflossenen Werten ergeben.

<sup>1</sup>Der Betrag beinhaltet den unmittelbar ausgezahlten Baranteil der variablen Vergütung für 2013 bzw. 2014.

<sup>2</sup>Der Betrag beinhaltet den jeweils aus dieser Komponente im Jahr zugeflossenen Betrag für die Vergütungsjahre 2011 bzw. 2012.

<sup>3</sup>Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

<sup>4</sup>Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung

zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

<sup>5</sup>Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

<sup>6</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

<sup>7</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014.

#### Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 6.135,1 T€ ohne Berücksichtigung des Dienstzeitaufwands für Pensionen (Vorjahr:

5.826,8 T€). Hiervon entfielen 3.301,3 T€ (Vorjahr: 3.138,0 T€) auf Festvergütung sowie 144,7 T€ (Vorjahr: 109,1 T€) auf Nebenleistungen, 2.138,3 T€ (Vorjahr: 1.965,4 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 550,8 T€ (Vorjahr: 614,3 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Langfristkomponente I bzw. die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach DRS 17 erst im Geschäftsjahr der Auszahlung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und

nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre bzw. in den Jahren 2014 und 2013 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der Nebenleistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

DRS 17	Frank Strauß		Marc Heß <sup>4</sup>		Susanne Klöß-Braekler <sup>5</sup>		Dr. Ralph Müller <sup>6</sup>		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Vergütung																
Erfolgsabhängige Komponenten																
Ohne langfristige Anreizwirkung																
unmittelbar ausgezahlt	112,5	150,0	92,4	106,0	14,7		16,7		99,8	110,3	109,7	127,0	105,0	121,0	550,8	614,3
Mit langfristiger Anreizwirkung																
Bar																
Langfristkomponente I <sup>1</sup>	88,2	26,5	176,0	124,0					167,4	117,5	174,9	120,0	94,2	41,7	700,7	429,7
Aktienbasiert																
Kurzfristkomponente II		150,0		106,0						110,3		127,0		121,0		614,3
Langfristkomponente II		225,0		159,0						165,4		190,5		181,5		921,4
Equity Upfront Award(s)	112,5		92,4		14,7		16,7		99,8		109,7		105,0		550,8	
Restricted Equity Award(s) <sup>2</sup>	212,5		138,6		22,0		26,3		157,1		172,8		157,5		886,8	
<b>Summe Erfolgsabhängige Komponenten</b>	<b>525,7</b>	<b>551,5</b>	<b>499,4</b>	<b>495,0</b>	<b>51,4</b>		<b>59,7</b>		<b>524,1</b>	<b>503,5</b>	<b>567,1</b>	<b>564,5</b>	<b>461,7</b>	<b>465,2</b>	<b>2.689,1</b>	<b>2.579,7</b>
Erfolgsunabhängige Komponenten																
Festvergütung	750,0	750,0	528,0	528,0	80,0		83,3		600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0	3.301,3	3.138,0
Nebenleistungen	39,0	22,7	35,1	27,0	2,8		2,1		21,5	22,2	24,6	15,6	19,6	21,6	144,7	109,1
Dienstzeitaufwand für Pensionen <sup>3</sup>	379,4	290,8	352,4	347,4	180,2		162,5		341,5	349,6	125,4	126,7	241,5	239,9	1.782,9	1.354,4
<b>Summe (ohne Dienstzeitaufwand)</b>	<b>1.314,7</b>	<b>1.324,2</b>	<b>1.062,5</b>	<b>1.050,0</b>	<b>134,2</b>		<b>145,1</b>		<b>1.145,6</b>	<b>1.125,7</b>	<b>1.251,7</b>	<b>1.240,1</b>	<b>1.081,3</b>	<b>1.086,8</b>	<b>6.135,1</b>	<b>5.826,8</b>
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	1.694,1	1.615,0	1.414,9	1.397,4	314,4		307,6		1.487,1	1.475,3	1.377,1	1.366,8	1.322,8	1.326,7	7.918,0	7.181,2

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zugeflossenen Werten ergeben.

<sup>1</sup>Zufluss aus der jeweils in den Vorjahren zugesagten Langfristkomponente I (Details siehe Zuflusstabelle)

<sup>2</sup>Der Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

<sup>3</sup>Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit

als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

<sup>4</sup>Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

<sup>5</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

<sup>6</sup>Vorstandsmitglied seit 1. November 2014.

### Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Für die Vorstandsmitglieder Schmid und Stemmer ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vor-

standsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Postbank für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß sowie Klöß-Braekler und Dr. Müller liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Nach diesen Versorgungszusagen besteht ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

### Versorgungszusagen und Individualausweis

Betriebliche Altersversorgung	Frank Strauß		Marc Heß <sup>1</sup>		Susanne Klöß-Braekler <sup>2</sup>		Dr. Ralph Müller <sup>2</sup>		Hanns-Peter Storr	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Versorgungsbaustein	187.500	187.500	165.000	165.000	101.250		81.250		150.000	150.000
Verzinsung	38.495	25.703	116.436	100.505	13.054		10.475		37.501	26.888
Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres	680.083	454.088	2.057.031	1.775.595	230.618		185.063		662.514	475.013
Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung	379.440	290.771	352.423	347.404	180.235		162.502		241.501	239.935

<sup>1</sup>Bei Herrn Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

<sup>2</sup>Die Darstellung für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

Betriebliche Altersversorgung	Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer	
	2014	2013	2014	2013
	€	€	€	€
Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres	58,00 %	56,00 %	60,00 %	58,00 %
Maximaler Versorgungsgrad	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung	341.535	349.623	125.351	126.740

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,86 Mio € (Vorjahr: 6,79 Mio €). Die Bezüge beinhalten die im jeweiligen Jahr zugeflossenen Versorgungsbezüge sowie Vergütungsbestandteile, Beendigungsleistungen und Nebenleistungen aus aktiver Vorstandstätigkeit.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 85,74 Mio € (Vorjahr: 73,01 Mio €).

#### Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die

Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteuerausgaben. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 500 € je Sitzung des Gesamtaufsichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Grundvergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet. Die variable Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung wird nach Ablauf der Hauptversammlung gezahlt, die den Konzernabschluss für das Referenzjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Grundvergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.578,8 T€ (Vorjahr: 728,4 T€). Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung für das Geschäftsjahr 2012.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2014 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2014			Geschäftsjahr 2013		
	Fixum	Variabel <sup>1</sup>	Summe	Fixum	Variabel <sup>1</sup>	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	160,0	58,0	218,0	45,0	48,0	93,0
Wilfried Anhäuser	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Marietta Auer	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Rolf Bauermeister	40,0	18,0	58,0	15,0	16,5	31,5
Susanne Bleidt	60,0	16,4	76,4	22,5	1,8	24,3
Wilfried Boysen	20,0	13,6	33,6	15,0	16,3	31,3
Prof. Dr. Edgar Ernst	100,0	39,5	139,5	30,0	33,3	63,3
Annette Harms	–	2,1	2,1	–	7,1	7,1
Stefanie Heberling <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	70,0	25,8	95,8	22,5	18,0	40,5
Dr. Tessen von Heydebreck	120,0	38,1	158,1	30,0	30,6	60,6
Dr. Peter Hoch	50,0	28,2	78,2	30,0	33,0	63,0
Elmar Kallfelz	–	4,3	4,3	–	14,3	14,3
Prof. Dr. Ralf Krüger	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Hans-Jürgen Kummetat	40,0	11,1	51,1	15,0	1,3	16,3
Prof. Dr. Katja Langenbucher	20,0	1,5	21,5	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	–	–	–	–	2,0	2,0
Dr. Christian Ricken <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Karl von Rohr <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	100,0	26,7	126,7	30,0	4,3	34,3
Lawrence A. Rosen	40,0	16,5	56,5	15,0	16,5	31,5
Christian Sewing <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Eric Stadler	100,0	34,5	134,5	22,5	25,5	48,0
Werner Steinmüller <sup>2</sup>	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	70,0	29,0	99,0	22,5	25,3	47,8
Renate Treis	90,0	37,0	127,0	30,0	32,0	62,0
Wolfgang Zimny	70,0	18,9	88,9	22,5	3,0	25,5
<b>Summe</b>	<b>1.150,0</b>	<b>428,8</b>	<b>1.578,8</b>	<b>367,5</b>	<b>360,9</b>	<b>728,4</b>

<sup>1</sup>Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

<sup>2</sup>Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG.



Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse AG eine Vergütung in Höhe von 2,4 T€, Herr Heider in Höhe von 14,3 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2014 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 628,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

**Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats**

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2014 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 462,6 T€ (Vorjahr: 501,8 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 67,4 T€ (Vorjahr: 48,7 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

**D&O-Versicherung**

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

**(56) Andere Angaben**

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Postbank hat eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € abgegeben, über die das First Loss Piece eines Retail-Kredit-Portfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

**Wesentliche Beschränkungen des Transfers von Vermögenswerten innerhalb des Postbank Konzerns**

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im Postbank Konzern Vermögenswerte in Höhe von 21.883 Mio € (Vorjahr: 24.147 Mio €), die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 6.344 Mio € (Vorjahr: 6.952 Mio €), die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, sowie Vermögenswerte in Höhe von 38 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €), die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

**(57) Namen und Mandate der Organmitglieder  
Vorstand**

Mitglieder des Vorstands sind:	
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	seit 1. November 2014
Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus	seit 1. November 2014
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2014 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß	Vorsitzender des Vorstands
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

<b>Susanne Klöß-Braekler</b>	
<b>Mitglied des Vorstands seit 1. November 2014</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich

<b>Dr. Ralph Müller</b>	
<b>Mitglied des Vorstands seit 1. November 2014</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 25. Juli 2014) Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 25. Juli 2014)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. September 2014)	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Verwaltungsrats	MyMoneyPark AG, Zürich
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

<b>Hans-Peter Schmid</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Börsenrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungs- gruppe, Coburg

<b>Ralf Stemmer</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Verband der Sparda Banken e.V., Frankfurt am Main

<b>Hanns-Peter Storr</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)	
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg	bis 9. Juli 2014
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfungsstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen, Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch Privatier, München	bis 9. Juli 2014
Prof. Dr. Katja Langenbucher Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main	seit 9. Juli 2014
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe	
Karl von Rohr Global Chief Operating Officer, Regional Management, Deutsche Bank AG, Oberursel	seit 9. Juli 2014
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück	
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal	
Hans-Jürgen Kummertat Beamter, Köln	
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	
Wolfgang Zimny Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2014 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

<b>Rainer Neske</b> <b>Vorsitzender des Aufsichtsrats</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

<b>Wilfried Boysen</b> <b>Mitglied des Aufsichtsrats bis 9. Juli 2014</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

<b>Prof. Dr. Edgar Ernst</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Annington Immobilien SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG MORI SEIKI AG (vormals Gildemeister AG, Bielefeld)
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

<b>Dr. Tessen von Heydebreck</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall GmbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Kommanditgesellschaft CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co KG, Hamburg
Mitglied des Beirats	DECM Deutsche Einkaufs-Center-Gesellschaft G.m.b.H., Hamburg

<b>Dr. Christian Ricken</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

<b>Karl von Rohr</b> <b>Mitglied des Aufsichtsrats seit 9. Juli 2014</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2014)	Manpower Group GmbH & Co. KG, Eschborn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2014)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

<b>Lawrence A. Rosen</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Mitglied des Aufsichtsrats	Qiagen GmbH, Hilden

<b>Werner Steinmüller</b>	
<b>Funktion</b>	<b>Gesellschaft</b>
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

## Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Eric Stadler	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 2. Oktober 2014) Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

**(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB**

	2014 Mio €	2013 Mio €
Abschlussprüfungen	5,5	7,5
Andere Bestätigungsleistungen	2,1	2,0
Steuerberatungsleistungen	0,5	0,2
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	3,6	1,5
<b>Gesamt</b>	<b>11,7</b>	<b>11,2</b>

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

**(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB**

Die folgenden vollkonsolidierten Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2014 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch:

- Postbank Beteiligungen GmbH,
- Postbank Filial GmbH,
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH.

**(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB****Anteilsbesitzliste**

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital	Jahres- ergebnis <sup>1</sup>
		T€	T€
<b>a) Verbundene Unternehmen</b>			
<b>In den Konzernabschluss einbezogen</b>			
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	896.412	11.737
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 <sup>3</sup>
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 <sup>3</sup>
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 <sup>3</sup>
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	1.671	470
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	7.128	95
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	56	4
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 <sup>3</sup>
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 <sup>3</sup>
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	930.676	79.565
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		3.031.013	257.365 <sup>2</sup>
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	467.121	19.229
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	501.856	23.057
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	531.271	23.943
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	609.677	22.610
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	335.794	13.125
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	332.998	13.032
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	207.108	9.155
Teilgesellschaftsvermögen PB 26	100,0	--	-- <sup>6</sup>
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 <sup>3</sup>
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 <sup>3</sup>
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	71	0 <sup>3</sup>
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	48.418	814
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 <sup>3</sup>
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 <sup>3</sup>
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	13.084	2.856
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 <sup>3</sup>
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	11.875	911
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 <sup>3</sup>
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 <sup>3</sup>



Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis <sup>1</sup> T€
<b>a) Verbundene Unternehmen</b>			
<b>Nicht in den Konzernabschluss einbezogen</b>			
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	766	12
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.513	-98
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 <sup>3</sup>
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	0	-71
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	641	96
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.153	44
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	39	4
<b>b) Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen</b>			
PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main	49,9	122.426	12 <sup>3, 4</sup>
<b>c) Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden</b>			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	-34
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	0	-60
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	2
Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	27,8	33.001	-28
Nummus Financial GmbH, Eppstein	27,8	34.500	-75
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	310	51
<b>d) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet</b>			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	28.768	-3.035
GIMB Gesellschaft für Internet- und mobile Bezahlverfahren mbH, Eschborn	8,3	--	-- <sup>5</sup>
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	37.117	2.447
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	40.141	1.316

<sup>1</sup> Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

<sup>2</sup> In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

<sup>3</sup> Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

<sup>4</sup> Die Gesellschaft hält sämtliche Anteile an der Betriebs-Center für Banken AG, BHW Kreditservice GmbH, DB Investment Services GmbH, DB Kredit Service GmbH, KEBA Gesellschaft für interne Services mbH, PBC Services GmbH der Deutschen Bank, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH, Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH und VÖB-ZVD Processing GmbH.

<sup>5</sup> Die Gesellschaft wurde am 3. Juni 2014 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt daher noch nicht vor.

<sup>6</sup> Das Teilgesellschaftsvermögen wurde am 26. November 2014 aufgelegt. Ein Jahresabschluss liegt daher noch nicht vor.

**(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex**

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam letztmalig am 17. Dezember 2014 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2014 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage [www.postbank.de](http://www.postbank.de) im Wortlaut abrufbar.



## VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 25. Februar 2015

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

## BESTÄTIGUNGSVERMERK

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 26. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz  
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling  
Wirtschaftsprüfer



## 5.700 Mal vor Ort

Wahre Kundennähe heißt für die Postbank, auf allen erdenklichen Wegen leicht erreichbar zu sein. Über sämtliche digitalen Kanäle – aber eben auch ganz persönlich. So feiern wir mit unseren Kunden die Eröffnung von Filialen und neuen leistungsstarken Postbank Vertriebscentern, anstatt – wie andere – Filialen zu schließen. Wir wissen: Viele Anliegen sind ausschließlich oder sehr viel leichter persönlich, vor Ort zu erledigen. Deshalb wollen wir für unsere Kunden überall zum Greifen nah sein.

## WEITERE INFORMATIONEN

REGULATORISCHE ANGABEN	196
KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN	212
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	212
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	214
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	215
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	216
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	218
GREMIEN	220
GLOSSAR	222
ADRESSEN	230
FINANZKALENDER 2015	

05



## REGULATORISCHE ANGABEN

### Aufsichtsrechtliche Offenlegung

Seit Dezember 2010 ist die Postbank Teil der Deutsche Bank Institutsgruppe und veröffentlicht seitdem alle für die aufsichtsrechtliche Offenlegung relevanten Informationen im Rahmen der Säule-III-Berichterstattung des Deutsche Bank Konzerns. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) ist ab 2014 zusätzlich auch auf Ebene wesentlicher Tochtergesell-

schaften von EU-Mutterinstituten eine aufsichtsrechtliche Offenlegung erforderlich. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) als Teilkonzern der Deutsche Bank Institutsgruppe.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von der Postbank gemäß Teil 8 i. V. m. Art. 13 der CRR sowie gemäß den auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Umsetzungen im Kreditwesengesetz (KWG) zu veröffentlichenden Angaben und nennt den Berichtsteil, in dem die Veröffentlichung erfolgt:

Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen	
Säule-III-Offenlegungsthema	Ort im Geschäftsbericht
Angaben zu Eigenmitteln gemäß Art. 437 CRR und zu Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 438 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 CRR und zu Kreditrisikominderungstechniken gemäß Art. 453 CRR, soweit nicht bereits über die qualitativen Angaben im Konzernlagebericht (s. u.) abgedeckt	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Rechtliche und organisatorische Struktur sowie Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26 a KWG)	- Corporate Governance Bericht - Konzernlagebericht, „Geschäfts- und Rahmenbedingungen“ - Risikobericht, „Organisation des Risikomanagements“
Qualitative Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 a) und b) CRR und zu Kreditrisikominderungstechniken gemäß Art. 453 a) bis e) CRR	- Risikobericht, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“
Angaben zur Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	- Konzernlagebericht, „Vergütungsbericht“

### Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Ansätzen

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß CRR – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2014 die regulatorische Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate)), Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften, Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 17 Solvabilitätsverordnung (SolV) ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Postbank wendet für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen IRB-Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden Inland, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen an, der eine risikoadäquatere Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zulässt. Für 2015 wird eine Ausweitung der Anwendung des A-IRBA auf PK-Dispo angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des rating-basierten Ansatzes mittels externer Ratings kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an.

Für sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen und Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Die Postbank hält aktuell keine Beteiligungen, für die auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten die Eigenmittelunterlegung ermittelt wird. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA).



112

**Angaben zur regulatorischen Konsolidierung**

Der regulatorische Konsolidierungskreis entspricht den bilanziell konsolidierten Unternehmen, wie in Note 2 des Konzernanhangs dargestellt, wobei die folgend genannten drei Gesellschaften bilanziell, aber nicht aufsichtsrechtlich konsolidiert werden:

- Postbank Finanzberatung AG,
- Postbank Versicherungsvermittlung GmbH,
- Postbank Immobilien GmbH.

Die Postbank besitzt keine Tochtergesellschaften, die aufsichtsrechtlich, aber nicht bilanziell zu konsolidieren sind.

**Angaben zum Gesamtportfolio**

Die Angaben zum Gesamtportfolio mit Durchschnittsbeträgen je Forderungsklasse während des Berichtszeitraums sowie aufgeschlüsselt nach Branchen, Regionen und Restlaufzeiten gemäß Art. 442 CRR sind in den nachstehenden Tabellen dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Forderungsklassen, zum Offenlegung-

stichtag dar. Ausgewiesen sind die Risikopositionswerte (EAD – erwartete Inanspruchnahmen zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls) vor Berücksichtigung von Substitutionseffekten unter Verwendung von Kreditrechnungsfaktoren. Bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte werden jeweils mit ihren historischen Anschaffungswerten bzw. ihren Wiederbeschaffungswerten ausgewiesen, die Derivate mit ihren positiven Wiederbeschaffungswerten zuzüglich eines regulatorischen Add-on. Die Forderungsklassen, bei denen die Postbank kein Engagement hält, sind in den Tabellen nicht dargestellt. Dabei handelt es sich um die Forderungsklassen „Kurzfristige Forderungen an Banken und Unternehmen“ sowie „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“. Die Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ wird nicht innerhalb der nachstehenden Tabellen ausgewiesen. Der Gesamtwert der entsprechenden Risikopositionen beträgt 2.882 Mio €. Darüber hinaus beträgt der Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP) 62 Mio €.

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsbeträge der Risikopositionen während des Berichtszeitraums ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Forderungsklassen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte inklusive aufgeschlüsselte Durchschnittsbeträge		
Forderungsklassen	Durchschnittsbeträge	
	01.01.2014 – 31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	11	17
IRBA Institute	13.188	11.963
IRBA Unternehmen	21.077	20.848
IRBA Mengengeschäft	75.625	75.917
IRBA Beteiligungen	320	421
IRBA Verbriefungen	2.448	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	11.508	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	7.610	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.588	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	884	881
KSA Internationale Organisationen	1.270	1.298
KSA Institute	2.880	2.877
KSA Unternehmen	1.018	906
KSA Mengengeschäft	2.436	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.731	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	298	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	24	20
KSA Verbriefungen	1.429	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	1.328	1.619
KSA Beteiligungen	334	227
KSA Sonstige Positionen	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>149.007</b>	<b>146.528</b>

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen								
Forderungsklassen	Retail-Kunden	Banken/ Ver- siche- rungen/ Finanz- dienst- leister	Staaten	Gewerb- liche Real- kredite	Dienst- leister/ Handel	Industrie	Sonstige Branchen	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	17	-	-	-	-	17
IRBA Institute	-	11.958	-	5	-	-	-	11.963
IRBA Unternehmen	308	1.957	2	6.333	7.045	3.647	1.556	20.848
IRBA Mengengeschäft	75.917	-	-	-	-	-	-	75.917
IRBA Beteiligungen	-	420	-	-	-	-	1	421
IRBA Verbriefungen	672	944	156	-	-	-	-	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	-	273	11.034	-	-	-	-	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	8.010	20	-	-	-	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	-	2.101	189	-	43	-	49	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	881	-	-	-	-	-	881
KSA Internationale Organisationen	-	719	579	-	-	-	-	1.298
KSA Institute	-	2.872	-	-	-	-	5	2.877
KSA Unternehmen	24	58	3	339	181	177	124	906
KSA Mengengeschäft	2.305	-	-	-	-	-	-	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.574	-	-	85	4	-	1	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	234	-	-	21	2	-	27	284
KSA Gedeckte Schuldver- schreibungen	-	20	-	-	-	-	-	20
KSA Verbriefungen	784	6	-	-	-	-	-	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	31	1.570	-	-	8	10	1.619
KSA Beteiligungen	-	54	-	-	10	-	163	227
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>82.818</b>	<b>22.294</b>	<b>21.560</b>	<b>6.803</b>	<b>7.285</b>	<b>3.832</b>	<b>1.936</b>	<b>146.528</b>

Von den ausgewiesenen Werten entfallen nachstehende Risikopositionswerte auf Engagements mit kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden: KMU):

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)								
Forderungsklassen	Retail-Kunden	Banken/Ver-sicherungen/Finanz-dienst-leister	Staaten	Gewerb-liche Real-kredite	Dienst-leister/Handel	Industrie	Sonstige Branchen	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Mengengeschäft	283	–	–	–	–	–	–	283
IRBA Unternehmen	1	10	–	–	474	428	68	981
KSA Unternehmen	–	1	–	35	18	25	5	84
KSA Mengengeschäft	42	–	–	–	–	–	–	42
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	–	–	–	6	–	–	–	6
<b>Gesamt</b>	<b>326</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>41</b>	<b>492</b>	<b>453</b>	<b>73</b>	<b>1.396</b>

Die nachstehende Tabelle weist die Risikopositionen, differenziert nach Forderungsklassen und aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach geografischen Gebieten				
Forderungsklassen	Deutsch-land	West-europa	Sonstige Regionen	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	–	17	–	17
IRBA Institute	7.203	4.441	319	11.963
IRBA Unternehmen	12.848	7.079	921	20.848
IRBA Mengengeschäft	75.581	266	70	75.917
IRBA Beteiligungen	421	–	–	421
IRBA Verbriefungen	1.659	113	–	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	801	10.461	45	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	7.804	226	–	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.380	2	–	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	–	758	123	881
KSA Internationale Organisationen	–	1.145	153	1.298
KSA Institute	2.379	498	–	2.877
KSA Unternehmen	765	68	73	906
KSA Mengengeschäft	2.223	80	2	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	240	2.422	2	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	138	146	–	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	20	–	–	20
KSA Verbriefungen	293	497	–	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	1.599	20	–	1.619
KSA Beteiligungen	222	5	–	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>116.576</b>	<b>28.244</b>	<b>1.708</b>	<b>146.528</b>

Die aufsichtlichen Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „unter ein Jahr“ zugeordnet. Das im Laufzeitband „über fünf Jahre“ ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Restlaufzeiten				
Forderungsklassen	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	17	–	–	17
IRBA Institute	4.050	6.882	1.031	11.963
IRBA Unternehmen	4.457	6.682	9.709	20.848
IRBA Mengengeschäft	4.205	6.970	64.742	75.917
IRBA Beteiligungen	–	–	421	421
IRBA Verbriefungen	81	71	1.620	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	402	7.175	3.730	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.402	3.106	3.522	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	341	1.638	403	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	–	778	103	881
KSA Internationale Organisationen	83	982	233	1.298
KSA Institute	1.014	52	1.811	2.877
KSA Unternehmen	170	324	412	906
KSA Mengengeschäft	1.163	445	697	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	984	564	1.116	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	284	–	–	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	20	–	–	20
KSA Verbriefungen	–	6	784	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	8	10	1.601	1.619
KSA Beteiligungen	–	–	227	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>18.681</b>	<b>35.685</b>	<b>92.162</b>	<b>146.528</b>

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikopositionswerte für die gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR kalkulierten Spezialfinanzierungen, aufgeteilt nach Risikogewichtsklassen. Dabei handelt es sich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilienleasing sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten.

Risikopositionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen	
	31.12.2014 Mio €
Risikogewicht 1 (stark)	1.380
Risikogewicht 2 (gut)	61
Risikogewicht 3 (befriedigend)	41
Risikogewicht 4 (schwach)	40
Risikogewicht 5 (ausgefallen)	103
<b>Gesamt</b>	<b>1.625</b>

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte für Beteiligungen aus, die mit einfachem Risikogewicht gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR kalkuliert werden. Neben diesen Beteiligungswerten hält die Postbank weitere Risikopositionswerte in Höhe von 9 Mio € auf Beteiligungen, denen ein aufsichtliches Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR in Höhe von 250 % zugewiesen wird.

Risikopositionswerte für IRBA-Beteiligungen nach einfacher Risikogewichtsmethode	
	31.12.2014 Mio €
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios (Risikogewicht 190 %)	–
Börsengehandelte Beteiligungspositionen (Risikogewicht 290 %)	–
Sonstige Beteiligungspositionen (Risikogewicht 370 %)	412
<b>Gesamt</b>	<b>412</b>

### Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

Die beiden nachstehenden Tabellen zeigen gesondert die besicherten IRBA- und KSA-Risikopositionswerte. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 453 CRR sind im Risikobericht im Abschnitt „Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ enthalten.



Besicherte Risikopositionswerte in den internen Ratingansätzen					
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate	Sonstige Sicherheiten	Gesamter besicherter Risikopositionswert
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	17	–	–	–	–
IRBA Institute	11.963	–	–	–	–
IRBA Unternehmen	20.848	–	610	–	610
IRBA Mengengeschäft	75.917	–	14	64.702	64.716
IRBA Beteiligungen	421	–	–	–	–
IRBA Verbriefungen	1.772	–	156	–	156
<b>Gesamt</b>	<b>110.938</b>	<b>–</b>	<b>780</b>	<b>64.702</b>	<b>65.482</b>

Im Kreditrisiko-Standardansatz können finanzielle Sicherheiten sowie in begrenztem Umfang Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate angerechnet werden. Die nachstehende Tabelle weist keine grundpfandrechtlichen Sicherheiten aus, da im Standardansatz durch Immobilien besicherten Positionen ein bevorzugtes Risikogewicht zugewiesen wird.

Besicherte Risikopositionswerte im Kreditrisiko-Standardansatz				
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
KSA Staaten und Zentralbanken	11.307	–	–	–
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.030	–	–	–
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.382	–	–	–
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	881	–	–	–
KSA Internationale Organisationen	1.298	–	–	–
KSA Institute	2.877	750	–	750
KSA Unternehmen	906	–	6	6
KSA Mengengeschäft	2.305	–	–	–
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.664	–	–	–
KSA Ausgefallene Positionen	284	–	–	–
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	20	–	–	–
KSA Verbriefungen	790	–	68	68
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	1.619	–	–	–
KSA Beteiligungen	227	–	–	–
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>35.590</b>	<b>750</b>	<b>74</b>	<b>824</b>



**Angaben zur Risikovorsorge**

Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 442 (a) und (b) CRR sind in den Abschnitten „Überfällige und notleidende Engagements“ sowie „Kreditrisikovorsorge“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ des Konzernlageberichts enthalten.

74

Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note (11) des Konzernanhangs).

125

In der nachfolgenden Tabelle werden die Buchwerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen sowie die Direktabschreibungen und die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen im Jahr 2014 ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovorsorge – aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Buchwerte notleidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfallvererbung als notleidend gekennzeichneten Forderungen eines Kunden.

Risikovorsorge, aufgegliedert nach Branchen und Schuldnergruppen									
Forderungsklassen		Retail-Kunden	Banken/ Ver- siche- rungen/ Finanz- dienst- leister	Staaten	Gewerb- liche Real- kredite	Dienst- leister/ Handel	Industrie	Sonstige Branchen	Gesamt
		31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	2.105	47	9	353	90	117	64	2.785
	Überfällige Engagements	143	–	–	6	2	3	–	154
Bestände	Einzelwertberichtigungen	948	–	–	137	31	73	19	1.208
	Portfoliowertberichtigungen	131	–	–	10	–	9	3	153
	Rückstellungen	27	–	–	–	–	15	–	43
Aufwendungen der Periode	Einzelwertberichtigungen	239	(1)	–	39	3	3	(1)	282
	Portfoliowertberichtigungen	4	–	–	(10)	–	(3)	–	(9)
	Rückstellungen	(13)	–	–	–	–	6	–	(8)

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen/Gebieten. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der CRR keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Positionswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios.

		Risikovorsorge, aufgliedert nach geografischen Gebieten			
		Deutschland	Westeuropa	Sonstige Regionen	Gesamt
		31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	2.375	384	26	2.785
	Überfällige Engagements	140	8	7	155
Bestände	Einzelwertberichtigungen	1.084	117	7	1.208
	Portfoliowertberichtigungen	148	5	–	153
	Rückstellungen	43	–	–	43



Hinsichtlich der Änderungen der Risikovorsorge im Laufe des Berichtsjahres und der Angaben gemäß Art. 442 i) CRR wird auf Note 21 des Konzernanhangs verwiesen.

#### Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung

Die Eigenmittel der Postbank werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben der CRR und der SolvV ermittelt. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß Art. 11 ff. CRR bzw. gemäß KWG und dient der Offenlegung der Eigenmittelelemente während der Übergangszeit gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) und der Abstimmung der Eigenmittelbestandteile mit den Bilanzpositionen gemäß Art. 437 Abs. 1 a) CRR.

Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst die Werte der IFRS-Konzernbilanz auf Basis des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises und in der darauffolgenden Spalte die Werte der sogenannten regulatorischen Bilanz auf Basis des regulatorischen Konsolidierungskreises. Im Gegensatz zur IFRS-Konzernbilanz werden in der regulatorischen Bilanz die Tochtergesellschaften Postbank Finanzberatung AG, Postbank Versicherungsvermittlung GmbH und Postbank Immobilien GmbH nicht konsolidiert. Die Delta-Spalte zeigt die Differenz zwischen den Werten der IFRS-Konzernbilanz und denen der regulatorischen Bilanz. Die Referenzen in der letzten Spalte verweisen auf die nachfolgenden Tabellen zur Darstellung der Eigenmittelzusammensetzung. Zur Abstimmung der für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen mit den regulatorischen Eigenmittelbestandteilen werden die Referenzen am Ende dieses Abschnitts im Anschluss an die Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“ erläutert.



Darstellung der Bilanz gemäß handelsrechtlichem und regulatorischem Konsolidierungskreis				
	IFRS-Bilanz	Regulatorische Bilanz	Delta	Referenz
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	
<b>Aktiva</b>				
Barreserve	1.230	1.230	0	
Forderungen an Kreditinstitute	19.659	19.659	0	
Forderungen an Kunden	97.972	97.965	-7	
Risikovorsorge	-1.361	-1.361	0	
Handelsaktiva	697	697	0	
Hedging-Derivate	119	119	0	
Finanzanlagen	33.477	33.685	208	
Immaterielle Vermögenswerte	1.952	1.523	-429	g
Goodwill	1.581	1.152	-429	
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	371	371	0	
Sachanlagen	683	681	-2	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	148	147	-1	
Latente Ertragsteueransprüche	48	37	-12	
Sonstige Aktiva	823	817	-6	
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>155.447</b>	<b>155.198</b>	<b>-250</b>	
<b>Passiva</b>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.583	17.583	0	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	119.295	119.370	75	
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.571	4.571	0	
Handelspassiva	767	767	0	
Hedging-Derivate	298	299	1	
Rückstellungen	1.952	1.913	-39	
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	104	103	-1	
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	51	44	-7	
Sonstige Passiva	526	483	-43	
Nachrangkapital	3.699	3.699	0	h
darunter: Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	20	20	0	i
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	0	0	0	
Eigenkapital	6.601	6.366	-234	f
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	0	a
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	0	b
c) Andere Rücklagen	3.761	3.522	-239	
Gewinnrücklagen	3.904	3.641	-262	c
AOCI	-143	-120	23	d
d) Konzerngewinn	278	283	5	e
Anteile in Fremdbesitz	5	5	0	
<b>Summe der Passiva</b>	<b>155.447</b>	<b>155.198</b>	<b>-250</b>	

Die regulatorischen Eigenmittel werden in die drei Kapitalklassen hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilt. Gemäß den Übergangsregelungen der CRR werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen regulatorischen Anpassungen sukzessive eingeführt werden.

Die nachstehenden Tabellen informieren gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) über die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie über die Korrekturposten, Abzüge und Beschränkungen. Die Tabelle basiert auf dem „Muster für die Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit“ des Anhangs VI der Durchführungs-

verordnung Nr. 1423/2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR (CRR-DVO).

Die Spalte „Betrag der Eigenmittelposition“ enthält dabei den Betrag, der die Grundlage für die Berechnung der Eigenmittel der Postbank per 31. Dezember 2014 bildet. Die Spalte „CRR-Verweis“ gibt die anwendbaren Vorschriften aus der CRR an. Die darauffolgende Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen. Die letzte Spalte enthält die Referenzen zu den für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen					
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittel- position	CRR-Verweis	Vor-CRR- Betrag/Rest- betrag <sup>1</sup>	Referenz
		31.12.2014 Mio €		31.12.2014 Mio €	
<b>Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen</b>					
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.557	26 (1), 27, 28, 29		a+b
	davon: Gezeichnetes Kapital <sup>2</sup>	547			a
	davon: Kapitalrücklage <sup>2</sup>	2.010			b
2	Einbehaltene Gewinne	3.620	26 (1) (c)		c
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-120	26 (1)		d
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	26 (1) (f)		
4	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das harte Kernkapital ausläuft	-	486 (2)		
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	483 (2)		
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem hartem Kernkapital)	-	84, 479, 480	-	
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	283	26 (2)		e
6	<b>Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>6.340</b>			<b>f</b>
<b>Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen</b>					
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-20	34, 105		
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-291	36 (1) (b), 37, 472 (4)	-1.165	g
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-1	36 (1) (c), 38, 472 (5)	-4	
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	33 (a)		
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-52	36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)	-208	
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	32 (1)		
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten <sup>3</sup>	-	33 (b)	-2	
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	36 (1) (e), 41, 472 (7)	-	
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	36 (1) (f), 42, 472 (8)	-	
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	36 (1) (g), 44, 472 (9)	-	
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)	-	
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)	-	
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	36 (1) (k)		
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	36 (1) (k) (i), 89 bis 91		
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258		
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	36 (1) (k) (iii), 379 (3)		
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	-	
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-	48 (1)	-	
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)	-	

<sup>1</sup>Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

<sup>2</sup>Verzeichnis der EBA gemäß Art. 26 Abs. 3

<sup>3</sup>Darin enthalten sind auch gemäß Art. 33 c) CRR Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko der Postbank resultieren.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen					
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittel- position	CRR-Verweis	Vor-CRR- Betrag/Rest- betrag <sup>1</sup>	Referenz
		31.12.2014 Mio €		31.12.2014 Mio €	
<b>Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen</b>					
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	–	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	–	
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	–	36 (1) (a), 472 (3)	–	
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	–	36 (1) (l)		
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	89			
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	89			
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	121	467		
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	–32	468		
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	481		
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	–1.253	36 (1) (j)		
28	<b>Gesamte regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1)</b>	<b>–1.528</b>			
29	<b>Hartes Kernkapital (CET1)</b>	<b>4.812</b>			
<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente</b>					
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	–	51, 52		
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	–			
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	–			
33	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital ausläuft	16	486 (3)		i
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	–	483 (3)		
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	–	85, 86, 480		
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	–	486 (3)		
36	<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>16</b>			
<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen</b>					
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	–	52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)		
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	–	56 (b), 58, 475 (3)		
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)		
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	56 (d), 59, 79, 475 (4)		
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	–1.269			
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–1.269	472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)		
	davon: immaterielle Vermögensgegenstände	–1.165			
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	–104			
	davon: eigene Instrumente	–			
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–	477, 477 (3), 477 (4) (a)		
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	467, 468, 481		

<sup>1</sup>Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen					
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittel- position	CRR-Verweis	Vor-CRR- Betrag/Rest- betrag <sup>1</sup>	Referenz
		31.12.2014 Mio €		31.12.2014 Mio €	
<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen</b>					
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	56 (e)		
43	<b>Gesamte regulatorische Anpassungen am zusätzlichen Kernkapital (AT1)</b>	<b>-1.269</b>			
44	<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1)</b>	<b>-</b>			
45	<b>Kernkapital insgesamt (T1 = CET1 + AT1)</b>	<b>4.812</b>			
<b>Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen</b>					
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.589	62, 63		h
47	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das Ergänzungskapital ausläuft	3	486 (4)		h, i
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018		483 (4)		
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	85	87, 88, 480	-33	h
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	486 (4)		
50	Kreditrisikoanpassungen	-	62 (c) und (d)		
51	<b>Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>2.677</b>			
<b>Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen</b>					
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	-	63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)		
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	66 (b), 68, 477 (3)		
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)		
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	-			
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	-			
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	66 (d), 69, 79, 477 (4)		
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-104			
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-104	472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)		
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-104			
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)		
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	467, 468, 481		
57	<b>Gesamte regulatorische Anpassungen am Ergänzungskapital (T2)</b>	<b>-104</b>			
58	<b>Ergänzungskapital (T2)</b>	<b>2.573</b>			
59	<b>Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)</b>	<b>7.385</b>			
<b>Risikogewichtete Aktiva</b>					
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	161			
	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, resultierend aus temporären Differenzen	161	472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)		
	davon: Instrumente des harten Kernkapitals relevanter Entitäten, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)		
60	<b>Risikogewichtete Aktiva insgesamt</b>	<b>43.651</b>			

<sup>1</sup>Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.



Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen					
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittel- position	CRR-Verweis	Vor-CRR- Betrag/Rest- betrag <sup>1</sup>	Referenz
		31.12.2014 Mio €		31.12.2014 Mio €	
<b>Eigenkapitalquoten und -puffer</b>					
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	11,02 %	92 (2) (a), 465		
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	11,02 %	92 (2) (b), 465		
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	16,92 %	92 (2) (c)		
64	Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	4,00 %	CRD 128, 129, 130		
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	–			
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	–			
67	davon: Systemrisikopuffer	–			
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	–	CRD 131		
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,52 %	CRD 128		
<b>Abzüge vom harten Kernkapital</b>					
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	23	36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)		
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	–	36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)		
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	64	36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)		
<b>Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital</b>					
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	62		
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	61	62		
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	62		
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	201	62		
<b>Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2022)</b>					
80	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des harten Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	–	484 (3), 486 (2) und (5)		
81	Wegen Obergrenze aus hartem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	–	484 (3), 486 (2) und (5)		
82	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	16	484 (4), 486 (3) und (5)		
83	Wegen Obergrenze aus zusätzlichem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	4	484 (4), 486 (3) und (5)		
84	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des Ergänzungskapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	3	484 (5), 486 (4) und (5)		
85	Wegen Obergrenze aus Ergänzungskapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	1	484 (5), 486 (4) und (5)		

<sup>1</sup>Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

Das harte Kernkapital (Zeile 29) besteht in erster Linie aus dem gezeichneten Kapital und der Kapitalrücklage (Zeile 1), den Gewinnrücklagen (Zeile 2), sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen (Zeile 3) sowie dem Konzerngewinn (Zeile 5a) und berücksichtigt die in den Zeilen 7 bis 27 aufgeführten regulatorischen Anpassungen.

Das zusätzliche Kernkapital besteht aus Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter, deren Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital gemäß Art. 486 Abs. 3 CRR bis zum 31. Dezember 2021 ausläuft (Zeile 33). Da die regulatorischen Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (Zeile 43) größer sind als die zusätzlichen Kernkapitalinstrumente (Zeile 36), weist die Postbank kein zusätzliches Kernkapital nach regulatorischen Anpassungen (Zeile 44) aus. Der Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital überschreitet (Zeile 27), wird in den regulatorischen Anpassungen des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Das Ergänzungskapital (Zeile 58) umfasst in erster Linie Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten (Zeile 46). Darüber hinaus sind Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter, deren Anrechnung auf das Ergänzungskapital gemäß Art. 486 Abs. 4 CRR bis zum 31. Dezember 2021 ausläuft (Zeile 47), und zum Ergänzungskapital zählende Eigenmittelinstrumente, die vom Tochterunternehmen BHW Bausparkasse AG begeben worden sind und von Dritten gehalten werden (Zeile 48), sowie die regulatorischen Anpassungen, die in den Zeilen 52 bis 56 c aufgeführt werden, Bestandteile des Ergänzungskapitals. Die regulatorischen Anpassungen bestanden dabei zum Jahresende 2014 ausschließlich aus Abzugspositionen, welche aus den Übergangsbestimmungen (Zeile 56) resultieren.

Zu den einzelnen Referenzen werden folgende zusätzliche Erläuterungen gegeben:

- (a+b) Die harten Kernkapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio in Höhe von 2.557 Mio € entsprechen dem Gezeichneten Kapital in Höhe von 547 Mio € zuzüglich der Kapitalrücklage in Höhe von 2.010 Mio €.
- (c) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –21 Mio € zwischen den einbehaltenen Gewinnen in Höhe von 3.620 Mio € und den Gewinnrücklagen in Höhe von 3.641 Mio € ergibt sich durch die Abzugspflicht des Fonds zur baupartechnischen Absicherung.
- (d) Das kumulierte sonstige Ergebnis entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen Wert in Höhe von –120 Mio €.
- (e) Der Zwischengewinn entspricht dem Konzerngewinn in Höhe von 283 Mio €.
- (f) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –26 Mio € zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital in Höhe von 6.366 Mio € und dem harten Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen in Höhe von 6.340 Mio € setzt sich zusammen aus dem Abzug des Fonds zur baupartechnischen Absicherung (–21 Mio €) und der Nichtanrechenbarkeit der Anteile in Fremdbesitz (–5 Mio €).

- (g) Der Unterschied im Ausweis der immateriellen Vermögenswerte zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Betrag in Höhe von 1.523 Mio € und der Angabe in der Eigenmittelübersicht in Höhe von 1.456 Mio € beträgt –67 Mio € und ist im Abzug von latenten Schulden begründet.

- (h) Von dem bilanziellen Nachrangkapital in Höhe von 3.699 Mio € sind insgesamt 2.677 Mio € regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

- (i) Von den bilanziellen Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter in Höhe von 20 Mio € sind im Rahmen der Übergangsregelung 16 Mio € im zusätzlichen Kernkapital (siehe Zeile 33) und 3 Mio € im Ergänzungskapital (siehe Referenz (h) und Zeile 47) anrechenbar.

208

Das regulatorisch anrechenbare Ergänzungskapital in Höhe von 2.677 Mio € setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 2.589 Mio € anrechenbare Ergänzungskapitalinstrumente der Deutschen Postbank AG (Amortisation in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit) (siehe Zeile 46);

208

- 3 Mio € im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter der Deutschen Postbank AG (siehe Referenz (i) und Zeile 47);

208

- 85 Mio € zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende Instrumente der BHW Bausparkasse (siehe Zeile 48).

208

#### Eigenkapitalsteckbriefe sowie Verträge bzw. Prospekte der begebenen Eigenkapitalinstrumente

Gemäß Art. 437 Abs. 1 b) und c) CRR haben Institute im Anwendungsbereich der CRR eine Beschreibung der Hauptmerkmale sowie die vollständigen Bedingungen der von ihnen begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals offenzulegen. Dieser Verpflichtung kommt die Postbank im Rahmen der Veröffentlichung auf ihrer Internetseite nach. Die entsprechenden Angaben werden vierteljährlich aktualisiert. Die Angaben sind unter folgendem Link abrufbar: [https://www.postbank.de/postbank/ir\\_kapitalinstrumente\\_prospekte.html](https://www.postbank.de/postbank/ir_kapitalinstrumente_prospekte.html).



#### Eigenmittelanforderungen

Im Nachfolgenden wird die auf Basis regulatorischer Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung – unter Berücksichtigung der für 2014 gültigen Übergangsbestimmungen der CRR und der SolvV – die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung betrug zum 31. Dezember 2014 insgesamt 3.492 Mio €.

Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz	
	31.12.2014 Mio €
<b>Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert im Standardansatz<sup>1</sup></b>	
Staaten und Zentralbanken	–
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0
Öffentliche Stellen	5
Multilaterale Entwicklungsbanken	–
Internationale Organisationen	–
Institute	16
Unternehmen	74
Mengengeschäft	138
Durch Immobilien besicherte Positionen	76
Ausgefallene Positionen	26
Gedekte Schuldverschreibungen	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	9
<b>Standardansatz insgesamt</b>	<b>344</b>
<b>Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert auf Basis interner Einstufungen<sup>1</sup></b>	
<b>IRB-Basis-Ansatz</b>	
Staaten und Zentralbanken	2
Institute	98
Unternehmen	315
<b>IRB-Basis-Ansatz insgesamt</b>	<b>415</b>
<b>Fortgeschrittener IRBA</b>	
Staaten und Zentralbanken	–
Institute	110
Unternehmen	509
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, gegenüber KMU	1
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, nicht gegenüber KMU	982
Mengengeschäft, qualifiziert revolving	7
Mengengeschäft, Sonstige, gegenüber KMU	6
Mengengeschäft, Sonstige, nicht gegenüber KMU	326
<b>Fortgeschrittener IRBA insgesamt</b>	<b>1.941</b>
<b>Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen</b>	<b>162</b>
<b>IRB-Ansätze insgesamt</b>	<b>2.518</b>
<b>Gesamtrisikobetrag für Verbriefungspositionen</b>	
Verbriefungspositionen (IRBA)	34
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	31
<b>Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt</b>	<b>65</b>
<b>Gesamtrisikobetrag für Beteiligungspositionen</b>	
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	18
Beteiligungspositionen (einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	122
Börsengehandelt	–
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios	–
Sonstige Beteiligungspositionen	122
Beteiligungspositionen mit aufsichtsrechtlichem Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR	2
<b>Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt</b>	<b>142</b>
<b>Weitere Gesamtrisikobeiträge</b>	
Börsengehandelte Schuldtitel (kalkuliert im Standardansatz)	–
Fremdwährungspositionen (kalkuliert im Standardansatz)	7
Sonstige Markttrisikopositionen (kalkuliert im Standardansatz)	–
Gesamtrisikobeitrag für operationelle Risiken (kalkuliert mit fortgeschrittenen Messansätzen)	373
Gesamtrisikobeitrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA, kalkuliert im Standardansatz)	43
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP)	0
Sonstige Gesamtrisikobeiträge	–
<b>Summe</b>	<b>3.492</b>

<sup>1</sup>Ohne Verbriefungen, Beteiligungen und Ausfallfonds einer ZGP

## KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN

### GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2014 <sup>1</sup>				2013 <sup>1</sup>				2014 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.144	1.166	1.210	1.215	1.253	1.292	1.297	1.316	4.735	5.158
Zinsaufwendungen	-517	-535	-579	-596	-655	-662	-648	-730	-2.227	-2.695
Zinsüberschuss	627	631	631	619	598	630	649	586	2.508	2.463
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-73	-72	-68	-52	-89	-93	-53	-84	-265	-319
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	554	559	563	567	509	537	596	502	2.243	2.144
Provisionserträge	299	289	295	329	335	357	339	345	1.212	1.376
Provisions- aufwendungen	-71	-65	-60	-63	-57	-72	-62	-65	-259	-256
Provisionsüberschuss	228	224	235	266	278	285	277	280	953	1.120
Handelsergebnis	1	3	-7	-3	-15	-18	-23	3	-6	-53
Ergebnis aus Finanzanlagen	-10	18	392	15	-1	24	40	211	415	274
Verwaltungsaufwand	-743	-668	-639	-704	-792	-728	-742	-915	-2.754	-3.177
Sonstige Erträge	146	105	91	22	46	29	33	21	364	129
Sonstige Aufwendungen	-339	-159	-237	-23	-48	-30	-24	-17	-758	-119
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-163</b>	<b>82</b>	<b>398</b>	<b>140</b>	<b>-23</b>	<b>99</b>	<b>157</b>	<b>85</b>	<b>457</b>	<b>318</b>
Ertragsteuern	10	-6	-155	-27	-4	3	33	-19	-178	13
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-153</b>	<b>76</b>	<b>243</b>	<b>113</b>	<b>-27</b>	<b>102</b>	<b>190</b>	<b>66</b>	<b>279</b>	<b>331</b>
Ergebnis Konzern- fremde	0	0	-1	0	-1	0	0	0	-1	-1
<b>Konzernverlust/ -gewinn</b>	<b>-153</b>	<b>76</b>	<b>242</b>	<b>113</b>	<b>-28</b>	<b>102</b>	<b>190</b>	<b>66</b>	<b>278</b>	<b>330</b>

## VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2014				2013				2014	2013
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	-152	75	243	113	-27	102	190	66	279	331
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	99	63	31	8	16	6	-69	98	201	51
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	11	-30	-38	-64	45	-12	-8	-61	-121	-36
Neubewertungs gewinne-/verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	11	-30	-38	-64	45	-12	-8	-61	-121	-36
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	13	0	-6	1	3	0	-9	4	8	-2
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	77	95	75	71	-39	18	-51	163	318	91
Veränderung der Neubewertungsrücklage	77	95	75	71	-39	18	-51	25	318	-47
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	72	96	70	73	-34	38	-60	31	311	-25
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	5	-1	5	-2	-5	-20	9	-6	7	-22
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	0	0	0	0	0	0	0	138	0	138
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	0	0	0	0	0	0	0	138	0	138
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	-2	-2	0	0	7	0	-1	-8	-4	-2
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0	-1	0	-1	0	0	0	-1	-1
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-53</b>	<b>138</b>	<b>273</b>	<b>121</b>	<b>-12</b>	<b>108</b>	<b>121</b>	<b>164</b>	<b>479</b>	<b>381</b>

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 <sup>1</sup> Mio €
Zinserträge	6.978	6.900	6.100	5.158	4.735
Zinsaufwendungen	-4.247	-3.990	-3.397	-2.695	-2.227
Zinsüberschuss	2.731	2.910	2.703	2.463	2.508
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-561	-383	-384	-319	-265
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.170	2.527	2.319	2.144	2.243
Provisionserträge	1.586	1.502	1.423	1.376	1.212
Provisionsaufwendungen	-270	-250	-269	-256	-259
Provisionsüberschuss	1.316	1.252	1.154	1.120	953
Handelsergebnis	-241	64	-103	-53	-6
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1	-554	-15	274	415
Verwaltungsaufwand	-2.934	-3.204	-2.991	-3.177	-2.754
Sonstige Erträge	175	107	148	129	364
Sonstige Aufwendungen	-170	-114	-118	-119	-758
Ergebnis vor Steuern	315	78	394	318	457
Ertragsteuern	-176	34	-106	13	-178
Ergebnis nach Steuern	139	112	288	331	279
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
<b>Konzerngewinn</b>	<b>138</b>	<b>111</b>	<b>287</b>	<b>330</b>	<b>278</b>
Cost Income Ratio (CIR)	77,1%	87,3%	80,0%	83,8%	83,0%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	5,7%	1,4%	6,8% <sup>2</sup>	5,5% <sup>2</sup>	7,2%
nach Steuern	2,5%	2,0%	4,8%	5,7% <sup>2</sup>	4,4%



**BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT**

Aktiva	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €	31.12.2014 Mio €
Barreserve	3.248	3.652	2.054	1.739	1.230
Forderungen an Kreditinstitute	12.140	20.322	27.646	20.153	19.659
Forderungen an Kunden	111.783	110.743	106.266	101.313	97.972
Risikovorsorge	-1.764	-1.826	-1.745	-1.478	-1.361
Handelsaktiva	24.150	6.892	5.135	1.824	697
Hedging-Derivate	664	1.277	565	113	119
Finanzanlagen	58.980	46.480	37.027	34.015	33.477
Immaterielle Vermögenswerte	2.339	2.274	2.248	2.028	1.952
Sachanlagen	826	791	768	698	683
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73	73	0	0	0
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	321	206	113	115	148
Latente Ertragsteueransprüche	347	404	127	92	48
Sonstige Aktiva	695	647	719	728	823
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	882	-	7.039	157	-
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>214.684</b>	<b>191.935</b>	<b>187.962</b>	<b>161.497</b>	<b>155.447</b>

Passiva	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 <sup>1</sup> Mio €	31.12.2014 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.419	20.050	17.334	18.282	17.583
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	136.476	134.127	131.732	120.398	119.295
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.860	12.727	9.436	7.342	4.571
Handelspassiva	26.174	8.591	5.953	1.681	767
Hedging-Derivate	1.451	1.817	1.002	460	298
Rückstellungen	2.287	2.557	2.974	1.664	1.952
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.126	1.161	1.530	93	155
b) Sonstige Rückstellungen	1.161	1.396	1.444	1.571	1.797
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	77	129	115	80	104
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	284	153	137	84	51
Sonstige Passiva	665	689	721	833	526
Nachrangkapital	5.577	5.438	3.196	4.358	3.699
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	787	-	9.382	168	-
Eigenkapital	5.627	5.657	5.980	6.147	6.601
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.928	2.985	3.132	3.255	3.761
d) Konzerngewinn	138	111	287	330	278
Anteile in Fremdbesitz	4	4	4	5	5
<b>Summe der Passiva</b>	<b>214.684</b>	<b>191.935</b>	<b>187.962</b>	<b>161.497</b>	<b>155.447</b>

## SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking		
	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €
Zinsüberschuss	2.341	2.428	2.461	2.485	2.588	624	442	390	302	277	2	2	1
Handelsergebnis	15	-9	-29	17	-10	0	-	0	-2	1	-	-	0
Finanzanlage- ergebnis	-5	-1	0	0	0	-14	0	-3	0	-10	-	-	0
Provisionsüber- schuss	1.080	1.032	974	908	879	123	93	89	90	83	363	327	294
<b>Gesamterträge</b>	<b>3.431</b>	<b>3.450</b>	<b>3.406</b>	<b>3.410</b>	<b>3.457</b>	<b>733</b>	<b>535</b>	<b>476</b>	<b>390</b>	<b>351</b>	<b>365</b>	<b>329</b>	<b>295</b>
Verwaltungs- aufwand	-2.178	-2.204	-1.773	-1.980	-1.707	-151	-129	-97	-95	-79	-318	-295	-277
Risikovorsorge	-355	-291	-242	-210	-221	-209	-68	-48	-38	-37	-	-	0
Sonstige Erträge	60	39	32	31	4	17	7	8	9	16	28	18	11
Sonstige Aufwendungen	-50	-25	-23	-31	-222	-8	4	0	0	-1	-8	-4	0
Verrechnungen	-	-	-700	-516	-783	-	-	-91	-92	-99	-	-	-6
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>908</b>	<b>969</b>	<b>700</b>	<b>704</b>	<b>528</b>	<b>382</b>	<b>349</b>	<b>248</b>	<b>174</b>	<b>151</b>	<b>67</b>	<b>48</b>	<b>23</b>
<b>Cost Income Ratio (CIR)</b>	<b>63,5 %</b>	<b>63,9 %</b>	<b>72,6 %</b>	<b>75,1 %</b>	<b>79,8 %</b>	<b>20,6 %</b>	<b>24,1 %</b>	<b>39,5 %</b>	<b>49,8 %</b>	<b>51,2 %</b>	<b>87,1 %</b>	<b>89,7 %</b>	<b>95,9 %</b>
<b>Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)</b>	<b>57,9 %</b>	<b>41,1 %</b>	<b>28,3 %</b>	<b>28,3 %</b>	<b>19,5 %</b>	<b>115,2 %</b>	<b>51,9 %</b>	<b>35,1 %</b>	<b>27,1 %</b>	<b>24,7 %</b>	-	-	-

	Financial Markets				NCOU				Cost Center/ Konsolidierung				Konzern						
	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 <sup>1</sup> Mio €	2014 Mio €
Zinsüberschuss	-228	92	-44	115	47	-59	-109	-416	-404	-8	5	4	-23	0	2.731	2.910	2.703	2.463	2.508
Handelsergebnis	-255	17	-4	-52	3	62	-66	-15	0	-1	-6	-4	-1	0	-241	64	-103	-53	-6
Finanzanlageergebnis	18	67	70	22	50	-679	-98	-60	-10	-	59	16	312	385	-1	-554	-15	274	415
Provisionsüberschuss	-5	1	-3	-14	-15	3	10	18	6	-245	-204	-210	118	0	1.316	1.252	1.154	1.120	953
<b>Gesamterträge</b>	<b>-470</b>	<b>177</b>	<b>19</b>	<b>71</b>	<b>85</b>	<b>-673</b>	<b>-263</b>	<b>-473</b>	<b>-408</b>	<b>-254</b>	<b>-146</b>	<b>-194</b>	<b>406</b>	<b>385</b>	<b>3.805</b>	<b>3.672</b>	<b>3.739</b>	<b>3.804</b>	<b>3.870</b>
Verwaltungsaufwand	-106	-103	-77	-63	-51	-104	-61	-27	-25	-181	-369	-706	-1.012	-892	-2.934	-3.204	-2.991	-3.177	-2.754
Risikovorsorge	3	-3	5	-2	1	-21	-99	-69	-8	-	-	0	0	0	-561	-383	-384	-319	-265
Sonstige Erträge	2	3	0	19	1	9	55	1	3	67	32	41	69	340	174	108	147	129	364
Sonstige Aufwendungen	0	-1	0	0	-3	-19	-25	-32	-100	-103	-70	-69	-56	-432	-169	-115	-117	-119	-758
Verrechnungen	-	-	-51	-33	-38	-	-102	-53	-40	-	-	950	694	960	-	0	0	0	0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-571</b>	<b>73</b>	<b>-104</b>	<b>-8</b>	<b>-5</b>	<b>-808</b>	<b>-495</b>	<b>-653</b>	<b>-578</b>	<b>-471</b>	<b>-553</b>	<b>22</b>	<b>101</b>	<b>361</b>	<b>315</b>	<b>78</b>	<b>394</b>	<b>318</b>	<b>457</b>
<b>Cost Income Ratio (CIR)</b>	<b>-22,6%</b>	<b>58,2%</b>	<b>673,7%</b>	<b>107,5%</b>	<b>107,3%</b>	<b>-15,5%</b>	<b>-62,0%</b>	<b>-23,7%</b>	<b>-40,8%</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>77,1%</b>	<b>87,3%</b>	<b>80,0%</b>	<b>83,8%</b>	<b>83,0%</b>
<b>Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)</b>	<b>-15,8%</b>	<b>5,6%</b>	<b>-7,6%</b>	<b>-0,7%</b>	<b>-0,5%</b>	<b>-62,0%</b>	<b>-36,2%</b>	<b>-44,3%</b>	<b>-29,7%</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>5,7%</b>	<b>1,4%</b>	<b>6,8%</b>	<b>5,5%</b>	<b>7,2%</b>

## ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN (STAND 31. DEZEMBER 2014)

Vorschrift <sup>1</sup>	Stand (letztes Revised) <sup>2</sup>	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit <sup>3</sup>	Übernommen durch EU-Verordnung <sup>4,7</sup>
<b>1. International Financial Reporting Standards (IFRS)<sup>5</sup></b>					
<b>1.1. International Accounting Standards (IAS)</b>					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	rev. 2011	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 28	rev. 2012	Investments in Associates and Joint Ventures	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	01.01.2006	1254/2012 v. 11.12.2012
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
<b>1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)<sup>5</sup></b>					
IFRS 2	rev. 2009	Share-based payment	Anteilsbasierte Vergütung	01.01.2011	244/2010 v. 23.03.2010
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift <sup>1</sup>	Stand (letztes Revised) <sup>2</sup>	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit <sup>3</sup>	Übernommen durch EU-Verordnung <sup>4,7</sup>
<b>1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)<sup>5</sup></b>					
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1256/2012 v. 13.12.2012
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
IFRS 10	2012	Consolidated Financial Statements	Konzernabschlüsse	01.01.2014	1254/2012 v. 11.12.2012
IFRS 12	2012	Disclosures of Interest in Other Entities	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	01.01.2014	1254/2012 v. 11.12.2012
IFRS 13	2012	Fair Value Measurement	Bemessung des beizulegenden Zeitwertes	01.01.2013	1254/2012 v. 11.12.2012
<b>1.3. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)</b>					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 21	2013	Levies	Bilanzierung von Abgaben	01.07.2014	634/2014 v. 13.06.2014
<b>2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)<sup>6</sup></b>					
DRS 16	2008	n.r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n.r.
DRS 17	2007	n.r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n.r.
DRS 20	2012	n.r.	Konzernlagebericht	01.01.2013	n.r.
<b>3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften</b>					
WpHG	2007	n.r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n.r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2013	n.r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	10.06.2013	n.r.
FWBO	2013	n.r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	28.10.2013	n.r.

<sup>1</sup>Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

<sup>2</sup>Die Postbank wendet immer aktuelle Standards inklusive Amendments an.

<sup>3</sup>Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.

<sup>4</sup>Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

<sup>5</sup>IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

<sup>6</sup>Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

<sup>7</sup>Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

## **GREMIEN**

### **Vorstände**

Frank Strauß, Bad Nauheim  
Vorsitzender

Marc Heß, Bonn

Susanne Klöß-Braekler, München  
seit 1. November 2014

Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus  
seit 1. November 2014

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn



**Aufsichtsrat**

Rainer Neske, Bad Soden  
Vorsitzender  
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske<sup>1</sup>, Berlin  
Stv. Vorsitzender  
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Rolf Bauermeister<sup>1</sup>, Berlin  
Bundessachgruppenleiter Postdienste  
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)  
Bundesverwaltung

Susanne Bleidt<sup>1</sup>, Bell  
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG

Wilfried Boysen, Hamburg  
Kaufmann  
bis 9. Juli 2014

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn  
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V.

Stefanie Heberling, Wuppertal  
Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen  
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Timo Heider<sup>1</sup>, Emmerthal  
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse  
Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin  
Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Bank Stiftung

Dr. Peter Hoch, München  
Privatier  
bis 9. Juli 2014

Hans-Jürgen Kummetat<sup>1</sup>, Köln  
Beamter

Prof. Dr. Katja Langenbucher, Frankfurt am Main  
Professorin für Bürgerliches Recht,  
Wirtschaftsrecht und Bankrecht,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main,  
seit 9. Juli 2014

Dr. Christian Ricken, Bad Homburg v. d. Höhe  
Mitglied des Group Executive Committee,  
Chief Operating Officer PBC,  
Deutsche Bank AG

Karl von Rohr, Oberursel  
Global Chief Operating Officer  
Regional Management, Deutsche Bank AG  
seit 9. Juli 2014

Bernd Rose<sup>1</sup>, Menden (Sauerland)  
Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/  
Postbank Filial GmbH

Lawrence A. Rosen, Bonn  
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG

Christian Sewing, Osnabrück  
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Eric Stadler<sup>1</sup>, Markt Schwaben  
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für  
Banken AG

Werner Steinmüller, Dreieich  
Mitglied Group Executive Committee, Head of Global  
Transaction Banking Deutsche Bank AG

Gerd Tausendfreund<sup>1</sup>, Nidderau  
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis<sup>1</sup>, Brühl  
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats  
Deutsche Postbank AG

Wolfgang Zimny<sup>1</sup>, Bornheim  
Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG Zentrale

<sup>1</sup>Arbeitnehmervertreter

## GLOSSAR

<b>Adressenausfallrisiken</b>	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferrisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferrisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
<b>Agio</b>	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
<b>Anlagebuch</b>	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
<b>Asset-Backed Securities</b>	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
<b>Assoziiertes Unternehmen</b>	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
<b>Available for Sale (AFS)</b>	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
<b>Auf internen Ratings basierender Ansatz – IRBA (Internal Rating Based Approach)</b>	Der IRBA ist ein Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Kreditrisikopositionen im Rahmen der Baseler Eigenmittlereinbarung. Dieser erlaubt es dem Institut, interne Ratingmethoden und Schätzungen für die Ermittlung spezifischer Risikoparameter zu verwenden. Wesentliche Risikoparameter, die das Risikogewicht maßgeblich beeinflussen, sind die Ausfallwahrscheinlichkeit („PD“), die Verlustquote bei Ausfall („LGD“) und Konversionsfaktoren („CCF“).
<b>Ausfall</b>	Ein Ausfall eines Kreditnehmers liegt vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist oder es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss.
<b>Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD)</b>	Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Geschäftspartners wird für den Zeitraum der nächsten zwölf Monate bestimmt und als Prozentsatz angegeben.
<b>Backtesting</b>	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
<b>Basel III</b>	Basel III ist ein umfassendes Reformpaket des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, mit dem die Regulierung, die Aufsicht und das Risikomanagement im Bankensektor gestärkt werden sollen. Ziel der Maßnahmen ist es, die Resistenz des Bankensektors gegenüber Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft, unabhängig von ihrem Ursprung, zu steigern, das Risikomanagement und Führungsstrukturen zu verbessern und die Transparenz und Offenlegung der Banken zu stärken.
<b>Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht</b>	Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht entwickelt auf internationaler Ebene abgestimmte Regeln zur Bankenaufsicht. Mitglieder des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind die Vertreter von Notenbanken und Aufsichtsbehörden zahlreicher Länder. Der Baseler Ausschuss ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel angesiedelt.
<b>Basis Point Value (bpv)</b>	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.

Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivism (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
CRD 4	Capital Requirements Directive – Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen.
CRR	Capital Requirements Regulation – Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Eigenmittel	Als Eigenmittel wird die Summe aus Kernkapital (bestehend aus hartem und zusätzlichem Kernkapital) sowie Ergänzungskapital bezeichnet.
Eigenmittelanforderungen	Institute sollen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern bzw. zum Schutz der ihnen anvertrauten Vermögenswerte angemessene Eigenmittel vorhalten. Die Kreditinstitute müssen gemäß den Baseler Eigenkapitalanforderungen daher 8 % ihrer gewichteten Risikoaktiva zur Abdeckung wesentlicher Bankrisiken (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko und Operationelles Risiko) mit haftendem Eigenkapital (Eigenmittel) unterlegen.

Einfache Risikogewichtungsansätze im IRBA	<p>Für Spezialfinanzierungen werden im einfachen Risikogewichtungsansatz die Risikogewichte 50 %, 70 %, 90 %, 115 % und 250 % anhand der Beurteilung bestimmter Faktoren (u. a. Finanzkraft, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, Transaktions- oder Vermögenswertmerkmale) gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR regulatorisch vorgegeben.</p> <p>Der einfache Risikogewichtungsansatz für IRBA-Beteiligungen gibt für Positionen gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR ein aufsichtliches Risikogewicht zur Ermittlung der risikogewichteten Risikopositionsbeträge vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• nicht an der Börse bzw. privat gehandelte Beteiligung in einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio (Risikogewicht 190 %)</li> <li>• Beteiligungsposition in Bezug zu einer an einer Börse gehandelten Beteiligung (Risikogewicht 290 %)</li> <li>• sonstige Fälle (Risikogewicht 370 %).</li> </ul>
Einzelwertberichtigung, EWB	<p>Ist der Buchwert eines Engagements höher als der voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderung unter Berücksichtigung vorhandener Sicherheiten, so ist eine Neubewertung des Geschäfts erforderlich, indem eine gewinnmindernde Einzelwertberichtigung (dauerhafte Wertminderung bzw. Impairment) auf die einzelne Forderung in einem Korrekturposten (Aktivposten mit negativem Vorzeichen) angesetzt wird. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten.</p>
Embedded Derivatives	<p>Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments, wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.</p>
Equity-Methode	<p>Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.</p>
Erwarteter Verlust, EV (Expected Loss, EL)	<p>Der Erwartete Verlust misst Verluste, die durch Kredit-, Markt- und Operationelle Risiken innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verluste zu erwarten sind.</p>
Fair Value (Full Fair Value)	<p>Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).</p>
Fair Value Hedge	<p>Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).</p>
Fair-Value-Option (FVO)	<p>Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.</p>
Finanzinstrumente	<p>Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.</p>
Forbearance	<p>Unter dem Begriff „Forbearance“ werden Geschäfte der Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden (z. B. Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke).</p>
Forderungsklasse	<p>Zur Bestimmung risikogewichteter Positionswerte ist es erforderlich, die jeweiligen Adressenausfallrisikopositionen gemäß CRR definierten Forderungsklassen (z. B. Staaten und Zentralbanken, Institute, Mengengeschäft, Unternehmen) zuzuordnen.</p>

Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Fortgeschrittener Messansatz (Advanced Measurement Approach, AMA)	Der Advanced Measurement Approach bezeichnet ein unter den Baseler Kapitaladäquanzrichtlinien vorgeschlagenes Messverfahren zur Bestimmung des Operationellen Risikos, das auf einer internen Modellierungsmethode basiert.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelsspassiva	In diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
IRB-Basis-Ansatz (Foundation IRBA)	Der Foundation IRBA ist ein differenzierter Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Risikopositionen, der die Verwendung interner Ratingmethoden erlaubt, während Verlustquoten (LGD) und Konversionsfaktoren (CCF) aufsichtlich bestimmt werden.
IRB-Fortgeschrittene-Ansätze (Advanced-IRBA)	Der Advanced-IRBA ist ein differenzierter Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Risikopositionen, der neben der Verwendung interner Ratings die Schätzung sonstiger Risikoparameter (Verlustquote (LGD) und Konversionsfaktor (CCF)) zulässt.

Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, CCF)	Der Konversionsfaktor ist ein Multiplikator zur Umwandlung außerbilanzieller Positionen in Positionswertäquivalente, der die erwartete Inanspruchnahme einer Forderung zum Zeitpunkt des Schuldnerausfalls unter Berücksichtigung eingeräumter Verfügungsrahmen (z. B. Kreditlinien) abschätzen soll.
Kreditrisikominderungstechnik (KRMT)	Durch den Einsatz verschiedener Instrumente bzw. Techniken des Risikomanagements können Kreditrisiken reduziert werden. Die Postbank nutzt als KRMT insbesondere Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen, Netting-Rahmenvereinbarungen, Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).
Kreditrisikostandardansatz (KSA)	Der KSA ist ein anerkannter Ansatz zur Berechnung der aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen für Positionen des Kreditrisikos. Im KSA dürfen die Institute für bestimmte Risikopositionsklassen das Risikogewicht von Kreditrisikopositionen auf der Grundlage externer Bonitätsbeurteilungen ermitteln. Abhängig von der externen Bonitätsbeurteilung werden den Kreditrisikopositionen je nach Risikopositionsklasse Risikogewichte (0 %, 10 %, 20 %, 50 %, 100 %, 150 %, 225 %, 350 %, 650 % oder 1.250 %) zugeordnet. Für unbeurteilte Kreditrisikopositionen werden pauschale Risikogewichte aufsichtlich festgelegt.
Kreditwertanpassungen (Credit Value Adjustments, CVA)	Die CRR sieht grundsätzlich für OTC-Derivate eine Eigenmittelunterlegung für das Credit-Valuation-Adjustment-Risiko vor. Im Unterschied zum Gegenparteiausfallrisiko ist darunter das Risiko zu verstehen, dass sich der positive Wiederbeschaffungswert mindert, weil sich die Kreditrisikoprämie für die Gegenpartei erhöht, ohne dass sie ausfällt.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Bezeichnet das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Der Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.

Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Non-Performing	Als „Non-Performing“ werden Geschäfte klassifiziert, bei denen ein wesentlicher Teil des Geschäfts mehr als 90 Tagen in Verzug ist bzw. – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass die vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“ verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II, werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (over-the-counter) gehandelt werden.
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen, PEWB)	Pauschalierte Einzelwertberichtigungen werden auf Forderungen in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite gebildet, sofern diese objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und sich der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Portfoliowertberichtigungen (POWB)	Portfoliowertberichtigungen werden für solche Verluste aus dem Kreditgeschäft gebildet, die eingetreten sind, jedoch noch nicht identifiziert werden können, da z.B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank bildet für die Fälle Wertberichtigungen auf Portfolio-basis anhand der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote und des LIP-Faktors für ein spezifisches Portfolio in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe.
Positionswert (Exposure at Default, EAD)	Der Positionswert ist der erwartete ausstehende Kreditbetrag gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate):	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlusts nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundlegende Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft.



Risikogewichtete Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA)	Risikogewichtete Aktiva bezeichnen mit Kredit-, Markt- und/oder Operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend den aufsichtlichen Anforderungen gewichtet sind. Sie ergeben sich aus den aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen multipliziert mit dem Faktor 12,5.
Risikokonzentration	Eine Risikokonzentration ist eine Anhäufung von Risikopositionen, die bei bestimmten Entwicklungen oder Ereignissen gleichartig reagieren. Neben Risikopositionen gegenüber Einzeladressen, die allein aufgrund ihrer Größe eine Risikokonzentration darstellen, können Risikokonzentrationen sowohl durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart als auch durch den Gleichlauf von Risikopositionen über verschiedene Risikoarten hinweg (aufgrund gemeinsamer Risikofaktoren oder durch das Zusammenspiel verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten) entstehen.
Risikovorsorge	Den besonderen Risiken im bilanziellen und im außerbilanziellen Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind grundsätzlich Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden. Die Postbank bildet im Rahmen der Risikovorsorge insbesondere für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, Rückstellungen.
Säule III	Zur Stärkung der Marktdisziplin enthält die dritte Säule des Baseler Rahmenwerks Offenlegungsvorgaben für die Institute. Dem liegt die Erwartung zugrunde, dass gut informierte Marktteilnehmer eine risikobewusste Geschäftsführung und ein wirksames Risikomanagement von Kreditinstituten in ihren Anlage- und Kreditentscheidungen honorieren bzw. risikoreicheres Verhalten entsprechend sanktionieren. Für die Kreditinstitute ergibt sich daraus ein zusätzlicher Anreiz, ihre Risiken zu kontrollieren und effizient zu steuern.
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht-erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
SolvV	Solvabilitätsverordnung – Verordnung zur angemessenen Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.
Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberichtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

<b>Verlustquote bei Ausfall</b> (Loss Given Default, LGD)	Die Verlustquote bei Ausfall bemisst den prognostizierten Verlust zum Zeitpunkt eines Ausfalls des Geschäftspartners als Prozentsatz der ausstehenden Forderung zum Ausfallzeitpunkt.
<b>Volatilität</b>	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
<b>Währungsrisiko</b>	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
<b>Wertpapiere</b> <b>Available for Sale</b>	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten erfolgswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.
<b>Wertpapierdarlehen</b>	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

## ADRESSEN

### Deutsche Postbank AG

#### Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 920-0  
Telefax: 0228 920-35151  
Internet: [www.postbank.de](http://www.postbank.de)  
E-Mail: [direkt@postbank.de](mailto:direkt@postbank.de)

### Deutsche Postbank AG

#### Zweigniederlassung Luxemburg

#### PB Finance Center

Parc d'Activité Syrdall 2  
18–20, rue Gabriel Lippmann  
L-5365 Munsbach  
Postanschrift:  
L-2633 Luxemburg  
Telefon: +352 34 95 31-1  
Telefax: +352 34 95 32-550  
E-Mail: [deutsche.postbank@postbank.lu](mailto:deutsche.postbank@postbank.lu)

## Tochtergesellschaften

### BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2  
31789 Hameln  
Postfach  
31781 Hameln  
Telefon: 05151 18-6700  
Telefax: 05151 18-3001  
E-Mail: [info@bhw.de](mailto:info@bhw.de)

### PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 5500-3311  
Telefax: 0228 5500-3339  
E-Mail: [factoring@postbank.de](mailto:factoring@postbank.de)

### PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 5500-3300  
Telefax: 0228 5500-3399  
E-Mail: [firmenkunden@postbank.de](mailto:firmenkunden@postbank.de)

### Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 920-0  
Telefax: 0228 920-35151  
E-Mail: [direkt@postbank.de](mailto:direkt@postbank.de)

### Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5  
31789 Hameln  
Postanschrift:  
31789 Hameln  
Telefon: 0228 5500-1555  
Telefax: 05151 18-3001  
E-Mail: [direkt@postbank.de](mailto:direkt@postbank.de)

### Postbank Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2  
31789 Hameln  
Postfach 10 13 42  
31763 Hameln  
Telefon: 0228 5500-1155  
Telefax: 05151 18-5101  
E-Mail: [immobilien@postbank.de](mailto:immobilien@postbank.de)

### Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 5500-3322  
Telefax: 0228 5500-3323  
E-Mail: [leasing@postbank.de](mailto:leasing@postbank.de)

### Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75  
65760 Eschborn  
Telefon: 06196 96 96-0  
Telefax: 06196 96 96-200  
E-Mail: [info@postransact.de](mailto:info@postransact.de)

### Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8  
53113 Bonn  
Postfach 26 01 46  
53153 Bonn  
Telefon: 0228 920-0  
Telefax: 0228 920-63010  
E-Mail: [postbank.systems@postbank.de](mailto:postbank.systems@postbank.de)

# FINANZKALENDER 2015

26. März 2015	Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2014
19. Mai 2015	Zwischenmitteilung zum 31. März 2015
28. Mai 2015	Hauptversammlung, Bonn
13. August 2015	Veröffentlichung 6-Monatsbericht zum 30. Juni 2015
12. November 2015	Zwischenmitteilung zum 30. September 2015

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Deutsche Postbank AG  
Zentrale  
Investor Relations  
Friedrich-Ebert-Allee 114 –126  
53113 Bonn  
Postfach 40 00  
53105 Bonn  
Telefon: 0228 920 - 0

### Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003  
E-Mail: [ir@postbank.de](mailto:ir@postbank.de)  
[www.postbank.de/ir](http://www.postbank.de/ir)

### Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

### Koordination/Redaktion

Postbank  
Investor Relations



Der klimaneutrale Druck  
mit der Deutschen Post

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

